

Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

Qualitätsoffensive Statistik ▪ Förderpreise des Statistischen Bundesamtes für wissenschaftliche Nachwuchskräfte ▪ Ehescheidungen ▪ Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters ▪ Größe, Belegung und Altersstruktur der Eigentümer- und Mietwohneinheiten ▪ Warensortiment und Bezugswege im Einzelhandel ▪ Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz ▪ Ausgaben für Gesundheit ▪ Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ▪ Finanzen der Europäischen Union ▪

12

Dezember

1999

Ab Jahrgang 2000 ändern sich die Preise wie folgt:
Einzelheft DM 21,10, EUR 10,79
Jahresbezugspreis (für einen geschlossenen Jahrgang)
DM 216,-, EUR 110,44

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o a S	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
-	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts = Zahlenwert unbekannt oder geheim- zuhalten
..	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch
Runden der Zahlen

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt
Brigitte Reimann
65180 Wiesbaden

Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 4343
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/935335
Internet: <http://www.s-f-g.com>
E-Mail: staba@s-f-g.com

Druck:

Rhein Main Druck, Mainz

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Januar 2000.

Einzelpreis: DM 20,30; EUR 10,38

Jahresbezugspreis: DM 207,-; EUR 105,84
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer 1010200-99112

ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter
Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt
und sein Datenangebot erhalten Sie:

• im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unserem Informationsservice

65180 Wiesbaden

• Telefon: 06 11/75 24 05

• Telefax: 06 11/75 33 30

• E-Mail: info@statistik-bund.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1999

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und
unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellen-
angabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über
elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen
Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Kurznachrichten 911

Textteil

Qualitätsoffensive Statistik – umfassendes Qualitätsmanagement im Statistischen Bundesamt 923

Förderpreise des Statistischen Bundesamtes für wissenschaftliche Nachwuchskräfte 931

Ehescheidungen 1998 934

Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters 942

Größe, Belegung und Altersstruktur der Eigentümer- und Mietwohneinheiten 952

Warensortiment und Bezugswege im Einzelhandel 1997 959

Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz 965

Ausgaben für Gesundheit 1997 972

Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 1999 980

Finanzen der Europäischen Union seit 1989 sowie Höhe und Bestimmungsfaktoren der Nettoposition 987

Preise im November 1999 992

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge 997

Tabellenteil

Übersicht 655*

Statistische Monatszahlen 656*

Ausgewählte Tabellen 684*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990, sie schließen Berlin-West ein

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Contents

News in brief 911

Texts

Statistical Quality Offensive – Total Quality Management at the Federal Statistical Office 923

Promotion awards of the Federal Statistical Office for junior academic staff 931

Divorces, 1998 934

Using administrative files to set up a business register 942

Size, occupancy and age structure of owner-occupied and rented dwelling units 952

Range of commodities and supply channels in retail trade in 1997 959

Upgrading assistance pursuant to the Upgrading Training Assistance Act 965

Health expenditure, 1997 972

Public service pensioners on 1 January 1999 980

Finances of the European Union since 1989 as well as level and determining factors of the net position 987

Prices in November 1999 992

List of the contributions published in the current year 997

Tables

Summary 655*

Monthly statistical figures 656*

Selected tables 684*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Table des matières

Informations sommaires 911

Textes

Offensive en matière de qualité «Statistique» – management compréhensif de la qualité à l'Office fédéral de la Statistique 923

Prix de promotion de l'Office fédéral de la Statistique pour la relève scientifique 931

Divorces en 1998 934

Utilisation des fichiers administratifs pour la mise en place d'un répertoire d'entreprises 942

Taille, occupation et structure par âge des unités d'habitation en propriété et en location 952

Assortiment de marchandises et voies d'approvisionnement dans le commerce de détail en 1997 959

Assistance à la promotion suivant la Loi sur l'assistance à la formation continue ayant pour but la promotion 965

Dépenses pour la santé en 1997 972

Bénéficiaires d'une pension du service public au 1 janvier 1999 980

Finances de l'Union européenne depuis l'année 1989 ainsi que montant et facteurs déterminants de la position nette 987

Prix en novembre 1999 992

Liste des contributions publiées dans l'année en cours 997

Tableaux

Résumé 655*

Chiffres statistiques mensuels 656*

Quelques tableaux sélectionnés 684*

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990.

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Zum Jahreswechsel

Nun steht es vor der Tür, das viel diskutierte und viel beschworene Jahr 2000, das uns Statistiker mit der Umstellung der Datenverarbeitungsprogramme und anderen Vorkehrungen, die dazu beitragen sollen, unsere Ergebnisse weiter termingerecht zur Verfügung zu stellen, schon lange beschäftigt hat

Auch für andere Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik wurden im abgelaufenen Jahr die Weichen gestellt. Ein Bericht, den der Statistische Beirat der Bundesregierung im August 1999 vorgelegt hat, enthält Empfehlungen, wie das statistische Programm an die veränderten Bedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft angepaßt, die Befragten von statistischen Meldepflichten weiter entlastet und die Produktion unserer Statistiken effizienter werden kann. Ziel dieser Empfehlungen ist es, die amtliche Statistik für die Herausforderungen der Zukunft „fit“ zu machen. Für die vom Statistischen Beirat als besonders dringlich angesehene Einführung einer Dienstleistungsstatistik bereiten die zuständigen Bundesministerien einen Gesetzentwurf vor. Bei der von der Europäischen Union für Anfang des kommenden Jahrtausends empfohlenen Volks- und Wohnungszählung wird es in der deutschen Statistik einen Methodenwechsel zu einer registergestützten Datengewinnung geben. In dieser Wahlperiode soll zunächst getestet werden, wie vollständig und zuverlässig sich die Volkszählungsergebnisse aus den Verwaltungsdateien, insbesondere den Melderegistern, gewinnen lassen.

Zum 28. April 1999 wurden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland auf das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 umgestellt. Deutschland war bei der Erfüllung der für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltenden Verpflichtung, zu vorgegebenen Zeitpunkten nach einheitlichen Konzepten und Gliederungen berechnete Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereitzustellen, wieder in der Spitzengruppe.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten 1999 die Arbeiten zur Neuordnung der Unternehmensstatistiken, mit denen die Auskunftspflichtigen ohne Informationsverluste entlastet und die europäischen Anforderungen an eine bereichsübergreifende Unternehmensstatistik erfüllt werden. Die statistische Arbeit galt weiter der Modernisierung der laufenden Bevölkerungsstatistiken, der Landwirtschaftszäh-

lung, die im Mai 1999 erstmals als „integrierte“ Erhebung durchgeführt wurde, der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 und der Vorbereitung der Pflegestatistik.

Das Statistische Bundesamt hat die Zusammenarbeit der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft weiterentwickelt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Symposium „Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik – Praxis und Perspektiven“ Ende Mai 1999 in Wiesbaden sowie die erstmalige Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises für herausragende Doktor- und Diplomarbeiten mit engem Bezug zur amtlichen Statistik. Um die Bedeutung der Statistik für die Politik in der Informationsgesellschaft ging es bei einer im Oktober gemeinsam mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Berlin veranstalteten Konferenz „Politik und Statistik in der Europäischen Union: Herausforderung und Antwort“.

Servicecharakter und Nutzerfreundlichkeit der Bundesstatistik als Informationsdienstleister sollen durch ein neues gemeinsames Marketingkonzept der statistischen Ämter des Bundes und der Länder noch stärker praktiziert werden. Intern hat das Statistische Bundesamt eine „Qualitätsoffensive Statistik“ gestartet, um die Qualität seiner Produkte und Leistungen, die Zufriedenheit von Kunden und Mitarbeitern und die Wirtschaftlichkeit seiner Arbeit zu verbessern.

Eine besondere Herausforderung für das Statistische Bundesamt war 1999 der Umzug seiner Zweigstelle von Berlin nach Bonn, verbunden mit der Verlagerung von Aufgaben aus Wiesbaden und Düsseldorf in die neue Zweigstelle. Mit einem Höchstmaß an Einsatz haben die beteiligten Mitarbeiter in Bonn ein gutes Fundament gelegt, damit die Qualität der statistischen Arbeit und die Aktualität der statistischen Ergebnisse nicht zu Schaden kamen.

Als Bundeswahlleiter war ich für die Vorbereitung und Durchführung der fünften Direktwahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 verantwortlich, die das Statistische Bundesamt in bewährter Art mit den Landeswahlleitern organisiert hat.

In einer Leserumfrage im Frühjahr 1999 haben Sie, liebe Leserinnen und Leser von „Wirtschaft und Statistik“, uns viele Anregungen und Vorschläge gegeben. Nach Ihren Wünschen werden wir Sie auch im Jahr 2000 über die aktuellen statistischen Ergebnisse und neuen Methoden sowie über alle wichtigen Ereignisse und Entwicklungen auf dem Gebiet der Bundesstatistik auf dem laufenden halten.

Kurznachrichten

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich – auch im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes – Gesundheit, Zufriedenheit und Erfolg im neuen Jahr.

*Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes*

Dr. Hildegard Bartels zum 85. Geburtstag

Frau Dr. Hildegard Bartels, ehemalige Präsidentin des Statistischen Bundesamtes und langjährige Schriftleiterin von „Wirtschaft und Statistik“, vollendet am 23. Dezember 1999 ihr 85. Lebensjahr.

34 Jahre lang stand ihr Leben ganz im Dienst der amtlichen Statistik. Zusammen mit Herrn Dr. Fürst, dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, hat sie den Wiederaufbau der amtlichen Statistik in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg wesentlich mitgestaltet. Zahlreiche Veröffentlichungen aus dieser Zeit, nicht zuletzt in dieser Zeitschrift, dokumentieren eindrucksvoll die Fülle ihrer Aufgaben- und Tätigkeitsfelder, die von der Planung des statistischen Programms über Organisations- und Rechtsfragen der Statistik, die Klassifikation statistischer Tatbestände, Fragen der Indexberechnung bis hin zu Einzelproblemen aus zahlreichen Fachstatistiken reichten und praktisch das gesamte Spektrum der statistischen Arbeit umfaßten. Untrennbar verbunden ist ihr Name mit dem Aufbau des Systems der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Als Abteilungsleiterin, als Vizepräsidentin und von 1972 bis 1979 als Präsidentin des Statistischen Bundesamtes hat sie die Weiterentwicklung des statistischen Programms zu einem in sich geschlossenen, modernen Anforderungen entsprechenden Gesamtbild des Wirtschaftsablaufs und der Wirtschaftsstruktur sowie der gesellschaftlichen Vorgänge maßgeblich geprägt. Die grundlegenden Neuordnungen im Bereich der Agrarstatistik, der Statistiken des Produzierenden Gewerbes, der Handels- und Gastgewerbestatistiken und der Finanzstatistik, der Ausbau der Erwerbstätigkeits- und der Bildungsstatistiken sowie die Einführung der Umweltstatistiken sind mit ihrem Namen verbunden. Ihr besonderes Gespür für neue Anforderungen und Möglichkeiten kam nicht nur bei der Aktualisierung, Modernisierung und Straffung des statistischen Programms zum Tragen. Auch bei der Verbesserung der Methoden und Verfahren zur Erhebung und Verarbeitung statistischer Daten, der Darbietung der Ergebnisse der amtlichen Statistik, der Organisation des statistischen Dienstes und nicht zuletzt bei den Rechtsfragen der Statistik hat sie

sich ausgezeichnet. Krönender Abschluß Ihres Wirkens war wohl die Novellierung des „Grundgesetzes“ der amtlichen Statistik, des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke, im Jahr 1980.

Der deutschen Öffentlichkeit war Frau Dr. Bartels auch als Bundeswahlleiterin bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 und bei den Europawahlen 1979 bekannt. In Anerkennung ihrer herausragenden Leistungen wurden Frau Dr. Bartels das große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und das große Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen.

Mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes, von denen viele Sie, verehrte Frau Dr. Bartels, noch aus persönlicher Zusammenarbeit kennen und schätzen, gratulieren Schriftleitung und Redaktion von „Wirtschaft und Statistik“ Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünschen, daß Ihnen trotz aller gesundheitlichen Einschränkungen Lebenskraft und Lebensfreude noch lange erhalten bleiben.

Aus Europa

Ausschuß für das Statistische Programm/24. EWR-Konferenz

In der 35. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) am 25. November 1999 in Luxemburg wurde der Entwurf einer Kommissionsentscheidung über die Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 95/64/EG des Rates über die statistische Erfassung des Güter- und Personen-seeverkehrs einstimmig angenommen.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die aufzubauende Datenbank mit Konjunkturzeihen für alle Mitgliedstaaten sowie für die Europäische Union (EU) und die Eurozone (Euro-SICS), die allgemein begrüßt wurde. Der ASP erklärte, die Arbeiten für Euro-SICS unterstützen zu wollen. Verbessert werden sollen u. a. die Erstellung von Metadaten, die Qualität der Datenbankinhalte, der Online-Zugang unter Gesichtspunkten der Nutzerfreundlichkeit und die Arbeits- und Zeitplanung für die Weiterentwicklung der Datenbank. Die Arbeitsgruppe „Verbreitung statistischer Informationen“ soll bis Mitte 2000 ein Marketingmodell entwickeln, das u. a. die Nutzerentgelte für einen erweiterten Nutzerkreis festlegt, wobei die Zugangsberechtigung von den einzelnen Mitgliedstaaten vergeben werden sollte. Der deutsche Vertreter betonte, daß das Programm zur tagesaktuellen Übermittlung der wichtigsten Indikatoren an die

Kurznachrichten

Europäische Zentralbank (EZB) weiter verbessert werden muß. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) sagte zu, eine Liste der effektiven Übermittlungstermine an die EZB auf der nächsten ASP-Sitzung vorzulegen.

Erörtert wurde ferner der Zeitplan für die künftige Arbeit am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Das vorgeschlagene Programm wurde als zu umfangreich bezeichnet, so daß Prioritäten gesetzt werden müssen. Für Deutschland sind die Konsolidierung der bisherigen Maßnahmen und die Vervollständigung des Erfassungsrahmens des HVPI vorrangig. Eurostat sagte die Überarbeitung des Programmvorschlages für die nächste ASP-Sitzung zu.

Zur Statistik des Außenhandels und des innergemeinschaftlichen Handels forderte der ASP, daß die Verbesserung der Qualität Vorrang vor anderen Überlegungen zur Neugestaltung haben soll. Ein Übergang auf das Einstromverfahren wird von deutscher Seite abgelehnt, da es fraglich ist, ob sich die europäischen Anforderungen an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Zwecke der Eigenmittelberechnungen und des Stabilitätspaktes dann noch erfüllen lassen. Obwohl in der Eurozone das Interesse an Informationen über Transaktionen innerhalb der EU abnimmt, legt die EZB weiterhin großen Wert auf eine Intrahandelsstatistik von hoher Qualität.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Erfassung der Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in der EU. Eine Mehrheit im ASP begrüßt die EU-Interpretation der Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit und bezeichnet die internationale Vergleichbarkeit von Erwerbslosenquoten als sehr wichtig. Deutschland fordert nachdrücklich die Einbeziehung der Anstaltsbevölkerung. Diese und weitere technische Fragen werden in einer Arbeitsgruppe im Januar 2000 beraten.

Der Abschlußbericht der Leadership Group (LEG) „Kulturstatistik in der EU“ wurde vom ASP genehmigt, die Einführung einer Rechtsgrundlage zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht für sinnvoll gehalten. Dem vorgeschlagenen Arbeitsprogramm der LEG „Gesundheitsstatistik in der EU“ und einer engen Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz stimmten alle Delegierten zu, vor allem im Hinblick auf eine aktivere Rolle bei der Planung und Durchführung des zukünftigen gemeinschaftlichen Aktionsprogramms für die öffentliche Gesundheit. Zu den Aktivitäten im Rahmen des Programms PHARE sprach sich der ASP dafür aus, daß weiterhin an den bisherigen Grundprinzipien festgehalten werden soll und verweist auf die Bedeutung bilateraler Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern.

Aus dem Inland

Herbstkonferenz der Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Vorschläge des Statistischen Bundesamtes zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms standen im Vordergrund der Amtsleiterkonferenz im November 1999. Einige Vorschläge lassen sich nur durch Änderung von Rechtsvorschriften, andere durch Anweisung der Bundesressorts an das Statistische Bundesamt umsetzen und eine Reihe der vom Statistischen Beirat vorgeschlagenen Maßnahmen erhält Prüfaufträge an die amtliche Statistik. Die Leiter der statistischen Ämter der Länder legten ein Positionspapier vor, das bei der Umsetzung der Empfehlungen, insbesondere was die Umgestaltung der Wirtschaftsstatistiken betrifft, Berücksichtigung finden soll. Ihr Anliegen ist vor allem, daß bei der Planung bzw. Anpassung von Statistiken die rechtlich bindenden EU-Anforderungen sowie der Bedarf der Länder an regional tiefgegliederten Informationen besser berücksichtigt werden. Die Amtsleiterkonferenz beauftragte ein Bund-Länder-Gremium mit der Prüfung dieser Fragen. Das Statistische Bundesamt wird zu jeder Amtsleiterkonferenz über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Empfehlungen berichten.

Ein weiterer wichtiger Beratungspunkt war die Neukonzeption der Statistiken im Produzierenden Gewerbe. Der Monatsbericht für Mehrbetriebsunternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe soll ab dem Berichtsjahr 2000 auf eine jährliche Periodizität umgestellt werden. Die Amtsleiterkonferenz begrüßte die Entlassung der Backer und Fleischer aus der monatlichen Berichtspflicht zur Produktionserhebung und bat zu prüfen, ob weitere Bereiche entlastet werden können. Nach Ablauf der Übergangsfrist werden die Strukturhebungen erstmals für 1999 nach der EU-Strukturverordnung zu liefern sein. Der durch neue Merkmale entstehende Mehraufwand kann im wesentlichen durch Wegfall bisheriger Merkmale ausgeglichen werden. Mehraufwand erfordert die Einbeziehung kleiner Unternehmen. Die dabei vorgesehenen zusätzlichen Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sollen ab Berichtsjahr 2000 bei einer kleinen Stichprobe von Unternehmen (max. 3%) und mit stark verkürztem Frageprogramm durchgeführt werden.

Kurznachrichten

Die Amtsleiter informierten sich des weiteren über den Stand der Vorbereitung des Gesetzentwurfs zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik. Der Erhebungsbereich bezieht sich auf die Abschnitte I und K der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93): Verkehr, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Unternehmensdienstleister. Vorgesehen ist eine jährliche Erhebung mit Auskunftspflicht bei durchschnittlich höchstens 20% aller Berichtskreise. Mit der Verabschiedung des Gesetzes ist Ende 2000 zu rechnen.

Zur geplanten Belastungsuntersuchung der Unternehmen vereinbarte die Amtsleiterkonferenz, daß die Untersuchung nicht nur die Unternehmensbelastung durch Bundesstatistiken, sondern auch andere bürokratische Lasten einbeziehen soll. Ferner soll das Projekt nicht von den statistischen Ämtern selbst übernommen, sondern von einem Institut im Auftrag eines Bundesressorts durchgeführt werden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat bereits Interesse an der Vergabe eines entsprechenden Auftrags signalisiert.

In der Amtsleiterkonferenz bestand Einvernehmen, den Endbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft“ als interne Arbeitsunterlage in den statistischen Ämtern zu verwenden. Die statistischen Ämter halten es für erforderlich – auch unter Beachtung der sich abzeichnenden Entwicklungen auf europäischer Ebene –, im Rahmen einer allgemeinen Novellierung des Bundesstatistikgesetzes in engem Kontakt mit der Wissenschaft und den Wirtschaftsverbänden Regelungen zu schaffen, die der Wissenschaft leichteren Zugang zu Einzeldaten in den statistischen Ämtern ermöglichen.

Zur Vorbereitung eines künftigen Zensus faßte die Amtsleiterkonferenz Beschlüsse zum weiteren Vorgehen bei den Vorarbeiten für das Testgesetz und zu wichtigen Grundzügen eines künftigen Zensus. Sie informierte sich ferner über den Stand der Untersuchungen der Arbeitsgruppe „Organisatorisch-technische Weiterentwicklung des Mikrozensus“ zum Übergang auf eine unterjährige Erhebung des Mikrozensus, über die bisherigen Überlegungen der Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Amtliche Statistik und sozio-ökonomische Fragestellungen“ zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts für den Bereich der Haushaltsstatistiken und über den Stand der Arbeiten an der Neukonzeption der laufenden Bevölkerungsstatistiken; der Start des neuen Systems ist mit Berichtsjahr 2000 vorgesehen.

Kompakt

8. Wissenschaftliches Kolloquium Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie –

Seit 1992 veranstaltet das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft – Ausschuß Methodik Statistischer Erhebungen – jährlich wissenschaftliche Kolloquien, die ein Forum bieten für den wissenschaftlichen Dialog zwischen amtlicher Statistik und ihren wichtigsten Nutzergruppen, besonders Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbände.

Nachdem die letztjährige Veranstaltung (Amtliche Statistik – Ein konstitutives Element des demokratischen Staates) im Zeichen des fünfzigjährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland stand, wurden auf dem am 18. und 19. November 1999 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden durchgeführten Kolloquium zum Thema „Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie –“ traditionsgemäß wieder Fragestellungen behandelt, die nicht nur statistisch-methodisch anspruchsvoll, sondern auch für die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion von besonderem Interesse sind.

Nach Begrüßung durch Präsident Hahlen führte der Moderator, Professor Dr. Dres. h.c. Norbert Klotten in die Thematik ein.

Das Auftaktreferat hielt Dr. Michael Hüther von der Deutschen Girozentrale-DekaBank, Frankfurt am Main, zum Thema „Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik – Bezüge in den Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“.

Einen Überblick über den Stand der theoretischen Diskussion gab Prof. Dr. Adolf Wagner vom Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig in seinem Beitrag „Konjunkturtheorie – zum Wandel der Begriffe und Modelle“ Probleme der empirischen Wirtschaftsforschung, dargestellt am Beispiel der Konjunkturanalyse und -prognose betrachtete Prof. Dr. Bernd Schips von der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

Die weiteren Beiträge des ersten Veranstaltungstages behandelten Fragen zum statistischen Datenangebot und zur Konjunkturbeobachtung durch die amtliche Statistik und die Zentralbank. Dr. Norbert Herbel vom Statistischen Bundesamt berichtete über das bestehende System der Produktions- und Auftragseingangsindizes, die im Mittelpunkt der monatlichen Konjunkturberichterstattung der statistischen

Kurznachrichten

Amter stehen. Dr. Robert Fecht von der Deutschen Bundesbank erläuterte die Konjunkturbeobachtung durch die Deutsche Bundesbank

Der zweite Tag des wissenschaftlichen Kolloquiums stand im Zeichen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Dr. Gernot Nerb vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München berichtete über die Konjunkturdiagnose und -prognose mit dem ifo-Konjunkturtest. Prof. Dr. Ullrich Heilemann vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen setzte sich mit Möglichkeiten und Grenzen der Diskriminanzanalyse als neuem Instrument der Konjunkturanalyse auseinander. Zum Abschluß des Kolloquiums analysierte Prof. Dr. Thomas Straubhaar, der neue Präsident des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, Fragen divergenter Konjunkturverläufe in einer globalisierten Welt.

Alle Referate dieses wissenschaftlichen Kolloquiums werden – ergänzt um einen Beitrag von Dr. Gustav A. Horn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung über „Gesplante Konjunktur im wiedervereinigten Deutschland“ – in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ veröffentlicht werden.

Weitere Informationen sind erhältlich im Statistischen Bundesamt bei Gruppe I B, Telefon (06 11) 75 20 77 bzw. 75 26 95, Telefax (06 11) 75 39 50.

Call for Papers

2. Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“ am 12. und 13. Oktober 2000 in Mannheim

Im Rahmen eines durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Pilotprojekts sind faktisch anonymisierte Daten des Mikrozensus 1995 und 1996 für die Forschung zu Kosten von jeweils 130 DM zugänglich. Nach einer Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) können seit kurzem weitere Mikrozensusdaten der Erhebungen 1989, 1991 und 1993 sowie ab Frühjahr 2000 die Daten des Mikrozensus 1997 zu den gleichen günstigen Sonderkonditionen bezogen werden. Diese Daten ermöglichen die Untersuchung einer Vielzahl unterschiedlicher Fragestellungen zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung.

Am 12. und 13. Oktober 2000 veranstaltet das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mann-

heim die 2. Nutzerkonferenz zur Forschung mit dem Mikrozensus. Die Konferenz wendet sich vorwiegend an Forscher, die mit den Daten des Mikrozensus arbeiten oder daran interessiert sind. Ziele der zweiten Nutzerkonferenz sind, die auf der Basis dieser Daten gewonnenen neueren Forschungsergebnisse zu diskutieren wie auch den Erfahrungsaustausch der Nutzer untereinander und mit den statistischen Ämtern als Datenproduzenten zu fördern. Präferiert werden Beiträge, die

- Forschungsergebnisse präsentieren und das Potential amtlicher Daten zur Gesellschaftsanalyse aufzeigen,
- Probleme in der Sekundäranalyse der Daten des Mikrozensus behandeln und
- gegebenenfalls Vorschläge zur Verbesserung der Analysemöglichkeiten unterbreiten

Beiträge können aus allen Arbeitsgebieten eingereicht werden, die sich inhaltlich oder methodisch mit Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt auf der Basis von Mikrozensusdaten beschäftigen. Folgende Themenschwerpunkte sind vorgesehen:

- Entwicklung und Probleme des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern und Berlin-Ost sowie im früheren Bundesgebiet
- Soziale Lage und wirtschaftliche Situation im Haushaltskontext
- Teilgruppen der Gesellschaft: Strukturen und Probleme

Weitere Informationen zur Nutzerkonferenz sind beim Statistischen Bundesamt – Zweigstelle Bonn, Gruppe IX B, Postfach 17 03 77, 53029 Bonn, Tel.: (0 18 88) 6 43-86 92, E-Mail: mikrozensus@statistikbund.de und bei ZUMA unter der unten angegebenen Adresse verfügbar. Interessenten werden gebeten, Abstracts der geplanten Beiträge bis spätestens 15. Februar 2000 an folgende Adresse zu senden:

*Dr. Heike Wirth
ZUMA
Postfach 122155
D 68072 Mannheim
Telefon (06 21) 1 24 62 69 bzw. 1 24 62 65;
Telefax (06 21) 1 24 61 00.*

E-Mail: wirth@zuma-mannheim.de

Die Abstracts sollten nicht mehr als ein bis zwei Seiten umfassen sowie den Titel des Beitrags und Angaben über den Verfasser enthalten. Sie können auf Diskette oder per E-Mail zur Verfügung gestellt werden.

Kurznachrichten

1,2% Wirtschaftswachstum im dritten Quartal 1999

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt, der Wert der erwirtschafteten Leistung, nahm im dritten Quartal 1999 im Vergleich zum dritten Quartal 1998 real um 1,2% zu

Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen von 1995 (Ursprungswerte)						
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %						
1998			1999			
1 Vj	2 Vj	3 Vj	4 Vj	1 Vj	2 Vj	3 Vj
+3,8	+1,1	+2,0	+1,9	+0,7	+1,2	+1,2

Nach rechnerischer Ausschaltung von saison- und kalenderbedingten Schwankungen (Berechnungen der Deutschen Bundesbank) erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 1999 gegenüber dem Vorquartal um 0,7%

Während die inländische Verwendung des Inlandsprodukts (Konsum und Bruttoinvestitionen) im dritten Quartal 1999 real um 1,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal anstieg, ging der Außenbeitrag erneut zurück, da die realen Importe stärker zunahmen (+5,1%) als die realen Exporte (+4,6%).

Diese und weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet (<http://www.statistik-bund.de>) abgerufen werden. Tiefer gegliederte vierteljährliche Ergebnisse werden in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung“, veröffentlicht, die unter der Bestellnummer 2180300-99323 im Buchhandel oder über den Verlag Metzler-Poeschel (nähere Angaben siehe Impressum) zu beziehen ist.

20% der Neugeborenen haben nicht verheiratete Eltern

Jedes fünfte Kind wird in Deutschland außerhalb einer Ehe geboren: Von den 785 000 im Jahr 1998 lebend geborenen Kindern hatten 157 000 Eltern, die nicht miteinander verheiratet waren. Dieser Anteil hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt (1978: 10%)

Erhebliche Unterschiede gibt es zwischen Ost und West: In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat fast die Hälfte der Kinder bei der Geburt Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind (1998: 47%), während im früheren Bundesgebiet dies bei 16% der 1998 lebend geborenen Kindern der Fall war. Unter den einzelnen Bundesländern war dieser Anteil in Baden-Württemberg am niedrigsten (13%) und in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten (51%).

Weitere Auskünfte erteilt Bettina Sommer, Telefon (06 11) 75 27 08.

106 790 Einbürgerungen von Ausländern im Jahr 1998

1998 wurden in Deutschland 106 790 ausländische Personen auf der Grundlage des Ausländergesetzes bzw. des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes eingebürgert. Das sind 23 877 oder über ein Viertel (+29%) mehr als 1997 (82 913). Nachdem die Zahl der Einbürgerungen von Ausländern im Jahr 1997 um 4% zurückgegangen war, ist sie damit wieder gestiegen.

Von den 106 790 im Jahr 1998 eingebürgerten Ausländern hatten 56 881 einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung (§§ 85, 86 Abs. 1 des Ausländergesetzes). Die übrigen wurden im Ermessenswege eingebürgert, 23 905 insbesondere nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und 26 004 nach dem § 86 Abs. 2 Ausländergesetz.

Weniger Studierende, mehr Studienanfänger im Wintersemester 1999/2000

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen haben sich im laufenden Wintersemester 1999/2000 an den Hochschulen in Deutschland insgesamt 1 765 000 Studierende eingeschrieben. Davon studieren 1 291 000 (73%) an Universitäten oder gleichrangigen wissenschaftlichen Hochschulen, 443 000 (25%) an Fach- oder Verwaltungsfachhochschulen und 32 000 (2%) an Kunsthochschulen. Derzeit gibt es rund 36 000 oder 2% weniger Studierende als im Wintersemester 1998/99. Der Frauenanteil hat sich im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester 1998/99 weiter von 44,5 auf 45,1% erhöht.

Im Studienjahr 1999/2000 (Sommersemester 1999 und Wintersemester 1999/2000) haben insgesamt 290 000 Studienanfänger erstmals ein Hochschulstudium in Deutschland begonnen, gut 6% mehr als 1998; darunter sind 141 000 Frauen (48,7%; 1998: 48,5%).

Im Studienfach „Informatik“ nahmen im Studienjahr 1999/2000 gut 19 000 Studierende ein Fachstudium auf, 30% mehr als im Vorjahr. Der seit Mitte der neunziger Jahre festzustellende Zulauf zum Informatikstudium setzte sich somit fort. Auch in wichtigen ingenieurwissenschaftlichen Studienfächern nahm die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester im Studienjahr 1999/2000 zu. Im Fach „Maschinenbau“ begannen rund 13 000 Studierende ein Fachstudium, 16% mehr als im Jahr zuvor. Im Studienfach „Elektrotechnik/Elektronik“ gab es knapp 11 200 Studierende im ersten Fachsemester (+3% gegenüber dem Vorjahr). Nachdem die Ingenieurwissenschaft-

Kurznachrichten

ten bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre rückläufige Anfängerzahlen verzeichneten, ist seit 1997/1998 wieder ein steigendes Interesse an den Kernfächern der Ingenieurwissenschaften festzustellen. Dagegen nahmen im Studienjahr 1999/2000 mit gut 7 700 deutlich weniger Studierende ein Studium im Fach „Bauingenieurwesen“ auf (-18%) als noch ein Jahr zuvor. Der seit 1995 anhaltende Abwärtstrend in diesem Studienfach setzte sich weiter fort.

Weitere Auskünfte erteilt Martin Beck, Telefon (06 11) 75 41 40

Drei von vier Personen starben 1998 an Krankheiten des Kreislaufsystems oder an bösartigen Neubildungen

1998 starben in Deutschland 852 382 Personen, 393 447 Männer und 458 935 Frauen; dies waren 8 007 Sterbefälle bzw. 0,9% weniger als im Vorjahr.

Bei nahezu jedem zweiten Verstorbenen wurde der Tod durch eine Erkrankung des Herz-Kreislaufsystems ausgelöst, 169 300 Männer und 242 100 Frauen starben daran. Von den Sterbefällen aufgrund von Kreislauferkrankungen sind insbesondere ältere Menschen betroffen, etwa 90% der Verstorbenen waren über 65 Jahre alt. Die erheblich größere Zahl an Kreislauferkrankungen verstorbener Frauen resultiert aus deren höherer Lebenserwartung.

Ein Viertel der Verstorbenen erlag 1998 einem bösartigen Krebsleiden. 108 800 Sterbefälle der Männer und 103 900 der Frauen waren hierauf zurückzuführen. Die größte Bedeutung bei den Männern hatte Lungenkrebs mit 28 600 Verstorbenen und Prostatakrebs mit 11 400 Verstorbenen. Bei den verstorbenen Frauen dominierten Brustkrebs und Dickdarmkrebs mit 17 700 bzw. 11 600 Sterbefällen

Weitere Auskünfte erteilt Klaus-Jürgen Hammer, Telefon (0 18 88) 6 43 81 09

Jahresgutachten 1999/2000 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

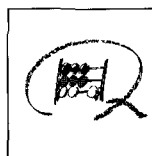
Das Jahresgutachten 1999/2000 „Wirtschaftspolitik unter Reformdruck“ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist mit dem vollständigen Wortlaut ausgewählter Kapitel verfügbar unter der Internet-Adresse des Sachverständigenrates: <http://www.Sachverstaendigenrat-Wirtschaft.de>, und zwar das 1. Kapitel „Wirtschaftspolitik unter Reformdruck“ (Überblick), das 3. Kapitel „Die voraussichtliche Entwicklung im Jahre 2000“ (Prognose), das 4. Kapitel „Grundlinien der

Wirtschaftspolitik“ und das 5. Kapitel „Die Politikbereiche im Einzelnen“ mit den Unterabschnitten: „Europäische Geldpolitik“, „Finanzpolitik“, „Lohnpolitik und Arbeitsmarktordnung“ und „Alterssicherung“.

In gedruckter Form ist das Jahresgutachten 1999/2000 über den Buchhandel oder direkt beim Verlag Metzler-Poeschel (nähere Angaben siehe Impressum) oder als Bundestagsdrucksache zu beziehen.

Aus diesem Heft

Qualitätsoffensive Statistik – umfassendes Qualitätsmanagement im Statistischen Bundesamt

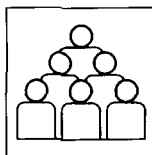


Die Gewährleistung eines hohen Qualitätsstandards ist schon immer ein zentrales Anliegen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder gewesen. Insofern haben Aktivitäten zur Verbesserung der

Qualität eine lange Tradition im Statistischen Bundesamt.

Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Statistik“ werden die laufenden und zukünftigen Aktivitäten in ein abgestimmtes Gesamtkonzept integriert, das sich am Grundgedanken des umfassenden Qualitätsmanagements orientiert. Um eine kontinuierliche Verbesserung der Statistik-Produkte, eine Steigerung der Zufriedenheit von Kunden und Mitarbeitern sowie eine erhöhte Wirtschaftlichkeit zu erreichen, beleuchten wir systematisch alle qualitätsrelevanten Bereiche auf Verbesserungsmöglichkeiten. Hierbei orientieren wir uns am Referenzmodell der Europäischen Stiftung für Qualitätsmanagement (EFQM-Modell) Das Gesamtkonzept unserer „Qualitätsoffensive Statistik“ gewährleistet die Koordination der laufenden und künftigen Einzelmaßnahmen in allen Bereichen des EFQM-Modells. Eine solche Koordination ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine erfolgreiche Modernisierung, da jede Einzelmaßnahme Bezüge zu anderen Maßnahmen aufweist.

Förderpreise des Statistischen Bundesamtes für wissenschaftliche Nachwuchskräfte



Das Statistische Bundesamt hat am 18. November 1999 zwei Dissertationen, die sich mit Themen der amtlichen Statistik befassen, mit jeweils einem Förderpreis in Höhe von 2 000 € ausgezeichnet. Den Rahmen für

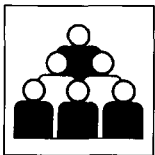
Kurznachrichten

die Preisverleihung bot das 8. Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie –“, das das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstaltet hat.

Der Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes war in diesem Jahr zum ersten Mal ausgelobt. Er soll zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik beitragen und junge Nachwuchswissenschaftler zu empirischen Forschungen anregen, zu denen die amtliche Statistik mit ihren Daten wichtige Grundlagen bieten kann. Auch Arbeiten über Methodenfragen der amtlichen Statistik können ausgezeichnet werden.

Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr die Dissertation „Kernel and Locally Weighted Regression with Application to Time Series Decomposition“ von Dr. Yuanhua Feng sowie die Dissertation von Dr. Heike Wirth: „Bildung, Klassenlage und Partnerwahl. Eine empirische Analyse zum Wandel der bildungs- und klassenspezifischen Heiratsbeziehungen“.

Ehescheidungen 1998



Der vorliegende Beitrag stellt Ergebnisse aus der Statistik der Ehescheidungen für das Berichtsjahr 1998 vor. Da sich das Scheidungsverhalten der Bevölkerung im Westen und Osten Deutschlands immer noch unterscheidet, werden die zentralen Ergebnisse auch getrennt für die Gebietsteile erörtert.

Im Jahr 1998 registrierte die amtliche Statistik sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands eine weitere Zunahme der Scheidungen. Gegenüber dem Jahr 1997 stieg die Zahl der Ehescheidungen im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin um 1,3% auf 163 390 (1997: 161 270). In den neuen Bundesländern wurden 1998 29 030 Ehescheidungen gezählt, was einem Anstieg gegenüber 1997 um 9,4% entspricht. Für Deutschland insgesamt ergab sich damit gegenüber 1997 eine Zunahme der Ehescheidungen um 2,5% auf 192 420 im Jahr 1998. Von 1 000 bestehenden Ehen wurden 1998 10 geschieden.

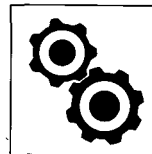
Auch 1998 wurde die Mehrheit der Scheidungsanträge von den Frauen gestellt (61,0%). Der ganz überwiegende Teil der Scheidungen erfolgte dabei einverständlich nach einjähriger Trennung (70,5%).

Die Zahl der von Ehescheidungen betroffenen minderjährigen Kinder ist bundesweit gegenüber 1997 um 3,9% gesunken. Insgesamt waren im Jahr 1998 in Deutschland 156 740 Kinder von der Schei-

dung ihrer Eltern betroffen (129 000 im Westen und 27 740 im Osten).

Auch in regionaler Hinsicht gab es Unterschiede. Im Osten Deutschlands variierte die auf 10 000 Einwohner bezogene Scheidungsziffer zwischen 19,6 Ehescheidungen in Sachsen-Anhalt und 21,6 Ehescheidungen in Mecklenburg-Vorpommern. Im Westen wiesen die drei Stadtstaaten zusammengenommen mit 28,8 Scheidungen je 10 000 Einwohner eine höhere Scheidungsrate als die Flächenländer auf. Dort gab es 23,6 Ehescheidungen je 10 000 Einwohner.

Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters



Statistische Unternehmensregister sind wichtige Instrumente zur rationalen Unterstützung statistischer Erhebungen sowie zur Erstellung statistischer Auswertungen. Nach der Verordnung über statistische Un-

ternehmensregister sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, bestimmte Informationen über Unternehmen in Registern zu erfassen. In Deutschland gab es ein solches umfassendes Register zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung nicht.

In einem ersten Schritt wurden deshalb in den statistischen Ämtern existierende Adreßmaterialien zu einem Registersystem mit der Bezeichnung „Unternehmensregistersystem 95 (URS 95)“ zusammengefaßt. Um auch für Einheiten, die bisher nicht in die statistische Berichterstattung einbezogen sind – insbesondere Einheiten bestimmter Dienstleistungsbereiche – Informationen zu erhalten sowie für alle im URS 95 enthaltenen Einheiten die laut Verordnung geforderten Merkmale speichern zu können, sollen in einem zweiten Schritt Verwaltungsdateien zum Aufbau des Registers herangezogen werden. Für Verwaltungsdateien entschied man sich, weil nur durch deren Nutzung auf mittlere Sicht die gegensätzlichen Forderungen nach mehr Informationen über Unternehmen zum einen sowie nach statistischer Entlastung der Auskunftgebenden und nach Rationalisierung im Bereich der amtlichen Statistik zum anderen in Einklang gebracht werden können.

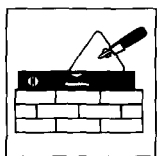
Durch Verabschiedung des Statistikregistergesetzes wurde in Deutschland die rechtliche Grundlage für die statistische Nutzung von Verwaltungsdateien geschaffen. Das Gesetz sieht die jährliche Übermittlung von Informationen aus den Dateien der Finanzbehörden, der Bundesanstalt für Arbeit, der Industrie- und Handelskammern und der Handwerks-

Kurznachrichten

kammern an die statistischen Ämter vor. Derzeit werden Angaben aus den Umsatzsteuerdateien der Finanzbehörden erstmals in das URS 95 eingearbeitet. Anschließend sollen Informationen aus dem Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit aufgenommen werden, um gegen Anfang des Jahres 2000 über ein Register verfügen zu können, das Einheiten aller Wirtschaftsbereiche mit Angaben zum Umsatz sowie zur Zahl der Beschäftigten enthält.

Erste Erfahrungen mit den Verwaltungsdateien haben ergeben, daß die Verarbeitung dieser Materialien im Unternehmensregister sehr arbeitsaufwendig ist. Darüber hinaus ist aufgrund von Schwierigkeiten bei der Zusammenführung von Informationen aus verschiedenen Quellen zur Verbesserung der Qualität des Registers eine Umfrage bei bestimmten Unternehmen und örtlichen Einheiten erforderlich. Auch von der im Anschluß an die Umfrage vorgesehenen Aufnahme der Dateien der Industrie- und Handelskammern wird erwartet, daß sie zur Steigerung der Qualität des Registers beiträgt. Es bedarf also noch großer Anstrengungen, bis der Nutzen des Unternehmensregisters vollständig zum Tragen kommt.

Größe, Belegung und Altersstruktur der Eigentümer- und Mietwohneinheiten



Der Beitrag bringt weitere Ergebnisse aus der im Zusammenhang mit dem Mikrozensus 1998 durchgeführten wohnungsstatistischen Zusatzerhebung. Sein Schwerpunkt liegt in der vergleichenden Gegenüberstellung der Miet- und Eigentümerwohneinheiten im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern.

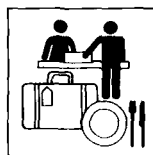
Als Vergleichsmerkmale dienen die Gebäudegröße, das Baujahr, die Wohnfläche und die Belegung. Derzeit befinden sich in Deutschland in Wohngebäuden rund 13,8 Mill. Wohneinheiten, die von ihren Eigentümern selbst genutzt werden, und rund 20 Mill. Wohneinheiten, die vermietet sind. Eigentümerwohneinheiten sind bei weitem am häufigsten (82%) in Ein- und Zweifamilienhäusern anzutreffen, Mietwohneinheiten konzentrieren sich in Mehrfamilienhäusern mit drei bis zwölf Wohneinheiten (62%). Während sich in den neuen Ländern zwei Drittel (66%) der Eigentümerwohneinheiten in Einfamilienhäusern befinden, ist dieser Anteil im früheren Bundesgebiet deutlich geringer (58%). Bei den Zweifamilienhäusern stimmen die Anteile fast überein (24 bzw. 23%).

Je größer das Gebäude, desto kleiner die Wohneinheiten, desto geringer allerdings auch die Belegung. Das gilt für Eigentümer- und Mietwohneinheiten gleichermaßen. Sowohl die Eigentümer- als auch die Mietwohneinheiten sind in den neuen Ländern

erheblich kleiner als im früheren Bundesgebiet. Gesamtdurchschnittsgrößen von 100 m² (Eigentümerwohneinheiten) bzw. 61 m² (Mietwohneinheiten) in den neuen Ländern stehen solche von 115 m² (Eigentümerwohneinheiten) bzw. 71 m² (Mietwohneinheiten) im früheren Bundesgebiet gegenüber. Dabei fällt auf, daß die Eigentümerwohneinheiten in den neuen Ländern in der Regel nicht nur kleiner sind, sondern auch eine höhere Belegung aufweisen.

Die nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland bzw. der ehemaligen DDR bis zum Jahr 1978 geschaffenen Wohneinheiten weisen, sofern sie vom Eigentümer selbst bewohnt werden, im Durchschnitt eine Wohnfläche von 111 m² auf. Mietwohneinheiten aus dieser Zeit sind im Durchschnitt 67 m² groß. In den Zeiträumen danach vergrößern sich die durchschnittlichen Wohnflächen der Miet- und Eigentümerwohneinheiten beträchtlich. Sie erreichen ihren Höchstwert in den Jahren 1991 bis 1993 mit 76 m² bei den Mietwohneinheiten und 127 m² bei den Eigentümerwohneinheiten. Der Altersschwerpunkt liegt bei den Miet- und Eigentümerwohneinheiten im früheren Bundesgebiet eindeutig in der Periode 1949 bis 1978, in den neuen Ländern bei den Eigentümerwohneinheiten aus der Zeit vor 1949. Für die Mietwohneinheiten in den neuen Ländern ist ein Altersschwerpunkt nicht so eindeutig gegeben.

Warensortiment und Bezugswege im Einzelhandel 1997



Für das Berichtsjahr 1997 wurde eine sogenannte Ergänzungserhebung im Einzelhandel durchgeführt. Ergänzungserhebungen, die – neben der monatlichen Konjunkturstatistik und der jährlichen Strukturstatistik – in fünf- bis siebenjährigem Abstand stattfinden, erfüllen mehrere Zwecke:

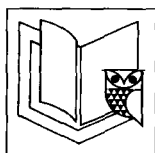
- Sie liefern als Ergänzung zur Jahreserhebung, die Daten nur in der Gliederung nach Branchen darstellt, Angaben über die Zusammensetzung des Warensortiments
- Sie stellen Angaben für die Aktualisierung der Wägungsschemata der Preisindizes für den Einzelhandel bereit.
- Sie dienen als Basisinformation für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
- Sie bieten Informationen über die Bezugswege der Einzelhandelsunternehmen
- Die warenmäßige Aufteilung des Sortiments dient der Überprüfung der Zuordnung der Unternehmen

Kurznachrichten

zu den Positionen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)

Die Ergebnisse dieser Ergänzungserhebung werden in dem vorliegenden Aufsatz besprochen. Da der Teil einer Ergänzungserhebung, der sich auf das Warensortiment bezieht, zu einem sehr umfangreichen Datenmaterial führt, die Nutzer der Ergebnisse einer Ergänzungserhebung erfahrungsgemäß vorwiegend an Detailinformationen interessiert sind, eine umfassende Darstellung solcher Detailinformationen aber den Rahmen eines Aufsatzes sprengen würde, ist diese Abhandlung hauptsächlich auf methodische Erläuterungen ausgerichtet sowie darauf, welche Ergebnisse die Erhebung liefert und wie die Ergebnisse zu lesen und zu verstehen sind. Neben dem Hauptteil, in dem über die Sortimentserhebung berichtet wird, wird auch auf die Bezugswege im Einzelhandel eingegangen. Ein kurzer Ausblick auf die zukünftige Vereinheitlichung der Sortimentserhebung im Rahmen der Europäischen Union beschließt die Ausführungen

Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz



Der vorliegende Aufsatz berichtet erstmals ausführlich über das zum 1. Januar 1996 in Kraft getretene Gesetz zur Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG) – auch kurz „Meister-BAföG“ genannt

Mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz besteht nun auch für Fachkräfte ein gesetzlich verankerter Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für die berufliche Fortbildung. Das Gesetz verfolgt das Ziel, die Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung durch finanzielle Unterstützung zu erleichtern. Ferner soll durch eine verringerte Rückzahlung der gewährten Darlehen ein Anreiz geboten werden, den Weg in die berufliche Selbständigkeit zu wagen.

Der von den Geförderten angestrebte Fortbildungsabschluß muß über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der Freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz oder nach Bundes- oder Landesrecht vorbereiten. Die Leistungen für die Teilnehmenden bestehen aus einem sogenannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren), der als einmaliger Darlehensbetrag bis zu

20 000 DM bereitgestellt wird. Ferner sind Zuschüsse für den Lebensunterhalt und die Kinderbetreuung sowie ein Unterhaltsdarlehensbetrag vorgesehen.

Im dritten Jahr nach Einführung des AFBG, 1998, wurden 52 976 Geförderte gezählt. Gegenüber dem ersten Förderungsjahr 1996 bedeutet dies eine Steigerung um 80 % und gegenüber dem zweiten Förderungsjahr 1997 um gut 7 %. Die Förderung wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (43 088 oder 81 % aller Geförderten); nur 9 888 oder knapp 19 % der Geförderten waren Frauen. Allerdings hat sich deren Zahl gegenüber 1996 mehr als verdoppelt.

Knapp zwei Drittel (32 150 oder 61 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 58 % der geförderten Frauen und 61 % der geförderten Männer. Eine Teilzeitfortbildung wählten 20 826 Geförderte.

Ausgaben für Gesundheit 1997



Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Ausgaben im Gesundheitsbereich 1997 leicht reduziert. Insgesamt wurden 1997 in Deutschland 516,6 Mrd. DM ausgegeben, 0,9 % weniger als 1996. 62,0 % davon bzw. 320,5

Mrd. DM entfielen auf die medizinische Behandlung, 24,3 % oder 125,3 Mrd. DM auf Krankheitsfolgeleistungen. Die übrigen Aufwendungen betrafen vorbeugende und betreuende Maßnahmen, die medizinische Ausbildung und Forschung sowie die Verwaltungsausgaben.

Mit 240,4 Mrd. DM oder 46,5 % der Gesamtaufwendungen war die gesetzliche Krankenversicherung weitaus größter Ausgabenträger. Im übrigen trugen die Arbeitgeber, die öffentlichen Haushalte, die Träger der Renten-, Unfall- und Pflegeversicherung, die private Krankenversicherung und die privaten Haushalte zu den Gesundheitsausgaben bei. Je Einwohner wurden 1997 6 295 DM für die Gesundheit ausgegeben, der Anteil der Gesundheitsaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt lag bei 14,3 %.

Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 1999



Die Altersversorgung der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beamten, Richter und Berufssoldaten und ihrer Hinterbliebenen wird vom öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem über-

Kurznachrichten

nommen. Die Altersbezüge werden, wie die Bezüge während der aktiven Dienstzeit, aus den Haushaltsmitteln des jeweiligen Dienstherrn bezahlt. Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden drei Versorgungssysteme unterschieden: die Beamtenversorgung (Beamtenversorgungsgesetz), die Soldatenversorgung (Soldatenversorgungsgesetz) und die Versorgung der nach dem zweiten Weltkrieg nicht wiederverwendeten Bediensteten mit beamtenrechtlichem Versorgungsanspruch (Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz)

Am Erhebungsstichtag 1. Januar 1999 erhielten 1,35 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems; gegenüber dem Vorjahr waren dies 22000 oder 1,7% mehr. Die Bestandserhöhung lag damit etwas niedriger als in der Vorjahresperiode (+25000 oder 1,9%). Die Abschwächung geht auf weniger Zugänge zum Versorgungssystem zurück. Von den Versorgungsempfängern erhielten 1,19 Mill. ihre Bezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz und jeweils 79000 nach dem Soldatenversorgungsgesetz bzw. dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz

Insgesamt mußten alle Dienstherrn im Jahr 1998 in ihren Haushalten rund 57 Mrd. DM für die Altersversorgung ihrer ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Hinterbliebenen bereitstellen; auf die Gebietskörperschaften entfiel hiervon ein Betrag von gut 40 Mrd. DM. Der Betrag der von den Gebietskörperschaften gezahlten Altersbezüge lag um 1,2% unter der auf dem Basisjahr 1993 erfolgten Voraus-schätzung des Versorgungsberichts der Bundesregierung (40,7 Mrd. DM). Zu dieser für die öffentlichen Haushalte relativ günstigen Entwicklung haben insbesondere die niedrigen jährlichen Anpassungen und das weitere Einfrieren der Jahressonderzahlung auf den Stand von 1993 beigetragen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Versorgungsausgaben insgesamt um 3,7%, bei den Gebietskörperschaften jedoch nur um 3,2% gestiegen. Zu diesem Anstieg haben die Anpassung der Versorgungsbezüge um 1,5% ab 1. Januar 1998 und die weitere Bestandserhöhung bei den Pensionären beigetragen

Finanzen der Europäischen Union seit 1989 sowie Höhe und Bestimmungsfaktoren der Nettoposition



Der vorliegende Beitrag berichtet zunächst über Entwicklung und Struktur der Ausgaben des Haushaltes der Europäischen Union (EU) nach Hauptausgabenbereichen seit 1989

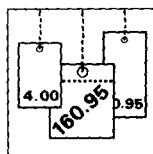
Die Ausgaben haben sich ausgehend von 85,1 Mrd. DM im Jahr 1989 auf 166,5 Mrd.

DM im Jahr 1998 fast verdoppelt. Nach wie vor hat der Agrarbereich mit über 55% den größten Anteil. Die Einnahmen der EU stiegen im selben Zeitraum von 91,8 Mrd. DM auf 161,3 Mrd. DM. Unter den der EU zufließenden Einnahmen trugen bis 1997 die Mehrwertsteuer-Eigenmittel am meisten zur Finanzierung des EU-Haushaltes bei, 1998 waren es die Bruttosozialprodukt-(BSP-)Eigenmittel.

Danach wird die Nettoposition der Mitgliedstaaten der EU dargestellt. Die Nettoposition ergibt sich aus der Differenz zwischen den Zahlungen, die ein Mitgliedstaat an die EU leistet und den Mitteln, die er von der EU erhält. Dabei zeigt sich, daß Deutschland, gemessen in absoluten Beträgen, der größte Nettoszahler war, also mehr an die EU zahlte als von ihr Mittel erhielt. In DM je Einwohner war Luxemburg der größte Nettozahler, gefolgt von den Niederlanden, Schweden und Deutschland.

Abschließend werden die Gründe aufgelistet, die erklären, weshalb der eine Mitgliedstaat Nettozahler und der andere Nettoempfänger ist.

Preise im November 1999



Die im Vormonat auf den inländischen Gütermärkten beobachtete Preisberuhigung hat sich im Berichtsmonat nicht fortgesetzt. Die Großhandelsverkaufspreise zogen innerhalb eines Monats mit +0,7% deutlich an, die Verbraucherpreise erhöhten sich um 0,2%, nachdem sie sich drei Monate hintereinander ermäßigt hatten. Die Einzelhandelspreise stiegen geringfügig um 0,1%; im Vormonat hatte es hier noch einen Preisstillstand gegeben. Auch die Erzeugerpreise wiesen mit +0,1% einen leichten Anstieg auf.

Noch deutlicher sind die Preisauftriebstendenzen im Jahresvergleich zu erkennen: Im November 1999 wurden die vom Großhandel gehandelten Waren im Durchschnitt um 3,2% teurer verkauft als im November 1998; im Oktober 1999 hatte die Jahresrate noch bei +2,1% gelegen. Auch bei den Erzeugerpreisen erhöhte sich die Preissteigerungsrate weiter von +0,2% im Oktober 1999 auf +0,7% im November 1999. Ebenfalls eine Erhöhung, die aber nicht so deutlich ausfiel wie beim Großhandel und auf der Erzeugerstufe, verzeichneten die Verbraucherpreise; nur auf der Stufe des Einzelhandels lag die Jahresveränderungsrate wie im Vormonat bei +0,3%.

Kurznachrichten

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im Oktober 1999 mit einem Stand von 114,3 (1995=100) um 0,7% höher als im Oktober 1998

Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Oktober 1999 nominal 0,3% und real 0,9% weniger als im Oktober 1998 um. In den ersten zehn Monaten 1999 wurde nominal 0,4% und real 0,3% mehr als im Vorjahreszeitraum abgesetzt

Im Oktober 1999 verzeichneten nur der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken ein nominales und reales Umsatzplus gegenüber dem Vorjahresmonat (nominal +2,1%, real +2,0%). Im nicht stationären Einzelhandel, zu dem sowohl der Versandhandel wie auch der Brennstoffhandel zählen, wurde nur nominal mehr eingenommen (nominal +8,1%, real -2,7%); das gilt auch für die Umsatzentwicklung im sonstigen Facheinzelhandel,

der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter anbietet (nominal +0,2%, real ±0,0%) Nominale und reale Umsatzeinbußen gegenüber Oktober 1998 wurden im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal -2,5%, real -1,4%) und im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal -10,1%, real -9,7%) verzeichnet.

Im Oktober 1999 wurde im Vergleich zum September 1999 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal und real jeweils 4,1% mehr abgesetzt.

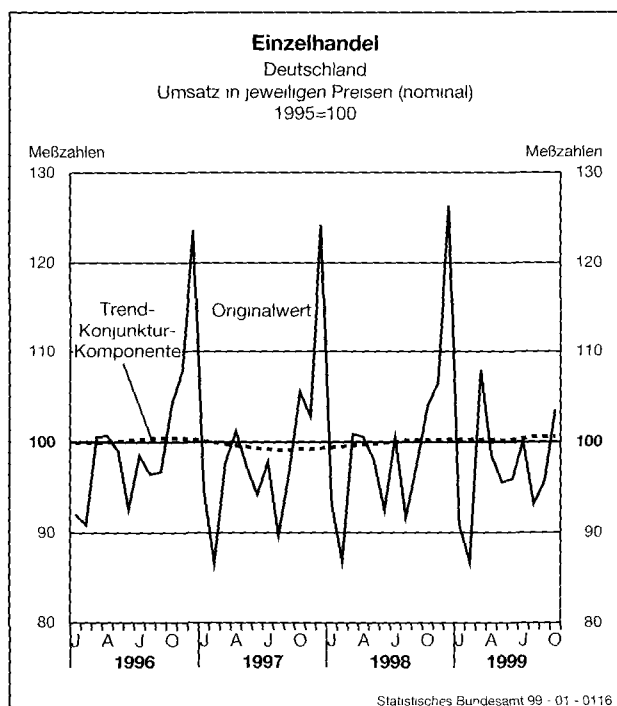
Außenhandel

Im September 1999 wurden aus Deutschland Waren im Wert von 83,3 Mrd. DM ausgeführt und Waren im Wert von 72,2 Mrd. DM eingeführt. Damit lagen die deutschen Ausfuhren im September 1999 um 7,7% und die Einfuhren um 8,4% höher als im September 1998.

Trotz eines hohen Ausfuhrüberschusses in Höhe von 11,2 Mrd. DM schloß die Leistungsbilanz nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank unter Berücksichtigung der anderen Teilbilanzen im September 1999 mit einem Defizit von 5,3 Mrd. DM ab.

Die Außenhandelspreise ziehen nach rückläufiger Entwicklung im Jahr 1998 wieder an. Seit Februar 1999 ist sowohl der Ausfuhr- als auch der Einfuhrpreisindex im Vergleich zum jeweiligen Vormonat kontinuierlich gestiegen. Im September 1999 wurde erstmals in diesem Jahr auch im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat eine Zunahme registriert. Dabei lag der Index der Ausfuhrpreise um 0,2% höher als im September 1998, der Index der Einfuhrpreise stieg im gleichen Zeitraum, vor allem bedingt durch die Verteuerung von Erdöl und Mineralölzeugnissen, sogar um 2,7%

Die Abschwächung des deutschen Außenhandels im zweiten Halbjahr 1998 ist offenbar überwunden. Besonders gut zu erkennen ist dies anhand der Trend-Konjunktur-Komponente, die nach dem Berliner Verfahren (Version 4) berechnet wird, und die von Kalender- bzw. Saisoneinflüssen sowie Sondereffekten bereinigte mittel- bis langfristige Grundtendenz einer Zeitreihe wiedergibt. Sie zeigt jetzt sowohl bei den Ausfuhren als auch bei den Einfuhren seit dem Frühjahr dieses Jahres einen deutlich und stetig steigenden Verlauf. Im September 1999 nahm sie gegenüber August 1999 bei den Ausfuhren um 1,0%, bei den Einfuhren um 1,2% zu. Zuwächse in der gleichen Größenordnung wurden auch für die zurückliegenden Monate ermittelt.



Qualitätsoffensive Statistik – umfassendes Qualitätsmanagement im Statistischen Bundesamt

Die ständige Verbesserung der Qualität der Leistungen bei Erstellung und Verbreitung von Statistiken war immer ein zentrales Anliegen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Einem Qualitätsmanagement kommt derzeit und mittelfristig besondere Bedeutung zu. Sich verändernde Rahmenbedingungen (zurückgehende Ressourcen bei weiter wachsenden Aufgaben) erfordern besondere Anstrengungen, dem Auftrag der amtlichen Statistik in Gesellschaft und Wirtschaft gerecht zu werden und diese in steigendem Maße zufriedenzustellen. Das Statistische Bundesamt hat deshalb Anfang 1999 seine „Qualitätsoffensive Statistik“ gestartet. Ziel dieser Offensive ist es, im Rahmen eines umfassenden Qualitätsmanagements (Total Quality Management – TQM) die vorhandenen Initiativen zur Qualitätsverbesserung besser aufeinander abzustimmen, wenn nötig um neue Maßnahmen zu ergänzen und vor allem konsequent in allen Arbeitsbereichen umzusetzen. Dieser Beitrag erläutert das Gesamtkonzept unserer Qualitätsoffensive und stellt einige wichtige Aktivitäten vor.

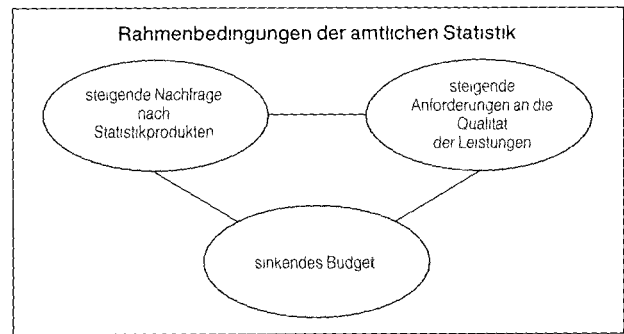
1 Zur Ausgangslage der amtlichen Statistik

Das Statistische Bundesamt ist als moderner, zuverlässiger und unparteiischer Lieferant von hochwertigen statistischen Informationen und Analysen in Deutschland und Europa anerkannt und geschätzt. Diesem Ruf muß die amtliche Statistik bei schwieriger werdenden Rahmenbedingungen immer wieder neu gerecht werden. Auch hier gilt: Stillstand heißt Rückschritt. Das heißt Verbesserung der Qualität ist eine Daueraufgabe. Wir müssen in allen Phasen der Statistikerstellung unsere Vorgehensweisen kontinuierlich verbessern. Denn

Der Datenbedarf der Gesellschaft wächst und ändert sich rasch. Die Statistik muß mit ihrem Datenangebot Schritt halten, wenn sie nicht ins Abseits geraten will. Ihr Programm muß die sich entwickelnde Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft widerspiegeln, und zwar sowohl hinsichtlich der Themen der Statistiken als auch hinsichtlich der Aktualität, der Datenqualität sowie der Form der Informationsbereitstellung. Hinzu kommt eine steigende Nachfrage nach auf europäischer Ebene und weltweit vergleichbaren Daten.

Die Erstellung von Statistiken, die den Wünschen der Nutzer und den aktuellen methodischen Standards genügen, erfordert qualifiziertes Personal und den Einsatz neuester Techniken, und dies bei abnehmendem Budget.

Schaubild 1



Wir müssen also mit einem sinkenden Budget steigende Qualitätsanforderungen erfüllen. Mit der Qualitätsoffensive nimmt das Statistische Bundesamt diese Herausforderungen „offensiv“ an. Da sich die geschilderten Rahmenbedingungen zum Teil überhaupt nicht, zum Teil nur schwer verändern lassen, ist es notwendig, durch interne Maßnahmen gegenzusteuern, damit wir durch Effizienzverbesserungen neue Spielräume und Handlungsfreiheiten gewinnen.

2 Aktivitäten zur Qualitätsverbesserung – eine lange Tradition im Statistischen Bundesamt

Die statistischen Ämter von Bund und Ländern heben sich in doppelter Hinsicht von vielen anderen Behörden ab. Erstens erstellt die Statistik Produkte bzw. Dienstleistungen (statistische Informationen), die der Allgemeinheit als Teil der öffentlichen Infrastruktur bereitgestellt oder die auf den speziellen Bedarf verschiedener Nutzer ausgerichtet werden. Die Orientierung an den Anforderungen der Nutzer der Daten ist für die amtliche Statistik seit langem geübte Praxis. Zweitens verfügt ein verhältnismäßig großer Teil des statistischen Fachpersonals über ein ökonomisches Studium. Es ist von daher nicht verwunderlich, daß die Statistik in ihrer Aufbau- und Ablauforganisation einem Produktionsbetrieb gleicht, daß Qualitätssicherstellung in den Produktionsprozessen traditionell ein selbstverständliches Anliegen ist und daß moderne Informationstechnologie für mehr Effizienz und Effektivität eingesetzt wird. Insofern sind Grundkonzepte der Verwaltungsmodernisierung, wie „Outputorientierung“ oder „Prozeßmanagement“, im Rahmen der Statistik vielfach schon Praxis und weniger mit einem grundsätzlichen Richtungswechsel verbunden, als dies anderweitig in der Verwaltung der Fall sein mag. Gleichwohl gibt es Verbesserungspotentiale, und zwar sowohl in den Produktions-, den Unterstützungs- als auch in den Führungsprozessen. Diese zu identifizieren und für unsere Arbeit zu nutzen, ist Ziel der Qualitätsoffensive Statistik.

Zur Nutzung dieser Verbesserungspotentiale hat das Statistische Bundesamt seit gut zwei Jahren eine Reihe von Aktivitäten entfaltet.

– Das Leitbild des Amtes wurde 1998 in einer breit angelegten Diskussion sichtbar gemacht und schriftlich verankert.

- Eine Kosten- und Leistungsrechnung mit flächendeckenden Zeitansreibungen für das gesamte Amt wurde 1998 eingeführt
- Zum Vorschlagswesen wurde 1997 eine „Ideenbörse“ eingerichtet und erfolgreich praktiziert. Inzwischen sind bereits fast 500 Verbesserungsvorschläge eingereicht, bewertet und größtenteils pramiert sowie umgesetzt worden
- In jährlichen Planungsgesprächen wurde eine bessere Abstimmung zwischen Amtsleitung und den Fachabteilungen sowie innerhalb der Abteilungen ein an Prioritäten ausgerichtetes Arbeiten angestrebt.
- Es werden seit 1998 jährlich Personalführungsgespräche mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt
- In Konsequenz der Leistungsorientierung wurden 1998 und 1999 Prämien ausbezahlt
- Neue Formen der flexiblen Arbeitszeitregelung wurden 1998 eingeführt; Telearbeit wird im Pilotversuch seit 1999 getestet
- Technische Rationalisierungsmaßnahmen wurden und werden in größerem Umfang in den Produktionsprozessen umgesetzt, etwa im Rahmen des Programmes „Statistik 2000“
- Für alle Statistiken wurde 1998 ein telefonischer Service-Dienst von 8 00 bis 17 00 Uhr (freitags bis 15 00 Uhr) eingerichtet
- Die Abteilung II (Informationstechnik, mathematisch-statistische Verfahren) wurde im Jahr 1998 mit Unterstützung eines externen Beraters prozessorientiert reorganisiert, um Effizienz und Effektivität beim Einsatz der Informationstechnik zu steigern
- Flächendeckende Aufgabenkritik wird seit über 30 Jahren (ab 1967) regelmäßig durchgeführt, die unter anderem zu den Statistikbereinigungsgesetzen von 1980, 1986 und 1997 führte. Mit dem Statistischen Beirat haben wir zu Beginn der 14. Wahlperiode der Bundesregierung einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Aktualisierung des Programms der Bundesstatistik vorgeschlagen ¹⁾
- Es gibt seit 1981 ein Termincontrolling für dezentrale Statistiken

Diese Maßnahmen haben deutliche Fortschritte und Qualitätsverbesserungen bewirkt. Die Erfahrungen mit diesen Einzelmaßnahmen haben aber auch gezeigt, daß die Einzelmaßnahmen in ein abgestimmtes Gesamtkonzept integriert werden müssen, um ihre Wirkung zu erhöhen, ihre Akzeptanz zu verbessern und vor allem den Verbesserungsprozeß in Gang zu halten. So bringt beispielsweise eine Kosten- und Leistungsrechnung vergleichsweise wenig, wenn sie nicht in ein modernes Managementkonzept

eingebunden wird, in dem Zielvereinbarungen, Umsetzung und Controlling der Zielerreichung als Führungsmodell im Alltag ineinandergreifen. Ein solches umfassendes Konzept haben wir Anfang 1999 unter dem Titel „Qualitäts-offensive Statistik“ im Statistischen Bundesamt entwickelt. Der wesentliche Unterschied zu den bisherigen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung ist, daß diese Aktivitäten bisher sporadisch, jeweils nach aktuellem Bedarf vorgenommen wurden, während wir jetzt gezielt und systematisch, flächendeckend und auf Dauer angelegt vorgehen wollen. Kurz: Es geht nicht um „Strohfeuer“, sondern um nachhaltige Verbesserungen.

3 Die Ziele der Qualitätsoffensive Statistik

Die Qualitätsoffensive Statistik verfolgt vier gleichgewichtige Zielrichtungen

- Die Verbesserung der Qualität unserer Statistikprodukte,
- das bessere Eingehen auf die Wünsche unserer Kunden,
- die stärkere Orientierung an den Bedürfnissen unserer Mitarbeiter sowie
- die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit unserer Leistungen.

Diese Ziele können nicht isoliert voneinander verfolgt werden. Eine nachhaltige Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen setzt voraus, die Ziele gleichgewichtig zu verfolgen und ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das diesen vier Oberzielen gleichermaßen Rechnung trägt. Die Qualität der Statistikergebnisse umfaßt ein Bündel von Eigenschaften wie Genauigkeit, Aktualität, nutzerfreundlicher Zugang sowie Transparenz.

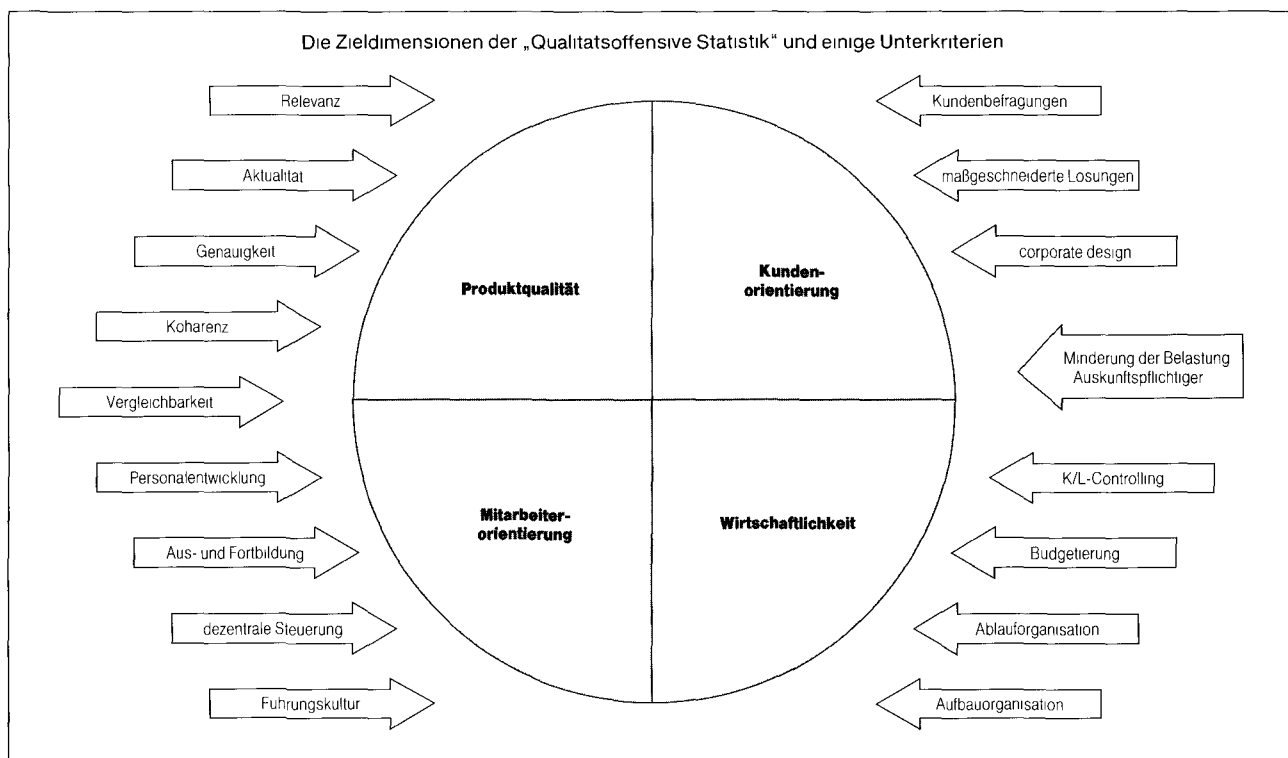
Zur Umsetzung der vier Oberziele setzt die Qualitätsoffensive einen Rahmen, der die vorhandenen Initiativen integriert, koordiniert und wenn nötig ergänzt. Ein solcher konzeptioneller Rahmen vermeidet, daß einzelne Bereiche vernachlässigt werden, während in anderen Bereichen ambitionierte, aber isolierte „Insellösungen“ entstehen, denen die notwendige Einbindung in die Leistungserbringung – die Prozesse im Statistischen Bundesamt – insgesamt fehlt.

Ein wesentliches Merkmal der Qualitätsoffensive Statistik ist, daß sie am Prozeß der Leistungserbringung ansetzt, und zwar bei der Erbringung externer Produkte (z. B. Statistiken) wie auch interner Produkte (z. B. Verwaltungsdienstleistungen). Die Prozeßverantwortlichen sollen eigenständig über die Durchführung von Verbesserungsmaßnahmen entscheiden. Die Qualitätsoffensive regt Vorschläge zu Verbesserungen an und gibt Hilfestellung bei der Umsetzung von Maßnahmen.

Umfassend ist das Konzept der Qualitätsoffensive in zweierlei Hinsicht. Erstens will sie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Veränderungsprozeß einbeziehen. Sie gewährleistet, daß Ideen und Anregungen der Beschäftigten, die Verbesserungen bei unserer Leistungserbringung ermöglichen, auch gehört, systematisch geprüft und umgesetzt werden.

¹⁾ Siehe „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik – Bericht des Statistischen Beirats an die Bundesregierung“ in WiSta 9/1999, S. 683 ff.

Schaubild 2



Zweitens werden bei der Qualitätsinitiative alle Aspekte des Prozesses der Leistungserbringung berücksichtigt.

Zum Verständnis sei dies an einem Beispiel erläutert: Spricht man im Zusammenhang der amtlichen Statistik von „Qualität“, so denkt man häufig zunächst an die technische Qualität des Produktes: Genügt die Genauigkeit der Daten den gesetzten Ansprüchen? Liegen die Daten zeitnah nach der Erhebung vor? Sind die verwendeten Konzepte und Klassifikationen im Zeitablauf und international vergleichbar? Solche Fragen sind von großer Bedeutung, umfassen aber nur einen Teil der qualitätsrelevanten Aspekte. Hängt doch die Produktqualität beispielsweise auch von der Organisation des Produktionsprozesses, der in einer Organisationseinheit vorherrschenden Führungskultur oder der langfristigen Personalentwicklung ab.

Überdies läuft eine allzu technische Betrachtung der Produkteigenschaften Gefahr, andere Kundenwünsche aus den Augen zu verlieren: Ist etwa die telefonische Erreichbarkeit gegeben und werden Kundenanfragen stets freundlich beantwortet? Werden die Möglichkeiten einer Informationsbereitstellung im Internet ausgeschöpft? Werden den Nutzern auf Wunsch „maßgeschneiderte“ Auswertungen in ausreichendem Maße angeboten?

4 Das EFQM-Modell: Diagnoseinstrument und Managementmodell der Qualitätsinitiative

Das Ziel eines umfassenden Qualitätsmanagements ist anspruchsvoll. Schon die beispielhaft aufgeführten Fragen machen deutlich, daß viele Aktivitäten unterschiedlicher Bereiche koordiniert werden müssen. Kaum ein Detail von

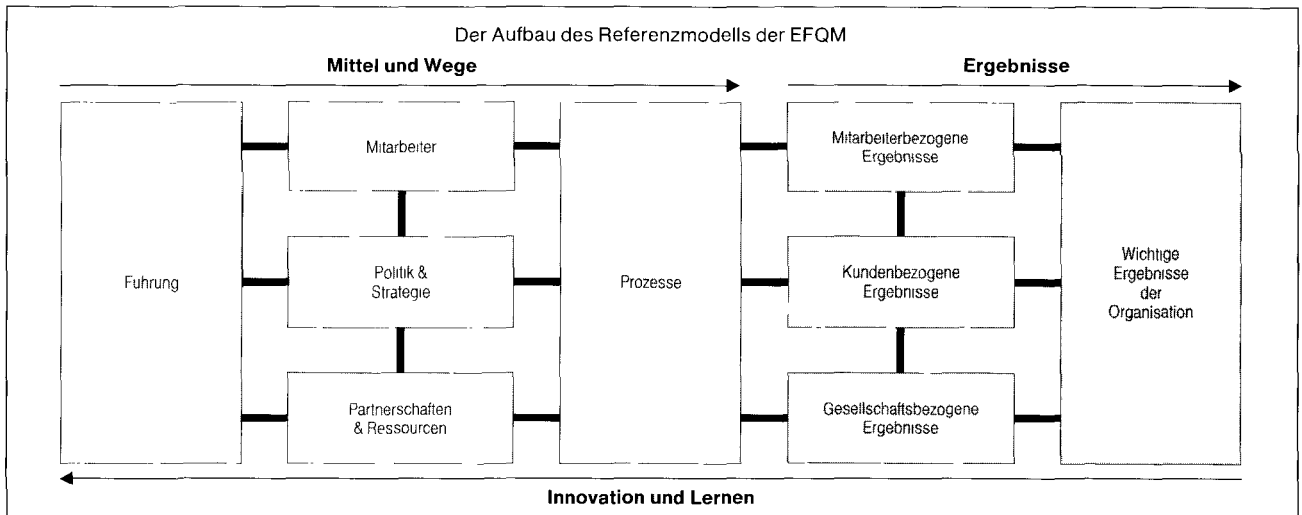
Aufbau- und Ablauforganisation ist für die Qualität unserer Leistungen ohne Belang. Die Orientierung an den Wünschen von Kunden und Mitarbeitern betrifft sehr unterschiedliche Fragen, die gleichermaßen berücksichtigt werden müssen.

Um in dieser Fülle von Ansatzpunkten die Übersicht zu bewahren und ein koordiniertes, systematisches Vorgehen sicherzustellen, orientiert sich das Statistische Bundesamt am Referenzmodell der Europäischen Stiftung für Qualitätsmanagement (European Foundation for Quality Management – EFQM). Dieses international anerkannte, in der Industrie vielfach erfolgreich angewendete Modell – auch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) nutzt seit kurzem das EFQM-Modell für das eigene Qualitätsmanagement – macht „Qualität“ in einem neun Hauptkategorien umfassenden Schema greifbar, wie Schaubild 3 verdeutlicht. Das EFQM-Modell dient zunächst als Instrument zur systematischen Ermittlung von Stärken und Verbesserungspotentialen, dann zur Koordinierung der Einzelmaßnahmen und enthält schließlich einen modernen Managementansatz.

Was sind die Grundlinien dieses Managementansatzes? Im wesentlichen lassen sich folgende Schwerpunkte aufzeigen:

1. Der Führungsstil soll ergebnisorientiert sein. In Zielvereinbarungen werden jeweils zwischen zwei benachbarten Ebenen (Amtsleitung – Abteilungen, Vorgesetzter – Mitarbeiter, usw.) die Produkte und Leistungen vereinbart, welche in einer bestimmten Zeit mit bestimmten (verfügbaren) Ressourcen erbracht werden sollen. Die Zielerreichung wird in Kennzahlen gemessen, was anschließend der Festlegung neuer Ziele dient (Steuerung im Sinne eines Controlling).

Schaubild 3

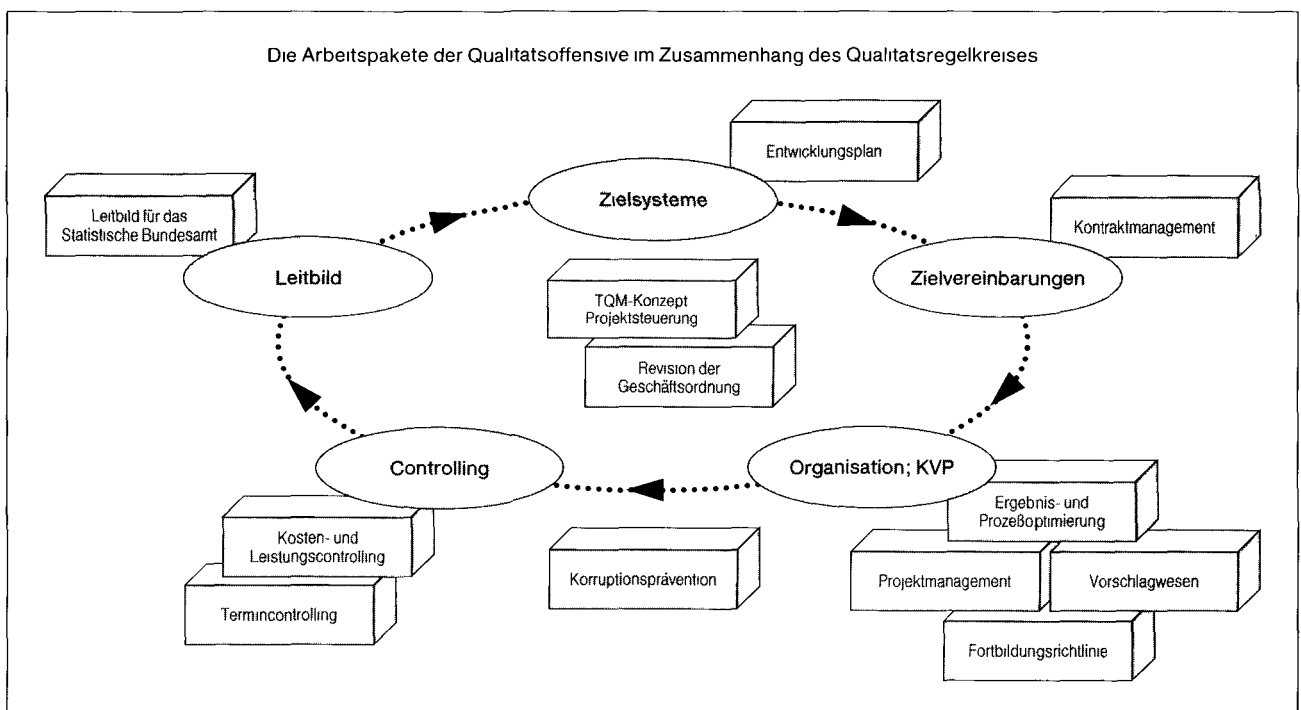


2. Eigenverantwortung, Kreativität und Kostenbewußtsein werden gestärkt, indem die Verantwortung für die Verwendung von Ressourcen grundsätzlich in die Hände derjenigen gelegt wird, die die Aufgaben durchführen (Budgetierung).
3. Für die qualitätsrelevanten Aspekte der Arbeit werden Konzepte und Kriterien erstellt, die einerseits im Sinne von Ge- und Verboten Mindeststandards von Qualität sichern und andererseits aus der Praxis entstandene Leitlinien oder Checklisten mit Empfehlungscharakter vorgeben. In allen Bereichen ist nach dem EFQM-Modell zu fragen, ob den vorhandenen Abläufen ein fundiertes und integriertes Vorgehen (Konzept) zugrunde liegt. Liegt ein solches Konzept vor, so ist sicherzustellen, daß dieses Konzept in allen relevanten Bereichen auch umgesetzt wird. Schließlich ist das Konzept regelmäßig auf seine Angemessenheit hin zu überprüfen.

Insgesamt wird uns ein solcher Managementansatz zu starkerer Delegation und Dezentralisierung führen. Der Mitarbeiter „vor Ort“ hat die besten Voraussetzungen zur Lösung seiner Aufgabe. Ihm muß man die Instrumente in die Hand geben und ihn selbständig handeln lassen. Dann wird (unter Beachtung der konzeptionellen Spielregeln) in der Summe das beste Betriebsergebnis erzielt.

Der Vorteil des EFQM-Modells ist seine Flexibilität bei der Anpassung an vorhandene Besonderheiten eines Betriebes oder einer Behörde. Wir wollen die Gegebenheiten im Statistischen Bundesamt berücksichtigen und gleichzeitig systematisch vorgehen. Dies ist wichtig, da die Zusatzbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vertretbarem Rahmen gehalten werden muß und die Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Qualitätsanstrengungen ist.

Schaubild 4



5 Die Einzelmaßnahmen der Qualitätsoffensive im Überblick

Die Qualitätsoffensive Statistik setzt sich aus einer Reihe von aufeinander abgestimmten Einzelmaßnahmen zusammen. Diese Einzelaktivitäten stehen nicht isoliert nebeneinander, sondern sind eng aufeinander bezogen und in ein Gesamtkonzept integriert. Die Aktivitäten sind nach dem Konzept des „Qualitätsregelkreises“ aufeinander abgestimmt. Schaubild 4 zeigt den Kreislauf der allgemeinen Ziele und die Maßnahmen, die zur zielgerichteten Steuerung und zur Umsetzung ergriffen werden sollen.

Auch die Arbeitspakete der Qualitätsoffensive Statistik sind in den Regelkreislauf eingeordnet. Die allgemeinen Ziele unseres Hauses sind im Leitbild des Statistischen Bundesamtes festgeschrieben. Konkretisiert werden diese Ziele über den im Rahmen der Qualitätsoffensive zu erstellenden Entwicklungsplan und durch die Einführung von Kontraktmanagement mit Zielvereinbarungen. Der kontinuierliche Verbesserungsprozeß (KVP) wird systematisch durch die Arbeitspakete „Ergebnis- und Prozeßoptimierung“, „Vorschlagwesen“ und „Fortbildungsrichtlinie“ angeregt. Im organisatorischen Bereich wird Projektmanagement eingeführt. Hinzu kommen soll so bald als möglich ein Arbeitspaket zur Personalentwicklungsplanung.

Die in den einzelnen Arbeitspaketen geplanten Maßnahmen werden im folgenden kurz beschrieben.

Das Leitbild: Die allgemeine Zielsetzung des Statistischen Bundesamtes

Die grundlegenden Werte und Ziele sind im Leitbild des Statistischen Bundesamtes festgehalten. Das Leitbild ist im Jahr 1997 unter Beteiligung aller Abteilungen erarbeitet worden. Nach einem längeren Reifungsprozeß, in den Diskussionen im gesamten Haus eingeflossen sind, hat der Präsident des Statistischen Bundesamtes das Leitbild im April 1998 mit einem persönlichen Schreiben allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Zielsetzung der täglichen Arbeit aufgegeben und auf die Funktion des Leitbildes hingewiesen. „Handeln wir selbst nach dem Leitbild und fordern wir dieses Handeln auch von allen ein, mit denen wir in diesem Haus zusammenarbeiten, auch und gerade von Vorgesetzten! Nur so wird das Leitbild positive Wirkungen entfalten.“

Die allgemeinen Ziele, die auf diesem Wege umgesetzt werden sollen, betreffen eine Vielzahl von Bereichen, angefangen bei dem Selbstverständnis des Statistischen Bundesamtes, über die Erstellung und Weiterentwicklung der Statistikprodukte bis hin zu den Grundsätzen im Umgang mit Partnern, Kunden und Kollegen.

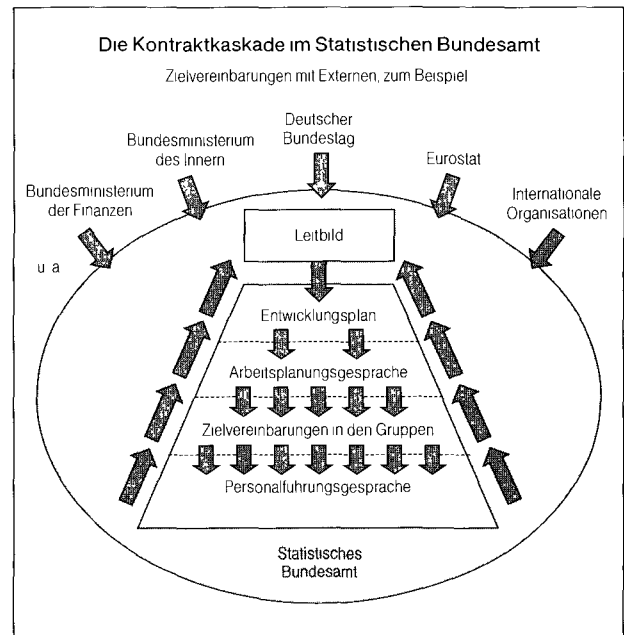
Unsere im Leitbild noch recht allgemein gehaltenen Ziele stellen in ihrer komprimierten Form die wichtigste Grundlage für die jährliche und mittelfristige Strategieplanung des Statistischen Bundesamtes dar. In der Umsetzung in Einzelmaßnahmen müssen die allgemeinen Ziele stufenweise konkretisiert werden. Dies soll im Rahmen eines mittelfristigen Entwicklungsplanes (corporate plan) geschehen. Ein solcher Plan wird Stärken und Verbesse-

rungspotentiale benennen sowie die Prioritäten für die Arbeit in den nächsten drei bis fünf Jahren festlegen.

Kontraktmanagement

Das Kontraktmanagement ist eines der wichtigsten Instrumente des neuen Steuerungsmodells. Auch in der Qualitätsoffensive Statistik kommt ihm wichtige Bedeutung zu. Damit die konkretisierten Ziele unseres Leitbildes überall im Haus der Arbeitsplanung zugrunde gelegt werden, müssen sie stufenweise in die einzelnen Arbeitsbereiche „heruntergebrochen“ werden. Es soll eine „Kontraktkaskade“ entstehen, welche die allgemeinen Ziele unseres Leitbildes in allen Bereichen und auf allen Hierarchiestufen unserer Organisation umsetzt.

Schaubild 5



Leitgedanke des Kontraktmanagements ist der Übergang von zentralen Einzelanweisungen hin zu dezentraler Führung mit Zielvereinbarungen. Die Veränderung der Führungskultur wird in Schaubild 6 dargestellt.

Schaubild 6

Gegenüberstellung von zentraler Steuerung und Kontraktmanagement	
zentrale Steuerung	Kontraktmanagement
Detailanweisung	Vereinbarung von Leistungszielen
Detailkontrolle	Kontrolle der Zielerreichung
hierarchische Eingriffe	partizipativer Führungsstil
nachträgliche, punktuelle Kontrollen	kontraktbezogene Berichterstattung

Anstatt die Erledigung einzelner Arbeitsvorgänge laufend im Detail zu kontrollieren, vereinbart der Vorgesetzte mit dem Mitarbeiter bestimmte Leistungsziele, deren Erledigung sozusagen im „Paket“ bis zu einem vereinbarten Zeitpunkt verabredet wird. Diese Leistungsziele vereinbaren beide einvernehmlich in einem „Kontrakt“. Dieser Kontrakt ist kein rechtsverbindlicher Vertrag, sondern die gemeinsame, zuverlässige Vertrauensgrundlage dafür, daß sich beide Kontraktpartner den ausgehandelten Zielen verpflichtet fühlen und ihr Arbeiten daran ausrichten. Ändern

sich Ziele oder Rahmenbedingungen, wird der Kontrakt einvernehmlich geändert und angepaßt.

Ein solches Vorgehen wird die Umsetzung der Entwicklungsziele und Aufgaben des Statistischen Bundesamtes effizienter machen. Zugleich können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Hierarchiestufen ihre Arbeit stärker als bisher selbständig planen und ihre individuellen Leistungspotentiale besser nutzen.

Die Zielsetzungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt werden durch Zielvereinbarungen mit unseren Partnern, wie zum Beispiel dem Bundesministerium des Innern als Dienstaufsichtsbehörde, den Bundesministerien als Fachaufsichtsbehörden oder Eurostat ergänzt. Wichtigste Determinante für unsere statistische Arbeit bleibt der gesetzliche Auftrag, wie er sich aus dem Bundesstatistikgesetz in Verbindung mit den einzelstatistischen Rechtsvorschriften ergibt, und zwar in der mit den Hauptnutzern der Ergebnisse vereinbarten Konkretisierung. Unsere wichtigsten Nutzergremien sind der Statistische Beirat, die Fachausschüsse, die fachlich zuständigen Ministerien und zunehmend die Europäische Kommission.

Ergebnis- und Prozeßoptimierung

Die Oberziele der Qualitätsoffensive wollen wir erreichen, indem wir die Produktions-, Unterstützungs- und Führungsprozesse verbessern. In gewissem Sinne sind die Prozesse die Schnittstelle, an welcher sich unsere vier Zieldimensionen treffen: Größere Verbesserungen in puncto Kundenzufriedenheit, Mitarbeiterzufriedenheit, Datenqualität und Wirtschaftlichkeit lassen sich häufig nur durch eine kritische Überarbeitung der Arbeitsabläufe erreichen. Im Rahmen des Arbeitspaketes „Ergebnis- und Prozeßoptimierung“ wird daher ein Konzept zum Management der Prozesse erarbeitet und in Pilotgruppen erprobt. Der Dokumentation der Datenqualität der Statistiken dient ein Qualitätsbericht, der ebenfalls erprobt wird.

Um das Ziel der kontinuierlichen Verbesserung von Produkten und Prozessen insgesamt zu erreichen, sollen regelmäßig gezielte Selbstbewertungen durchgeführt werden. Die Selbstbewertungen erfassen die Fortschritte bzw. Rückschritte bei der Umsetzung des Verbesserungsprozesses und sind gleichzeitig Grundlage für die Planung neuer qualitätsverbessernder Maßnahmen.

Vorschlagwesen

Ein wichtiges Ziel der Qualitätsoffensive ist es, die Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern, um zu Innovationen bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe zu kommen. Gerade die Erfahrungen und Ideen der Beschäftigten stellen die wichtigste Grundlage des Verbesserungsprozesses dar. Neben dem traditionellen Vorschlagwesen wurde deshalb im Statistischen Bundesamt die „Ideenbörse“ aufgebaut.

Die Ideenbörse wurde im ersten Quartal 1997 unter dem Motto „Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten“ eingerichtet. Sie findet bei den Beschäftigten großen Anklang, was sich in der wachsenden Beteiligung widerspiegelt: 1997 wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stati-

stischen Bundesamtes erst 44 Vorschläge der Ideenbörse vorgelegt, 1998 waren es schon 183, und 1999 gingen bis November bereits mehr als 200 Vorschläge ein. Die eingereichten Vorschläge werden von einer Kommission bewertet, auf Umsetzbarkeit geprüft, prämiert und sind bislang zu einem guten Drittel erfolgreich realisiert worden.

Kosten- und Leistungscontrolling

Die Steuerung von Veränderungsmaßnahmen etwa im Rahmen des Qualitätsmanagements setzt zunächst voraus, daß die Kosten für die Erstellung der internen und externen Produkte sowie deren Entwicklung im Zeitablauf möglichst transparent gemacht werden. Auch Umfang und Güte der erbrachten Leistungen müssen nachprüfbar sein. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen für ein Kosten- und Leistungscontrolling. Mit Hilfe dieses Instrumentes können die Produkte sowie die Prozesse der Leistungserstellung gesteuert, hinterfragt und kontinuierlich verbessert werden. Damit wollen wir (mehr) Transparenz schaffen, das Kosten- und Leistungsbewußtsein schärfen und die Wirtschaftlichkeit der statistischen Arbeit erhöhen.

Grundlage eines jeden Controllings sind steuerungsrelevante Kennzahlen, die in Anlehnung an die jeweiligen Zielvereinbarungen und Zielvorgaben der verschiedenen Leitungsebenen ermittelt werden. Die zentrale Datenquelle für das Controlling ist die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), deren Hauptaufgabe darin besteht, regelmäßig (monatlich) zuverlässige Daten über den personellen und sachlichen Ressourcenverbrauch zu ermitteln, zu dokumentieren sowie in Form von Kennzahlen zu präsentieren. Dabei können auch andere, nicht aus der KLR gewonnene Daten mit in die Betrachtungen einbezogen werden.

Durch eine flächendeckende Zeitanzeichnung im Statistischen Bundesamt seit 1998 sind bereits Aussagen über Höhe und Struktur der Personalkosten, die Personalkosten interner und externer Produkte sowie deren Entwicklung im Zeitablauf möglich. Externe Produkte sind die Erzeugnisse, die das Statistische Bundesamt in unterschiedlicher Form Dritten zur Verfügung stellt. Sie dienen als Kostenträger. Interne Produkte sind Leistungen der Leitung, der Datenverarbeitung, der Verwaltung usw., die intern als Vorleistung für die Erbringung externer Produkte dienen. Bei der Zeitanzeichnung notiert jede(r) Mitarbeiter/-in täglich, wieviel Stunden (mit einer Nachkommastelle) er bzw. sie für die einzelnen Produkte des hierarchisch aufgebauten Produktkataloges gearbeitet hat. Der bis Ende 1999 gültige Produktkatalog unterscheidet in der tiefsten Gliederung 493 externe und 95 interne Produkte. In der ab 2000 geltenden Fassung werden die externen Produkte auf das Einheitliche Verzeichnis aller Statistiken des Bundes und der Länder (EVAS) und die internen Produkte auf das im Bereich des Bundesministeriums des Innern geltende Referenzmodell abgestimmt. Derzeit werden für eine Vollkostenrechnung neben den Personalkosten weitere Kostenarten (Sachkosten, kalkulatorische Kosten) sowie die Erlösseite in die KLR einbezogen.

Mit dem Kosten- und Leistungscontrolling wollen wir die aus der KLR gewonnenen Kennzahlen für eine effizientere und effektivere Steuerung unserer Arbeit, vor allem des

operativen Geschäfts, im Statistischen Bundesamt verwenden. Um das gesamte Potential des Controlling zu nutzen, wird es in ein Managementkonzept eingebunden, das die Kennzahlen mit den Instrumenten „Zielvereinbarungen“ und „Budgetierung“ verzahnt. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Budgetierung der Drittmittel, die wir in Kürze einführen wollen. Dabei sollen die Abteilungen, die drittmittelfinanzierte Projekte durchführen, über den Einsatz der eingeworbenen Mittel für ihre Arbeit – nach Abzug eines Gemeinkostenabschlags – selbst entscheiden.

Termincontrolling

Aktualität ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal statistischer Daten. Wenn wir politische oder wirtschaftliche Entscheidungen mit unseren Daten unterstützen wollen, müssen wir die Daten möglichst zeitnah nach der Erhebung zur Verfügung stellen.

Verbesserung der Aktualität durch gegenseitige Abstimmung war schon immer ein zentrales Anliegen der amtlichen Statistik. Dafür bedient sich das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern einer mehrstufigen Vorgehensweise, die 1997 in den Richtlinien zum Gemeinsamen Frühwarnsystem der amtlichen Statistik zusammengefaßt wurde. Diese Richtlinien sollen drohende Terminverzögerungen bei Statistiken und Projekten, deren Aktualität bzw. termingerechte Durchführung von besonders großer Bedeutung sind, durch rechtzeitige gegenseitige Information und gegebenenfalls ein Krisenmanagement abwenden.

Dieses Verfahren hat sich bewährt, um Transparenz, rechtzeitige Information der Beteiligten und Auswertungsmöglichkeiten zur Aktualität sicherzustellen. Deshalb wird derzeit der Arbeits- und Zeitplan (der die Termine aller Bundesstatistiken enthält) in das technische System des Gemeinsamen Frühwarnsystems integriert. Außerdem werden künftig auch interne Projekte des Statistischen Bundesamtes mit dem System geführt. Wir wollen ein einheitliches Termininformationssystem aufbauen, das zeitnahe Auskünfte zur Aktualität aller Statistiken gewährleistet und vor drohenden Terminüberschreitungen warnt. Durch dezentrale und medienbruchfreie Führung des Frühwarnsystems wird der Bearbeitungsaufwand minimiert. Das einheitliche Termininformationssystem sieht erweiterte, flexibel handhabbare Auswertungsmöglichkeiten vor, damit es als Controllinginstrument eingesetzt werden kann.

Projektmanagement

Neben der sogenannten Linienorganisation nach Fachabteilungen brauchen wir im Statistischen Bundesamt eine amts- bzw. abteilungsübergreifende Zusammenarbeit, zum Beispiel bei Projekten, die über die Grenzen von Organisationseinheiten hinweg reichen, teilweise amtsübergreifend mit den Statistischen Landesämtern oder mit anderen Institutionen durchgeführt werden. Die effiziente und termingerechte Erledigung solcher Projekte erfordert den Einsatz von sogenannten Projektmanagementtechniken.

Für die Projektorganisation im Verbund mit den Statistischen Landesämtern haben wir schon im Jahr 1997 Rege-

lungen eingeführt, auf deren Grundlage gegenwärtig ein Projektmanagement-Leitfaden für interne Projekte des Statistischen Bundesamtes erarbeitet wird. Der Projektmanagement-Leitfaden soll auf die Besonderheiten einer Projektorganisation aufmerksam machen und praktische Hilfestellung für alle Phasen der Projektdurchführung geben – von der Planung bis zur Abnahme des Abschlußberichtes durch den Auftraggeber. Der Projektmanagement-Leitfaden wird nach seiner Fertigstellung bei Schulungen im Projektmanagement als Handlungsmodell zugrunde gelegt werden.

Korruptionsprävention/Innenrevision

Als Teil der neuen Steuerungsinstrumente im Statistischen Bundesamt wollen wir im Jahr 2000 eine Stabsstelle für Innenrevision und für Korruptionsprävention einrichten. In einem ersten Schritt haben wir die Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung aus dem Juni 1998 umgesetzt, die verschiedene Maßnahmen zur Vorbeugung vor Korruption enthält. Zusätzlich werden wir die Idee der Korruptionsprävention und die sich daraus ergebenden Verfahrensweisen mit einer Informationsbroschüre und entsprechenden Schulungen jedem einzelnen Mitarbeiter und jeder einzelnen Mitarbeiterin näherbringen.

Auf dieser Basis wird eine Innenrevision aufgebaut. Ziel der Innenrevision ist es, außerhalb des normalen Geschäftsganges Prüfungen zur Funktionsfähigkeit, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit sowie zur Rechts- und Ordnungsmäßigkeit unseres Verwaltungshandelns und unserer organisatorischen Vorkehrungen durchzuführen. Zur Bestimmung von Aufgabenumfang und Ausgestaltung der Innenrevision werden wir zunächst prüfen, inwieweit Aufgaben der Innenrevision bereits durch unser im Aufbau befindliches Controlling-System abgedeckt werden. Die Innenrevision wird insbesondere für solche Arbeitsgebiete eingerichtet, die nicht bereits vom Controlling erfaßt werden.

Revision der Geschäftsordnung

Im Rahmen unseres Qualitätsmanagements kommt auch der Geschäftsordnung (GO) eine neue Funktion zu. Bislang enthielt die GO vorwiegend verbindliche Mindeststandards, die – ähnlich einer „Hausordnung“ – lediglich unsere Verwaltungsabläufe regeln. Künftig soll die GO im Statistischen Bundesamt auch als ein Instrument zur kontinuierlichen Verbesserung der Qualität in allen Arbeitsbereichen eingesetzt werden.

Hierzu wird die Geschäftsordnung in Orientierung am EFQM-Modell von Grund auf umgestaltet: Zu jedem der in Schaubild 3 genannten neun Kriterien werden allgemeine Obersätze aufgestellt, die schrittweise bis auf die Ebene konkreter Handlungsanweisungen oder -empfehlungen heruntergebrochen werden. Die Umsetzung der Obersätze erfolgt über Konzepte für die einzelnen Teilbereiche der neun EFQM-Kriterien. Die Konzepte beschreiben in regelmäßiger Aktualisierung Vorgehensweisen für die jeweiligen Teilbereiche. Die GO wird so einerseits verbindliche Mindeststandards (wie die bisherige GO) und andererseits

Richtlinien zur Qualitätsverbesserung ("current best practices") enthalten, die jeweils die besten derzeit bekannten Vorgehensweisen beschreiben und Anregungen für mögliche Verbesserungen bieten. Insbesondere mit Blick auf die Weiterentwicklung unseres Hausnetzes soll die künftige Geschäftsordnung die Funktion eines Qualitätshandbuchs haben, in dem sich alle Beschäftigten informieren können und Hilfen bzw. Anleitungen für ihre verschiedenen Felder der praktischen Arbeit finden

Fortbildungsrichtlinie

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Träger der Qualitätsoffensive und müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben eigenverantwortlich zu erledigen, sie müssen zu Verbesserungsmöglichkeiten motiviert sein. Hierfür ist Fortbildung notwendig. Mit unseren Fortbildungsrichtlinien wollen wir die vielfältigen Fortbildungen zielgerichtet anbieten. Zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern sollen individuelle Fortbildungspläne vereinbart und Fortbildung so als Element der Personalentwicklung eingesetzt werden.

Darüber hinaus wollen wir ab Anfang 2000 im Rahmen einer Projektgruppe Vorstellungen über eine umfassende Personalentwicklungsplanung entwerfen. Ziel ist es, die klassischen Personalentwicklungsinstrumente (Fortbildung, Job-Enrichment und -Enlargement [Arbeitsbereicherung bzw. Arbeitserweiterung, Arbeitsfeldvergrößerung], Jobrotation [Arbeitsplatzwechsel]) systematisch anzuwenden und in den Fachabteilungen bei der Personalplanung zu berücksichtigen.

6 Zusammenfassung

Insgesamt wird uns das dargestellte Qualitätsmanagement zu einer selbstkritischen Analyse unserer Stärken und Schwächen, von Chancen und Risiken in allen Bereichen unserer statistischen Arbeit führen. Unsere Qualitätsoffensive ist umfassend angelegt; deshalb haben wir dafür als Orientierungsrahmen das EFQM-Modell gewählt. Auf dieser Basis liefert die Qualitätsoffensive die Voraussetzungen für Prioritätensetzungen und strategische Richtungsentscheidungen in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozeß. Mit der Qualitätsoffensive Statistik streben wir eine Balance zwischen einem pragmatischen Vorgehen in kleinen Schritten einerseits und einer langfristigen Orientierung andererseits an. Eine solche Balance ist notwendig, weil ein reiner Pragmatismus ebenso scheitert wie ein realitätsfernes Arbeiten in abstrakten Konzepten. Mit dem Praktizieren eines umfassenden Qualitätsmanagements kann die amtliche Statistik als Teil der öffentlichen Verwaltung von positiven Erfahrungen in der Privatwirtschaft profitieren. Dabei passen wir unser Vorgehen an die Besonderheiten der Verwaltung an und wollen vor allem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Notwendigkeit des Veränderungsprozesses überzeugen sowie aktiv einbinden.

Thomas Körner M.A.

Förderpreise des Statistischen Bundesamtes für wissenschaftliche Nachwachskräfte

In diesem Jahr hat das Statistische Bundesamt erstmals den Gerhard-Fürst-Preis für wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit Themen der amtlichen Statistik beschäftigen, ausgelobt. Mit diesem Preis soll ein Beitrag für eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik geleistet werden. Ziel ist es, die Beschäftigung mit Themen und Daten der amtlichen Statistik in der Hochschulausbildung, das Verständnis für unsere Arbeit und den sachgerechten Umgang mit unseren Informationsprodukten zu fördern.

Der Gerhard-Fürst-Preis kann für herausragende Arbeiten der Fachrichtungen theoretische Statistik, Wirtschafts- und Sozialstatistik, Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften verliehen werden, die Methodenprobleme mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln, oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Er ist in der Abteilung „Dissertationen“ mit 5000 € und in der Abteilung „Diplom- und Magisterarbeiten“ mit 2500 € dotiert. Daneben gibt es auch Förderpreise des Statistischen Bundesamtes für überdurchschnittlich gute Arbeiten, die die wissenschaftliche Diskussion im Bereich der amtlichen Statistik bereichern. Diese Förderpreise sind für Dissertationen mit 2000 € und für Diplom- und Magisterarbeiten mit 1000 € dotiert. Die Frist zur Einreichung von Arbeiten, die jeweils in den beiden davor liegenden Jahren abgeschlossen wurden, endet in jedem Jahr am 31. März.

Das Gutachtergremium, dem Professor Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg in der Schweiz, Professor Richard Hauser von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Professor Ullrich Heilemann vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, Professor Walter Müller von der Universität Mannheim und Professor Werner Neubauer von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main angehören, hat entschieden, in diesem Jahr zwei Dissertationen mit einem Förderpreis des Statistischen Bundesamtes auszuzeichnen. Die Preise wurden am 18. November 1999 auf dem 8. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie“, das das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstaltet hat, verliehen.

Nachfolgend sind die Laudationes auf die beiden prämierten Arbeiten, die Professor Brachinger anlässlich der Preisverleihung im Namen des Gutachtergremiums gehalten hat, abgedruckt. In den nächsten Monaten werden die Preisträger über ihre Arbeit jeweils einen Artikel in dieser Zeitschrift veröffentlichen.

Laudatio auf die Dissertation “Kernel and Locally Weighted Regression with Application to Time Series Decomposition” von Herrn Dr. Yuanhua Feng

I. Seit 1972 verwendet das Statistische Bundesamt zur Saisonbereinigung von Zeitreihen verschiedene Varianten des „Berliner Verfahrens“. Derzeit wird die Version 4 dieses Verfahrens eingesetzt. Grundlage des Berliner Verfahrens ist die lokale (ungewichtete) Regression mit Polynomen (für die Trend-Zyklus-Komponente) und trigonometrischen Funktionen (für die saisonalen Schwankungen). Seit den 70er Jahren sind auf dem Gebiet der nichtparametrischen Methoden große Fortschritte erzielt worden. So wurde etwa Ende der 70er Jahre das Konzept der lokal gewichteten Regression in die Literatur eingeführt. Seit den ersten Arbeiten über Kerndichteschätzungen und den Arbeiten zur nichtparametrischen Regression ist überdies eine Vielzahl von Publikationen erschienen, die sich mit dem Problem der optimalen Bandbreitenwahl beschäftigen.

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist deshalb zunächst die Übertragung der Grundidee der lokal gewichteten Regression auf den methodischen Ansatz des Berliner Verfahrens. Ziel ist die Entwicklung einer robusten datengesteuerten Variante dieses Verfahrens, die auf neuesten Prinzipien der nichtparametrischen Statistik beruht. Ein weiteres Hauptanliegen dieser Arbeit besteht darin zu untersuchen, inwieweit die neuesten Ansätze zur optimalen Wahl der Bandbreite im Rahmen des Problems der nichtparametrischen Zerlegung von Zeitreihen in unbeobachtbare Komponenten angewendet und dabei weiterentwickelt werden können. Die Arbeit behandelt also ein Methodenproblem, das einen engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik aufweist.

II. In einem einleitenden Kapitel wird nach einigen historischen und motivierenden Bemerkungen das Modell der unbeobachtbaren Komponenten dargestellt. Das zweite Kapitel behandelt allgemein die sogenannte Kernregression. Kapitel 3 enthält eine Darstellung und Diskussion der lokal gewichteten Anpassung von Polynomen. Kapitel 4 behandelt die Komponentenzersetzung mit lokal gewichteter Regression entsprechend dem nichtparametrischen Modell, das in Kapitel 1 eingeführt wurde. In den Kapiteln 5 und 6 wird ausführlich das Problem der Bandbreitenwahl behandelt. Feng erweist sich dabei als Experte auf diesem Gebiet. Er schlägt ein neues Verfahren zur Wahl der Bandbreite für die nichtparametrische Regression ohne Saisonschwankungen vor. In Kapitel 7 kommt Feng wieder auf das Ausgangsproblem, nämlich die Schätzung der Komponentenverläufe in Zeitreihen mit Saisonschwankungen zurück und überträgt die Vorschläge aus den Kapiteln 5 und 6 auf die Zerlegung saisonaler Zeitreihen mit lokal

gewichteter Regression. Er stellt eine daten-gesteuerte Zerlegungsprozedur vor, innerhalb der verschiedene Varianten zur Bandbreitenwahl und zur Wahl der Polynomgrade eingesetzt werden können. Schließlich wird ein Bootstrap-Varianzschätzer für saisonale Zeitreihen angegeben. Im Kapitel 8 über daten-gesteuerte robuste Zeitreihenzerlegung wird zunächst auf das Phänomen der nicht glatten Verläufe der ersten Ableitungen am Datenrand eingegangen. Dann wird eine bekannte robuste Prozedur auf die Zerlegung saisonaler Zeitreihen übertragen. Schließlich wird ein robustes daten-gesteuertes Verfahren vorgeschlagen. In einem abschließenden Kapitel wird auf offene Fragen hingewiesen. Der Verfasser betont, daß vor einer praktischen Umsetzung seiner Vorschläge noch empirische Tests durchzuführen sind.

III Als wesentliche Ergebnisse dieser Arbeit sollen drei herausgegriffen werden.

(1) Feng gelingt es unter gewissen Regularitätsbedingungen für eine lokal polynomiale Glättung detaillierte Aussagen über den relativen Fehler der zweistufigen Bandbreitenwahl herzuleiten. Es werden Spezialfälle diskutiert, die sich aus der unterschiedlichen Wahl gewisser Parameter ergeben. Dabei können Parameterkonstellationen angegeben werden, die zur bestmöglichen Konvergenzrate führen.

(2) In einer umfangreichen Simulationsstudie hat Feng das Verhalten der von ihm vorgeschlagenen Doppelglättung mit dem Bootstrap-Schätzer in verschiedenen Varianten untersucht. Unter den verschiedenen Varianten der Bandbreitenwahl erweist sich diejenige mit Doppelglättung und Polynomgrad 1 oder 3 in der Hauptglättung als die beste. Mit dieser Studie hat Feng einen wertvollen Beitrag zum Problem der Bandbreitenwahl bei lokal polynomialer Regression geleistet.

(3) Fengs Überlegungen zur Bandbreitenwahl und zur Wahl des lokalen Polynomgrades ermöglichen eine auf die individuellen Besonderheiten einer Zeitreihe abgestimmte optimale Schätzung der Komponenten sowohl im inneren Bereich der Zeitreihen als auch am Rand. Die diese Überlegungen berücksichtigende Weiterentwicklung des Berliner Verfahrens stellt eine interessante Alternative zu derzeit diskutierten parametrischen Zerlegungsverfahren dar, die auf der Schätzung eines saisonalen ARIMA-Modells beruhen. Diese Weiterentwicklung umgeht den Zwang zur Auswahl eines bestimmten parametrischen Modells.

IV. Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die Dissertation von Herrn Dr. Feng behandelt ein Methodenproblem, das einen engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik aufweist. Die wesentliche Leistung dieser Arbeit besteht in konkreten Vorschlägen zur Verbesserung eines in der Praxis der deutschen amtlichen Statistik angewandten Verfahrens. Sie leistet einen wertvollen wissenschaftlichen Beitrag auf dem Weg hin zu einer daten-gesteuerten nichtparametrischen Komponentenzerlegung saisonaler Zeitreihen. Damit beinhaltet sie einen wesentlichen methodischen Fortschritt. Das Gutachtergremium hält die Arbeit von Herrn Dr. Feng deshalb für preiswürdig im Sinne der Statuten des Gerhard-Fürst-Preises.

Laudatio auf die Dissertation „Bildung, Klassenlage und Partnerwahl“ von Frau Dr. Heike Wirth

I Über die Generationen hinweg hat das Heiratsverhalten einen wesentlichen Einfluß auf die Sozialstruktur einer Gesellschaft und deren Änderungen. In der neueren Literatur wird eine generelle individualisierungs- und Entstrukturierungshypothese vertreten. Sie bedeutet für das Heiratsverhalten die Vermutung, daß einerseits die Heiratsentscheidung individualisiert und nicht mehr durch Eltern oder andere Familienmitglieder wesentlich beeinflusst wird, und andererseits, daß bildungs- und klassenspezifische Restriktionen an Bedeutung verlieren.

Inwieweit die Herkunftsfamilien auf die Heiratsentscheidung direkt oder indirekt noch einwirken, kann die Verfasserin aufgrund der Tatsache, daß diese Information in den verwendeten Datenquellen – Unterstichproben der Volkszählung 1970 und des Mikrozensus 1993 – fehlt, nicht untersuchen; sie beschränkt sich vielmehr auf die Betrachtung von Bildungsniveau und Klassenzugehörigkeit der Ehepartner. Allerdings kann dabei aus Datengründen nur der aktuelle Stand dieser Variablen und nicht der Stand zum Zeitpunkt der Eheschließung herangezogen werden. Ebensovienig kann unterschieden werden, ob es sich bei den Ehen der betrachteten Ehepaare um Erst- oder Folgeehen handelt. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich also mit einer relevanten Fragestellung aus dem Bereich der Sozialwissenschaften, wobei die Verfasserin ausgehend von unterschiedlichen in der Literatur vertretenen Hypothesen auf empirischer Basis unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik eine Bestätigung oder Widerlegung dieser Aussagen anstrebt.

II. Die Arbeit wird mit einer ausführlichen Darstellung verschiedener Theorien über das Heiratsverhalten eingeleitet. Weiterhin werden einzelne Hypothesen über die Änderung des Heiratsverhaltens in jüngerer Zeit, die im Gefolge der Individualisierungsdebatte aufgestellt wurden, referiert. Auf diese Hypothesen bezieht sich dann auch die empirische Analyse, während die allgemeineren Modelle des Heiratsverhaltens allenfalls als theoretischer Hintergrund präsent sind, also nicht versucht wird, sie empirisch zu testen. Methodisch gesehen werden ausgewählte aktuelle sozialstrukturelle Charakteristika von Ehepaaren aus verschiedenen Geburtskohorten in Westdeutschland von 1918 bis 1965 verglichen. Weiterhin findet für 1993 ein Vergleich mit den neuen Bundesländern statt. Manche Vergleiche können sich nur auf Teilmengen (z. B. Doppelverdiener-Ehepaare) beziehen. Methodisch wird zwischen „Angebots-effekten“, die sich aus den veränderten Anteilen der männlichen und weiblichen Personen in den einzelnen Bildungsstufen ergeben, und den „Nachfrageeffekten“, die aus verändertem Wahlverhalten resultieren, unterschieden. Weiterhin werden Effekte des Bildungsniveaus von Auswirkungen der „Klassenlage“ getrennt. Dabei verwendet die Verfasserin neben einfachen Kreuztabellierungen auch methodisch anspruchsvollere Verfahren, die gut interpretiert werden.

III Aus der Fülle der interessanten Ergebnisse dieser Arbeit sollen wieder nur drei herausgegriffen werden:

(1) Empirisch läßt sich die Entstrukturierungshypothese, das heißt die Vermutung einer zunehmenden sozialen Annäherung zwischen den Angehörigen verschiedener Bildungsschichten, nicht bestätigen. Die Neigung, Partner mit dem gleichen formalen Bildungsabschluß zu heiraten, ist das dominierende Muster, an dem sich über die Kohorten hinweg kaum etwas verändert hat. Die stärksten Schließungstendenzen zeigen sich bei der obersten und bei der untersten Bildungsschicht. In Westdeutschland läßt sich eine Tendenz zu einer stärkeren Polarisierung der Heiratsbeziehungen erkennen. In Ostdeutschland folgt die allgemeine Strukturierung der Heiratsbeziehungen – wenn auch mit charakteristischen zeitlichen Verschiebungen – im wesentlichen dem gleichen Muster.

(2) Der stärkste Einfluß geht von der geschlechtsspezifischen Bildungsangleichung aus. In den jüngeren Kohorten verschwindet das früher herrschende Muster, daß Männer häufig Ehepartnerinnen mit geringerem Bildungsniveau heiraten, während Frauen häufig „hinaufheirateten“. Vielmehr entsprechen in den jüngeren Kohorten die relativen Chancen, daß Frauen über ihrem Bildungsstand heiraten, weitgehend den Chancen, daß Männer über ihrem Bildungsstand heiraten.

(3) Wenn man – wie die Verfasserin – entsprechend der beruflichen Stellung neun Klassen unterscheidet, ist festzustellen, daß die Klassenlage zusätzlich zum Einfluß des Bildungsstandes für die Heiratsentscheidung weiterhin Bedeutung besitzt. Insbesondere zeigt sich, daß ein Überschreiten der typischen Klassengrenzen zwischen manuell und nicht-manuell tätigen Personen auch bei der jüngsten untersuchten Kohorte nur bei einer kleinen Minderheit vorkommt. Die Barrieren für derartige Heiraten scheinen auch Anfang der 90er Jahre noch recht hoch.

IV. Zusammenfassend läßt sich feststellen: Die vorliegende Dissertation behandelt eine sozialwissenschaftlich relevante Fragestellung in methodisch anspruchsvoller Weise unter Heranziehung großer Datensätze der amtlichen Statistik. In der Literatur aufgestellte Hypothesen über das Heiratsverhalten werden – zumindest für den Betrachtungszeitraum – teils empirisch bestätigt, teils empirisch widerlegt. Damit bringt sie einen wesentlichen Erkenntnisfortschritt. Einschränkungen der Aussagekraft der Ergebnisse, die vor allem durch die Datenlage bedingt sind, werden verdeutlicht und als weitere Forschungsaufgaben (mit verbesserten Datenquellen) herausgestellt. Das Gutachtergremium hält die Arbeit von Frau Dr. Wirth deshalb für preiswürdig im Sinne der Statuten des Gerhard-Fürst-Preises.

Ehescheidungen 1998

Vorbemerkung

Regelmäßig wird in dieser Zeitschrift über das „Scheidungs-geschehen“ in Deutschland berichtet, wobei die vor-gestellten Ergebnisse aus der Statistik der gerichtlichen Ehelösungen stammen. Obwohl das öffentliche Interesse in erster Linie den Ehescheidungen gilt, soll hier vorweg auf wesentliche Unterscheidungen bei Nachweisen von Ehe-lösungen hingewiesen werden. Auf der einen Seite sind hierbei zunächst die gerichtlichen Ehelösungen anzuspre-chen, bei denen zwischen der Scheidung, der Aufhebung und der Nichtigkeitserklärung der Ehe unterschieden wird. Wie ein Blick auf Tabelle 1 zeigt, sind die gerichtlichen Aufhebungen und Nichtigkeitserklärungen der Ehe aber zahlenmäßig unbedeutend ¹⁾ Von besonderer quantitativer Bedeutung sind dagegen für die Ehelösungsstatistik insgesamt die Ehelösungen, die durch den Tod des Ehe-partners erfolgen. So entfielen zum Beispiel von 537 540 Ehelösungen, die für das Berichtsjahr 1998 festgestellt worden sind, 344 590 Ehelösungen auf Fälle, in denen der Tod eines Ehepartners der Grund für die Auflösung der Ehe war (siehe Tabelle 1). Dies ist eine Quote von 64,1 % der Ehe-lösungen im Jahr 1998. Die gerichtlichen Ehescheidungen machen mit 192 420 Fällen dagegen nur 35,8 % aller Ehe-lösungen aus. Nichtsdestoweniger stellen die Eheschei-dungen mit ihren vielfältigen Folgen ein soziales Phano-men von eigenständiger gesellschaftlicher Bedeutung dar

Tabelle 1: Ehelösungen seit 1990
Deutschland

Jahr	Ehelösungen	Davon		
		durch gerichtliche Ehescheidung	durch gerichtliche Aufhebung oder Nichtig-keitserklärung der Ehe	durch Tod eines Ehepartners
1990 ¹⁾	527 134	154 786	172	372 176
1991	504 679	136 317	167	368 195
1992	494 163	135 010	169	358 984
1993	519 692	156 425	221	363 046
1994	524 068	166 052	444	357 572
1995	528 378	169 425	575	358 378
1996	531 975	175 550	653	355 772
1997	536 748	187 802	681	348 265
1998	537 543	192 416	538	344 589

¹⁾ Ohne Aufhebungen und Nichtigkeitserklärungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Im vorliegenden Beitrag wird im einzelnen dargestellt, wie sich die gerichtlichen Ehescheidungen im Berichtsjahr 1998 entwickelt haben. Da sich das Scheidungsverhalten der Bevölkerung im Westen und Osten Deutschlands immer noch unterscheidet, werden die zentralen Ergebnisse auch getrennt für diese Gebietsteile dargestellt.

Allerdings kann seit dem Berichtsjahr 1995 für das Bundesland Berlin nicht mehr zwischen Berlin-West und

Berlin-Ost unterschieden werden ²⁾ Die für Berlin gemel-deten Ehescheidungen werden daher insgesamt dem früheren Bundesgebiet zugeordnet. Um dennoch einen Vergleich für die Zeit vor dem Berichtsjahr 1995 zu ermög-lichen, in der der Westteil Berlins dem früheren Bundesge-biet und der Ostteil den neuen Bundesländern zugerech-net worden ist, wurden die für die Jahre 1990 bis 1994 für Berlin-Ost registrierten Scheidungen nachträglich in die Ergebnisse des früheren Bundesgebietes einbezogen.

Zunächst vermittelt der vorliegende Beitrag einen Über-blick über die Entwicklung der Ehescheidungen in Deutsch-land und den Gebietsteilen „früheres Bundesgebiet ein-schließlich Berlin“ und „neue Bundesländer“. Anschlie-ßend werden ausgewählte Aspekte wie die Ehedauer bis zur Ehescheidung, die Rechtsgrundlage der Scheidung, die Zahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen Kinder, die Staatsangehörigkeit der geschiedenen Ehe-partner sowie regionale Unterschiede in der Scheidungshäufigkeit nach Bundesländern behandelt.

Ergebnisse

Überblick

In Deutschland wurden im Jahr 1998 192 420 Ehen ge-schieden, 4610 bzw. 2,5 % mehr als 1997 (187 800). Bun-desweit ist hiermit ein neuer Höchststand erreicht. Von 1 000 bestehenden Ehen wurden 1998 zehn geschieden.

Auf das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin ent-fielen 163 390 oder 84,9 % der ausgesprochenen Schei-dungsurteile. Gegenüber dem Jahr 1997 stieg die Zahl der Ehescheidungen im Westen Deutschlands damit um 1,3 %. Auch in den neuen Bundesländern kam es mit 29 030 Fäl-len zu einem nochmaligen spürbaren Anstieg der Schei-dungen (+9,4 %) im Vorjahresvergleich (26 540), nachdem hier bereits im Berichtsjahr 1997 ein starker Anstieg um 16,6 % festgestellt worden war.

In Tabelle 2 ist die Entwicklung der Ehescheidungen seit 1960 dargestellt. Die Zahl der Ehescheidungen ist dem-nach im Westen Deutschlands seit 1993 auf hohem Nivea-u ständig gestiegen. Mit 163 390 Ehescheidungen wurde hier im Jahr 1998 sogar der bisher höchste Stand (seit 1950) registriert. Mitte der siebziger Jahre hatte die Zahl der Ehe-scheidungen im Westen noch bei etwa 107 000 gelegen. Mitte der achtziger bis zu Beginn der neunziger Jahre war bereits ein Niveau zwischen 120 000 und 130 000 geschie-dener Ehen erreicht worden.

Nachdem in den neuen Bundesländern im Jahr 1991 nur 8 130 Ehescheidungen ausgesprochen worden waren, hat sich ihre Zahl wieder kontinuierlich bis auf 29 030 im Jahr 1998 erhöht. In der ehemaligen DDR waren allerdings zu-letzt im Schnitt jährlich 50 000 Ehen geschieden worden. Die nach der deutschen Vereinigung in den Jahren 1990

¹⁾ Seit dem 1. Juli 1998 wird auch nicht mehr zwischen Aufhebung und Nichtigkeits-erklärung unterschieden, es gibt nur noch die gerichtliche Entscheidung auf Aufhebung der Ehe.

²⁾ Dies liegt im Berichtsweg begründet, den die Meldungen über Ehescheidungen von den Familiengerichten an die amtliche Statistik nehmen. Durch veränderte Zuständig-keiten bei den Familiengerichten in Berlin läßt sich eine Trennung nach Berlin-Ost und -West nicht mehr vornehmen.

Tabelle 2 Ehescheidungen in Deutschland

Jahr	Deutschland	Fruheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Lander ²⁾	Fruheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Lander ²⁾	Fruheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Lander ²⁾
	Anzahl			je 10 000 Einwohner ³⁾		je 10 000 bestehender Ehen ¹⁾	
1960	73 418	48 878	24 540	8,8	14,2	35,7	
1965	85 304	58 728	26 576	10,0	15,6	39,2	60,9
1970	103 927	76 520	27 407	12,6	16,1	50,9	63,9
1975	148 461	106 829	41 632	17,3	24,7	67,4	98,8
1976	153 061	108 258	44 803	17,5	26,7	68,8	106,5
1977	117 795	74 658	43 137	12,2	25,7	47,7	102,6
davon (1977)							
altes Recht	x	72 959	x	x	x	x	x
neues Recht	x	1 699	x	x	x	x	x
1978	75 758	32 462	43 296	5,3	25,8	20,8	102,8
1979	124 225	79 490	44 735	13,0	26,7	51,0	106,3
1980	141 016	96 222	44 794	15,6	26,8	61,3	106,6
1981	158 087	109 520	48 567	17,8	29,0	72,3	115,9
1982	168 348	118 483	49 865	19,2	29,9	78,4	120,2
1983	170 941	121 317	49 624	19,8	29,7	80,6	120,3
1984	181 064	130 744	50 320	21,3	30,2	87,1	122,4
1985	179 364	128 124	51 240	21,0	30,8	86,1	125,1
1986	174 882	122 443	52 439	20,1	31,5	82,6	128,5
1987	180 490	129 850	50 640	21,2	30,4	87,6	124,3
1988	178 109	128 729	49 380	20,9	29,6	86,6	121,1
1989	176 691	126 628	50 063	20,4	30,1	84,6	122,8
1990	154 786	125 308	29 478	19,4	19,9	81,1	78,4
1991	136 317	128 187	8 130	19,6	5,6	81,9	22,1
1992	135 010	125 907	9 103	19,0	6,3	79,7	25,1
1993	156 425	139 157	17 268	20,8	12,0	87,3	48,3
1994	166 052	145 060	20 992	21,6	14,7	90,6	59,4
1995	169 425	147 945	21 480	21,9	15,1	92,3	61,5
1996	175 550	152 798	22 752	22,5	16,0	95,2	65,8
1997	187 802	161 265	26 537	23,7	18,8	103,7	77,5
1998	192 416	163 386	29 030	24,0	20,7	105,7	85,7

¹⁾ Ab 1990 einschl. Berlin-Ost – ²⁾ Ab 1990 ohne Berlin-Ost – ³⁾ Ab 1992 durchschnittliche Einwohnerzahl, sonst jeweils 30.06. – ⁴⁾ Ausgehend von der Zahl der verheirateten Frauen am Jahresbeginn, 1990 Berlin-Ost ausgehend von der Zahl der verheirateten Frauen am 31.12.1990

und 1991 stark gesunkene Scheidungshäufigkeit in den neuen Bundesländern hatte ihre Gründe wohl einerseits in der Umstellung auf das bundesdeutsche Scheidungsverfahren und -recht mit seinen Vorgaben bestimmter Fristen und finanziellen Folgen. Dabei dürfte die Anwendung des bundesdeutschen Scheidungsrechtes zunächst auch die Bearbeitung der Scheidungsanträge bei den Familiengerichten verzögert haben. Andererseits kann davon ausgegangen werden, daß die mit der deutschen Vereinigung einhergehenden Umbrüche in den sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnissen im Osten Deutschlands zu einer zeitlichen Verschiebung beabsichtigter Scheidungen geführt haben.

Abzulesen sind die beschriebenen Verhältnisse auch an der Entwicklung der auf 10 000 Einwohner bezogenen Scheidungsziffer. Im Westen Deutschlands ist die Scheidungsziffer von 23,7 Scheidungen je 10 000 Einwohner im Jahr 1997 auf 24,0 Scheidungen im Jahr 1998 angestiegen. Nachdem die Scheidungsziffer in den neuen Bundesländern von etwa 30 Scheidungen je 10 000 Einwohner zu Zeiten der ehemaligen DDR bis auf etwa 6 Scheidungen in den Jahren nach der deutschen Vereinigung (1991 und 1992) gesunken war, hat sie sich stetig – nach 1997 mit 18,8 Scheidungen je 10 000 Einwohner – auf nunmehr 20,7 erhöht. Diese kontinuierliche Zunahme deutet auf eine allmähliche Angleichung an das westdeutsche Niveau hin.

Tabelle 3: Ehescheidungen 1998 nach der Ehedauer

Ehedauer ¹⁾	Ehescheidungen						Ehedauerspezifische Scheidungsziffer ²⁾					
	1998			1997			1998			1997		
	Deutschland	Fruheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Lander	Deutschland	Fruheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Lander	Deutschland	Fruheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Lander	Deutschland	Fruheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Lander
0 Jahre	94	91	3	78	78	–	2,3	2,5	0,6	1,8	2,1	–
1 Jahr	1 553	1 483	70	1 527	1 452	75	36,7	39,6	14,5	35,7	38,4	15,4
2 Jahre	5 700	5 366	334	5 539	5 228	311	133,4	141,8	68,4	128,7	137,0	63,7
3 Jahre	8 590	7 955	635	8 715	8 124	591	199,5	208,4	130,1	198,0	206,6	126,0
4 Jahre	10 863	9 979	884	10 869	10 098	771	246,8	253,7	188,4	245,6	253,3	175,3
0 bis 4 Jahre	26 800	24 874	1 926	26 728	24 980	1 748	618,7	646,0	402,0	609,8	637,3	380,4
5 Jahre	12 210	11 175	1 035	12 439	11 588	851	275,9	280,3	235,4	274,3	282,2	198,9
6 Jahre	12 704	11 692	1 012	12 743	11 735	1 008	280,2	284,7	236,5	280,5	286,8	223,4
7 Jahre	11 569	10 442	1 127	13 095	10 986	2 109	254,7	255,2	249,7	253,6	259,6	226,2
8 Jahre	12 473	10 268	2 205	12 405	10 106	2 299	241,5	242,7	236,5	234,2	246,1	193,3
9 Jahre	11 499	9 236	2 263	10 980	8 859	2 121	217,1	224,9	190,2	205,3	215,9	170,2
5 bis 9 Jahre	60 455	52 813	7 642	61 662	53 274	8 388	1 269,4	1 287,8	1 148,3	1 247,9	1 290,7	1 011,9
10 bis 14 Jahre	41 890	33 131	8 759	39 436	31 913	7 523	814,0	850,3	701,5	779,2	834,3	608,4
15 bis 19 Jahre	26 001	21 090	4 911	24 011	19 811	4 200	530,7	571,8	406,4	495,0	548,7	339,0
20 bis 25 Jahre	19 879	16 135	3 744	19 424	16 343	3 081	392,0	431,9	279,8	372,5	420,8	231,5
0 bis 25 Jahre	175 025	148 043	26 982	171 261	146 321	24 940	3 624,7	3 787,8	2 938,1	3 504,4	3 731,7	2 571,1
26 Jahre und länger	17 391	15 343	2 048	16 541	14 944	1 597						
Insgesamt	192 416	163 386	29 030	187 802	161 265	26 537						

¹⁾ Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Jahr der Ehescheidung – ²⁾ Geschiedene Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 10 000 geschlossene Ehen des gleichen Jahrgangs – ³⁾ Einschl. Berlin

1998 Zahl der Ehescheidungen im Westen Deutschlands nach sechs Ehejahren am größten, im Osten nach neun Jahren Ehe

Aus statistischem Blickwinkel betrachtet ist die Dauer einer Ehe von besonderer Bedeutung für ihre „Scheidungsanfälligkeit“. Die Aufgliederung der absoluten Zahl der Ehescheidungen nach der Ehedauer³⁾ ergibt, daß im Jahr 1998 die meisten Ehescheidungen im früheren Bundesgebiet und Berlin nach einer Ehedauer von sechs Jahren ausgesprochen worden sind. In den neuen Bundesländern entfallen die meisten Ehescheidungen des Berichtsjahres 1998 auf geschiedene Ehen mit einer Ehedauer von neun Jahren (siehe Tabelle 3). Dabei wirkt sich im Osten Deutschlands offensichtlich noch der stark besetzte Eheschließungsjahrgang 1989 mit 118 950 geschlossenen Ehen aus, aus dem die 1997 nach achtjähriger Ehedauer und 1998 nach neunjähriger Ehedauer geschiedenen Ehen stammen (siehe Tabelle 4). Die Eheschließungsjahrgänge nach 1989 sind wesentlich schwächer besetzt. Schon im Jahr 1990 war die Zahl der Eheschließungen in den neuen Ländern auf 93 250 gesunken, und in den folgenden Jahren waren nur noch zwischen 40 000 und 50 000 Ehen geschlossen worden. Erwartungsgemäß fiel daher die absolute Zahl der Scheidungen nach kürzerer Ehedauer im Osten Deutschlands auch 1998 entsprechend gering aus.

Tabelle 4: Eheschließungen

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder
1985	496 175	375 345	120 830
1986	509 320	383 774	125 546
1987	523 847	395 220	128 627
1988	534 903	410 280	124 623
1989	529 597	410 645	118 952
1990	516 388	423 143	93 245
1991	454 291	409 160	45 131
1992	453 428	410 644	42 784
1993	442 605	398 629	43 976
1994	440 244	393 325	46 919
1995	430 534	381 724	48 810
1996	427 297	378 469	48 828
1997	422 776	374 577	48 199
1998	417 420	367 527	49 893

¹⁾ Einschl. Berlin-Ost

Statistisch gesehen greift deshalb auch im Hinblick auf die generelle Beurteilung der „Scheidungsanfälligkeit“ von Ehen in Abhängigkeit von der Ehedauer die Betrachtung der absoluten Scheidungszahlen allein zu kurz. Aussagefähiger für diesen Zweck ist die ehedauerspezifische Scheidungsziffer. Diese bezieht die im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines bestimmten Eheschließungsjahrgangs auf 10 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs. Durch diese „Normierung“ werden Zufälligkeiten im Altersaufbau und im Heiratsverhalten, die sich dann auch in den absoluten Scheidungszahlen niederschlagen, ausgeschaltet. Für die Jahre 1997 und 1998 sind die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern ebenfalls in Tabelle 3 wiedergegeben. Danach erreichte die ehedauerspezifische Scheidungsziffer im Jahr 1998 für Deutschland insgesamt nach sechs Jahren Ehedauer den höchsten Wert. Ebenso verhält es sich auch für das frühere Bundesgebiet

³⁾ Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Jahr der Ehescheidung

und Berlin. In den neuen Bundesländern wies die ehedauerspezifische Scheidungsziffer dagegen nach sieben Ehejahren den Höchstwert auf.

Zusammengefaßte ehedauerspezifische Scheidungsziffer erreicht im Westen neuen Höchstwert

Neben der Frage, nach welcher Ehedauer die Scheidungshäufigkeit am höchsten ist, wird insbesondere die Frage nach dem Gesamtanteil der Ehen, die mit einer Scheidung enden, in den Medien und in der sonstigen Öffentlichkeit immer wieder thematisiert. So interessant diese Frage auch ist, so schwierig ist sie aus statistisch-methodischer Sicht zu beantworten, wie eine ganze Reihe von fachstatistischen Beiträgen, die sich (auch) mit diesem Problem auseinandersetzen, zeigt.⁴⁾ Obwohl hier nicht der Ort sein kann, die einschlägige Literatur zu diesem Thema zu referieren, soll zumindest auf die eingeschränkte Datenlage hingewiesen werden, die bei Aussagen zur „Scheidungsrate“ zu beachten ist. Die amtliche Statistik erhält jährlich über die Familiengerichte lediglich Angaben zur Gesamtzahl der Scheidungen, unabhängig davon, wo die jeweilige Ehe geschlossen wurde. Die Gesamtzahl ist nur nach wenigen weiteren Merkmalen, wie etwa der Ehedauer bis zur Scheidung, aufgegliedert. Individualdaten, die den weiteren Lebenslauf der Ehepaare nach ihrer Heirat beschreiben würden und aus denen dann auch der Ort der Eheschließung in Verbindung mit dem möglichen Ereignis einer Ehescheidung ersichtlich wäre, sind nicht vorhanden. Ebensowenig kann auf vollständige und zuverlässige Angaben zur Zahl der nach ihrem Eheschließungsjahr gegliederten bestehenden Ehen, auf die die entsprechenden Scheidungen bezogen werden könnten, zurückgegriffen werden. Es ist zwar möglich, die im jeweiligen Kalenderjahr geschlossenen Ehen nachzuweisen. Wie viele der Ehepartner im jeweiligen Kalenderjahr der registrierten Scheidungen noch in Deutschland lebten bzw. wie viele Ehepartner mit gleichem Eheschließungsjahr inzwischen zugezogen sind, ist aber nicht bekannt. Insofern ist ein Bezug von Ehescheidungen mit bestimmtem Eheschließungsjahr auf die Zahl der im gleichen Jahr geschlossenen Ehen nur bedingt aussagefähig. Für die Zukunft schließlich, und was das Scheidungsverhalten junger Eheschließungsjahrgänge angeht, wäre man ohnehin auf Prognosen angewiesen.

Um dennoch zu einem für praktische Zwecke verwendbaren, wenn auch nur groben Schätzwert der „Scheidungsrate“ nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu gelangen, ist es üblich, trotz der genannten Schwierigkeiten, bei der ehedauerspezifischen Scheidungsziffer aufzusetzen. Mit der Summe der einzelnen ehedauerspezifischen Scheidungsziffern über 25 Eheschließungsjahrgänge⁵⁾ (ebenefalls Tabelle 3) hinweg läßt sich nämlich annähernd der

⁴⁾ Zu dieser Thematik siehe z. B. Braun, W. „Ehescheidungen 1986/87“ in WiSta 10/1988, S. 682 ff. sowie ders. „Ehescheidungen 1982“ in WiSta 2/1984, S. 102 ff. und aus jüngster Zeit Groner, G. „Zur Entwicklung von Eheschließungen und Ehelösungen in Bayern“ in Bayern in Zahlen 4/1999, S. 133 ff.

⁵⁾ Die Betrachtung von 25 Jahren ist bisher üblich, da die Scheidungshäufigkeit von Ehen mit längerer Dauer relativ gering ist. Außerdem ergeben sich im Hinblick auf die Heranziehung des Ausgangsbestandes der entsprechenden Eheschließungsjahrgänge bei Jahrgängen, die älter als 25 Jahre sind, vermehrt methodische Probleme.

Anteil der geschlossenen Ehen bestimmen, die bei Konstanz der derzeitigen Scheidungshäufigkeit während des gewählten Zeitraums von 25 Jahren geschieden würden⁶⁾.

Für den Westen Deutschlands kann zumindest näherungsweise davon ausgegangen werden, daß die Bedingung der konstanten Scheidungshäufigkeit für viele Jahre erfüllt ist, nicht dagegen für den Osten. Dort kam es – wie oben bereits beschrieben – im wesentlichen als Folge des wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs zu Beginn der 90er Jahre auch bei den Ehescheidungen zu einem ungewöhnlichen Rückgang. Es ist daher auch nicht überraschend, daß sich der jeweilige Wert der zusammengefaßten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer für den Westen und Osten Deutschlands in sehr unterschiedlichen Größenordnungen bewegt. Im Westen hat sich ihr Wert gegenüber 1997 (3730) im Jahr 1998 auf 3790 je 10000 geschlossene Ehen weiter erhöht. Demnach ergibt sich für den Westen eine „Scheidungsneigung“ von etwa 38%.

Demgegenüber lag das Niveau der zusammengefaßten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer in den neuen Bundesländern, trotz Erhöhung (1997: 2.570), mit nunmehr 2940 je 10000 geschlossene Ehen im Jahr 1998 deutlich niedriger. In den Jahren zuvor hatte sie mit 2140 (1996) bzw. 1930 (1995) dort noch wesentlich unter diesem Wert gelegen. (Ende der achtziger Jahre hatte die zusammengefaßte ehedauerspezifische Scheidungsziffer in der ehe-

maligen DDR einen Wert von 3500 und entsprach damit in etwa dem heute im Westen beobachteten Niveau.) Auch wenn der Wert der für den Zeitraum von 25 Jahren zusammengefaßten ehedauerspezifischen Scheidungsziffern in den neuen Bundesländern inzwischen deutlich angestiegen ist, erscheint diese Maßzahl für einen längerfristigen Vergleich derzeit noch nicht aussagekräftig genug.

Die meisten Ehen werden nach einjähriger Trennung der Partner geschieden

Die Betrachtung der Ehedauer bis zur Scheidung kann Aufschlüsse darüber liefern, nach welcher Ehedauer das rein rechnerische „Scheidungsrisiko“ am höchsten ist. Unbeantwortet bleibt damit aber die Frage, wann eine Ehe tatsächlich „sozial“ gescheitert ist. Hinweise auf den Zeitpunkt des Scheiterns einer Ehe in diesem Sinne können aus der Statistik der gerichtlichen Ehelösungen gewonnen werden, wenn die Ehescheidungen im Hinblick auf die jeweils bei der Scheidung angewendeten Rechtsvorschriften aufgegliedert werden.

Aus Tabelle 5 wird ersichtlich, daß in Deutschland im Jahr 1998 Ehen ganz überwiegend (135 590) in solchen Fällen gerichtlich gelöst wurden, in denen die Ehepartner ein Jahr getrennt gelebt hatten (einverständliche Scheidung). Das waren 70,5% aller Scheidungsfälle. Im Westen betrug dieser Anteil 70,0%, im Osten Deutschlands lag er bei 73,3%. Demnach dürften die meisten Ehen mehr als ein Jahr vor dem Zeitpunkt der gerichtlichen Scheidung „sozial“ gescheitert sein. Bundesweit wurden nur 9,0% der Scheidungen nach dreijähriger Trennung der Ehepartner ausgesprochen. Die aufgrund der übrigen Rechtsvorschriften

⁶⁾ Da jedoch im Zeitablauf Änderungen in der ehedauerspezifischen Scheidungshäufigkeit eintreten, wäre eine sicherere Aussage nur möglich, wenn die Scheidungshäufigkeit einzelner Eheschließungsjahrgänge über einen längeren Zeitraum beobachtet und die hierbei ermittelten Scheidungsziffern addiert wurden. Das Ergebnis einer solchen Betrachtung liegt jedoch erst nach mehreren Jahrzehnten vor.

Tabelle 5: Ehescheidungen nach der Entscheidung in der Ehesache und dem Antragsteller

Jahr Gebiet	Ehescheidungen												
	ins-gesamt	Entscheidung					aufgrund anderer Vorschriften	das Verfahren wurde beantragt					
		nach § 1565 Abs 1 BGB i V m § 1565 Abs 2 BGB ¹⁾	nach § 1565 Abs 1 BGB ²⁾	nach § 1565 Abs 1 BGB i V m § 1566 Abs 1 BGB ³⁾	nach § 1565 Abs 1 BGB i V m § 1566 Abs 2 BGB ⁴⁾	zusammen		vom Mann		von der Frau		von beiden Ehegatten	
							ohne Zustimmung der Frau	mit	zusammen	ohne Zustimmung des Mannes	mit		
Anzahl													
1998													
Deutschland	192 416	2 976	35 548	135 585	17 358	949	63 729	5 930	57 799	117 446	12 675	104 771	11 241
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	163 386	2 772	30 247	114 316	15 125	926	55 810	4 724	51 086	97 096	9 461	87 635	10 480
Neue Länder	29 030	204	5 301	21 269	2 233	23	7 919	1 206	6 713	20 350	3 214	17 136	761
1997													
Deutschland	187 802	2 931	37 090	130 692	16 284	805	62 126	6 533	55 593	115 193	14 423	100 770	10 483
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	161 265	2 767	31 504	111 541	14 662	791	55 144	5 255	49 889	96 174	10 802	85 372	9 947
Neue Länder	26 537	164	5 586	19 151	1 622	14	6 982	1 278	5 704	19 019	3 621	15 398	536
%													
1998													
Deutschland	100	1,5	18,5	70,5	9,0	0,5	33,1	3,1	30,0	61,0	6,6	54,5	5,8
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	100	1,7	18,5	70,0	9,3	0,6	34,2	2,9	31,3	59,4	5,8	53,6	6,4
Neue Länder	100	0,7	18,3	73,3	7,7	0,1	27,3	4,2	23,1	70,1	11,1	59,0	2,6
1997													
Deutschland	100	1,6	19,7	69,6	8,7	0,4	33,1	3,5	29,6	61,3	7,7	53,7	5,6
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	100	1,7	19,5	69,2	9,1	0,5	34,2	3,3	30,9	59,6	6,7	52,9	6,2
Neue Länder	100	0,6	21,0	72,2	6,1	0,1	26,3	4,8	21,5	71,7	13,6	58,0	2,0

¹⁾ Scheidung vor einjähriger Trennung – ²⁾ Scheidung wegen Scheiterns der Ehe allgemein – ³⁾ Einverständliche Scheidung nach einjähriger Trennung – ⁴⁾ Scheidung nach dreijähriger Trennung

geschiedenen Ehen machen zusammen einen Anteil von 20,5% aus.

Nachdem der Anteil der Ehen in den neuen Bundesländern, die nach dreijähriger Trennung geschieden worden waren, im Jahr 1996 noch bei nur 4,6% gelegen hatte, ist er nach 1997 mit 6,1% auf nunmehr 7,7% gestiegen. Im Westen lag der entsprechende Anteil 1998 bei 9,3%

An dem Sachverhalt, daß die Initiative zur gerichtlichen Beendigung der ehelichen Gemeinschaft formell vorwiegend von den Frauen ausgeht, hat sich auch im Berichtsjahr 1998 nichts geändert. Waren es im Jahr 1997, bezogen auf ganz Deutschland, zu 61,3% die Ehefrauen, die die Scheidung beantragt hatten, so lag der entsprechende Anteil im Jahr 1998 kaum verändert bei 61,0% (siehe Tabelle 5). In 33,1% der Scheidungsfälle traten die Männer als Antrag-

steller auf, und in 5,8% aller Fälle hatten beide Ehegatten die Scheidung beantragt. Der von nur einem Ehepartner beantragten Scheidung wurde vom jeweiligen anderen Partner in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle zugestimmt.

Die Tatsache, daß der Scheidungsantrag überwiegend von der Ehefrau ausgeht, ist im Osten Deutschlands besonders ausgeprägt. Während im früheren Bundesgebiet und Berlin 59,4% der Scheidungsanträge von den Frauen gestellt wurden, war dies in den neuen Bundesländern zu 70,1% der Fall. Im Westen Deutschlands hatten in 34,2% aller 1998 geschiedenen Ehen die Männer die Scheidung beantragt, im Osten Deutschlands betrug der Anteil der Scheidungen, bei denen die formelle Initiative von den Männern ausgegangen war, 27,3%. Hierbei ergaben sich keine wesentlichen Unterschiede gegenüber dem Vorjahr.

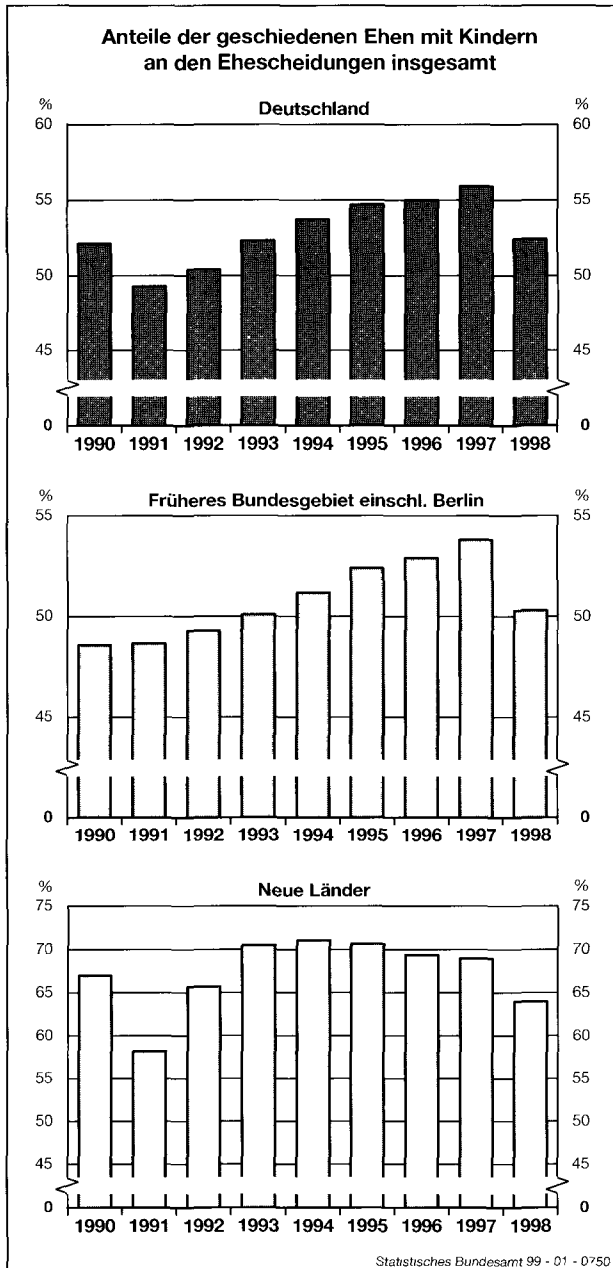
Tabelle 6. Ehescheidungen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder dieser Ehe

Jahr	Ehescheidungen					Betroffene Kinder	
	insgesamt	darunter mit Kindern			Anzahl		
		zusammen	davon mit Kind(ern)				
	Anzahl		% von Spalte 1	1	2	3 und mehr	% von Spalte 2
Deutschland							
1975	148 461	62,3	55,5	30,0	14,5	154 316	1 039
1980	141 016	58,5	60,9	30,0	9,1	125 047	887
1985	179 364	57,5	63,7	30,3	5,9	148 424	828
1986	174 882	55,9	63,4	30,7	5,9	140 604	804
1987	180 490	56,3	63,3	30,8	5,9	146 516	812
1988	178 109	54,8	62,6	31,2	6,2	141 696	796
1989	176 691	54,0	61,7	31,8	6,5	139 746	791
1990	154 786	52,1	61,6	31,9	6,5	118 340	765
1991	136 317	49,3	61,1	31,8	7,2	99 268	728
1992	135 010	50,4	60,3	32,2	7,4	101 377	751
1993	156 425	52,3	58,9	33,4	7,8	123 541	790
1994	166 052	53,7	58,4	33,6	8,0	135 318	815
1995	169 425	54,7	57,2	34,3	8,5	142 292	840
1996	175 550	55,0	56,8	34,6	8,6	148 782	848
1997	187 802	55,9	55,9	35,1	9,0	163 112	869
1998	192 416	52,4	55,8	35,2	9,0	156 735	815
Früheres Bundesgebiet ¹⁾							
1975	106 829	58,9	53,8	30,8	15,4	107 216	1 004
1980	96 222	52,9	59,0	30,7	10,3	78 972	821
1985	128 124	52,5	64,1	29,3	6,6	96 991	757
1986	122 443	50,0	64,3	29,2	6,5	87 986	719
1987	129 850	51,3	64,3	29,3	6,4	95 740	737
1988	128 729	49,7	63,4	29,8	6,7	92 785	721
1989	126 628	48,5	62,7	30,3	6,9	89 552	707
1990	125 308	48,6	62,0	31,2	6,9	89 393	713
1991	128 187	48,7	61,1	31,6	7,3	92 298	720
1992	125 907	49,3	60,2	32,2	7,6	92 662	736
1993	139 157	50,1	58,8	33,3	8,0	105 431	758
1994	145 060	51,2	58,1	33,7	8,3	113 148	780
1995	147 945	52,4	56,9	34,3	8,8	119 348	807
1996	152 798	52,9	56,3	34,7	9,0	125 187	819
1997	161 265	53,8	55,4	35,2	9,4	135 520	840
1998	163 386	50,3	54,9	35,6	9,4	128 996	790
Neue Länder und Berlin-Ost ²⁾							
1975	41 632	71,0	59,3	28,2	12,5	47 100	1 131
1980	44 794	70,4	63,9	28,8	7,3	46 075	1 029
1985	51 240	70,2	63,0	32,3	4,7	51 433	1 004
1986	52 439	69,5	61,9	33,3	4,9	52 618	1 003
1987	50 640	69,0	61,4	33,6	5,1	50 776	1 003
1988	49 380	68,2	61,1	33,8	5,1	48 911	991
1989	50 063	68,1	59,8	34,5	5,6	50 194	1 003
1990	29 478	67,0	60,5	34,0	5,5	28 947	982
1991	8 130	58,2	60,4	33,5	6,0	6 970	857
1992	9 103	65,7	61,7	32,7	5,6	8 715	957
1993	17 268	70,5	59,6	33,9	6,5	18 110	1 049
1994	20 992	71,1	60,0	33,4	6,6	22 170	1 056
1995	21 480	70,7	58,4	34,5	7,1	22 944	1 068
1996	22 752	69,4	59,4	33,8	6,9	23 595	1 037
1997	26 537	69,0	58,6	34,2	7,1	27 592	1 040
1998	29 030	64,0	59,8	33,3	7,0	27 739	956

¹⁾ Ab 1990 einschl. Berlin-Ost – ²⁾ Ab 1990 ohne Berlin-Ost

1998 weniger Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen

Nachdem seit 1992 bundesweit ein kontinuierlicher Anstieg des Anteils der geschiedenen Ehen mit Kindern festzustellen war, ist dieser Anteil im Jahr 1998 erstmals wieder rückläufig gewesen (siehe das Schaubild). Lag der



Anteil der geschiedenen Ehen mit Kindern 1997 bundesweit noch bei 55,9%, so ist er im Jahr 1998 auf 52,4% gesunken. Im West-Ost-Vergleich ist hierbei ein deutlicher Unterschied festzustellen. Während der Anteil der geschiedenen Ehen mit Kindern im früheren Bundesgebiet und Berlin bei 50,3% (1997: 53,8%) lag, wurde für die neuen Bundesländer ein Anteil von 64,0% festgestellt (1997: 69,0%).

Im Hinblick auf diesen Unterschied zwischen dem früheren Bundesgebiet mit Berlin und den neuen Ländern ist zu

berücksichtigen, daß sich die im Osten Deutschlands registrierte höhere Geburtenrate der Jahre bis 1990 auch im höheren Anteil der geschiedenen Ehen mit Kindern widerspiegelt.

Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, waren 1998 in Deutschland insgesamt 156 740 Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen, 129 000 im Westen und 27 740 im Osten (gegenüber 135 520 bzw. 27 590 im Vorjahr).

Anteil der Ehescheidungen zwischen deutschen Ehepartnern leicht gesunken

Der Anteil der geschiedenen Ehen, bei denen beide Ehegatten die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, ist im Jahr 1998 geringfügig auf 87,0% gesunken (siehe Tabelle 7 auf der folgenden Seite). 1997 hatte dieser Anteil bei 87,8% gelegen. Unter den im Jahr 1998 geschiedenen Ehen gab es 18 600 Ehelösungen, bei denen ein Partner die deutsche und der andere Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit hatte. Das entspricht einem Anteil von 9,7% an allen geschiedenen Ehen. Zahlenmäßig am bedeutendsten sind hierunter die geschiedenen Ehen von deutsch/türkischen Paaren. 2 840 dieser ehelichen Verbindungen wurden 1998 gelöst. Bei 6 350 Scheidungen handelte es sich um gerichtlich gelöste Ehen, in denen beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen, dies entspricht einem Anteil von 3,3% aller Fälle.

Ehescheidungen nach Bundesländern

In Tabelle 8 auf S. 940 ist die Entwicklung der regionalen Unterschiede im Scheidungsverhalten in den einzelnen Bundesländern seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 dargestellt.

Hinsichtlich der längerfristigen Entwicklung des Scheidungsverhaltens in den neuen Bundesländern lassen sich derzeit noch keine sicheren Aussagen aus den Daten ableiten. Erkennbar ist aber, daß es nach dem starken Rückgang der Ehescheidungen in den Jahren 1991 und 1992 seit dem Berichtsjahr 1993 – abgesehen von einem zwischenzeitlichen Rückgang in Sachsen-Anhalt und Thüringen – einen kontinuierlichen Anstieg der auf 10 000 Einwohner bezogenen Scheidungsziffer in allen fünf neuen Bundesländern gegeben hat. Im Jahr 1998 variierte die Scheidungsziffer in den neuen Bundesländern zwischen 19,6 Scheidungen je 10 000 Einwohner in Sachsen-Anhalt und 21,6 Scheidungen je 10 000 Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt deuten diese Ergebnisse auf eine längerfristige Annäherung der relativen Scheidungshäufigkeit in den neuen Bundesländern an das westdeutsche Niveau hin.

Für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin hat sich die auf 10 000 Einwohner bezogene Scheidungsziffer kontinuierlich von 19,0 im Jahr 1992 auf 24,0 im Jahr 1998 erhöht. Allerdings zeigt sich hier im Niveau der Scheidungshäufigkeit ein deutlicher Unterschied zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern.

Tabelle 7 Ehescheidungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehegatten
Deutschland

Staatsangehörigkeit des Mannes	Insgesamt	Darunter mit deutscher Frau	Staatsangehörigkeit der Frau	Insgesamt	Darunter mit deutschem Mann	Beide Ehegatten mit ausgewählter gleicher ausländischer Staatsangehörigkeit	Insgesamt
1998							
Deutsch	173 971	167 470	Deutsch	179 569	167 470	-	-
Griechisch	464	179	Griechisch	375	93	Griechisch	251
Italienisch	1 331	774	Italienisch	733	223	Italienisch	449
Jugoslawisch ¹⁾	1 266	797	Jugoslawisch ¹⁾	826	348	Jugoslawisch ¹⁾	420
Spanisch	248	160	Spanisch	240	127	Spanisch	69
Türkisch	4 424	2 410	Türkisch	2 397	427	Türkisch	1 923
Sonstige ²⁾	10 712	7 779	Sonstige ²⁾	8 276	5 283	-	-
Insgesamt	192 416	179 569	Insgesamt	192 416	173 971	Insgesamt	3 112
1997							
Deutsch	170 671	164 924	Deutsch	176 332	164 924	-	-
Griechisch	448	173	Griechisch	350	73	Griechisch	246
Italienisch	1 240	726	Italienisch	698	216	Italienisch	425
Jugoslawisch ¹⁾	1 150	661	Jugoslawisch ¹⁾	895	405	Jugoslawisch ¹⁾	443
Spanisch	234	150	Spanisch	215	120	Spanisch	66
Türkisch	4 125	2 356	Türkisch	2 116	374	Türkisch	1 696
Sonstige ²⁾	9 934	7 342	Sonstige ²⁾	7 196	4 559	-	-
Insgesamt	187 802	176 332	Insgesamt	187 802	170 671	Insgesamt	2 876

¹⁾ Alle Personen, die zum Zeitpunkt der Scheidung die jugoslawische Staatsangehörigkeit besaßen - ²⁾ Einschl. Staatenlose

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch 1998 in den drei Stadtstaaten⁷⁾ zusammengenommen mit 28,8 Scheidungen je 10000 Einwohner eine signifikant höhere Scheidungsneigung als in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes (23,6 Scheidungen je 10000 Einwohner) festgestellt. Der „Abstand“ bei der Scheidungshäufigkeit

zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern im früheren Bundesgebiet hat sich verglichen mit dem Vorjahr aber etwas verringert. Im Jahr 1997 errechnete sich für die auf 10000 Einwohner bezogene Scheidungsziffer in den Stadtstaaten noch ein Wert von 29,0 und in den Flächenländern einen Wert von 23,2.

In Berlin war die Scheidungsziffer im Jahr 1998 erstmals seit 1994 wieder leicht rückläufig. Sie ging von 28,4 (1997) auf 28,3 Ehescheidungen je 10000 Einwohner zurück. Auch

⁷⁾ Hamburg, Bremen und Berlin. Die Ehescheidungen werden nach den Gerichtszuständigkeiten zugeordnet.

Tabelle 8: Ehescheidungen nach Bundesländern

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Anzahl									
Baden-Württemberg	16 669	17 193	17 261	19 085	19 910	19 921	20 759	21 572	21 833
Bayern	19 168	20 521	20 686	23 011	23 087	23 434	24 259	26 046	26 553
Berlin	7 868	6 113	6 644	6 554	8 108	9 184	9 182	9 782	9 677
Brandenburg	5 282	1 614	1 687	3 341	3 851	3 949	4 016	5 231	5 540
Bremen	1 701	1 636	1 437	1 736	1 614	1 799	1 870	2 000	1 996
Hamburg	4 203	4 361	4 028	4 303	4 545	4 652	4 306	5 092	4 968
Hessen	11 612	11 712	11 609	12 852	13 697	13 387	13 677	14 830	14 676
Mecklenburg-Vorpommern	4 250	1 180	1 256	2 126	2 540	3 128	3 595	3 815	3 891
Niedersachsen	12 876	13 603	12 832	14 674	15 342	15 588	16 761	17 310	18 154
Nordrhein-Westfalen	36 083	36 753	35 727	39 230	40 523	41 476	42 839	44 580	45 246
Rheinland-Pfalz	7 329	8 132	7 589	8 555	9 003	9 040	9 385	10 015	10 148
Saarland	2 442	2 620	2 648	2 907	3 035	2 785	2 938	3 123	2 996
Sachsen	8 809	2 194	2 010	5 116	6 519	7 043	7 754	8 470	9 337
Sachsen-Anhalt	5 990	1 519	1 917	4 042	4 287	3 867	3 432	4 494	5 274
Schleswig-Holstein	5 357	5 543	5 446	6 250	6 196	6 679	6 822	6 915	7 139
Thüringen	5 147	1 623	2 233	2 643	3 795	3 493	3 955	4 527	4 988
Deutschland	154 786	136 317	135 010	156 425	166 052	169 425	175 550	187 802	192 416
Fruheres Bundesgebiet	125 308	128 187	125 907	139 157	145 060	147 945	152 798	161 265	163 386
einschl. Berlin	29 478	8 130	9 103	17 268	20 992	21 480	22 752	26 537	29 030
Neue Länder									
je 10000 Einwohner									
Baden-Württemberg	17,1	17,4	17,1	18,7	19,4	19,3	20,1	20,8	21,0
Bayern	16,9	17,8	17,7	19,5	19,4	19,6	20,2	21,6	22,0
Berlin	22,9	17,8	19,2	18,9	23,3	26,5	26,5	28,4	28,3
Brandenburg	20,4	6,3	6,6	13,1	15,2	15,6	15,8	20,4	21,5
Bremen	25,0	23,9	20,9	25,4	23,7	26,5	27,5	29,6	29,8
Hamburg	25,6	26,3	24,0	25,3	26,7	27,2	25,2	29,8	29,2
Hessen	20,3	20,2	19,7	21,6	22,9	22,3	22,7	24,6	24,3
Mecklenburg-Vorpommern	22,0	6,2	6,7	11,5	13,8	17,1	19,7	21,0	21,6
Niedersachsen	17,5	18,3	17,0	19,3	20,0	20,1	21,5	22,1	23,1
Nordrhein-Westfalen	20,9	21,1	20,3	22,1	22,8	23,2	23,9	24,8	25,2
Rheinland-Pfalz	19,6	21,5	19,6	21,9	22,9	22,8	23,5	25,0	25,2
Saarland	22,8	24,4	24,5	26,8	28,0	25,7	27,1	28,8	27,8
Sachsen	18,4	4,6	4,3	11,1	14,2	15,4	17,0	18,7	20,7
Sachsen-Anhalt	20,7	5,3	6,8	14,5	15,5	14,1	12,6	16,6	19,6
Schleswig-Holstein	20,5	21,0	20,4	23,3	22,9	24,6	25,0	25,1	25,9
Thüringen	19,6	6,3	8,7	10,4	15,0	13,9	15,8	18,2	20,2
Deutschland	19,5	17,1	16,7	19,3	20,4	20,7	21,4	22,9	23,5
Fruheres Bundesgebiet	19,4	19,6	19,0	20,8	21,6	21,9	22,5	23,7	24,0
einschl. Berlin	19,9	5,6	6,3	12,0	14,7	15,1	16,0	18,8	20,7
Neue Länder									

in Hamburg sank die Scheidungsziffer im Jahr 1998 wieder etwas, nämlich von 29,8 (1997) auf 29,2 Scheidungen. Hier hatte es allerdings zuvor einen starken Anstieg von 25,2 (1996) auf 29,8 Scheidungen je 10 000 Einwohner (1997) gegeben. Für Bremen wurde dagegen im Jahr 1998 ein weiterer Anstieg der Scheidungsziffer ermittelt. Waren es im Jahr 1997 noch 29,6 Scheidungen, so ist der Wert der Scheidungsziffer für Bremen im Jahr 1998 auf 29,8 Scheidungen je 10 000 Einwohner angestiegen. Unter allen Bundesländern war damit im Jahr 1998 die relative Scheidungshäufigkeit in Bremen am größten.

Wenn sich die relative Scheidungshäufigkeit in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes insgesamt mit 23,6 Scheidungen je 10 000 Einwohner im Jahr 1998 auch auf deutlich niedrigerem Niveau bewegte als in den Stadtstaaten, so waren die Unterschiede in der Scheidungshäufigkeit zwischen den Flächenländern dennoch beträchtlich. Die Spanne der einzelnen Scheidungsziffern reichte von 21,0 in Baden-Württemberg bis zu 27,8 Scheidungen je 10 000 Einwohner im Saarland. Mit einer Scheidungsziffer von 23,1 liegt das Bundesland Niedersachsen am nächsten an dem für die Flächenländer insgesamt errechneten Wert.

Nordrhein-Westfalen als das mit Abstand bevölkerungsreichste Bundesland, auf das im Ländervergleich naturgemäß absolut betrachtet auch die meisten Scheidungen entfielen (45 250), weist im Hinblick auf die auf 10 000 Einwohner bezogene Scheidungsziffer einen Wert von 25,2 auf

Wird als Bezugspunkt das Jahr 1990 herangezogen, dann läßt sich für den Zeitraum bis zum Berichtsjahr 1998 – ohne Berücksichtigung zwischenzeitlicher Schwankungen – feststellen, daß unter allen Flächenländern im früheren Bundesgebiet Niedersachsen und Rheinland-Pfalz den höchsten Anstieg der auf 10 000 Einwohner bezogenen Scheidungsziffer, allerdings bei unterschiedlichem Ausgangsniveau, zu verzeichnen haben. In Niedersachsen lag die Scheidungsziffer im Jahr 1990 bei 17,5 und im Jahr 1998 bei 23,1 Scheidungen je 10 000 Einwohner, in Rheinland-Pfalz hatten die Scheidungsziffern der entsprechenden Berichtsjahre den Wert 19,6 (1990) und 25,2 (1998). Im Vergleich dazu ist für den betrachteten Zeitraum in Baden-Württemberg, als dem Flächenland des früheren Bundesgebietes mit dem geringsten Anstieg der relativen Scheidungshäufigkeit, die Scheidungsziffer nur um 3,9 von 17,1 im Jahr 1990 auf 21,0 Scheidungen je 10 000 Einwohner im Jahr 1998 gestiegen.

Dipl.-Sozialwissenschaftler Dieter Emmerling

Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters

1 Methodische Vorbemerkungen

1.1 Grundsätzliches zum Unternehmensregister

Der Anstoß zum Aufbau von Unternehmensregistern kam von der Europäischen Union (EU), die durch Verordnung vom Juli 1993¹⁾ die Mitgliedstaaten zu Aufbau und Führung von Unternehmensregistern verpflichtet.²⁾ Nach dieser sogenannten Registerverordnung sind alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen beiträgt, alle rechtlichen Einheiten, die für sie verantwortlich sind, und alle örtlichen Einheiten, die von ihnen abhängen, in Registern mit jeweils bestimmten Merkmalen zu erfassen (siehe Tabelle 1, Spalten 1 und 5).³⁾ Ausgenommen sind lediglich private Haushalte und ihre Produktion zum Eigenverbrauch bzw. ihre Vermietung oder Verpachtung von eigenen Immobilien. Fakultativ ist die Aufnahme von Einheiten der Wirtschaftsabschnitte „Land- und Forstwirtschaft“, „Fischerei und Fischzucht“ sowie „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“⁴⁾

Die strategische Bedeutung der Registerverordnung wird erkennbar, wenn man sie im Kontext mit weiteren EG-Verordnungen – beispielsweise zu den Statistiken über die Unternehmensstruktur⁵⁾ oder die Konjunktur⁶⁾ – sieht.⁷⁾ Demnach wird das Unternehmensregister die Basis für zukünftige Wirtschaftsstatistiken in der EU bilden. Neben dieser Nutzung sind Unternehmensregister aber grundsätzlich wichtige Instrumente zur rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen sowie zur Erstellung statistischer Auswertungen. Die konkreten Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig und umfassen zum Beispiel:

- Bestimmung und Aktualisierung von Berichtskreisen für Erhebungen,

- Auswahlgrundlage für Stichprobenerhebungen und damit Reduktion von Berichtskreisumfängen,
- Aufstellen von Rotationsplänen bei Stichproben und dadurch gleichmäßigere Verteilung von Berichtspflichten,
- Hochrechnungsrahmen,
- Versand von Erhebungsunterlagen, Eingangskontrolle, Rückfragen, Mahnungen,
- Verknüpfung von Angaben aus Erhebungen untereinander oder von Angaben aus Erhebungen mit Angaben aus Verwaltungsdateien und dadurch Bereitstellung zusätzlicher statistischer Ergebnisse – u. a. auch über die Unternehmensdemographie – ohne zusätzliche Erhebungen sowie Kontrolle der Auskunftbelastung einer Einheit durch verschiedene Erhebungen und Vermeidung von Mehrfachbefragungen

Voraussetzung für die genannten Einsatzmöglichkeiten ist das Vorhandensein eines inhaltlich vollständigen und mit bestimmten technischen Funktionen ausgestatteten Registers. Ein solches Register gab es in Deutschland zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Registerverordnung nicht. Vielmehr mußte die Vorgehensweise für den Aufbau des Unternehmensregisters, die durch die Registerverordnung nicht vorgeschrieben ist, festgelegt werden. Hierbei war den beiden Tatsachen Rechnung zu tragen, daß einerseits die Einführung neuer statistischer Erhebungen oder die Ausweitung bestehender Frageprogramme unter dem Aspekt der Belastung von Auskunftgebenden kaum realisierbar sind und andererseits in erheblichem Umfang zusätzliche Aufgaben im Bereich der Bundesstatistik bei gleichzeitig abnehmenden Ressourcen erfüllt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist die Nutzung von Verwaltungsdateien von besonderem Interesse, deren Verwendung durch die statistischen Ämter die Registerverordnung nach Maßgabe des nationalen Rechts vorsieht

1.2 Grundsätzliches zur Nutzung von Verwaltungsdateien

Die wichtigste Quelle für die Beschaffung statistischer Angaben im Rahmen der Bundesstatistik sind eigene Erhebungen. Daneben war die Nutzung von Verwaltungsunterlagen schon immer von Bedeutung, so etwa im Bereich der laufenden Bevölkerungsstatistiken und der Steuerstatistiken. Grundsätzlich ist festzustellen, daß die sekundärstatistische Verwendung von Daten für die Bundesstatistik ständig an Bedeutung gewinnt. So soll die Volkszählung 2001 nicht mehr in der herkömmlichen Art, sondern zumindest teilweise melderegistergestützt durchgeführt werden, und auch im Bereich der Wirtschaftsstatistiken gibt es für Aufbau und Führung des Unternehmensregisters keine Alternative zur Nutzung von Verwaltungsdateien. Nur so können auf mittlere Sicht die gegensätzlichen Forderungen nach mehr Informationen über Unternehmen zum einen sowie nach statistischer Entlastung der Auskunftgebenden und nach Rationalisierung im Bereich der Bundesstatistik zum anderen in Einklang gebracht werden.

Die Wirtschaft reagiert auf diese Art der Datenbeschaffung besonders sensibel. Es werden Befürchtungen geäußert,

¹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (Amtsbl. der EG Nr. L 196, S. 1)

²⁾ Zum Konzept für die Umsetzung der Registerverordnung in Deutschland siehe auch Poschl, H. „Das Unternehmensregistersystem 99“ in WiSta 4/1997, S. 215 ff.

³⁾ Die Definitionen der drei Einheitenarten basieren auf der Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 76, S. 1)

⁴⁾ Abschnitte A, B und L der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1), die mit der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 (Amtsbl. der EG Nr. L 293, S. 1) eingeführt wurde. Siehe hierzu auch Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen – Ausgabe 1993“ (WZ 93), Wiesbaden 1994.

⁵⁾ Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Amtsbl. der EG Nr. L 14, S. 1)

⁶⁾ Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EG Nr. L 162, S. 1)

⁷⁾ Siehe hierzu auch Angermann, O./Polte, V./Doll, A. „Überlegungen zur Durchführung der europäischen Verordnungen über die Unternehmensstatistiken in Deutschland“ in WiSta 7/1998, S. 555 ff.

daß dadurch das „gläserne Unternehmen“ entstehen könne. Deshalb muß auf breiter Basis für die wirtschaftsstatistische Nutzung von Verwaltungsdateien Verständnis geschaffen und Vertrauen in die datenschutzrechtliche Unbedenklichkeit dieser Vorgehensweise aufgebaut werden. Gemäß der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983⁸⁾ gilt bei Datenübermittlungen zwischen Verwaltung und Statistik grundsätzlich die „Einbahnstraßengarantie“. Wenn also die Statistik Einzelangaben aus dem Verwaltungsbereich übernehmen darf, ist der Rückfluß in die Verwaltung grundsätzlich untersagt. Unter Berücksichtigung dieser eindeutigen, strengen Regelung ist die Beschaffung statistischer Informationen aus vorhandenen Verwaltungsunterlagen, verglichen mit der direkten Befragung, für den Auskunftgebenden das mildere Mittel.

2 Basis für den Registeraufbau

In der Bundesstatistik existierte, wie bereits erwähnt, zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Registerverordnung kein einheitliches Unternehmensregister über alle Wirtschaftsbereiche hinweg. Es gab jedoch mehrere getrennt geführte, erhebungsbezogene Dateien bzw. Wirtschaftsbereichsregister mit Angaben zur Adresse und zu weiteren Merkmalen von Unternehmen und örtlichen Einheiten. Zur Umsetzung der Registerverordnung wurden deshalb in einem ersten Schritt in den statistischen Ämtern existierende Adreßmaterialien zu einem Registersystem mit der Bezeichnung „Unternehmensregistersystem 95 (URS 95)“ zusammengefaßt.

Entsprechend der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland erfolgten die Führung der bereits existierenden

den Materialien und deren Zusammenfassung in den statistischen Ämtern der Länder, so daß korrekterweise nicht von „dem Unternehmensregister“ gesprochen werden kann, sondern von „den Unternehmensregistern“ – bestehend aus sechzehn Registern, die jeweils die wirtschaftenden Einheiten eines Bundeslandes enthalten, sowie einem „Bundesregister“, das die Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Einheiten als Kopie enthält. Die im folgenden genannten Mengenangaben beziehen sich stets auf das Bundesregister.

Ausgangspunkt des URS 95 war die „Kartei im Produzierenden Gewerbe“ (KiPG). Sie umfaßte die Leitdaten für Erhebungen im Produzierenden Gewerbe, wurde aufgrund von Erkenntnissen aus Erhebungen aktualisiert und konnte bereits mittels eines Datenbanksystems bearbeitet werden. Der Datenbestand der KiPG mit rund 0,6 Mill. Einheiten wurde zunächst um die Daten der Handwerkszählung 1995 mit annähernd 0,6 Mill. Unternehmen ergänzt. Anschließend erfolgte die Verschmelzung mit dem etwa 1,5 Mill. Einheiten umfassenden „Bereichsregister Handel und Gastgewerbe“ (BHG), für das die Handels- und Gaststatenzählung 1993 die Datenbasis bildete. In einem weiteren Schritt wurden Informationen über rund 0,1 Mill. Unternehmen aus der Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe 1996 im URS 95 verarbeitet. Ende 1998 umfaßte das so entstandene URS 95 rund 2,4 Mill. Einheiten mit den in den Spalten 2, 3, 6 und 7 der Tabelle 1 markierten Pflichtmerkmalen nach der Registerverordnung.

Da in den zu integrierenden Datenbeständen teilweise dieselben Einheiten enthalten waren, dies aber während des Integrationsprozesses nicht immer erkannt werden konnte, wurde anschließend damit begonnen, das URS 95 auf Mehrfachaufzeichnungen – auch Dubletten genannt – zu prüfen. Bereinigungen wurden vorgenommen, soweit Dubletten über Name und Anschrift unter Zuhilfenahme einer Software identifiziert wurden.

⁸⁾ BVerfGE 65,1

Tabelle 1: Pflichtmerkmale des Unternehmensregisters gemäß Registerverordnung (RegVO)

Merkmale	für Unternehmen bzw. rechtliche Einheiten ¹⁾				für örtliche Einheiten			
	Laut RegVO gefordert	davon			Laut RegVO gefordert	davon		
		im URS 95 ²⁾ vorhanden		aus Verwaltungsdateien		im URS 95 ²⁾ vorhanden		aus Verwaltungsdateien
		vollständig	teilweise			vollständig	teilweise	
1	2	3	4	5	6	7	8	
Registerkennnummer der Einheit	x	x	–	–	x	x	–	–
Name oder Firma sowie Anschrift	x	x	–	x	x	x	–	x
Rechtsform	x	x	–	x	–	–	–	–
Gebietsschlüssel	–	–	–	–	x	x	–	x
Schlüssel für die Haupttätigkeit	x	x	–	x	x	x	–	x
Schlüssel für Nebentätigkeiten	x ³⁾	–	x	x	–	–	–	–
Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit	x	–	x	x	x	–	x	x
Zeitpunkt der Einstellung der Tätigkeit	x	–	x	x	x	–	x	x
Beschäftigte	x	–	x	x	x	–	x	x
Jahresumsatz	x	–	x	x	–	–	–	–
Beschaffenheit als öffentliches Unternehmen	x	–	–	– ⁴⁾	–	–	–	–
Pflicht zur Veröffentlichung Jahresabschluß	x	–	–	– ⁴⁾	–	–	–	–
Tätigkeit ist Hilfstätigkeit für das Unternehmen	–	–	–	–	x	–	x	– ⁴⁾
Registerkennnummer des Unternehmens	–	–	–	–	x	x	–	– ⁵⁾
Verweis auf Verwaltungsdateien	x	–	–	x	x	–	–	x
Verweis auf INTRASTAT-Register ⁶⁾	x	–	–	– ⁷⁾	–	–	–	–

¹⁾ Deutschland wird in nächster Zeit nicht zwischen den Einheitenarten „Unternehmen“ und „rechtliche Einheit“ entsprechend der Einheitenverordnung differenzieren, sondern die für diese beiden Einheitenarten geforderten Merkmale für das in der Bundesstatistik gebräuchliche Unternehmen definiert als kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- oder steuerrechtlichen Gründen Bucher führt und bilanziert, erfassen – ²⁾ Stand des URS 95 vor Verarbeitung der Verwaltungsdateien – ³⁾ Nur für im Rahmen von Erhebungen befragte Unternehmen gefordert – ⁴⁾ Füllung und Pflege unabhängig von der Nutzung von Verwaltungsdateien vorgesehen – ⁵⁾ Füllung und Pflege unter Zuhilfenahme von Verwaltungsdateien – ⁶⁾ Beinhaltet alle Teilnehmer am innergemeinschaftlichen Handel – ⁷⁾ Füllung und Pflege unter Zuhilfenahme von Identifikationsnummern aus Verwaltungsdateien

Die Aktualisierung des URS 95 erfolgt zum einen aufgrund von Informationen aus laufenden Erhebungen und zum anderen, für Zwecke der Berichtskreispflege, über Gewerbeanzeigenstatistik in den statistischen Ämtern der Länder verarbeitet werden. Als dritte Quelle sollen Verwaltungsdateien zum weiteren Aufbau und zur Aktualisierung des Registers herangezogen werden, um auch für Einheiten, die bisher nicht in die statistische Berichterstattung einbezogen sind – insbesondere Einheiten in bestimmten Dienstleistungsbereichen –, Angaben zu erhalten sowie für alle im Register enthaltenen Einheiten die laut Registerverordnung geforderten Merkmale speichern zu können

3 Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters

3.1 Statistikregistergesetz als rechtliche Grundlage

Die Registerverordnung sieht für den Aufbau und die Aktualisierung des Unternehmensregisters die Verwendung von Daten aus Verwaltungsdateien nach Maßgabe des nationalen Rechts vor. In Deutschland unterliegt die Nutzung von Verwaltungsdaten der Entscheidung des Gesetzgebers. In den statistischen sowie in den die Führung und Verwendung von Verwaltungsdateien regelnden deutschen Rechtsvorschriften gab es bis zum Inkrafttreten der Registerverordnung keine Regelungen, die eine Übermittlung von Einzelangaben aus Verwaltungsdateien an die statistischen Ämter für Zwecke des Unternehmensregisters vorsahen. Deshalb war es erforderlich, eine entsprechende Rechtsvorschrift zu schaffen. Dies geschah mit dem Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke vom 16. Juni 1998⁹⁾, dessen Artikel 1 das Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz – StatRegG) enthält.

Das Statistikregistergesetz sieht die jährliche Übermittlung von Informationen aus den Dateien

- der Finanzbehörden,
- der Bundesanstalt für Arbeit,
- der Industrie- und Handelskammern sowie
- der Handwerkskammern

an die statistischen Ämter vor. Die genannten Dateien wurden aus einer Vielzahl von Verwaltungsdateien ausgewählt, weil sie zu den wichtigsten Pflichtmerkmalen nach der Registerverordnung über alle Wirtschaftsbereiche hinweg Angaben enthalten (siehe Tabelle 1, Spalten 4 und 8). Auch ein vom Bundesministerium für Wirtschaft in Auftrag gegebenes Gutachten zum Thema „Möglichkeiten verstärkter Nutzung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistik und zur Entlastung der Wirtschaft von

statistischen Berichtspflichten“, das vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen (IAW) ausgearbeitet wurde, teilt die Einschätzung, daß die ausgewählten Verwaltungsdateien für die Statistik von besonderer Relevanz sind.¹⁰⁾ Welche Merkmale die dateiführenden Stellen jeweils im einzelnen für Zwecke des Unternehmensregisters übermitteln, kann der Tabelle 2 entnommen werden.

Tabelle 2 Merkmale aus Verwaltungsdateien

Merkmale	Finanzbehörden	Bundesanstalt für Arbeit	Industrie- und Handelskammern	Handwerkskammern
Kennzeichen zur Identifikation einer Einheit ¹⁾	x	x	x	x
Steuernummer	x	–	x	x
Name oder Firma sowie Anschrift	x	x	x	x
Rechtsform	x	–	x	x
Gebietsschlüssel	x	x	x	x
Schlüssel für die Haupttätigkeit	x	x	x	–
Schlüssel für Nebentätigkeiten	–	–	x	–
Gewerbebranche (laut Handwerksordnung)	–	–	–	x
Zeitpunkt der Aufnahme/Aufgabe der Tätigkeit	–	–	x	–
Zeitpunkt der Eintragung/Löschung in der Handwerksrolle oder in dem Verzeichnis der Inhaber handwerksähnlicher Betriebe	–	–	–	x
Eintragungsgrund für Handwerkeinheiten	–	–	–	x
Dauer der Steuerpflicht	x	–	–	–
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	–	x	–	–
Steuerbarer Jahresumsatz (bzw. Jahreseinkünfte)	x	–	–	–
Zugehörigkeit zu einer Organschaft	x	–	–	–
Ort und Nummer der Eintragung in das Handels- oder Genossenschaftsregister	–	–	x	–
Für örtliche Einheiten				
Name oder Firma, Anschrift, Rechtsform des Unternehmens sowie, soweit vorhanden, Kennzeichen zur Identifikation des Unternehmens	–	–	x	–

¹⁾ In den Dateien der Finanzbehörden handelt es sich um die Steuernummer und die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, im Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit um die Betriebsnummer, in den Dateien der Industrie- und Handelskammern um die von den Industrie- und Handelskammern vergebene Mitgliedsnummer und in den Dateien der Handwerkskammern um die von den Handwerkskammern vergebene Mitgliedsnummer.

Das Statistikregistergesetz gestattet außerdem die Übermittlung von Angaben durch weitere als die vorhin genannten Kammern sowie durch Berufsverbände, soweit dies für den Aufbau und die Führung des Unternehmensregisters erforderlich ist, und trägt u. a. auch der „Einbahnstraßen-garantie“ explizit Rechnung, indem es festlegt, daß für sämtliche übermittelten Daten die Regelungen über die statistische Geheimhaltung gelten.

Ferner erhalten die statistischen Ämter durch das Statistikregistergesetz die Möglichkeit, zur Verknüpfung der Angaben aus den Verwaltungsdateien mit dem Registerbestand eine Umfrage durchzuführen. Dies kann erforderlich werden, weil die Angaben zu denselben Einheiten im Rahmen der erstmaligen Verarbeitung der verschiedenen Dateien aufgrund des Fehlens eines allgemein gültigen Kennzeichens zur Identifikation einer Einheit¹¹⁾ überwiegend

¹⁰⁾ Siehe Helbig, J./Engelage, C./Wiegert, R. „Möglichkeiten verstärkter Nutzung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistik und zur Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten – Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie“, Tübingen 1999.

¹¹⁾ Siehe hierzu auch die Fußnote 1 in Tabelle 2. Das allgemein gültige Kennzeichen zur Identifikation einer Einheit wird derzeit auch unter dem Stichwort „einheitliches Unternehmenskennzeichen“ diskutiert.

⁹⁾ BGBl. I S. 1300

anhand von Name und Anschrift zusammengeführt werden müssen und dies zum Beispiel aufgrund der Speicherung verschiedener Anschriftenarten (Sitz- bzw. Versandanschriften) oft nicht zum Erfolg führt. In diesem Fall sollen die betroffenen Einheiten nach ihren Kennzeichen zur Identifikation in den verschiedenen Verwaltungsdateien gefragt werden, so daß mit deren Hilfe eine Zusammenführung möglich wird und das Unternehmensregister um Dubletten bereinigt werden kann. Auch die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung und der Zusammenhang zwischen Einheiten dürfen in Zweifelsfällen überprüft werden.

Neben der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung von Verwaltungsdateien für Registerzwecke durch Verabschiedung des Statistikregistergesetzes war es erforderlich, ein methodisch-technisches Konzept für die Verarbeitung der Verwaltungsdateien im Unternehmensregister zu entwickeln, bevor mit der eigentlichen Verarbeitung begonnen werden konnte.

3.2 Konzept für die Verarbeitung der Verwaltungsdateien

Im Rahmen der Entwicklung eines Konzeptes für die Verarbeitung der Verwaltungsdateien im Unternehmensregister war zunächst festzulegen, in welcher Reihenfolge die externen Informationen in das Register aufgenommen werden. Ziel war dabei, gegen Anfang des Jahres 2000 über ein Register verfügen zu können, das Einheiten sämtlicher Wirtschaftsbereiche mit Angaben zum Jahresumsatz und zur Zahl der Beschäftigten enthält.

In den Umsatzsteuerdateien der Finanzbehörden sind die Jahresumsätze umsatzsteuerpflichtiger Unternehmen enthalten, die über einen Jahresumsatz von mindestens 32.500 DM verfügen. Nach Aufnahme dieser Daten für rund 2,8 Mill. Umsatzsteuerpflichtige in das URS 95 ist ein Großteil der wirtschaftlich relevanten Unternehmen mit Angaben zum obligatorischen Merkmal „Jahresumsatz“ im Register enthalten.¹²⁾ Aus diesem Grund wurde entschieden, den Aufbau des Unternehmensregisters durch Verwaltungsdateien mit der Verarbeitung der Umsatzsteuerdateien zu beginnen.

Um auch Angaben zur Zahl der Beschäftigten zu erhalten, wird anschließend das Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit in das URS 95 aufgenommen. Nur diesem Material können Informationen zum Pflichtmerkmal „Beschäftigte“ entnommen werden. Enthalten sind rund 2 Mill. örtliche Einheiten mit Angaben zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu einem bestimmten Stichtag.¹³⁾ Die Zugehörigkeit der örtlichen Einheiten zu ihren jeweiligen Unternehmen ist nicht verzeichnet. Auch sind nur örtliche Einheiten mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfaßt.

Nach Aufnahme der Umsatzsteuerdateien und des Datenmaterials der Bundesanstalt für Arbeit in das URS 95 wird

das angestrebte Ziel, auf ein Register zurückgreifen zu können, das Einheiten sämtlicher Wirtschaftsbereiche mit Angaben zum Jahresumsatz und zur Zahl der Beschäftigten enthält, erreicht sein. Da aber im Rahmen der Verarbeitung der externen Quellen, wie bereits erwähnt, nicht alle identischen Einheiten anhand von Name und Anschrift als identisch erkannt und nicht alle örtlichen Einheiten aus dem Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit ihren Unternehmen zugeordnet werden können, müssen vorübergehend Einschränkungen hinsichtlich der Qualität des Unternehmensregisters hingenommen werden. Zur Verbesserung der Qualität des Registers ist nach Verarbeitung der beiden o. g. Datenmaterialien, wie vom Statistikregistergesetz vorgesehen, eine Befragung der nicht eindeutig zuordenbaren Einheiten nach deren Kennzeichen zur Identifikation in den verschiedenen Verwaltungsdateien sowie gegebenenfalls nach ihrer Zugehörigkeit zu anderen Einheiten geplant.¹⁴⁾

Als eine weitere Maßnahme zur Qualitätssteigerung ist beabsichtigt, nach Abschluß der Umfrage Informationen aus den Dateien der Industrie- und Handelskammern in das URS 95 aufzunehmen. Diese Dateien enthalten Daten zu Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammern. Pflichtmitglieder sind alle kommerziellen Unternehmen. Für die selbständig tätigen Angehörigen der freien Berufe (z. B. Ärzte, Steuerberater oder Architekten) ist eine Mitgliedschaft nicht vorgeschrieben. Insgesamt umfassen die Dateien der Industrie- und Handelskammern Angaben für etwa 3,5 Mill. Unternehmen und örtliche Einheiten.¹⁵⁾ Auch Informationen über die Zugehörigkeit von örtlichen Einheiten zu ihren Unternehmen werden erfaßt. Für Zwecke des Unternehmensregisters sollen den Dateien vor allem Daten zu wirtschaftenden Einheiten, die nicht umsatzsteuerpflichtig sind und keine Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigen, sowie Informationen über den Zusammenhang zwischen Einheiten entnommen werden. Außerdem ist geplant, das Register durch Angaben der Industrie- und Handelskammern bezüglich bestimmter Merkmale zu vervollständigen, so etwa um verlässliche Daten zum Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit einer Einheit.¹⁶⁾

Die Dateien der Handwerkskammern sind zum Aufbau des Unternehmensregisters entsprechend der Registerverordnung nicht erforderlich. Sie enthalten aber für rund 0,6 Mill. Unternehmen das Kennzeichen „Eintragung in die Handwerksrolle“.¹⁷⁾ Dieses Merkmal ist die rechtliche Voraussetzung für die Einbeziehung eines Unternehmens in Erhebungen für den Bereich des Handwerks. Die Spei-

¹²⁾ Die Mengenangabe bezieht sich auf das Steuerjahr 1997. Zu weiteren in den Umsatzsteuerdateien enthaltenen Merkmalen siehe die Spalte „Finanzbehörden“ in Tabelle 2.

¹³⁾ Die Mengenangabe bezieht sich auf den Stichtag 30. Juni 1998. Zu weiteren im Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit enthaltenen Merkmalen siehe die Spalte „Bundesanstalt für Arbeit“ in Tabelle 2.

¹⁴⁾ Das Niedersächsische Landesamt für Statistik hat aus landesinternen Gründen bereits im Rahmen der Verarbeitung der Umsatzsteuerdateien und damit vor der erstmaligen Verarbeitung des Datenmaterials der Bundesanstalt für Arbeit eine Umfrage durchgeführt. Siehe hierzu auch Volkmann, S./Zufall, G.: „Erster Schritt zum Aufbau eines umfassenden Unternehmensregisters“ in Statistische Monatshefte Niedersachsen 7/99, S. 415 ff.

¹⁵⁾ Die Mengenangabe bezieht sich auf den Stichtag 1. Januar 1999. Siehe auch Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.): „Kammerzugehörige Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland – Stand 01.01.1999“, Dortmund 1999.

¹⁶⁾ Zu weiteren von den Industrie- und Handelskammern an die statistischen Ämter zu übermittelnden Merkmalen siehe die Spalte „Industrie- und Handelskammern“ in Tabelle 2.

¹⁷⁾ Die Mengenangabe stammt aus der Handwerkszahlung (HWZ) 1995. Siehe hierzu Veldhues, B.: „Ausgewählte Ergebnisse der Handwerkszahlung vom 31. März 1995“ in WiSta 8/1996, S. 487 ff. Zu weiteren von den Handwerkskammern an die statistischen Ämter zu übermittelnden Merkmalen siehe die Spalte „Handwerkskammern“ in Tabelle 2.

cherung und Pflege des Kennzeichens im URS 95 soll im Anschluß an die erstmalige Verarbeitung der Dateien der Industrie- und Handelskammern erfolgen. Dadurch ist in Zukunft die Möglichkeit gegeben, Erhebungen im Bereich des Handwerks verstärkt über das Register zu steuern oder gar zum Teil zu ersetzen. Sofern die Merkmale „Jahresumsatz“ und „Beschäftigte“ den Informationsbedarf befriedigen, kann beispielsweise daran gedacht werden, zukünftige Handwerkszählungen – zuletzt 1995 bei 600 000 Handwerksunternehmen durchgeführt – durch eine Registerauswertung zu ersetzen.

Um auch für Unternehmen, die nicht in den Umsatzsteuerdateien enthalten sind, weil sie nicht der Umsatzsteuer unterliegen bzw. nahezu ausschließlich steuerfreie Umsät-

ze tätigen (z. B. Ärzte ohne eigenes Labor, Versicherungsvertreter), Angaben zur Unternehmensgröße zu erhalten, sollen den Einkommen- oder Körperschaftsteuerdateien der Finanzbehörden als Ersatz für das Merkmal „Jahresumsatz“ die Einkünfte aus Gewerbebetrieb bzw. aus selbständiger Arbeit der betroffenen Unternehmen entnommen werden. Mit der Verarbeitung dieser Informationen im URS 95 kann frühestens gegen Ende des Jahres 2001 begonnen werden, da die erstmalige Lieferung von Angaben aus den Einkommen- und Körperschaftsteuerdateien für das Berichtsjahr 1998 an die statistischen Ämter für Registerzwecke voraussichtlich erst im vierten Quartal des Jahres 2001 erfolgen wird.

Dem Schaubild 1 kann entnommen werden, daß der Aufbau des Unternehmensregisters mit Hilfe von Verwaltungsdateien nach der Aufnahme von Daten aus den Einkommen- und Körperschaftsteuerdateien abgeschlossen ist. Von diesem Zeitpunkt an wird die Bundesstatistik auf ein Instrument zurückgreifen können, das umfassende Informationen zu Unternehmen und örtlichen Einheiten enthält.

Neben der Entscheidung, in welcher Reihenfolge die Verwaltungsdateien in das URS 95 aufgenommen werden, galt es im Rahmen der konzeptionellen Arbeiten auch festzulegen, wie dies im einzelnen geschehen soll. Der Ablauf für die Verarbeitung einer Verwaltungsdatei im Unternehmensregister ist im Schaubild 2 stark vereinfacht dargestellt.

Schaubild 1

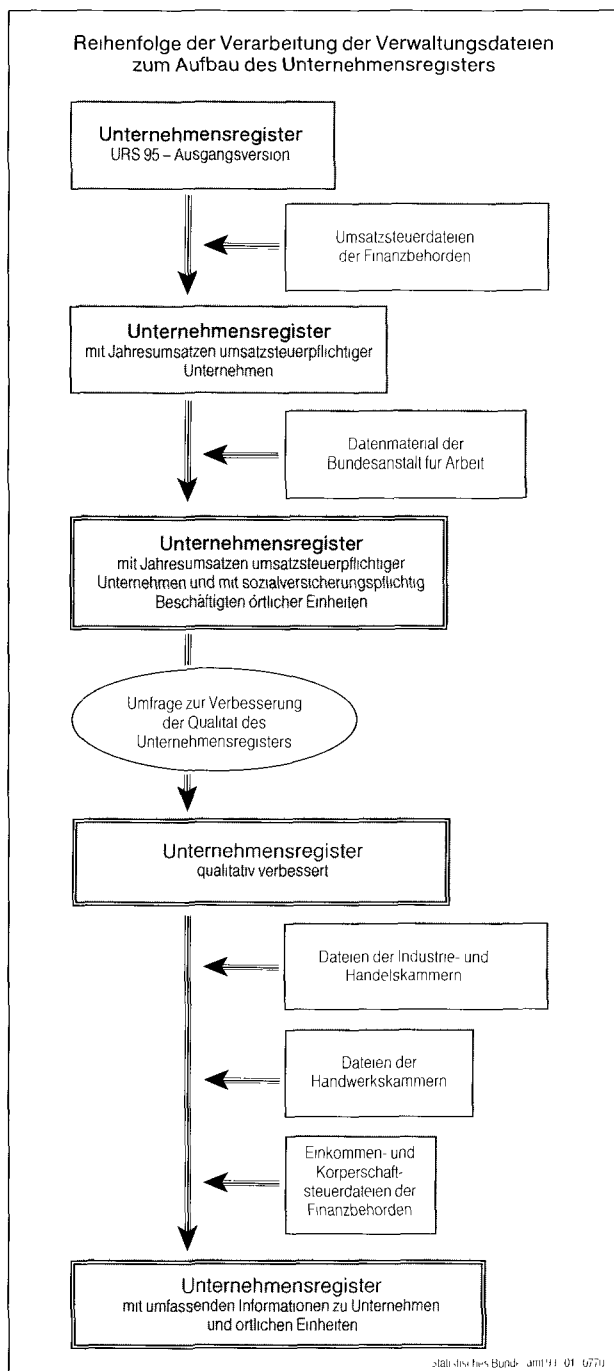
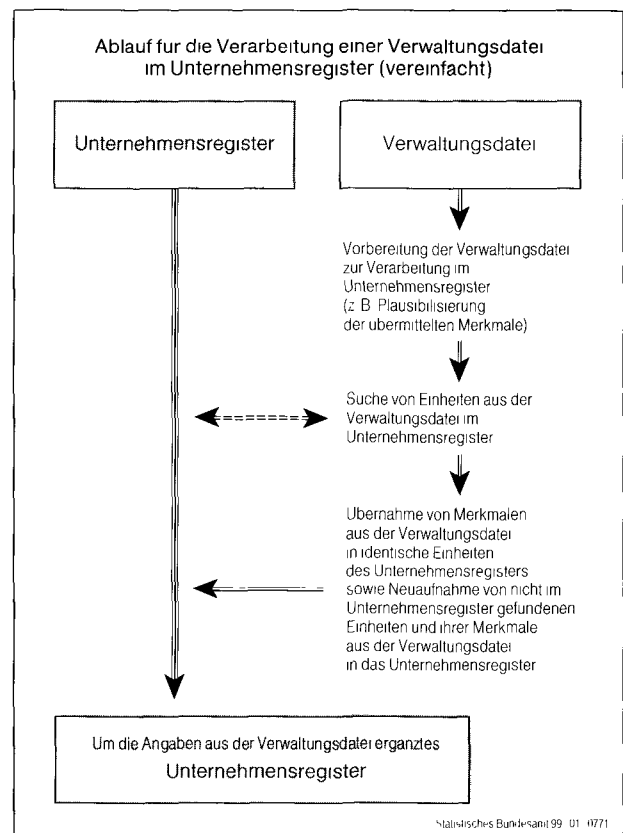


Schaubild 2



In der Praxis gestaltet sich die Verarbeitung einer Verwaltungsdatei weitaus komplexer als im Schaubild angedeutet. Sie erfordert eine Vielzahl von Arbeitsschritten, die

aufgrund der zu bewältigenden Datenmengen weitestgehend maschinell und aufgrund der Vielschichtigkeit der dabei zu berücksichtigenden Sachverhalte fachlich durch Arbeitsanleitungen unterstützt werden. Sämtliche fachlichen Vorgaben, insbesondere auch diejenigen für die Erstellung von Datenverarbeitungsprogrammen (DV-Programmen), werden vom Statistischen Bundesamt in Abstimmung mit den statistischen Ämtern der Länder erarbeitet. Die Programmierung erfolgt in dem statistischen Amt, das sich im Rahmen eines Programmierverbundes zur Erledigung dieser Aufgabe bereit erklärt. Die arbeitsaufwendige Durchführung der Aufnahme einer Verwaltungsdatei in das Register obliegt den statistischen Ämtern der Länder.

Die fachlichen Vorgaben und das DV-Programm für die Verarbeitung der ersten Verwaltungsdatei sind bereits fertiggestellt. Nachdem auch das URS 95 durch Ergänzung des Datensatzes um weitere Merkmale, durch Erweiterung der Plausibilitätsprüfungen sowie durch Anpassung der Bildschirmmasken technisch für die Aufnahme der Verwaltungsdateien gerüstet war, konnte mit der Verarbeitung der ersten Verwaltungsdatei – den Umsatzsteuerdateien der Finanzbehörden – begonnen werden.

3.3 Verarbeitung der Umsatzsteuerdateien der Finanzbehörden

Die Finanzbehörden übermitteln die Umsatzsteuerdateien jährlich an die statistischen Ämter der Länder. Die Lieferung erfolgt auf der Grundlage des Gesetzes über die Steuerstatistiken¹⁸⁾ und des Statistikregistergesetzes in gebündelter Form, das heißt sie enthält sowohl Angaben für die Umsatzsteuerstatistik als auch für das Unternehmensregister. Als das Statistikregistergesetz Mitte 1998 verabschiedet wurde, war die Datenermittlung der Finanzbehörden für die Umsatzsteuerstatistik 1997 bereits ohne den für das Unternehmensregister erforderlichen Adreßteil erfolgt. Die Finanzbehörden erklärten sich jedoch zu einer erneuten Lieferung der Umsatzsteuerdateien 1997 einschließlich Adreßteil bereit.

In den Umsatzsteuerdateien sind Angaben zu allen Steuerpflichtigen enthalten, die im jeweiligen Berichtsjahr monatlich oder vierteljährlich Umsatzsteuer-Voranmeldungen in der Bundesrepublik Deutschland abgegeben haben. Dabei gilt als Steuerpflichtiger bzw. Unternehmer (natürliche oder juristische Person) im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 1993 (UStG)¹⁹⁾, wer eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausübt. Diese Abgrenzung entspricht in den meisten Fällen der für die Bundesstatistik derzeit maßgebenden Abgrenzung der Einheit „Unternehmen“, definiert als kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- oder steuerrechtlichen Gründen Bucher führt und bilanziert. Es gibt jedoch Ausnahmen. So werden juristische Personen, die im Sinne der Bundesstatistik

eigenständige Unternehmen darstellen, umsatzsteuerrechtlich nicht als eigenständige Unternehmen betrachtet, wenn sie als Organgesellschaften einer sogenannten Organschaft zugeordnet werden. Eine solche Zuordnung erfolgt, wenn juristische Personen nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in das Unternehmen des sogenannten Organträgers eingegliedert sind²⁰⁾. Steuerrechtlich bildet die Organschaft insgesamt ein einziges Unternehmen, bestehend aus Organträger und Organgesellschaften. Angaben zu Organgesellschaften sind demnach nicht in den Umsatzsteuerdateien enthalten. Der steuerbare Umsatz dieser Einheiten wird bei dem zugehörigen Organträger mit ausgewiesen. Steuerbar sind auch nur die Außenumsätze einer Organschaft und nicht die zwischen Organgesellschaften und Organträger getätigten Innenumsätze. In der Umsatzsteuerstatistik für das Berichtsjahr 1997 wurden 10 121 Organschaften mit einem Anteil von rund 20% am gesamten steuerbaren Umsatz nachgewiesen²¹⁾.

Neben den Organgesellschaften sind auch Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 32 500 DM nicht in den Umsatzsteuerdateien enthalten. Nicht erfaßt werden ferner Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze tätigen (z. B. Ärzte ohne eigenes Labor, Versicherungsvertreter).

Ein Vergleich der steuerpflichtigen Unternehmen der Umsatzsteuerdateien 1997 mit den im URS 95 gespeicherten Unternehmen anhand des Schaubildes 3 auf der folgenden Seite zeigt deutlich die Lücken im statistischen Erhebungsbereich. So werden durch Aufnahme der Umsatzsteuerdateien in das URS 95 insbesondere Informationen über Unternehmen hinzugewonnen, die in den zum Dienstleistungsbereich gehörenden Wirtschaftsabschnitten I, K und O der WZ 93 tätig sind. Im Produzierenden Gewerbe (Wirtschaftsabschnitte C, D, E und F der WZ 93) weicht die Zahl der in den beiden Datenquellen gespeicherten Einheiten vergleichsweise nur geringfügig voneinander ab, da das URS 95 in diesen Wirtschaftsabschnitten regelmäßig aufgrund statistischer Erhebungen aktualisiert wird. Hauptursache für den deutlich höheren Unternehmensregisterbestand im Bereich „Handel“ (Wirtschaftsabschnitt G der WZ 93) dürfte sein, daß in diesem Wirtschaftsbereich seit der Handels- und Gaststättenzählung 1993 zwar zum Teil neu entstandene Einheiten in das Register aufgenommen, stillgelegte Einheiten aber aufgrund mangelnder personeller Kapazitäten nicht als „stillgelegt“ gekennzeichnet wurden. Bei der Interpretation des Schaubildes 3 sollte zudem bedacht werden, daß neben der beschriebenen unterschiedlichen Einheitenabgrenzung unterschiedliche Zeitstände miteinander verglichen werden. Ferner ist davon auszugehen, daß die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung eines Unternehmens in den Steuerdateien nicht immer mit der aufgrund von statistischen Befragungen erfolgten Feststellung nach dem Schwerpunktprinzip über-

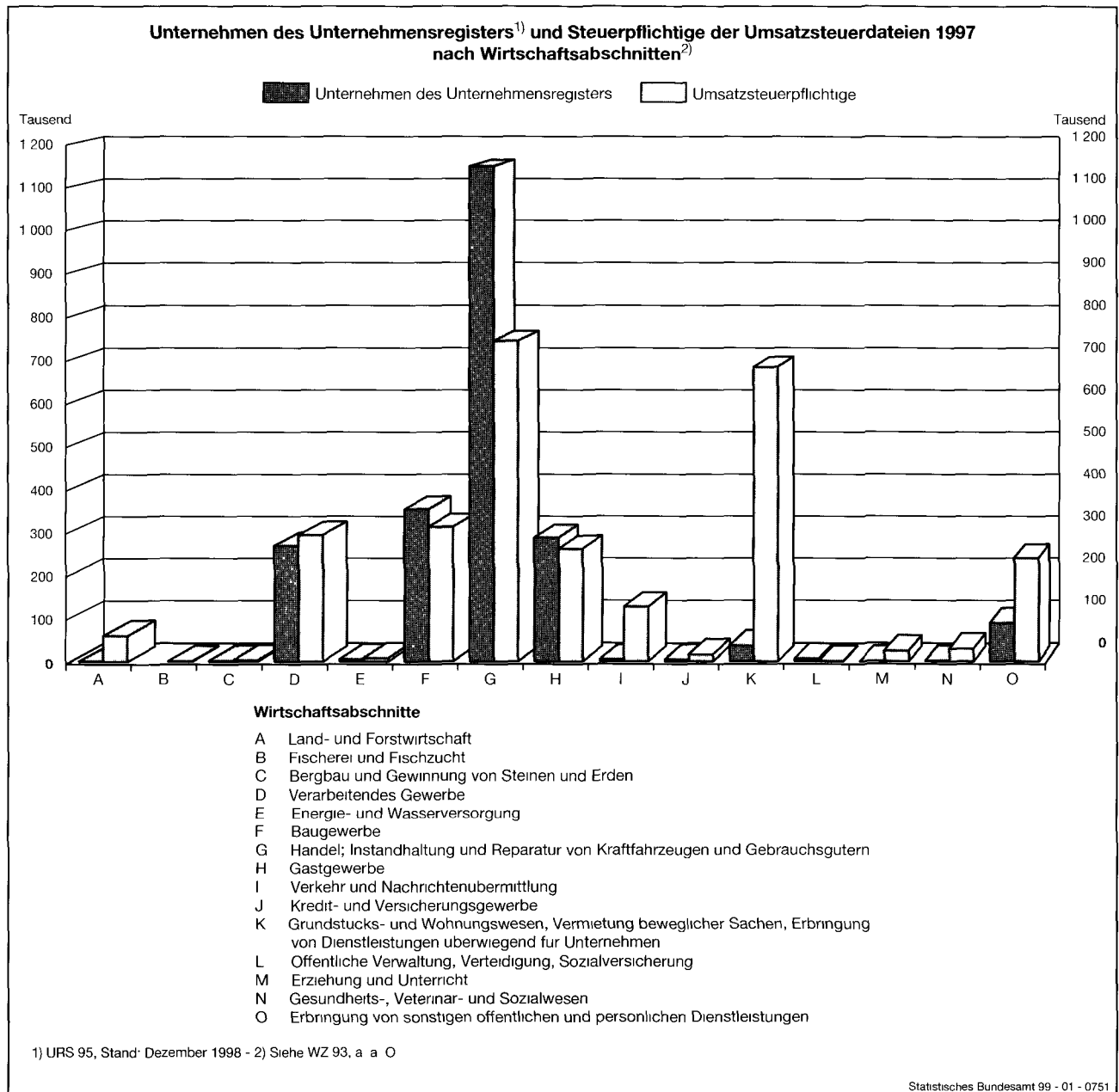
¹⁸⁾ In der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250), geändert durch Artikel 24 des Gesetzes zur Änderung des Jahressteuergesetzes 1996 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1959).

¹⁹⁾ In der Fassung der Bekanntmachung vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 565, 1160), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 12. Dezember 1996, BGBl. I S. 1851.

²⁰⁾ Siehe § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG, a a O.

²¹⁾ Siehe Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 8 „Umsatzsteuer 1997“, Wiesbaden 1999.

Schaubild 3



einstimmt. Außerdem werden im URS 95 zumindest für Einheiten des Produzierenden Gewerbes die Wirtschaftszweige laufend aufgrund von Erhebungen aktualisiert, während die Finanzbehörden eine einmal getroffene wirtschaftszweigsystematische Zuordnung in der Regel nicht mehr ändern

Die Aufnahme der Umsatzsteuerdateien 1997 in das URS 95 findet zur Zeit in den statistischen Ämtern der Länder statt. Wie bereits erwähnt, gliedert sich die Verarbeitung in eine Vielzahl von Schritten, die hier nur grob dargestellt werden können. Eine erste Phase umfaßt die Vorbereitung der Umsatzsteuerdateien zur Verarbeitung im URS 95. Hierzu werden die Umsatzsteuerdateien in ein registerkompatibles Format umgeformt und auf Plausibilität geprüft. Durch die Plausibilisierung soll sichergestellt werden, daß keine fehlerhaften Daten in das URS 95 übernommen werden. Die Bereinigung der Adressen von Feh-

lern (z. B. ungültige Postleitzahl, fehlende Straßenangaben) soll ferner die Trefferquote im Rahmen der Suche von Einheiten aus den Umsatzsteuerdateien im URS 95 erhöhen

Um die nochmalige Aufnahme von bereits im URS 95 vorhandenen Einheiten zu vermeiden, werden in einer zweiten Phase die beiden Datenbestände auf das Vorhandensein identischer Einheiten geprüft. Im Rahmen der erstmaligen Verarbeitung der Umsatzsteuerdateien kann dies ausschließlich über Angaben zur Adresse einer Einheit und nicht über ein in beiden Datenbeständen gespeichertes Kennzeichen zur Identifikation geschehen. Aufgrund der zu bearbeitenden Datenmengen erfolgt der Adreßvergleich unter Zuhilfenahme einer Software, welche die Ähnlichkeit von Adressen bewertet und als Ergebnis sogenannte Dublettengruppen erzeugt. Eine Dublettengruppe enthält eine Einheit aus den Umsatzsteuerdateien und eine oder mehrere Register-Einheiten, deren Adressen weitgehend

mit der Adresse der Einheit aus den Umsatzsteuerdateien übereinstimmen

In einem daran anschließenden Dialogverfahren ist durch einen Bearbeiter für jede Dublettengruppe zu entscheiden, ob eine identische Einheit vorliegt und ob gegebenenfalls neben den steuerspezifischen Merkmalen, wie zum Beispiel dem steuerbaren Umsatz oder der Steuernummer, weitere Merkmale aus den Umsatzsteuerdateien, wie zum Beispiel die Rechtsform oder bestimmte Anschriftenteile, in die identische Einheit des URS 95 übernommen werden sollen. Wird für eine Einheit aus den Umsatzsteuerdateien keine identische Registereinheit gefunden, wird die Einheit aus den Umsatzsteuerdateien mit allen übermittelten Merkmalen neu in das URS 95 aufgenommen.

Da die eingesetzte Software lediglich eine Entscheidungshilfe für die Zuordnung von Einheiten anbietet, gestaltet sich der beschriebene Adreßvergleich ausgesprochen arbeitsintensiv. Erste Analysen haben außerdem ergeben, daß im Adreßmaterial der Finanzbehörden recht häufig Versandanschriften, also Wohnsitzanschriften des Inhabers eines Unternehmens oder Anschriften von Bevollmächtigten (Steuerberater oder ähnliches), enthalten sind. Dies führt dazu, daß die Software identische Einheiten nicht als solche erkennt, wenn im URS 95 die Adresse für den Sitz des entsprechenden Unternehmens gespeichert ist. Auch der Vergleich von Anschriften, die gegebenenfalls zu unterschiedlichen Zeitpunkten gültig waren, hat sich als nicht unproblematisch herausgestellt. Selbst bei Durchführung intensiver Nachforschungen zur Feststellung der Identität von Einheiten wird deshalb die Aufnahme von Dubletten in das URS 95 im Rahmen der Verarbeitung der Umsatzsteuerdateien 1997 nicht vermieden werden können.

Definitive Aussagen über die Erfahrungen bei der Verarbeitung der Umsatzsteuerdateien werden erst nach Abschluß der Aufnahme dieser Daten und einer eingehenden Analyse getroffen werden können. Die Klärung von Zweifelsfällen zur Verbesserung der Qualität des Registers wird im Rahmen der bereits erwähnten Umfrage erfolgen, dies aber erst nach Verarbeitung des Datenmaterials der Bundesanstalt für Arbeit.

3.4 Verarbeitung des Datenmaterials der Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesanstalt für Arbeit übermittelte Mitte 1999 erstmals Datenmaterial für Zwecke des Unternehmensregisters an das Statistische Bundesamt. In diesem Datenmaterial sind Angaben zu örtlichen Einheiten enthalten, die am 30. Juni 1998 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten²²⁾.

Die Abgrenzung der örtlichen Einheiten – von der Bundesanstalt für Arbeit als „Betriebe“ bezeichnet – entspricht in

den meisten Fällen derjenigen, die entsprechend der Einheitenverordnung für das Unternehmensregister vorgeschrieben ist. Nach der Einheitenverordnung ist die örtliche Einheit ein an einem räumlich festgestellten Ort gelegenes Unternehmen oder Teil eines Unternehmens (z. B. Werkstätte, Werk, Verkaufsladen, Büro, Grube, Lagerhaus). An diesem Ort oder von diesem Ort aus werden Wirtschaftstätigkeiten ausgeübt, für die – mit Ausnahmen – eine oder mehrere Personen (unter Umständen auch zeitweise) im Auftrag ein und desselben Unternehmens arbeiten. Während also das Unternehmen in der Bundesstatistik juristisch definiert wird, bestimmt sich die örtliche Einheit nach dem Kriterium der räumlichen Abgrenzung. Auch die Bundesanstalt für Arbeit wendet das Kriterium der räumlichen Abgrenzung mit einer Ausnahme an: Örtliche Einheiten desselben Unternehmens in einer Gemeinde mit Zugehörigkeit zum selben Wirtschaftszweig werden in der Regel zu einer Einheit – dem sogenannten Masterbetrieb – zusammengefaßt. Angaben für örtliche Einheiten, die zu einem Masterbetrieb gehören, sind demnach nicht im Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit enthalten. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dieser Einheiten werden bei dem zugehörigen Masterbetrieb mit ausgewiesen.

Nicht erfaßt werden ferner örtliche Einheiten ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Daten zu selbständig tätigen Gewerbetreibenden oder selbständig tätigen Angehörigen der freien Berufe mit ausschließlich unentgeltlich mithelfenden Familienangehörigen oder geringfügig Beschäftigten²³⁾ umfaßt die Lieferung der Bundesanstalt für Arbeit deshalb beispielsweise nicht. Enthalten sind aber die örtlichen Einheiten von Organgesellschaften, die Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigen. Das dürfte für nahezu alle Organgesellschaften zutreffen. Damit erhalten die statistischen Ämter zumindest eine Information über die Existenz dieser Organgesellschaften.

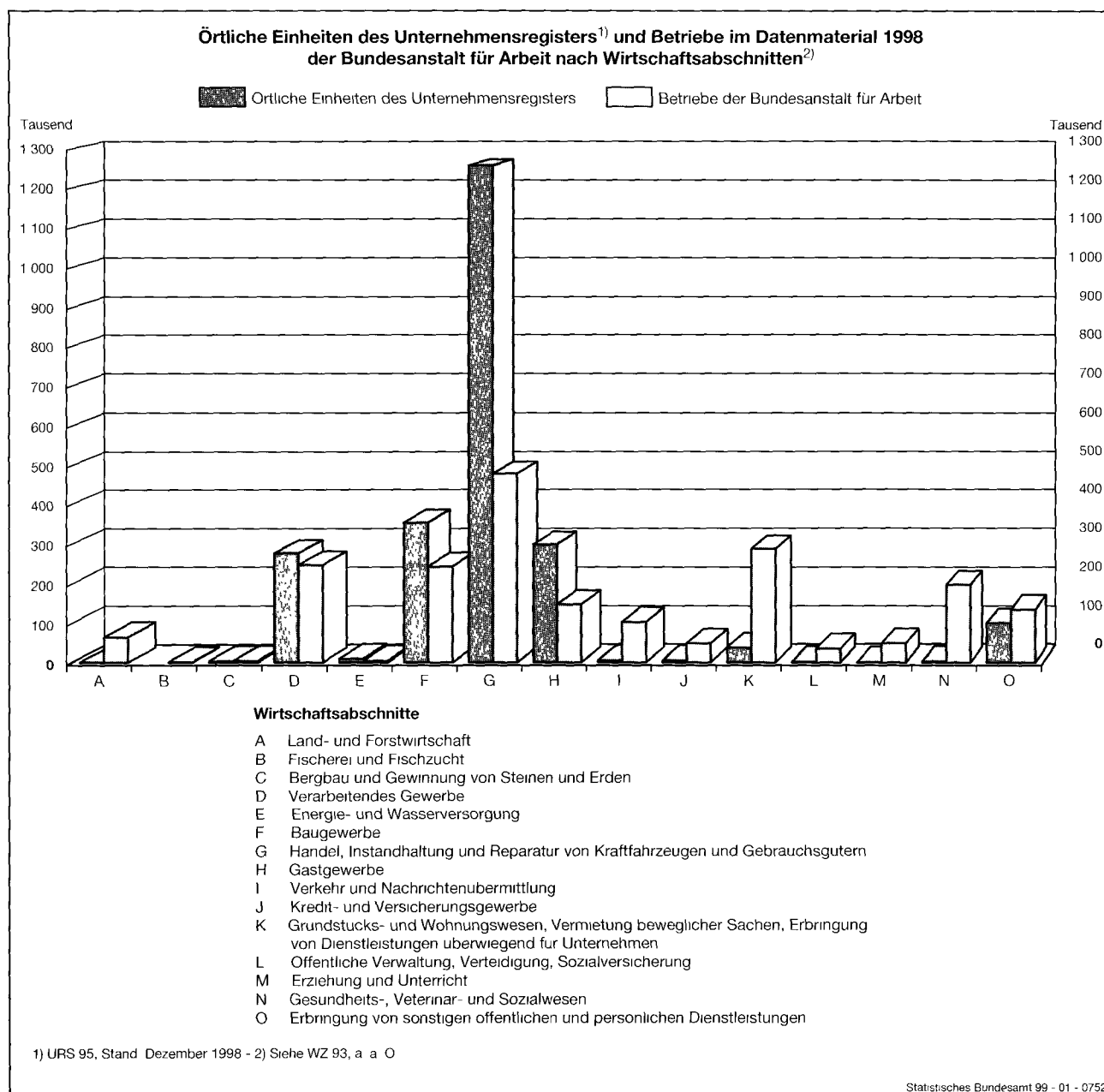
Vergleicht man die Betriebe im Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit für das Berichtsjahr 1998 mit den im URS 95 gespeicherten örtlichen Einheiten anhand des Schaubildes 4, so werden erneut die Lücken in der statistischen Erfassung bestimmter Dienstleistungsbereiche sichtbar (Wirtschaftsabschnitte I – K, M – O der WZ 93). Eine Ursache für den deutlich höheren Unternehmensregisterbestand im Bereich „Handel“ (Wirtschaftsabschnitt G der WZ 93) dürfte wiederum sein, daß zwar teilweise neu entstandene Einheiten dieses Bereichs in das Register aufgenommen, stillgelegte Einheiten aber nicht als „stillgelegt“ gekennzeichnet werden konnten. Daneben ist aber beispielsweise auch davon auszugehen, daß gerade im Bereich „Handel“ das Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit zahlreiche Masterbetriebe enthält (z. B. die Verkaufsfilialen von Handelsketten) und damit die Zahl der tatsächlich existierenden örtlichen Einheiten höher ist als im Material der Bundesanstalt für Arbeit ausgewiesen.

Die Aufnahme des Datenmaterials 1998 der Bundesanstalt für Arbeit in das URS 95 wird entsprechend dem bereits

²²⁾ Die zukünftigen Datenlieferungen der Bundesanstalt für Arbeit werden Einheiten umfassen, die am Stichtag 31. Dezember Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigen. Auch für den Stichtag 31. Dezember 1998 wird eine entsprechende Nachlieferung erfolgen. Die Vorübermittlung für den Stichtag 30. Juni 1998 wurde von den statistischen Ämtern gewünscht, um frühzeitig Testmaterial zur Verfügung zu haben und termingerecht mit den aufwendigen Adreßvergleichsarbeiten beginnen zu können.

²³⁾ Gilt nur für das Berichtsjahr 1998.

Schaubild 4



fertiggestellten Fachkonzept und dem zur Zeit erstellten DV-Programm in ähnlicher Weise erfolgen wie die Aufnahme der Umsatzsteuerdateien 1997, allerdings in ein um die Daten aus den Umsatzsteuerdateien erweitertes URS 95. Anschließend werden im URS 95 Einheiten sämtlicher Wirtschaftsbereiche mit Angaben zum Umsatz und zur Zahl der Beschäftigten – wenn auch nur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und nicht sämtlicher tätigen Personen – enthalten sein. Damit wird der Aufbau des Unternehmensregisters unter Nutzung von Verwaltungsdateien eine wichtige Etappe erreicht haben. Qualitätseinschränkungen aufgrund von im Register enthaltenen Dubletten sowie aufgrund ungeklärter Zusammenhänge zwischen örtlichen Einheiten und ihren Unternehmen bzw. zwischen Organgesellschaften und ihren Organträgern gilt es im Rahmen der anschließend vorgesehenen Umfrage soweit wie möglich zu beseitigen

4 Schlußbetrachtung

Der Aufbau eines umfassenden Unternehmensregisters geht mit großen Schritten voran. Er erfolgt unter Nutzung bestimmter, durch das Statistikregistergesetz genau festgelegter Informationen, die in Verwaltungsdateien vorhanden sind.

Damit brechen für die Bundesstatistik modernere Zeiten an. Sie kann die Wirtschaft mittelfristig trotz der Forderung nach mehr Informationen über Unternehmen voraussichtlich von statistischen Berichtspflichten entlasten sowie ihre Arbeit durch den Fortfall von Erhebungsaufwand und das Vorhandensein eines Instruments zur effizienten Erhebungsunterstützung rationalisieren. Sofern die im Unternehmensregister enthaltenen Daten den Informationsbedarf befriedigen, können beispielsweise zukünftige

Großzählungen im Bereich „Handwerk“ entfallen. Auch kann bei laufenden Erhebungen daran gedacht werden, auf die Erfassung von Angaben, die durch die jährliche Lieferung der Verwaltungsdateien gewonnen werden, zu verzichten. Ferner bietet das Unternehmensregister eine optimale Auswahlgrundlage für Stichprobenerhebungen und ermöglicht so einerseits die Reduktion von Berichtskreisumfängen und andererseits durch regelmäßige Rotation der einbezogenen Einheiten eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten.

Die Verarbeitung der ersten Verwaltungsdateien hat jedoch auch gezeigt, daß die Nutzung dieser Dateien für Zwecke des Unternehmensregisters mit Schwierigkeiten verbunden ist. Die in den externen Quellen enthaltenen Einheitenarten entsprechen – zum Beispiel aufgrund der Existenz von Organschaften oder von Masterbetrieben – nicht immer der für das Unternehmensregister benötigten Abgrenzung. Und auch die Definitionen der für die Verwaltungseinheiten geführten Merkmale und deren Aktualisierung werden nach verwaltungsinternen und nicht nach statistischen Belangen festgelegt. So besteht beispielsweise keine Kongruenz zwischen dem in der Bundesstatistik verwendeten Merkmal „tätige Personen“ und dem von der Bundesanstalt für Arbeit übermittelten Merkmal „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“. Außerdem weichen die Angaben zur Adresse einer Einheit in den verschiedenen Datenmaterialien voneinander ab, wenn in einem Material eine Versandanschrift und im anderen die Anschrift für den Sitz der Einheit gespeichert ist oder die Angaben zu unterschiedlichen Zeitpunkten gültig waren. Gerade die Adreßangaben sind aber für die erstmalige Verarbeitung der Umsatzsteuerdateien und des Datenmaterials der Bundesanstalt für Arbeit im Unternehmensregister von entscheidender Bedeutung. Identische Einheiten können wegen des Fehlens eines allgemein gültigen Kennzeichens zur Identifikation einer Einheit ausschließlich anhand von Name und Anschrift zusammengeführt werden. Dies ist zum einen ausgesprochen aufwendig und führt zum anderen bei Vorliegen stark voneinander abweichender Adreßangaben nicht zum Erfolg und damit zur Aufnahme von Dubletten in das Unternehmensregister. Erst nach Speicherung der in den verschiedenen Verwaltungsdateien enthaltenen Kennzeichen zur Identifikation einer Einheit – zum Beispiel der Steuernummer und der Betriebsnummer der Bundesanstalt für Arbeit – im Register wird die jährliche Verknüpfung der externen Quellen mit dem Register vereinfacht werden, weil sie dann für einen Großteil von Einheiten über eine in den jeweils zu vergleichenden Quellen vorhandene Nummer erfolgen kann.

Aufgrund der beschriebenen Schwierigkeiten ist nach Aufnahme der Umsatzsteuerdateien der Finanzbehörden und des Datenmaterials der Bundesanstalt für Arbeit eine Umfrage zur Verbesserung der Qualität des Unternehmensregisters – insbesondere zu seiner Bereinigung um Dubletten – erforderlich. Auch von der im Anschluß an die Umfrage vorgesehenen Verarbeitung weiterer Verwaltungsdateien, wie zum Beispiel der Dateien der Industrie- und Handelskammern, wird erwartet, daß sie zur Steigerung der Qualität des Registers beiträgt.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, daß die Verwendung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters ein Schritt in die richtige Richtung ist, auch wenn es noch großer Anstrengungen bedarf, bis der Nutzen vollständig zum Tragen kommt.

Dipl.-Volkswirtin Susanne Hagenkort

Größe, Belegung und Altersstruktur der Eigentümer- und Mietwohneinheiten

Ergebnisse der Mikrozensus- Zusatzerhebung 1998

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag knüpft an die vergleichende Darstellung über den Bestand an Wohneinheiten, ihre Verteilung auf Gebäudearten, ihre Nutzung, Größe und ihr Baualter im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost im September-Heft dieser Zeitschrift an ¹⁾ Sein Schwerpunkt liegt in der Gegenüberstellung von Eigentümerwohneinheiten und Mietwohneinheiten hinsichtlich Gebäudegröße, Baujahr, Wohnfläche und Belegung. Der Beitrag stützt sich auf Ergebnisse der im Zusammenhang mit dem Mikrozensus 1998 durchgeführten Zusatzerhebung zur Wohnsituation der Haushalte.

Mietwohneinheiten am häufigsten in Wohngebäuden mit drei bis zwölf Wohneinheiten

In Wohngebäuden befinden sich derzeit in Deutschland rund 13,8 Mill. Wohneinheiten, die von ihren Eigentümern selbst genutzt werden, und rund 20 Mill. Wohneinheiten, die vermietet sind. Als Wohngebäude gelten Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtfläche) Wohnzwecken dienen. Wie sich die Wohneinheiten auf Wohngebäude unterschiedlicher Größe (bezogen auf die Zahl der Wohneinheiten im Gebäude) verteilen, geht aus Tabelle 1 hervor.

Während Eigentümerwohneinheiten am häufigsten (82%) in Wohngebäuden mit ein oder zwei Wohneinheiten (Ein- und Zweifamilienhäuser) anzutreffen sind, konzentrieren sich die Mietwohneinheiten zu 79% in Wohngebäuden mit mehr als zwei Wohneinheiten (Mehrfamilienhäuser). Am häufigsten befinden sich Mietwohneinheiten in Wohngebäuden mit drei bis sechs Wohneinheiten (knapp 31%) bzw. mit sieben bis zwölf Wohneinheiten (etwas über 31%). In Wohngebäuden mit dreizehn und mehr Wohneinheiten befinden sich 17% der Mietwohneinheiten. Bei Eigentümerwohneinheiten spielen Mehrfamilienhäuser nur eine untergeordnete Rolle (meistens Eigentumswohneinheiten nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15. März 1951). Immerhin liegt jede zehnte Eigentümerwohneinheit in einem Wohngebäude mit drei bis sechs Wohneinheiten,

Tabelle 1. Eigentümer- und Mietwohneinheiten nach Gebäudegröße
Hochgerechnete Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998

Wohngebäude ¹⁾ mit Wohn- einheit/en	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	"	1 000	"	1 000	"
Eigentümerwohneinheiten						
1	8 118	58,7	6 819	57,6	1 299	65,8
2	3 218	23,3	2 751	23,2	468	23,7
3 bis 6	1 389	10,1	1 237	10,4	152	7,7
7 bis 12	644	4,7	599	5,1	44	2,2
13 und mehr	451	3,3	439	3,7	12	0,6
Zusammen	13 819	100	11 845	100	1 975	100
Mietwohneinheiten						
1	1 322	6,6	1 177	7,5	145	3,3
2	2 981	14,9	2 572	16,4	408	9,4
3 bis 6	6 131	30,6	5 192	33,2	939	21,6
7 bis 12	6 283	31,4	4 435	28,3	1 847	42,4
13 und mehr	3 292	16,5	2 275	14,5	1 017	23,3
Zusammen	20 009	100	15 652	100	4 357	100

¹⁾ Ohne Wohnheime

jede zwanzigste in einem Wohngebäude mit sieben bis zwölf Wohneinheiten und 3% in einem Wohngebäude mit dreizehn und mehr Wohneinheiten

Tabelle 1 zeigt auch, daß sich die Eigentümer- und Mietwohneinheiten im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern unterschiedlich auf die hier nachgewiesenen Gebäudetypen verteilen. Während sich in den neuen Ländern zwei Drittel (66%) der Eigentümerwohneinheiten in Einfamilienhäusern befinden, ist dieser Anteil im früheren Bundesgebiet deutlich geringer (58%). Bei Zweifamilienhäusern stimmen die Anteile fast überein (24 bzw. 23%). In Mehrfamilienhäusern sind Eigentümerwohneinheiten in den neuen Ländern deutlich weniger häufig vertreten als im früheren Bundesgebiet. Ihr Anteil liegt in den neuen Ländern im Fall von Wohngebäuden mit drei bis sechs Wohneinheiten bei 8%, bei Wohngebäuden mit sieben bis zwölf Wohneinheiten bei 2% und im Falle von Wohngebäuden mit dreizehn und mehr Wohneinheiten sogar unter einem Prozent (0,6%). Die entsprechenden Anteilswerte im früheren Bundesgebiet betragen 10%, 5% und 4%. Daran läßt sich ablesen, daß sich die Eigentumsbildung nach dem Wohnungseigentumsgesetz in den neuen Ländern noch nicht so durchgesetzt hat wie der Besitz von Eigenheimen.

Eigentümerwohneinheiten im Osten kleiner und von mehr Personen bewohnt

Von Eigentümern selbst genutzte Wohneinheiten unterscheiden sich in der Größe (gemessen an der durchschnittlichen Wohnfläche) ganz erheblich von den vermieteten Wohneinheiten (siehe Tabelle 2).

Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet haben Eigentümerwohneinheiten im Durchschnitt eine Wohnfläche von 113 m², Mietwohneinheiten dagegen von 69 m². Allerdings sind im Durchschnitt in Eigentümerwohneinheiten auch mehr Personen anzutreffen (2,5 Personen je Wohneinheit) als in Mietwohneinheiten (2,0 Personen je Wohneinheit). Flächenmäßig am großzügigsten zugeschnitten sind Eigentümerwohneinheiten in Einfamilienhäusern (125 m²) und in Zweifamilienhäusern (104 m²), bei einer durchschnittlichen Belegung von 2,7 bzw. 2,4 Personen je Wohneinheit. Je größer das Gebäude, desto kleiner die Wohn-

¹⁾ Siehe Stürmer, B. „Bestand und Struktur der Wohneinheiten“ in WiSta 9/1999, S. 702 ff

Tabelle 2 Eigentümer- und Mietwohneinheiten nach Gebäudegröße, Fläche und Belegung
Hochgerechnete Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998

Wohngebäude ¹⁾ mit Wohneinheit/en	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Fläche	Personen	Fläche	Personen	Fläche	Personen
	je Wohneinheit					
	m ²)	Anzahl	m ²)	Anzahl	m ²)	Anzahl
Eigentümerwohneinheiten						
1	124,7	2,7	127,9	2,7	107,5	2,8
2	103,6	2,4	106,1	2,4	89,4	2,6
3 bis 6	93,1	2,2	94,3	2,1	82,8	2,4
7 bis 12	81,1	2,0	82,0	1,9	68,9	2,4
13 und mehr	77,9	1,9	78,1	1,9	71,2	2,4
Zusammen	113,0	2,5	115,2	2,5	100,3	2,7
Mietwohneinheiten						
1	100,6	2,6	102,5	2,7	85,3	2,4
2	77,0	2,0	78,5	2,0	67,9	2,0
3 bis 6	68,8	2,0	69,8	2,0	62,8	2,0
7 bis 12	64,1	2,0	65,6	1,9	60,4	2,1
13 und mehr	58,4	1,8	59,9	1,8	55,2	1,9
Zusammen	68,9	2,0	71,1	2,0	61,2	2,0

¹⁾ Ohne Wohnkerne

einheiten, desto geringer allerdings auch die Belegung. Das gilt für Eigentümer- und Mietwohneinheiten gleichermaßen. Eigentümerwohneinheiten in Wohngebäuden mit drei bis sechs Wohneinheiten weisen im Durchschnitt eine Wohnfläche von 93 m² und eine Belegung von 2,2 Personen je Wohneinheit auf, in Wohngebäuden mit sieben bis zwölf Wohneinheiten verringert sich die durchschnittliche Wohnfläche auf 81 m² bei 2,0 Personen je Wohneinheit. In Großgebäuden mit dreizehn und mehr Wohneinheiten beträgt die durchschnittliche Wohnfläche der Eigentümerwohneinheiten 78 m² und die Belegung 1,9 Personen je Wohneinheit. Bei Mietwohneinheiten in Mehrfamilienhäusern sinkt die Durchschnittsgröße mit steigender Anzahl der Wohneinheiten im Gebäude von 69 m² über 64 m² bis auf 58 m². Zugleich sinkt die Belegung von 2,0 auf 1,8 Personen je Wohneinheit. Auch Mietwohneinheiten sind im Durchschnitt am größten, wenn sie sich in Einfamilienhäusern (101 m²) oder in Zweifamilienhäusern (77 m²) befinden, bei einer durchschnittlichen Belegung von 2,6 bzw. 2,0 Personen je Wohneinheit.

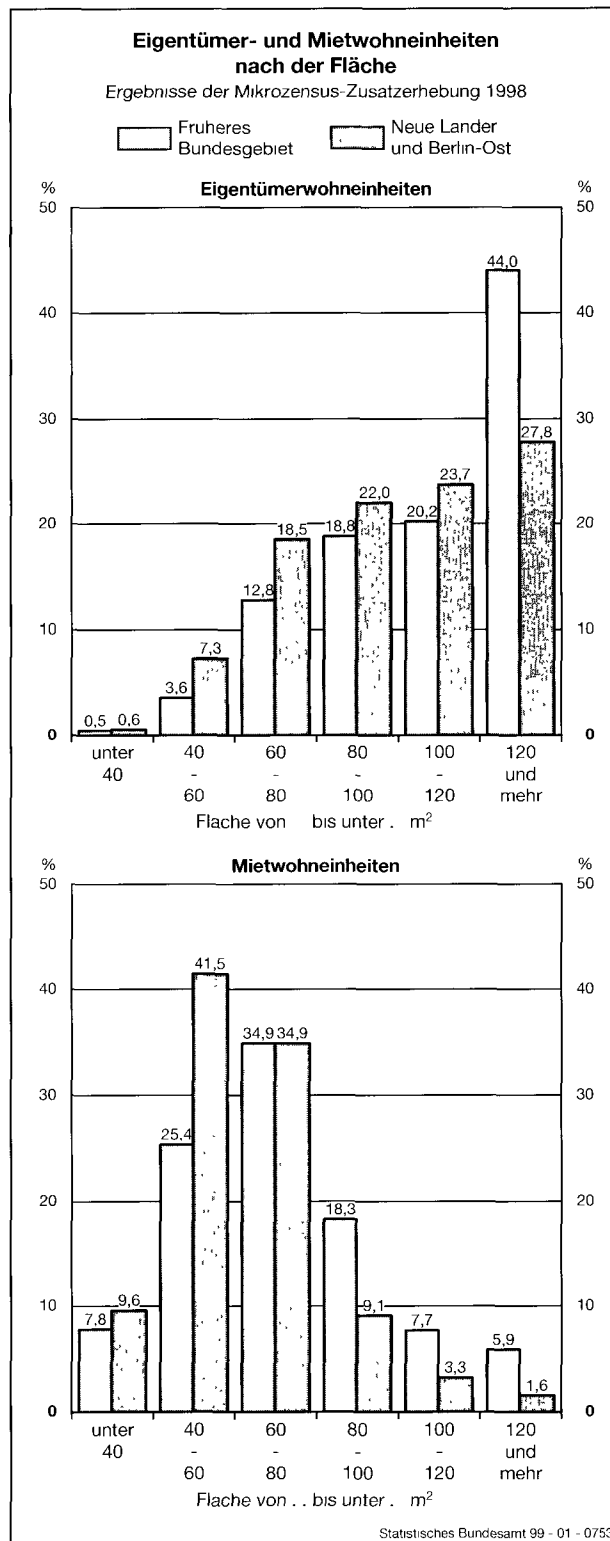
Im Wohnungsneubau ist zwar hinsichtlich der Größe der Wohneinheiten eine Annäherung zwischen Ost und West festzustellen, bei der Berechnung der Durchschnittsgrößen hat der Bestand an wesentlich kleineren Wohneinheiten aus DDR-Zeiten aber ein ungleich größeres Gewicht. Deshalb überrascht es nicht, daß sowohl die Eigentümer- als auch die Mietwohneinheiten in den neuen Ländern im Durchschnitt erheblich kleiner sind als im früheren Bundesgebiet. Gesamtdurchschnittsgrößen von 100 m² (Eigentümerwohneinheiten) bzw. 61 m² (Mietwohneinheiten) in den neuen Ländern stehen solchen von 115 m² (Eigentümerwohneinheiten) bzw. 71 m² (Mietwohneinheiten) im früheren Bundesgebiet gegenüber. Dabei fällt auf, daß die Eigentümerwohneinheiten in den neuen Ländern in der Regel nicht nur kleiner sind, sondern auch eine höhere Belegung aufweisen. Bei den Mietwohneinheiten läßt sich das nicht so eindeutig nachweisen. Wie schon für Deutschland insgesamt, gilt auch für Ost und West getrennt, daß mit steigender Gebäudegröße die Durchschnittsgröße der Wohneinheiten abnimmt, im Westen auf

insgesamt höherem, im Osten auf entsprechend niedrigerem Niveau.

Eigentümer am häufigsten in Wohneinheiten mit 120 m² und mehr anzutreffen

Die Betrachtung der Eigentümer- und Mietwohneinheiten nach Durchschnittsgrößen liefert noch keinen Aufschluß über die Variationsbreite der Wohnflächen und die Verteilung.

Schaubild 1



lung der Wohneinheiten auf einzelne Größenklassen. Dazu liefert Tabelle 3 Anschauungsmaterial

Tabelle 3 Eigentümer- und Mietwohneinheiten in Wohngebäuden¹⁾ nach der Fläche

Hochgerechnete Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998

Wohnfläche von bis unter m ²	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Eigentümerwohneinheiten						
unter 40	71	0,5	60	0,5	12	0,6
40 – 60	572	4,1	428	3,6	145	7,3
60 – 80	1 888	13,7	1 522	12,8	366	18,5
80 – 100	2 661	19,3	2 227	18,8	435	22,0
100 – 120	2 859	20,7	2 391	20,2	469	23,7
120 und mehr	5 767	41,7	5 217	44,0	549	27,8
Zusammen	13 819	100	11 845	100	1 975	100
Mietwohneinheiten						
unter 40	1 634	8,2	1 217	7,8	418	9,6
40 – 60	5 781	29,9	3 975	25,4	1 806	41,5
60 – 80	6 980	34,9	5 458	34,9	1 522	34,9
80 – 100	3 265	16,3	2 869	18,3	396	9,1
100 – 120	1 347	6,7	1 203	7,7	145	3,3
120 und mehr	1 001	5,0	931	5,9	70	1,6
Zusammen	20 009	100	15 652	100	4 357	100

¹⁾ Ohne Wohnheime

Mit einer Wohnfläche von 120 m² und mehr sind in Deutschland gut zwei Fünftel (42 %) der Eigentümerwohneinheiten ausgestattet, aber nur jede zwanzigste (5 %) Mietwohneinheit. Etwa ein Fünftel (21 %) der Eigentümerwohneinheiten weist eine Fläche von 100 bis unter 120 m² auf. Die Mietwohneinheiten sind in dieser Größenklasse mit einem Anteil von 7 % vertreten. Während der Anteil der Mietwohneinheiten in der nächst kleineren Kategorie der 80 bis unter 100 m² großen Wohneinheiten auf 16 % stark ansteigt und mit 35 % in der Größenklasse 60 bis unter 80 m² den Höchstwert erreicht, geht der Anteil der Eigentümerwohneinheiten in der Größenklasse 80 bis unter 100 m² bereits auf 19 % zurück und erreicht bei den kleinen Wohneinheiten von 40 bis unter 60 m² bzw. unter 40 m² seine niedrigsten Werte (4 bzw. 0,5 %). Zum Vergleich: In die Größenklasse 40 bis unter 60 m² fallen 29 % der Mietwohneinheiten, und immerhin 8 % sind kleiner als 40 m².

Vergleicht man die Wohnflächen der Eigentümerwohneinheiten in Ost und West, so ist die größte Abweichung bei den Wohneinheiten mit 120 m² und mehr Wohnfläche festzustellen. In diese Kategorie fallen im früheren Bundesgebiet 44 % der Eigentümerwohneinheiten (zugleich höchster Anteilswert überhaupt), in den neuen Ländern hingegen 28 % der Eigentümerwohneinheiten. Bei den Mietwohneinheiten ist der Abstand zwischen Ost und West in der Größenklasse 40 bis unter 60 m² am größten. Mietwohneinheiten dieses Zuschnitts sind mit einem Anteil von 42 % in den neuen Ländern zugleich am weitesten verbreitet. Im früheren Bundesgebiet macht ihr Anteil ein Viertel (25 %) des Gesamtbestandes an Mietwohneinheiten aus. Ebenfalls beachtlich sind die unterschiedlichen Anteile der Mietwohneinheiten in der Größenklasse 80 bis unter 100 m². Im früheren Bundesgebiet gehören 18 % der Mietwohneinheiten dieser Größenklasse an, in den neuen Ländern nur halb so viele (9 %). Eine bemerkenswerte Übereinstimmung in der Verteilung weisen die Mietwohneinheiten in der Größenordnung 60 bis unter 80 m² auf. Deren Anteil beläuft sich sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern auf 35 %.

In den neuen Ländern überwiegen Wohneinheiten mittlerer Größe und Kleinwohneinheiten

Eine Aufschlüsselung der Eigentümer- und Mietwohneinheiten nach ihrer Lage in Ein- und Zweifamilienhäusern bzw. Mehrfamilienhäusern und nach Größenklassen liefert Tabelle 4.

Bei den von den Eigentümern selbst bewohnten Wohneinheiten in Ein- oder Zweifamilienhäusern handelt es sich überwiegend (70 %) um solche der Größenordnung 100 m² und mehr. Den „Lowenanteil“ machen dabei die 120 m² und größeren Eigentümerwohneinheiten aus (48 %), gut ein Fünftel (22 %) verfügt über 100 bis unter 120 m² Wohnfläche. Bei Eigentümerwohneinheiten in Mehrfamilienhäusern ist dagegen eine Konzentration auf Wohneinheiten mittlerer Größe feststellbar. Weit über die Hälfte (58 %) gehören der

Tabelle 4 Eigentümer- und Mietwohneinheiten nach Fläche und Gebäudegröße

Hochgerechnete Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998

Wohneinheiten mit einer Fläche von bis unter m ²	Deutschland				Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	Wohngebäude mit ¹⁾								1 und 2		3 und mehr	
	1 und 2		3 und mehr		1 und 2		3 und mehr		1 und 2		3 und mehr	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Eigentümerwohneinheiten												
unter 40	24	0,2	48	1,9	17	0,2	43	1,9	7	0,4	5	2,4
40 – 60	295	2,6	277	11,2	193	2,0	235	10,3	103	5,8	42	20,2
60 – 80	1 142	10,1	747	30,1	850	8,9	673	29,6	292	16,5	74	35,6
80 – 100	1 964	17,3	697	28,1	1 569	16,4	658	28,9	395	22,4	40	19,2
100 – 120	2 489	22,0	371	14,9	2 046	21,4	345	15,2	443	25,1	26	12,5
120 und mehr	5 423	47,8	344	13,8	4 896	51,2	322	14,2	527	29,8	22	10,6
Zusammen	11 336	100	2 484	100	9 570	100	2 275	100	1 766	100	208	100
Mietwohneinheiten												
unter 40	163	3,8	1 471	9,4	128	3,4	1 088	9,1	35	6,3	383	10,1
40 – 60	679	15,8	5 102	32,5	535	14,3	3 440	28,9	145	26,2	1 661	43,7
60 – 80	1 210	28,1	5 771	36,7	1 029	27,4	4 429	37,2	181	32,7	1 341	35,3
80 – 100	966	22,4	2 299	14,6	866	23,1	2 003	16,8	100	18,1	296	7,8
100 – 120	650	15,1	697	4,4	591	15,8	612	5,1	59	10,7	86	2,3
120 und mehr	635	14,8	366	2,3	602	16,1	330	2,8	34	6,1	37	1,0
Zusammen	4 303	100	15 706	100	3 750	100	11 902	100	553	100	3 804	100

¹⁾ Ohne Wohnheime

Größenordnung 60 bis unter 100 m² an, wobei der Anteil der 60 bis unter 80 m² sowie der 80 bis unter 100 m² großen Eigentümerwohneinheiten etwa gleich hoch liegt (30 bzw 28%). Im übrigen ist bei den Eigentümerwohneinheiten in Mehrfamilienhäusern eine deutlich stärkere Streuung über die Größenklassen hinweg festzustellen als bei den Ein- und Zweifamilienhäusern. Der beschriebene Sachverhalt trifft sowohl für Deutschland insgesamt als auch für das frühere Bundesgebiet zu

In den neuen Ländern stellt sich die Situation etwas anders dar. Hier ist bei den Eigentümerwohneinheiten in Ein- oder Zweifamilienhäusern die Konzentration auf die großen Wohneinheiten mit 100 m² und mehr Wohnfläche erheblich geringer. Immerhin weisen 30% unter ihnen eine Wohnfläche von 120 m² und mehr auf und ein Viertel (25%) 100 bis 120 m². Dementsprechend häufiger kommen in Ein- oder Zweifamilienhäusern Eigentümerwohneinheiten mittlerer Größe vor. Gut ein Fünftel (22%) erstrecken sich über 80 bis unter 100 m² Wohnfläche und 17% über 60 bis unter 80 m². Zum Vergleich: Im früheren Bundesgebiet betragen die betreffenden Anteile 16 bzw 9%. Bei Eigentümerwohneinheiten in Mehrfamilienhäusern verlagern sich die Hauptanteile nicht so eindeutig auf die Wohneinheiten mittlerer Größe wie im früheren Bundesgebiet, sondern erstrecken sich auch auf kleine Wohneinheiten mit 40 bis unter 60 m² Wohnfläche, deren Anteil bei 20% liegt.

Unter den Mietwohneinheiten in Ein- oder Mehrfamilienhäusern fallen – bezogen auf Deutschland – die Hauptanteile auf die Großenkategorien 60 bis unter 80 m² (28%) und 80 bis unter 100 m² (22%). In Mehrfamilienhäusern sind hingegen die Mietwohneinheiten am häufigsten 60 bis unter 80 m² (37%) sowie 40 bis unter 60 m² (33%) groß. Dieser Sachverhalt gilt auch für das frühere Bundesgebiet. Auch hier nehmen die neuen Länder eine Sonderstellung ein. Bei ihnen kommen sowohl in Ein- oder Zweifamilienhäusern als auch in Mehrfamilienhäusern am häufigsten die Mietwohneinheiten mit 60 bis unter 80 m² Wohnfläche (33 bzw 35%) und die mit 40 bis unter 60 m² Wohnfläche (26 bzw 44%) vor.

Miet- und Eigentümerwohneinheiten aus den Jahren 1991 bis 1993 am größten

In der Größe der Eigentümer- und Mietwohneinheiten kommen sowohl die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in Deutschland in diesem Jahrhundert zum Ausdruck als auch die verschiedenen Anspruchsniveaus der Eigentümer und Mieter. Aus der Zeit um die Jahrhundertwende haben sich bis heute in der Regel Wohngebäude erhalten, deren Wohneinheiten flächenmäßig vergleichsweise großzügig zugeschnitten sind. Diese Gebäude sind auch im allgemeinen auf heutige Standards renoviert und modernisiert. Das gilt insbesondere für den Westen Deutschlands. Wohneinheiten, die vor 1900 bzw bis 1918 errichtet wurden, verfügen im Durchschnitt in Deutschland – sofern sie vom Eigentümer selbst genutzt werden – über eine Wohnfläche von 108 bzw. 107 m² (siehe Tabelle 5).

Vermietete Wohneinheiten aus dieser Zeit sind im Durchschnitt 73 m² groß. Wohneinheiten aus dem Zeitraum 1918

Tabelle 5 Eigentümer- und Mietwohneinheiten nach Baujahr und Fläche
Hochgerechnete Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998
m²

Wohngebäude ¹⁾ von bis errichtet	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Fläche je					
	Wohn- einheit	Person	Wohn- einheit	Person	Wohn- einheit	Person
Eigentümerwohneinheiten						
bis 1900	107,8	44,2	113,3	47,4	96,6	38,0
1901 – 1918	107,2	43,7	110,4	46,9	98,0	37,9
1919 – 1948	104,8	43,5	108,6	46,5	96,2	37,2
1949 – 1978	111,0	47,1	111,9	47,7	94,0	37,0
1979 – 1986	123,7	43,3	125,0	44,1	110,7	35,5
1987 – 1990	125,4	40,1	126,8	41,0	115,7	34,5
1991 – 1993	126,8	40,9	128,1	41,5	118,6	37,3
1994 und später	125,1	42,2	127,4	43,5	117,3	37,8
Zusammen	113,0	44,8	115,2	46,1	100,3	37,2
Mietwohneinheiten						
bis 1900	73,3	36,5	75,8	37,6	67,6	34,1
1901 – 1918	73,2	36,8	75,3	37,8	67,5	34,0
1919 – 1948	68,1	35,3	70,0	36,1	62,4	32,7
1949 – 1978	67,0	34,1	68,7	35,1	57,5	28,7
1979 – 1986	68,9	33,0	75,2	36,9	57,7	26,5
1987 – 1990	68,7	31,8	76,4	36,6	58,1	25,7
1991 – 1993	75,9	35,1	76,6	35,4	68,5	31,6
1994 und später	74,5	35,6	76,6	36,2	69,2	33,8
Zusammen	68,9	34,6	71,1	35,8	61,2	30,1

¹⁾ Ohne Wohnheime

bis 1948 sind wegen der damals ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse kleiner ausgefallen. Ihre durchschnittliche Größe beträgt im Fall von Eigentümerwohneinheiten 105 m², im Fall von Mietwohneinheiten 68 m².

Die nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland bzw der ehemaligen DDR bis zum Jahr 1978 geschaffenen Wohneinheiten weisen, sofern es sich um Eigentümerwohneinheiten handelt, im Durchschnitt wieder mehr Wohnfläche auf (111 m²). Mietwohneinheiten aus dieser Zeit sind im Durchschnitt hingegen etwas kleiner (67 m²) als die Mietwohneinheiten aus dem Zeitraum danach (68 m²). In den Zeiträumen danach vergrößern sich dann auch die durchschnittlichen Wohnflächen der Mietwohneinheiten beträchtlich. Mietwohneinheiten aus dem Zeitraum 1979 bis 1986 sind im Durchschnitt mit einer Wohnfläche von 69 m² ausgestattet. Die durchschnittliche Größe von Mietwohneinheiten erreicht bei den in den Jahren 1991 bis 1993 errichteten Gebäuden mit 76 m² einen Höchstwert. Bei Mietwohneinheiten aus den Jahren danach verringert sie sich auf 75 m². Analog verläuft die Entwicklung bei den Eigentümerwohneinheiten, allerdings auf höherem Flächenniveau. Eigentümerwohneinheiten aus dem Zeitraum 1979 bis 1986 sind im Durchschnitt mit einer Wohnfläche von 124 m² ausgestattet. In den Jahren danach steigt die Durchschnittsgröße weiter an und erreicht – wie bei den Mietwohneinheiten – 1991 bis 1993 einen Höchststand (127 m²). Danach geht der Wert auf 125 m² zurück.

Anhaltspunkte für die individuelle Wohnflächenversorgung in Deutschland, gemessen an der Fläche je Person, bietet ebenfalls Tabelle 5. Danach stellt sich für Eigentümer in Wohneinheiten, die in den Jahren 1949 bis 1978 errichtet wurden, die Versorgung am günstigsten dar (47 m² je Person). Das deutet andererseits darauf hin, daß die im Zeitraum 1949 bis 1978 gebauten Wohneinheiten heute vornehmlich von kleinen Eigentümerhaushalten bewohnt

werden Vergleichsweise ungünstig ist das Verhältnis Wohnfläche zu Personenzahl in den Eigentümerwohneinheiten aus den Jahren 1987 bis 1990 (40 m² je Person), was umgekehrt darauf schließen läßt, daß in diesen Wohn-einheiten überwiegend große Haushalte wohnen.

Bei den Mietwohneinheiten liegen erwartungsgemäß die durchschnittlichen Flächenwerte je Person durchweg geringer als bei den Eigentümerwohneinheiten. Eine besonders günstige Relation zwischen Fläche und Personenzahl ergibt sich hier bei den vermieteten Wohneinheiten in Altbauten, errichtet vor und nach der Jahrhundertwende (37 m² je Person). Der niedrigste Wert errechnet sich auch hier für die in den Jahren 1987 bis 1990 geschaffenen Mietwohneinheiten (32 m² je Person)

Zusammenhang zwischen Größe und Baualter im Osten zum Teil anders als im Westen

Bei einer allgemeinen Betrachtung des Wohnflächenbestandes und der Wohnflächenversorgung in Deutschland gehen die Unterschiede zwischen Ost und West verloren. Deshalb ist es wichtig, die Verhältnisse im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern getrennt zu verfolgen. Während im früheren Bundesgebiet die Größenunterschiede der Eigentümer- und Mietwohneinheiten in Abhängigkeit von der Bauperiode weitgehend der gesamtdeutschen Darstellung entsprechen, weichen die Verhältnisse der Größenunterschiede in den neuen Ländern zum Teil davon ab.

Die im Durchschnitt kleinsten Eigentümerwohneinheiten stammen in den neuen Ländern aus dem Zeitraum 1949 bis 1978 (94 m²), im früheren Bundesgebiet aus dem Zeitraum 1919 bis 1948 (109 m²). Im Zeitraum davor weisen in den neuen Ländern die Eigentümerwohneinheiten den höchsten Durchschnittswert auf, die in den Jahren 1901 bis 1918 errichtet wurden (98 m²), im früheren Bundesgebiet diejenigen in Altbauten aus dem vorigen Jahrhundert (113 m²). Für den Zeitraum 1979 und später sind die Eigentümerwohneinheiten mit der größten durchschnittlichen Wohnfläche in Ost und West mit Baujahr 1991 bis 1993 nachzuweisen (Ost: 119 m², West: 128 m²). Danach ist die Durchschnittsgröße der Eigentümerwohneinheiten jeweils etwas zurückgegangen (Ost: 117 m², West: 127 m²).

Hinsichtlich der Mietwohneinheiten verläuft die Entwicklung der durchschnittlichen Wohnflächen in Ost und West zwar auf unterschiedlichem Niveau, aber doch weitgehend parallel. Mit einer Ausnahme. Während im früheren Bundesgebiet für die neunziger Jahre eine Stagnation der durchschnittlichen Wohnflächen festzustellen ist, sind sie in den neuen Ländern weiter angestiegen.

Das Verhältnis von Wohnfläche zur Personenzahl stellt sich rein rechnerisch sowohl in den neuen Ländern als auch im früheren Bundesgebiet für die Bewohner von Mietwohneinheiten in Altbauten aus der Zeit vor und nach der Jahrhundertwende am günstigsten dar (Ost: 34 m², West: 38 m² je Person). Im Vergleich dazu am ungünstigsten fällt das genannte Verhältnis in den neuen Bundesländern für Mieter in 1987 bis 1990 gebauten Wohngebäuden aus (26 m² je Person), im früheren Bundesgebiet für Mieter in 1949 bis

1978 sowie in 1991 bis 1993 gebauten Wohngebäuden (35 m² je Person)

Altersschwerpunkt der Eigentümerwohneinheiten im früheren Bundesgebiet nach, in den neuen Ländern vor dem zweiten Weltkrieg

Über das Baualter der Eigentümer- und Mietwohneinheiten unterschiedlicher Größenordnung gibt Tabelle 6 Auskunft

Schaubild 2

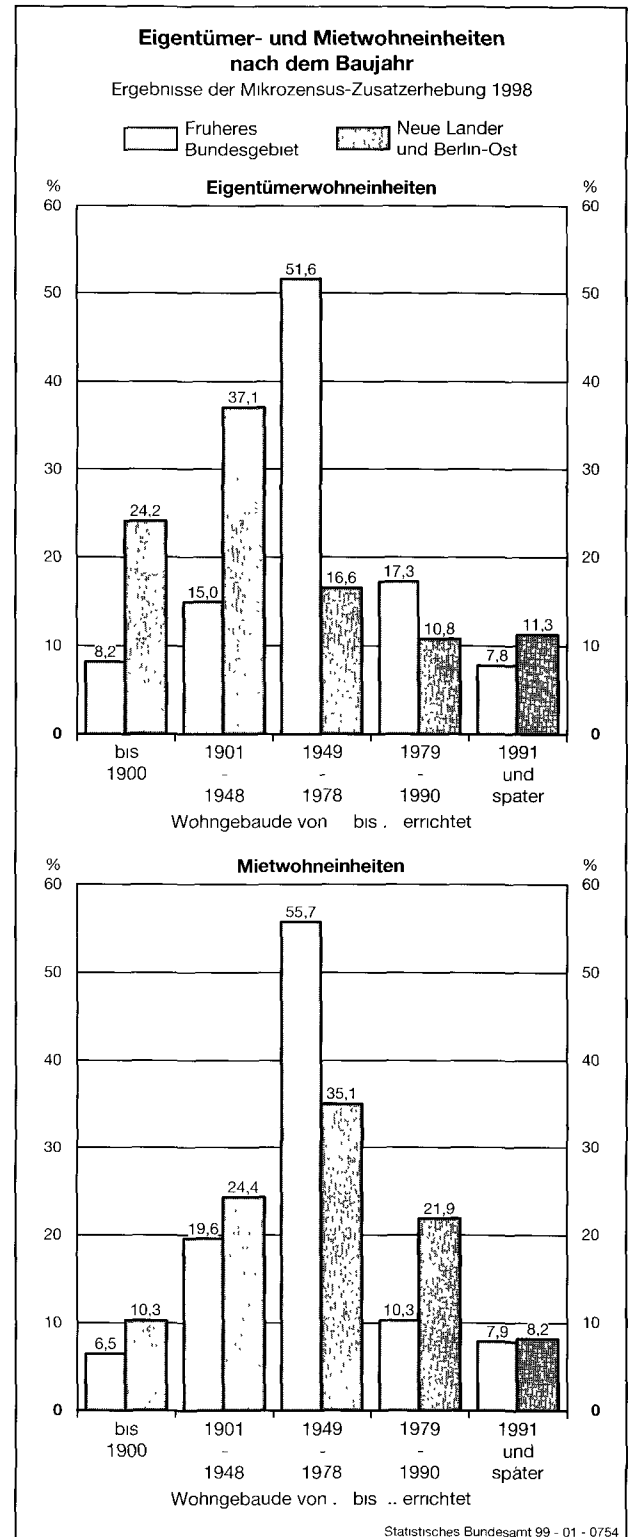


Tabelle 6: Eigentümer- und Mietwohneinheiten nach Fläche und Baujahr

Hochgerechnete Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998

Wohneinheiten mit einer Fläche von bis unter m ²	Insgesamt 1 000	In Wohngebäuden ¹⁾ errichtet von bis									
		bis 1900		1901 – 1948		1949 – 1978		1979 – 1990		1991 und später	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland											
Eigentümerwohneinheiten											
unter 40	72	9	12,5	14	19,4	36	50,0	8	11,1	5	6,9
40 – 60	572	90	15,7	131	22,9	265	46,3	54	9,4	33	5,8
60 – 80	1 888	254	13,5	436	23,1	939	49,7	170	9,0	89	4,7
80 – 100	2 661	320	12,0	579	21,8	1 327	49,9	294	11,0	142	5,3
100 – 120	2 859	276	9,7	528	18,5	1 338	46,8	483	16,9	234	8,2
120 und mehr	5 767	502	8,7	824	14,3	2 537	44,0	1 255	21,8	649	11,3
insgesamt	13 819	1 451	10,5	2 511	18,2	6 441	46,6	2 264	16,4	1 152	8,3
Mietwohneinheiten											
unter 40	1 634	136	8,3	297	18,2	835	51,1	269	16,5	98	6,0
40 – 60	5 781	354	6,1	1 275	22,1	3 089	53,4	697	12,1	366	6,3
60 – 80	6 980	436	6,2	1 306	18,7	3 821	54,7	868	12,4	550	7,9
80 – 100	3 265	266	8,1	689	21,1	1 575	48,2	412	12,6	322	9,9
100 – 120	1 347	141	10,5	330	24,5	566	42,0	170	12,6	141	10,5
120 und mehr	1 001	126	12,6	242	24,2	364	36,4	148	14,8	123	12,3
insgesamt	20 009	1 459	7,3	4 138	20,7	10 249	51,2	2 563	12,8	1 600	8,0
Früheres Bundesgebiet											
Eigentümerwohneinheiten											
unter 40	60	6	10,0	9	15,0	33	55,0	8	13,3	/	/
40 – 60	428	47	11,0	76	17,8	230	53,7	49	11,4	26	6,1
60 – 80	1 523	147	9,7	280	18,4	870	57,1	152	10,0	73	4,8
80 – 100	2 227	209	9,4	398	17,9	1 249	56,1	261	11,7	110	4,9
100 – 120	2 391	182	7,6	362	15,1	1 263	52,8	413	17,3	171	7,2
120 und mehr	5 217	384	7,4	653	12,5	2 469	47,3	1 167	22,4	544	10,4
Zusammen	11 845	974	8,2	1 778	15,0	6 114	51,6	2 050	17,3	929	7,8
Mietwohneinheiten											
unter 40	1 217	95	7,8	217	17,8	712	58,5	119	9,8	74	6,1
40 – 60	3 975	215	5,4	855	21,5	2 305	58,0	345	8,7	256	6,4
60 – 80	5 458	294	5,4	970	17,8	3 279	60,1	494	9,1	421	7,7
80 – 100	2 869	190	6,6	549	19,1	1 516	52,8	347	12,1	267	9,3
100 – 120	1 203	110	9,1	270	22,4	549	45,6	159	13,2	114	9,5
120 und mehr	931	107	11,5	215	23,1	357	38,3	145	15,6	109	11,7
Zusammen	15 652	1 010	6,5	3 074	19,6	8 718	55,7	1 609	10,3	1 241	7,9
Neue Länder und Berlin-Ost											
Eigentümerwohneinheiten											
unter 40	12	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
40 – 60	145	44	30,3	55	37,9	34	23,4	5	3,4	7	4,8
60 – 80	366	107	29,2	156	42,6	69	18,9	18	4,9	17	4,6
80 – 100	435	111	25,5	182	41,8	78	17,9	32	7,4	32	7,4
100 – 120	469	95	20,3	165	35,2	76	16,2	70	14,9	63	13,4
120 und mehr	549	118	21,5	171	31,1	68	12,4	87	15,8	105	19,1
Zusammen	1 975	477	24,2	733	37,1	327	16,6	214	10,8	224	11,3
Mietwohneinheiten											
unter 40	418	41	9,8	80	19,1	123	29,4	150	35,9	24	5,7
40 – 60	1 806	139	7,7	420	23,3	784	43,4	352	19,5	110	6,1
60 – 80	1 523	142	9,3	336	22,1	542	35,6	374	24,6	129	8,5
80 – 100	396	76	19,2	141	35,6	60	15,2	65	16,4	55	13,9
100 – 120	145	31	21,4	60	41,4	16	11,0	11	7,6	27	18,6
120 und mehr	70	19	27,1	27	38,6	7	10,0	/	/	14	20,0
Zusammen	4 357	449	10,3	1 064	24,4	1 531	35,1	954	21,9	359	8,2

1) Ohne Wohnheime

Interessant ist hierbei vor allem der Vergleich der Altersstruktur von Eigentümer- und Mietwohneinheiten in den neuen Ländern mit der im früheren Bundesgebiet Eigentümerwohneinheiten mit 120 m² und mehr Wohnfläche stammen im früheren Bundesgebiet zu 47% aus dem Zeitraum 1949 bis 1978 und zu 22% aus dem Zeitraum 1979 bis 1990. In den neuen Ländern hingegen konzentrieren sich die Eigentümerwohneinheiten mit 120 m² und mehr Wohnfläche auf Altbauten, die im Zeitraum 1901 bis 1948 (31%) bzw. davor (22%) gebaut wurden. Auch die Eigentümerwohneinheiten mit 100 bis 120 m² Wohnfläche sind im früheren Bundesgebiet vorwiegend (53%) im Zeitraum 1949 bis 1978 errichtet worden, in den neuen Ländern wiederum vorwiegend in den Jahren 1901 bis 1948 (35%). Der Altersschwerpunkt liegt bei den Eigentümerwohneinheiten im früheren Bundesgebiet eindeutig in der Periode

1949 bis 1978. In dieser Zeit war der Bau von Eigenheimen und Eigentumswohneinheiten am stärksten. Das zeigt sich daran, daß auch unter den Eigentümerwohneinheiten mittlerer Größenordnung (60 bis 100 m²) und den kleineren Eigentümerwohneinheiten (unter 60 m²) jeweils über die Hälfte aus dieser Zeit stammen.

In den neuen Ländern liegt der Altersschwerpunkt der vom Eigentümer selbst genutzten Wohneinheiten eindeutig in der Zeit bis 1948. Hier wirkt sich aus, daß der Eigenheimbau in der ehemaligen DDR jahrzehntelang keinerlei staatliche Unterstützung erfuhr. Bau und Erwerb von Wohnungseigentum war nicht vorgesehen. Von den Eigentümerwohneinheiten mittlerer Größe (60 bis 100 m²) sind jeweils mehr als zwei Drittel (72 bzw. 67%) bereits in der Zeit bis 1948 geschaffen worden. Auch bei den kleinen

Eigentümerwohneinheiten (unter 60 m²) lag in 68 % der Fälle die Bauzeit vor 1949

Die Zeitspanne von 1949 bis 1978 war im früheren Bundesgebiet nicht nur eine „Hochzeit“ des Eigenheimbaus, auch die Mietwohneinheiten sind hauptsächlich (56 %) in dieser Zeit entstanden. In den neuen Ländern ist im gleichen Zeitraum gut ein Drittel (35 %) der Mietwohneinheiten fertiggestellt worden. Aus der Zeit vor 1949 stammen gut ein Viertel (26 %) der Mietwohneinheiten im früheren Bundesgebiet und gut ein Drittel (35 %) der Mietwohneinheiten in den neuen Ländern. Die siebziger und achtziger Jahre waren in der ehemaligen DDR eine Phase intensiven Wohnungsneubaus. Gut ein Fünftel (22 %) der Mietwohneinheiten wurde damals gebaut. Im früheren Bundesgebiet stammt aus dieser Zeit rund ein Zehntel (10 %) der Mietwohneinheiten.

Mietwohneinheiten der Größenordnung 100 m² und mehr befinden sich in den neuen Ländern vorwiegend in Altbauten. Und zwar sind von den Mietwohneinheiten der Größe 100 bis unter 120 m² 63%, von denjenigen der Größe 120 m² und mehr 66% in Altbauten anzutreffen. Bemerkenswert ist, daß von den Mietwohneinheiten der eben genannten Größenordnungen jeweils etwa ein Fünftel (19 bzw. 20 %) in den Jahren nach 1990 gebaut wurden. Im früheren Bundesgebiet sind die Mietwohneinheiten derselben Größenordnungen hauptsächlich in den Baualtersgruppen 1949 bis 1978 (46 bzw. 38 %) und 1901 bis 1948 (22 bzw. 23 %) anzutreffen.

Mietwohneinheiten mittleren und kleinen Zuschnitts sind im früheren Bundesgebiet auf die Baualtersgruppe 1949 bis 1978 konzentriert. Die Anteile variieren zwischen 53 und 60 %. In den neuen Ländern ist der Schwerpunkt nicht so eindeutig auf eine Baualtersgruppe beschränkt. Bei den 80 bis unter 100 m² großen Mietwohneinheiten nimmt die Baualtersgruppe 1901 bis 1948 den Hauptanteil ein (36 %). Bei den 60 bis 80 m² großen Mietwohneinheiten ist es die Baualtersgruppe 1949 bis 1978 (36 %). Diese vereinigt auch den größten Anteil bei den kleinen Mietwohneinheiten mit einer Wohnfläche von 40 bis unter 60 m² (43 %) auf sich. Bei den Kleinstmietwohneinheiten unter 40 m² wiederum liegt der Hauptanteil von 36 % in der Bauperiode 1979 bis 1990. Dieser Sachverhalt dokumentiert, wie schon im Falle der Eigentümerwohneinheiten, die verstärkten Bemühungen der damaligen „DDR-Führung“, die Lücke in der Wohnungsversorgung zu schließen.

Ausblick

Die vergleichende Betrachtung der Eigentümer- und Mietwohneinheiten wird in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift fortgesetzt. Dargestellt werden die Beheizungsarten und die dabei eingesetzten Brennstoffe. Auch hierbei wird der Schwerpunkt der Ausführungen im Aufzeigen der Unterschiede und der Übereinstimmungen zwischen früherem Bundesgebiet und neuen Ländern liegen.

Dipl.- Soziologe Bernd Stürmer

Warensortiment und Bezugswege im Einzelhandel 1997

Vorbemerkung

Die als „Ergänzungserhebungen“ bezeichneten Erhebungen im Einzelhandel, die – neben der monatlichen Konjunkturstatistik und der jährlichen Strukturstatistik – in fünf- bis siebenjährigem Abstand durchgeführt werden, erfüllen mehrere Zwecke.

- Sie liefern als Ergänzung zur Jahresherhebung¹⁾, die Daten nur in der Gliederung nach Branchen (entsprechend dem Schwerpunkt des Warensortiments) darstellt, Angaben über die Zusammensetzung des Warensortiments
- Sie stellen Angaben für die Aktualisierung der Wägungsschemata der Preisindizes für den Einzelhandel bereit.
- Sie dienen als Basisinformation für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, insbesondere für die Darstellung der gütermäßigen Verflechtungen in Form von Input-Output-Rechnungen.
- Sie bieten Informationen über die Bezugswege der Einzelhandelsunternehmen.
- Die warenmäßige Aufteilung des Sortiments dient der Überprüfung der Zuordnung der Unternehmen zu den Positionen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)

In den Monats- und Jahresherhebungen des Einzelhandels erfolgt die Gliederung primär nach Branchen (=Wirtschaftszweige der WZ 93) Die Zuordnung eines Unternehmens zu einem Wirtschaftszweig richtet sich nach dem Schwerpunktprinzip. Innerhalb des Einzelhandels werden die Unternehmen zunächst nach stationärem (in Ladengeschäften) und nicht stationärem (Versandhandel, auf Märkten usw.) Handel differenziert und dann den Wirtschaftsunterklassen (5-Steller der WZ 93) im wesentlichen nach der Zusammensetzung des Warensortiments zugeordnet. Diese Zuordnung ist bisweilen schwierig. Im Prinzip liegt der Klassifikation der Wirtschaftszweige nämlich die Annahme zugrunde, daß sich innerhalb des Warensortiments jeweils ein mehr oder weniger eindeutig ausgeprägter Schwerpunkt bei einer speziellen Warengruppe erkennen läßt. Nur unter dieser Annahme kann eine aussagekräftige Branchengliederung und eine Zuordnung von Institutionen zu dieser fachlichen Gliederung allein anhand der „Hauptwarengruppen“ vorgenommen werden. Die Wa-

ren des „Randsortiments“ bleiben dabei unberücksichtigt. Neben den damit gut zu charakterisierenden, stark spezialisierten Einzelhandelsunternehmen gibt es aber auch solche, denen in ihrem verhältnismäßig breiten Sortiment ein ausgeprägter Schwerpunkt fehlt. Für diese Einzelhandelsunternehmen sind in der WZ 93 einige spezielle Positionen vorgesehen²⁾

Aus der branchenweisen Zuordnung, die man auch als „institutionell“ bezeichnet, ergibt sich die Schwierigkeit, daß zwar statistische Angaben für einzelne Branchen vorliegen, die Frage aber, wieviel von einer bestimmten Ware umgesetzt wurde, nicht beantwortet werden kann. Diese Lücke schließt die Ergänzungserhebung. Im Rahmen der Ergänzungserhebung im Einzelhandel, Berichtsjahr 1997, waren die Unternehmen aufgefordert, ihren Einzelhandelsumsatz (nicht den Gesamtumsatz des Unternehmens) auf insgesamt 74 Warenarten aufzuteilen. Sofern ein Unternehmen neben der Einzelhandelstätigkeit noch andere Aktivitäten ausübte (z. B. Gastronomie, Großhandel, Dienstleistungen), sollten diese Teile des Umsatzes also bei der Warenaufgliederung nicht berücksichtigt werden.

Der vorliegende Aufsatz soll nicht dazu dienen, das sehr umfangreiche Zahlenmaterial, das im Rahmen einer Ergänzungserhebung zur Verfügung gestellt wird, im Detail verbal darzustellen und zu erläutern. Er hat vielmehr in erster Linie zum Ziel, dem Nutzer der Ergebnisse aufzuzeigen, welche Informationen er aus den veröffentlichten Tabellen entnehmen kann und wie sie zu verstehen sind. Dieser Aufsatz kann somit als eine Art Einführung in die Veröffentlichung verstanden werden. Darüber hinaus werden nur einige zusammenfassende Ergebnisse und Beispiele kurz dargestellt.

Die ausführlichen Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Einzelhandel, Berichtsjahr 1997, sind kürzlich in der Fachserie 6, Reihe 3.3 „Warensortiment sowie Bezugswege im Einzelhandel“ erschienen und werden dort in der Gliederung nach WZ-4-Stellern ausgewiesen. Sofern Statistikenutzer an Angaben zu ausgewählten WZ-5-Stellern interessiert sein sollten, können diese beim Statistischen Bundesamt angefordert werden.³⁾

Die Warengliederung für die Ergänzungserhebung im Einzelhandel, Berichtsjahr 1997, basierte erstmalig auf der CPA⁴⁾. Der vorangegangenen Ergänzungserhebung, Berichtsjahr 1991, lag noch eine rein nationale Warengliederung zugrunde. Da zum Zeitpunkt der Ergänzungserhebung 1991 auch die WZ 93 noch nicht angewandt wurde, sind die hier vorgelegten Ergebnisse der Ergän-

²⁾ Diese speziellen Positionen sind

WZ-Position 52 11 1 = Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getranken und Tabakwaren ohne ausgeprägten Schwerpunkt,

WZ-Position 52 11 2 = Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getranke und Tabakwaren,

WZ-Position 52 12 1 = Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel),

WZ-Position 52 12 2 = Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel

WZ-Position 52 61 1 = Versandhandel mit Waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt

³⁾ Statistisches Bundesamt, Gruppe VA, Tel. (06 11) 75 28 62 (Horst Kruger) oder (06 11) 75 31 28 (Josef Lambert)

⁴⁾ CPA (Classification of Products by Activity) „Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, siehe Verordnung (EWG) Nr. 3696 vom 29. Oktober 1993, Amtsbl. der EG Nr. L 342 vom 31. Dezember 1993, S. 1 ff.

¹⁾ Siehe Fachserie 6 „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“, Reihe 3.2 „Beschäftigung, Umsatz, Wareneingang, Lagerbestand und Investitionen im Einzelhandel“, Berichtsjahr 1997

zungserhebung, Berichtsjahr 1997, weder hinsichtlich der Warengliederung noch hinsichtlich der Branchengliederung mit der vorangegangenen Ergänzungserhebung vergleichbar

Überblick über die Ergebnisse im Einzelhandel 1997

Die in der Ergänzungserhebung erfaßten, hochgerechnet rund 295.000 Unternehmen des Einzelhandels (ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen) erzielten 1997 95,7% ihres Umsatzes aus Einzelhandels-tätigkeit; nur sehr geringe Teile des Umsatzes wurden somit aus anderen Tätigkeiten erwirtschaftet (Großhandel, Handelsvermittlung, Produktion usw.). Der Wareneingang belief sich auf 428,5 Mrd. DM. Die durchschnittliche Rohertragsquote (Rohertrag bezogen auf den Umsatz von 623,3 Mrd. DM) betrug 31,6%. Es wurden Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von 77,9 Mrd. DM gezahlt. Daraus errechnet sich bei knapp 2,7 Mill. Beschäftigten ein Durchschnitt von 28.937 DM je Beschäftigten im Jahr 1997 für den Einzelhandel insgesamt. Dieser relativ niedrige Durchschnitt erklärt sich durch den hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten, der zur Zeit bei etwas über 50% liegt. Die Investitionssumme betrug 11,4 Mrd. DM; das entsprach 24 DM je 1.000 DM Umsatz. Die Kennziffer „Investitionen je 1.000 DM Umsatz“ schwankte in den letzten fünf Jahren nur geringfügig. Für die Lagerumschlagshäufigkeit im Einzelhandel insgesamt errechnete sich 1997 ein Wert von 5,5, das heißt, daß das Lager im Laufe des Jahres durchschnittlich 5,5 mal umgeschlagen wurde. Die Lagerumschlagshäufigkeit im Einzelhandel hat sich in den letzten fünf Jahren so gut wie nicht verändert.

Sortimentsstruktur der Branchen

Neben dem Kernsortiment, von dem die Zuordnung der Unternehmen zu den Branchen der WZ 93 abhängt, werden in aller Regel auch andere Waren geführt. Die Ergänzungserhebung ermöglicht es, die durchschnittliche Zusammensetzung des Sortiments jeder einzelnen Branche darzustellen. Umgekehrt gibt die Sortimentserhebung für jede einzelne Ware Aufschluß darüber, in welchen Bran-

chen sie gehandelt wird. Mit diesem Ansatz können somit zwei unterschiedliche Fragestellungen beantwortet werden, nämlich:

Fragestellung 1: „Mit welchen Waren handelt eine bestimmte Branche?“

Beispiel:

In der Branche „Einzelhandel mit Bekleidung“ (WZ-Position 52.42) wurden

- 76,1% des Umsatzes (41,2 Mrd. DM) aus dem Verkauf von Bekleidung erzielt,
- 1,3% des Umsatzes (703 Mill. DM) aus dem Verkauf von Schuhen,
- 0,1% des Umsatzes (33 Mill. DM) aus dem Verkauf von Büchern,

usw.

In den Tabellen der oben angegebenen Veröffentlichung werden sowohl absolute Umsatzwerte als auch Prozentwerte ausgewiesen (Anteil des Umsatzes einer Warenart am Umsatz der Branche insgesamt).

Fragestellung 2: „In welchen Branchen wird eine bestimmte Ware gehandelt?“

Beispiel:

Süßwaren wurden verkauft im

- Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel und Getränke (WZ-Position 52.11) für 11,8 Mrd. DM (79,9% des Süßwarenumsatzes),
- Einzelhandel mit Getränken (WZ-Position 52.25) für 119 Mill. DM (0,8% des Süßwarenumsatzes),
- Versandhandel (WZ-Position 52.61) für 46 Mill. DM (0,3% des Süßwarenumsatzes),

usw.

In den Tabellen der oben angegebenen Veröffentlichung werden sowohl absolute Umsatzwerte als auch Prozentwerte ausgewiesen (Anteil einer Branche am Umsatz der Warenart insgesamt).

Tabelle 1 Einzelhandelsumsatz 1997 nach Wirtschaftszweigen und Warengruppen (Prozent¹⁾)

Wirtschaftszweig Einzelhandel mit	Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	Arznei- mittel, medizinische, orthopädische und kosmetische Artikel	Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder- waren	Möbel, Haushalts- artikel, Beleuch- tungsartikel, Heimtextilien, Teppiche, nicht elektrische Haushaltsgeräte	Elektrische Haushalts- geräte, Rundfunk- und Fernseh- geräte, Magnet- bänder, CDs	Metallwaren, Anstrichmittel, Glas, Heimwerker- bedarf, Sanitärkeramik, Baustoffe	Bücher, Zeitungen, Schreibwaren, Büromöbel, Büromaschinen, Computer, Software	Sonstige Waren
Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	69,2	4,4	8,1	3,9	2,9	1,4	2,8	7,3
Fach-EH mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	93,5	1,0	0,2	0,3	0,1	0,0	3,9	1,0
Apotheken, Fach-EH mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	3,3	91,5	1,0	0,8	0,1	0,4	0,2	2,7
Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	0,5	0,3	32,2	22,5	7,9	9,8	7,0	19,8
Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)	0,9	–	6,0	4,5	0,7	0,4	0,5	87,0
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	16,4	2,2	24,6	10,4	7,2	2,4	5,2	31,6
Einzelhandel insgesamt ²⁾	34,4	10,8	17,3	10,9	4,8	4,4	4,3	13,1

¹⁾ Summe der Einzelhandelsumsätze insgesamt je Branche = 100% – ²⁾ Ohne Einzelhandel mit Kfz und ohne Tankstellen

Tabelle 2: Einzelhandelsumsatz 1997 nach Warengruppen und Wirtschaftszweigen

Warengruppe	Einzelhandelsumsatz insgesamt	Darunter im Einzelhandel mit						Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)
		Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	Fach-EH mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	Apotheken Fach-EH mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)		
Mill DM		"1)						
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	205 149	82,3	11,6	0,9	0,5	0,0	4,7	
Arzneimittel, medizinische, orthopädische und kosmetische Artikel	64 238	16,8	0,4	79,7	1,1	–	2,0	
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	102 786	19,2	0,1	0,5	66,3	0,0	13,9	
Möbel, Haushaltsartikel								
Beleuchtungsartikel, Heimtextilien, Teppiche, nicht elektrische Haushaltsgeräte	64 572	15,2	0,1	0,7	73,6	0,1	10,2	
Elektrische Haushaltsgeräte, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Magnetbänder, CDs	28 344	25,3	0,1	0,2	59,4	0,0	14,9	
Metallwaren, Anstrichmittel, Glas, Heimwerkerbedarf, Sanitärkeramik, Baustoffe	25 763	13,7	0,0	0,9	79,7	0,0	5,7	
Bücher, Zeitungen, Schreibwaren, Büromöbel, Büromaschinen, Computer	25 606	26,9	3,8	0,4	57,2	0,0	11,7	
Software	79 993	21,8	0,3	1,9	52,9	0,8	22,3	
Sonstige Waren								
Insgesamt ²⁾	596 451	41,0	4,3	9,4	35,5	0,1	9,8	
Nachrichtlich Einzelhandelsumsatz insgesamt nach Branchen ²⁾	596 451	244 265	25 501	55 981	211 683	776	58 246	

1) Anteil bezogen auf den Einzelhandelsumsatz insgesamt – 2) Ohne Einzelhandel mit Kfz und ohne Tankstellen

Einen zusammenfassenden Überblick über die Ergebnisse gemäß der oben erläuterten Fragestellung 1 enthält Tabelle 1. In ihr sind die WZ-3-Steller mit den auch in Schaubild 1 verwendeten Warengruppen kombiniert. Dasselbe gilt für Tabelle 2, die Angaben entsprechend der oben erläuterten Fragestellung 2 enthält. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß bestimmte Warenangebote stark auf wenige Branchen konzentriert sind und andere Waren dagegen sehr verteilt über die Branchen angeboten werden (siehe Tabelle 2). Das wird vor allem deutlich, wenn man einzelne Warenarten betrachtet. So werden zum Beispiel Spielwaren in sehr vielen Branchen angeboten und nur weniger als die Hälfte aller Spielwaren wird im Spielwaren-Facheinzelhandel verkauft (42,6% des Spielwarenumsatzes). Dieser Effekt ist noch stärker ausgeprägt bei Zeitungen und Zeitschriften, die in fast allen Branchen zum Sortiment gehören und nur zu 22% über den Facheinzelhandel mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf abgesetzt werden. Dagegen überrascht es nicht, daß Heizöl zu fast 90% vom entsprechenden Facheinzelhandel und Arzneimittel zu 96% durch Apotheken verkauft werden.

Die für die Sortimentserhebung 1997 im Einzelhandel verwendete Warengliederung ist in der Übersicht wiedergegeben. Sie enthält auch die prozentuale Aufteilung des Einzelhandelsumsatzes auf die Warenarten. Zugleich sind die Codenummern der Warenarten aufgelistet, um den Statistiknutzern das Wiederfinden der Warenarten in der umfangreichen Veröffentlichung zu erleichtern (die Codenummern sind dort ebenfalls angegeben).

Bei den Angaben in der Übersicht ist zu beachten, daß sich die Anteilswerte auf den Umsatz ohne den der Unternehmen des Kraftfahrzeughandels und ohne den der Tankstellen (= Einzelhandel im engeren Sinne) beziehen. Daher ist der Anteil des Umsatzes aus dem Verkauf von Kraft-

fahrzeugen und Kraftstoffen nur sehr gering. Es handelt sich hier um die Kraftfahrzeuge und Kraftstoffe, die nicht vom Kfz-Fachhandel verkauft wurden (z. B. Motorroller, die in Verbrauchermärkten verkauft wurden).

Es lassen sich viele Zusammenfassungen der Warenarten zu Warengruppen vorstellen, um einen besseren Überblick über die warenmäßige Absatzstruktur der Einzelhändler und damit gleichzeitig die Konsumgewohnheiten der Verbraucher zu gewinnen. Eine – neben vielen anderen möglichen – Zusammenfassung könnte sein:

- Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (Codenummern gemäß Übersicht: 201 bis 215);
- Arzneimittel; medizinische, orthopädische und kosmetische Artikel (Codenummern gemäß Übersicht: 301 bis 303);
- Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren (Codenummern gemäß Übersicht: 401 bis 405);
- Möbel, Haushaltsartikel, Beleuchtungsartikel, Heimtextilien, Teppiche, nichtelektrische Haushaltsgeräte (Codenummern gemäß Übersicht: 406 bis 412);
- Elektrische Haushaltsgeräte, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Magnetbänder, CDs (Codenummern gemäß Übersicht: 413 bis 415);
- Metallwaren, Anstrichmittel, Glas, Heimwerkerbedarf, Sanitärkeramik, Baustoffe (Codenummern gemäß Übersicht: 417 bis 422);
- Bücher, Zeitungen, Schreibwaren, Büromöbel, Büromaschinen, Computer, Software (Codenummern gemäß Übersicht: 423 bis 428);
- Sonstige Waren (Codenummern gemäß Übersicht: 416, 429 bis 609).

Übersicht Anteile der Warenarten am Einzelhandelsumsatz¹⁾ insgesamt, Berichtsjahr 1997

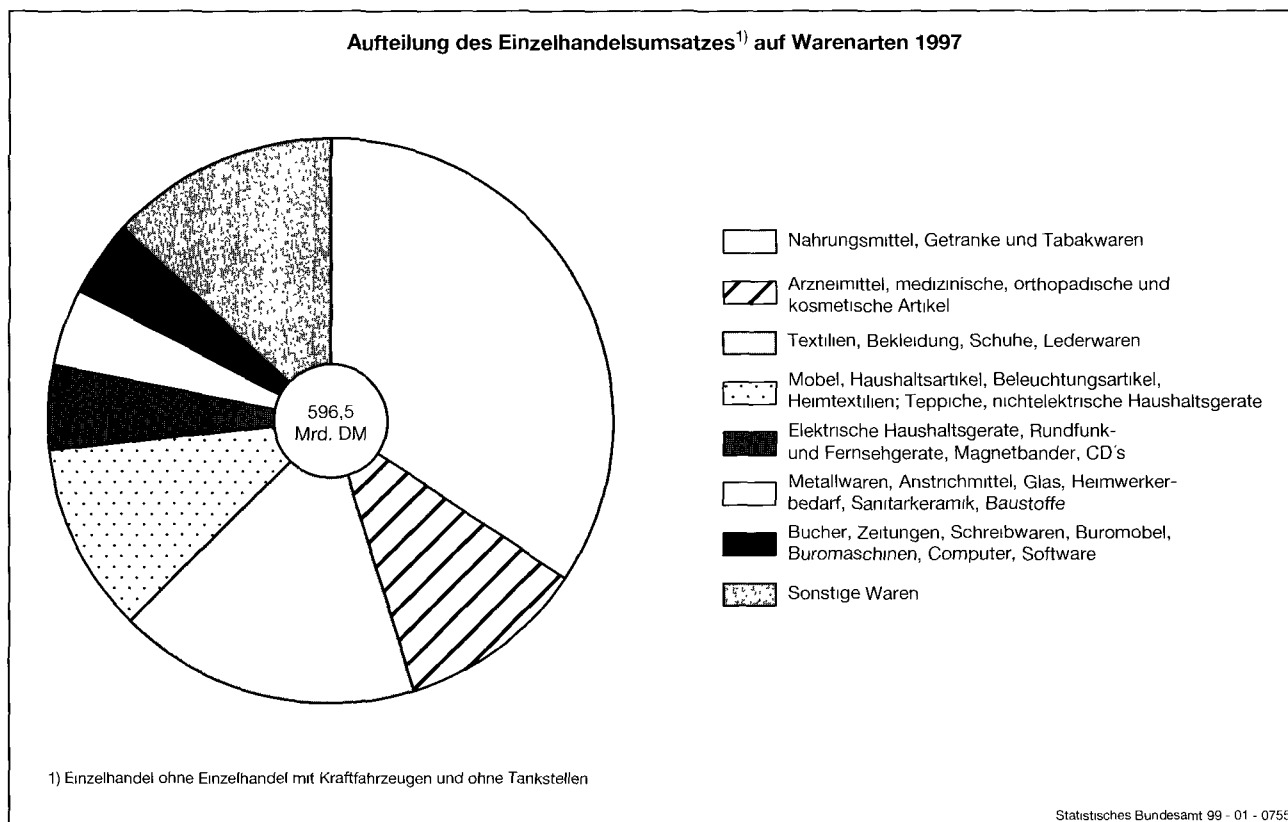
Code	Warenart	Anteil am Einzelhandelsumsatz insgesamt in %
	Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	34,4
201	Obst (auch tiefgefroren)	2,1
202	Gemüse und Kartoffeln (auch tiefgefroren)	1,9
203	Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild (auch tiefgefroren)	4,8
204	Fisch und Fischerzeugnisse (auch tiefgefroren)	0,8
205	Brot und Konditorwaren (auch tiefgefroren)	1,8
206	Süßwaren	2,4
207	Kaffee, Tee und Kakao	1,4
208	Mineralwasser, nichtalkoholische Getränke und Säfte	2,6
209	Spirituosen	1,4
210	Wein	1,3
211	Bier	1,6
212	Tabakwaren	2,9
213	Milch, Milcherzeugnisse und Eier	3,6
214	Öle und Fette	0,6
215	Sonstige Nahrungsmittel (auch tiefgefroren)	5,3
	Arzneimittel, medizinische, orthopädische und kosmetische Artikel	10,8
301	Arzneimittel	6,5
302	Medizinische und orthopädische Artikel	0,6
303	Kosmetische Artikel und Körperpflegemittel	3,7
	Waren, anderweitig nicht genannt	53,5
401	Textilien (ohne Kurzwaren)	3,6
402	Kurzwaren	0,4
403	Bekleidung	10,3
404	Schuhe	2,5
405	Leder- und Taschnerwaren sowie Reisezubehör	0,5
406	Wohnmöbel	5,9
407	Verschiedene Haushaltsartikel: Besteck, Geschir, Glas-, Porzellan- und Tonwaren	1,6
408	Beleuchtungsartikel	0,5
409	Vorhänge, Gardinen und sonstige Heimtextilien	1,3
410	Teppiche	0,6
411	Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren	0,4
412	Nichtelektrische Haushaltsgeräte, -artikel und -ausrüstungen, anderweitig nicht genannt	0,6
413	Elektrische Haushaltsgeräte	2,1
414	Audio-, Rundfunk-, Video- und Fernsehgeräte	2,0
415	Magnet- und Videobänder (bespielt und unbespielt), Schallplatten und Compact-Discs	0,7
416	Musikinstrumente und Noten	0,2
417	Metallwaren	0,6
418	Anstrichmittel	0,3
419	Glas	0,1
420	Heimwerkerbedarf	1,9
421	Sanitärkeramik	0,5
422	Baustoffe, anderweitig nicht genannt	1,0
423	Bücher	1,2
424	Zeitungen und Zeitschriften	0,9
425	Schreibwaren und Bürobedarf	0,9
426	Büromöbel	0,1
427	Büromaschinen und -einrichtungen	0,1
428	Computer und Standard-Software	1,1
429	Fotoartikel, optische und feinmechanische Artikel	1,4
430	Telekommunikationsausrüstungen	0,3
431	Uhren und Schmuck	1,3
432	Fahrräder	0,6
433	Sportartikel (ausgenommen Fahrräder)	0,9
434	Spielwaren	0,9
435	Reinigungsmittel, Tapeten und Fußbodenbeläge	1,0
436	Blumen, Pflanzen, Samereien und Düngemittel	1,8
437	Haustiere	0,1
438	Andenken	0,0
439	Flüssige Brennstoffe (Heizöl)	1,3
440	Gasförmige Brennstoffe	0,1
441	Feste Brennstoffe (Kohle und Holz)	0,1
442	Brotmarken und Mürzen	0,2
443	Gebrauchsgraphik, Bilder, Kunstgegenstände und kunstgewerbliche Erzeugnisse	0,3
444	Andere Nicht-Nahrungsmittel, anderweitig nicht genannt	1,5
	Antiquitäten und Gebrauchtwaren	0,3
501	Antiquitäten	0,1
502	Gebrauchte Bücher	0,0
503	Sonstige Gebrauchtwaren	0,2
	Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugteile und -zubehör, Kraftstoffe und Schmierole	1,1
601	Personenkraftwagen, neu	0,0
602	Personenkraftwagen, gebraucht	0,0
603	Wohnwagen und Wohnmobile	0,0
604	Reifen	0,1
605	Sonstige Kraftwagen- und -zubehör	0,1
606	Krafttrader, Teile und Zubehör	0,1
607	Motorenbenzin	0,3
608	Dieselmotoren	0,3
609	Schmierole	0,1

¹⁾ Einzelhandel ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen

Die Aufteilung des Einzelhandelsumsatzes auf diese Warengruppen ist in Schaubild 1 dargestellt. Auffallend, aber nicht überraschend ist, daß die Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren mit über einem Drittel (34,4%) des Umsatzes den weitaus größten Anteil auf sich vereinigen.

Selbst wenn man die Tabakwaren aus dieser Warengruppe herausnimmt, verändert sich das Bild kaum. Es verbleiben immer noch 31,5% Umsatzanteil für einen Warenkorb, den man kurz als „Ernährung“ charakterisieren konnte.

Schaubild 1



Betrachtet man die Ergebnisse der Sortimentserhebung im Detail, so kann für die meisten Branchen ein Produktschwerpunkt erkannt werden, der der jeweiligen WZ-Position entspricht (z.B. WZ-Position 52.33 „Einzelhandel mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln“ mit Produktschwerpunkt „kosmetische Artikel und Körperpflegemittel“, die 62,1% des Umsatzes dieser Branche ausmachen). Daneben führt aber jede Branche auch ein Randsortiment (z. B. WZ-Position 52.43 „Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren“ mit Randsortiment Sportartikel, die 1,2% des Umsatzes dieser Branche ausmachen) Grundsätzlich kann jede Branche nahezu jedes beliebige Randsortiment aufweisen, von wenigen Ausnahmen abgesehen (z. B. wurden keine elektrischen Haushaltsgeräte von Apotheken verkauft und keine Fleischwaren im Einzelhandel mit Möbeln) In den WZ-Positionen, die speziell für die Unternehmen mit breit gefächertem Sortiment geschaffen wurden (WZ-Positionen 52.11, 52.12), wurde erwartungsgemäß ein Warenangebot ermittelt, das sich über alle Warenarten erstreckt. Es handelt sich vorwiegend um die Einzelhandelsgroßformen wie Verbrauchermärkte, Kaufhäuser usw., die durch ein breites, aber wenig tiefes Sortiment gekennzeichnet sind.

Das Interesse der Nutzer der Ergänzungserhebung richtet sich erfahrungsgemäß vorwiegend auf Detailinformationen. Eine detaillierte Aufstellung findet der Leser bzw. die Leserin in Fachserie 6 „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“, Reihe 3.3 „Warensortiment sowie Bezugswege im Einzelhandel“. Im Einzelhandel gibt es 69 WZ-5-Steller, in der Ergänzungserhebung wurden 74 Warenarten ver-

wandt. Für alle Warenarten und Branchen werden absolute und prozentuale Werte ausgewiesen. Es gibt eine Aufstellung Warenarten nach Branchen und eine Aufstellung Branchen nach Warenarten. Derart tief gegliederte Detailinformationen werden im Rahmen des Auskunftsdienstes auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Bezugswege im Einzelhandel

Die Unternehmen des Einzelhandels insgesamt (ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen) bezogen 1997 Waren im Wert von 427,2 Mill. DM. 90,2% dieser Waren wurden von inländischen Lieferanten bezogen; nur 9,8% der Waren wurden direkt im Ausland gekauft, und dort überwiegend aus Ländern der Europäischen Union (EU) (siehe Tabelle 3 und Schaubild 2, beide auf der nächsten Seite). Bei den inländischen Lieferanten war der Großhandel der bedeutendste Lieferant. 61,9% der Warenbezüge wurden bei Großhändlern geordert.

Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (WZ-Position 52.1) kaufte 90,2% seiner Handelswaren im Inland, darunter 70,1% bei Großhändlern, 17,3% direkt bei Herstellern. Die Unternehmen des Facheinzelhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (WZ-Position 52.2) bezogen 97,7% ihrer Waren von inländischen Lieferanten, darunter 67,4% vom Großhandel, 18,0% von Herstellern, aber auch 3,3% direkt von landwirtschaftlichen Betrieben. Die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (WZ-Position 52.3) kauften fast ausschließlich im Inland (99,2% der Bezüge); 74,9% ihrer Waren bezogen sie von Groß-

Tabelle 3 Bezugswege 1997 im Einzelhandel

Anteile am Warenbezug insgesamt in %

Nummer der WZ 93	Wirtschaftszweig Einzelhandel mit	Waren wurden bezogen						
		von inländischen Lieferanten				von ausländischen Lieferanten		
		von Großhandelsunternehmen	von Industrie- und Handwerksunternehmen	von land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen	zusammen ¹⁾	von Lieferanten mit Sitz in der Europäischen Union	von Lieferanten mit Sitz außerhalb der Europäischen Union	zusammen
52 1	Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	70,1	17,3	0,7	90,2	6,0	3,8	9,8
52 2	Fach-EH mit Nahrungsmitteln usw (in Verkaufsräumen)	67,4	18,0	3,3	97,7	2,2	0,1	2,3
52 3	Apotheken, Fach-EH mit medizinischen Artikeln usw (in Verkaufsräumen)	74,9	20,4	0,0	99,2	0,4	0,4	0,8
52 4	Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	51,7	32,5	0,4	88,2	7,9	3,9	11,8
52 5	Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)	18,1	4,1	0,2	23,5	21,0	5,5	26,5
52 6	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	43,2	30,5	2,8	85,0	6,7	8,2	15,0
52	Einzelhandel insgesamt ²⁾	61,9	23,7	0,9	90,2	6,0	3,8	9,8

¹⁾ Einschl. anderer Lieferanten – ²⁾ Ohne Einzelhandel mit Kfz und ohne Tankstellen

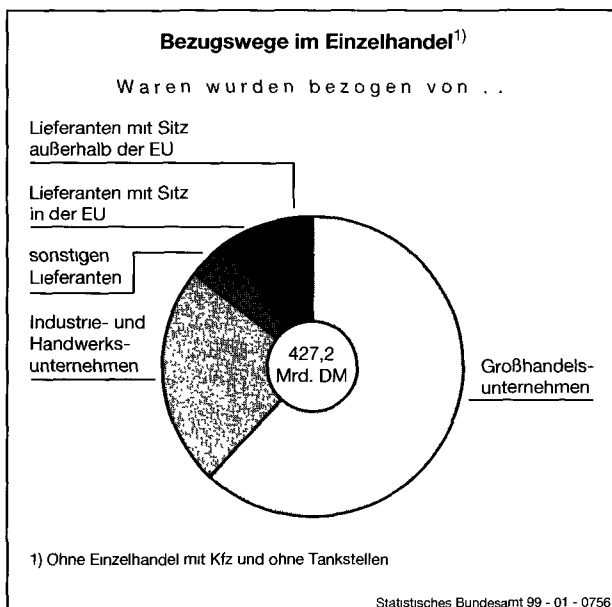
händlern Der sonstige Facheinzelhandel (WZ-Position 52.4) orderte 88,2% der von ihm gehandelten Waren bei inländischen Lieferanten, allerdings nur 51,7% von Unternehmen des Großhandels; 32,5%, also fast ein Drittel, bezog er auf direktem Wege – ohne Einschaltung des Großhandels – von Unternehmen des produzierenden Gewerbes. Es überrascht nicht, daß der Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren (WZ-Position 52.5) nur 18,1% seiner Waren von Großhändlern bezog; Antiquitäten und Gebrauchtwaren werden üblicherweise auf anderen Wegen bezogen (z. B. von Privatpersonen). Der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen (WZ-Position 52.6), zu dem auch der Versandhandel gehört, hatte den höchsten Anteil von Auslandseinkäufen (15,0% der Warenbezüge, wobei der größere Teil sogar aus dem Nicht-EU-Ausland stammte) und den – abgesehen vom Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren – geringsten Anteil von Bezügen über den Großhandel (43,2% der Warenbezüge). Er versorgte sich sehr stark durch Direktbezug von inländischen Herstellern (30,5% der Warenbezüge).

Schlußbemerkung

Die differenzierten Ergebnisse der Ergänzungserhebung, die auf nationaler Ebene bisher alle fünf bis sieben Jahre zur Verfügung gestellt wurden, werden von den Konsumenten der Statistik stark nachgefragt. Das wurde auch vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und den übrigen EU-Verwaltungen erkannt. Eine Erhebung vergleichbar der im vorliegenden Aufsatz beschriebenen Ergänzungserhebung wird daher in Zukunft auch zum Programm der EU-Strukturerhebungen gehören. Noch nicht abschließend entschieden ist allerdings insbesondere, wie detailliert die EU-einheitliche Waren-gliederung sein wird, in welcher Periodizität die Erhebung erfolgen wird und welches Jahr das erste sein wird, für das die EU-Mitgliedstaaten Ergebnisse liefern müssen.

Dipl.-Kaufmann Josef E. Lambertz

Schaubild 2



Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz

Vorbemerkung

Seit einiger Zeit wird in Deutschland erneut eine intensive Diskussion geführt, ob unser Bildungs- und Ausbildungswesen noch den aktuellen und kommenden Anforderungen gewachsen ist. Neben der traditionellen regulären Bildung in Schulen und Hochschulen gewinnen die verschiedenen Formen der Fort- und Weiterbildung zunehmend an Bedeutung. In diesem Kontext verfolgt das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) das Ziel, Personen bei der beruflichen Aufstiegsfortbildung entsprechend ihren Neigungen, Begabungen und Fähigkeiten finanziell zu unterstützen. Es trägt damit auch dazu bei, die politische Forderung nach Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung in die Tat umzusetzen. Das Gesetz wurde am 23. April 1996 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 623 ff.) verkündet und trat rückwirkend zum 1. Januar 1996 in Kraft. Eine weitere Zielsetzung dieses Leistungsgesetzes ist es, die berufliche Selbständigkeit zu fördern und einen Anreiz für Existenzgründungen, insbesondere im Handwerksbereich, zu geben. Wegen Parallelen zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird im Zusammenhang mit dem AFBG auch vielfach vom „Meister-BAföG“ gesprochen.

Der nachfolgende Beitrag gibt zunächst einen Überblick über die wesentlichen Punkte des Leistungsgesetzes und die in § 27 AFBG angeordnete Bundesstatistik. Danach folgt eine Darstellung ausgewählter Ergebnisse zu den Geförderten, zu deren persönlichen Merkmalen sowie zum finanziellen Aufwand.

1 Kriterien des Leistungsgesetzes

Das Gesetz richtet sich an Handwerker und andere Fachkräfte, die sich auf den Fortbildungsabschluß zu Handwerks- und Industriemeistern, Technikern, Fachkaufleuten oder Fachwirten (z. B. Betriebswirt) vorbereiten. Sie können die Aufstiegsförderung nach dem AFBG beantragen. Erforderlich ist eine nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) anerkannte, abgeschlossene Erstausbildung oder ein vergleichbarer Berufsabschluß. Gefördert werden Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe sowie der Haus- und Landwirtschaft. Sie müssen gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz oder nach Bundes- oder Landesrecht vorbereiten (Fortbildungsziele). Auch zahlreiche landesrechtlich geregelte Fortbildungen für Berufe im Gesundheitswesen, in der Sozialpflege und Sozialpädagogik sind förderungsfähig. Voraussetzung für die Förderung ist, daß der angestrebte Abschluß der Qualifizierungsmaßnahme über dem Niveau einer

Facharbeiter-, Gesellen- und Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegt. Zwischen Erstausbildung und Fortbildung muß ein fachlicher Zusammenhang bestehen, das heißt die Fortbildungsmaßnahme muß eine sinnvolle Ergänzung bzw. Weiterführung oder einen Ausbau der Erstausbildung bewirken. Der Besuch von Hochschulen und Fachhochschulen stellt keine berufliche Fortbildung im Sinne des AFBG dar. Dies gilt analog für vergleichbare Fortbildungsabschlüsse oberhalb des Niveaus der „Meister- bzw. Technikerebene“, die in der Regel nur über ein Studium erreicht werden, aber ausnahmsweise auch Bewerbern mit anerkanntem Ausbildungsabschluß und langjähriger Berufserfahrung offen stehen (z. B. Steuerberaterprüfungen).

Die Fortbildungsmaßnahmen können von öffentlichen und privaten Trägern angeboten werden. Neben Schulen und Instituten gehören hierzu auch Fernunterrichtsinstitute, sofern sie unter die Bestimmungen des Fernunterrichtsschutzgesetzes fallen. Alle diese Fortbildungsstätten vermitteln eine nach dem AFBG förderungsfähige Fortbildung, die zum beruflichen Aufstieg befähigt.

Ein weiteres Kriterium für eine Fortbildungsförderung ist die Gesamtstundendauer und die zeitliche Begrenzung der Maßnahme. Sie muß mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen. Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die ihre Fortbildung in Vollzeitform durchführen, müssen diese in der Regel innerhalb von 36 Monaten abgeschlossen haben. In Teilzeitform beträgt die Dauer 48 Monate. Ausnahmen von der monatlichen Begrenzung sind aufgrund besonderer Erschwernisse oder Anforderungen in Einzelfällen möglich. Werden Maßnahmen abwechselnd in Vollzeit- und Teilzeitform absolviert, dann legt die zuständige Stelle die Forderungshochstdauer und den maximalen Zeitrahmen individuell fest.

Die Leistungen nach dem AFBG sind je nach Art der Maßnahme (in Vollzeit oder Teilzeit) sowie der wirtschaftlichen und familiären Situation der Teilnehmer und Teilnehmerinnen unterschiedlich ausgestaltet. Jede Person kann, unabhängig von der Art der Maßnahme, ihrem Einkommen und Vermögen, einen sogenannten Maßnahmebeitrag in Form eines verzinslichen Bankdarlehens bis zu einer Höhe von 20 000 DM erhalten. Das Darlehen wird ausschließlich für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren gewährt. Leistungen zum Lebensunterhalt sind nur für Personen vorgesehen, die ihre Fortbildung in Vollzeit absolvieren. Die Höhe des monatlichen Unterhaltsbedarfs lehnt sich an den BAföG-Bedarfssatz für Fachschüler/-innen mit abgeschlossener Berufsausbildung an. Zum Beispiel können Alleinstehende (ohne Kind/er) monatlich maximal einen Forderungsbetrag von 1 085 DM erhalten.¹⁾

Die Unterhaltsbeiträge werden zum Teil als Zuschuß (beim angegebenen Beispiel in Höhe von 393 DM) und zum an-

¹⁾ Dieser teilt sich wie folgt auf: 570 DM Grundbedarf, 245 DM Wohnbedarf, 75 DM Zuschlag für höhere Miete, 80 DM Zuschlag für Krankenversicherung, 15 DM Zuschlag für die Pflegeversicherung und 100 DM Erhöhungsbetrag für Antragsteller. Das Beispiel gilt für das frühere Bundesgebiet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost belaufen sich die Beträge beim Wohnbedarf auf 85 DM und beim Zuschlag für die Krankenversicherung auf 70 DM. Grundlage ist das 19. BAföGAndG vom 25. Juni 1998.

deren Teil als verzinsliches Darlehen (beim angegebenen Beispiel 692 DM) gewährt. Für Verheiratete kommen zum Unterhaltsbedarf 420 DM und für jedes Kind (sofern ein Anspruch auf Kindergeld besteht) weitere 250 DM hinzu. Ein verheirateter Teilnehmer mit einem Kind kann somit bis zu 1 755 DM an monatlicher Förderungsleistung erhalten. Alleinerziehende können weiterhin einen monatlichen Zuschuß von bis zu 200 DM zu den notwendigen Kosten der Kinderbetreuung (durch Kindergarten oder Tagesmutter) erlangen. Grundsätzlich sind alle Unterhaltsbeiträge einkommens- und vermögensabhängig. Sie reduzieren sich daher um etwaige anrechenbare Einkommen des Teilnehmers und seines Ehegatten und um das anrechenbare Vermögen des Teilnehmers.

Für die Darlehensauszahlung ist die Deutsche Ausgleichsbank zuständig. Sie schließt einen privatrechtlichen Darlehensvertrag mit dem jeweiligen Antragsteller und zahlt das Darlehen aus. Der bzw. die Geforderte kann frei entscheiden, ob und in welcher Höhe er bzw. sie das Darlehen in Anspruch nimmt. Er bzw. sie kann auch auf ein geringeres Darlehen zurückgreifen, als ihm bzw. ihr zusteht. Die Deutsche Ausgleichsbank ist verpflichtet, mit dem jeweiligen „Darlehensnehmer“ auf dessen Wunsch einen Darlehensvertrag bis zur bewilligten Höhe zu schließen (Kontrahierungszwang). Die Hälfte der Darlehenssumme für die Prüfungs- und Lehrgangsgebühren (Maßnahmebeitrag) kann Geforderten, die bestimmte Voraussetzungen nach Abschluß ihrer Fortbildungsmaßnahme erfüllen, erlassen werden. Hierzu muß der jeweilige Darlehensnehmer innerhalb von zwei Jahren nachweisen, daß er bzw. sie ein Unternehmen neu gegründet oder übernommen hat. Er bzw. sie muß das Unternehmen mindestens ein Jahr geführt und am Ende dieses Jahres mindestens zwei Personen für die Dauer von mindestens vier Monaten sozialversicherungspflichtig beschäftigt haben.

2 Statistische Rechtsgrundlage

Über die Förderung wird gemäß § 27 AFBG eine Bundesstatistik durchgeführt. Die Statistik erfaßt jährlich zum Stichtag 31. Dezember für das vorausgegangene Kalenderjahr für jeden Geförderten (Vollzeit- und Teilzeitfälle) folgende Erhebungsmerkmale: Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, bisheriger Ausbildungsabschluß (Erstausbildung), Fortbildungsstätte, Fortbildungsziel, Beginn und Ende der Maßnahme, Art und Höhe des Maßnahmebeitrages und Kinderbetreuungszuschuß.

Darüber hinaus werden für alle Vollzeitfälle weitere Angaben zum sozialen und finanziellen Hintergrund der Geforderten und ihrer Ehegatten sowie die Höhe und Zusammensetzung des finanziellen Bedarfs der Geforderten und der errechneten Förderbeträge ermittelt.

Auskunftspflichtig sind die zuständigen Stellen für die Förderung – u. a. die Ämter für Ausbildungsförderung bei den Kreisen und kreisfreien Städten, die Landesämter für Ausbildungsförderung, die Handwerkskammer Hamburg sowie die Investitionsbank Schleswig-Holstein.

Die Statistik dient vorrangig der Analyse der Wirksamkeit des Gesetzes und der Ermittlung des künftigen Änderungs- und Anpassungsbedarfs. Außerdem werden die aus der Statistik gewonnenen Informationen in einem Bericht an den Deutschen Bundestag über die Umsetzung und Inanspruchnahme des AFBG dargestellt.

Die Statistik wird als Sekundärstatistik durchgeführt. Das Statistische Bundesamt bereitet im Auftrag von Bund und Ländern jährlich die Daten über die Inanspruchnahme des AFBG entsprechend den Vorschriften des § 27 AFBG auf. Hierzu stellen die mit der Berechnung der Förderungsbeträge beauftragten Landesrechenzentren der amtlichen Statistik – jeweils Ende Juli – Auszüge aus deren Eingabedaten und Rechenergebnissen in anonymisierter Form zur Verfügung. Die im Statistischen Bundesamt eingehenden Daten sind aufgrund der erfolgten Leistungsberechnungen in den Landesrechenzentren bereits weitgehend plausibilisiert. Sie werden aber im Statistischen Bundesamt nochmals einer Prüfung unterzogen, um die Qualität der Ergebnisse sicherzustellen. Insgesamt sind die Arbeitsabläufe so aufeinander abgestimmt, daß die Aufbereitung der Ergebnisse sehr zügig erfolgen kann.

Erste Bundesergebnisse werden als Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes allen Interessierten zur Verfügung gestellt. Hieran schließen sich weitere Auswertungen mit tiefer strukturierten Daten an, die den zuständigen Ressorts in Bund und Ländern, u. a. dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, sowie den Statistischen Landesämtern übermittelt werden. Die Veröffentlichung der Ergebnisse in der Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 8 „Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz“ schließt die jeweilige Auswertung der AFBG-Statistik im Statistischen Bundesamt ab.

Erste Bundesergebnisse werden als Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes allen Interessierten zur Verfügung gestellt. Hieran schließen sich weitere Auswertungen mit tiefer strukturierten Daten an, die den zuständigen Ressorts in Bund und Ländern, u. a. dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, sowie den Statistischen Landesämtern übermittelt werden. Die Veröffentlichung der Ergebnisse in der Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 8 „Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz“ schließt die jeweilige Auswertung der AFBG-Statistik im Statistischen Bundesamt ab.

3 Ergebnisse der AFBG-Statistik

3.1 Entwicklung der Gefördertenzahlen von 1996 bis 1998

Die nachfolgende Ergebnisdarstellung befaßt sich mit der aktuellen Statistik von 1998 und nimmt für ausgewählte Tatbestände Vergleiche zu den Vorjahren vor.

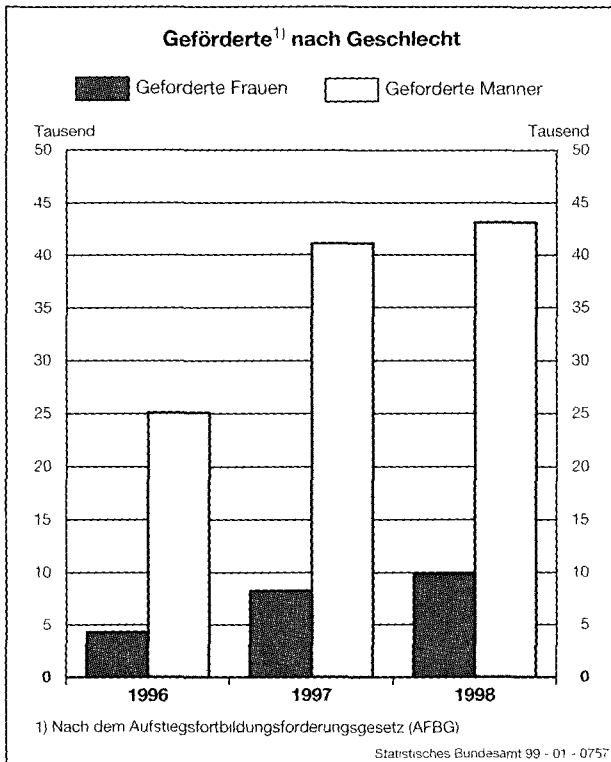
Im ersten Jahr der Förderung, 1996, wurden knapp 30 000 Personen gefördert. Die eigentlichen Antragszahlen dürften in diesem Jahr jedoch höher gewesen sein. Dies zeigt auch die im zweiten Jahr der Erhebung auf knapp 50 000 (+ 68 %) gestiegene Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen 1997. Auch im aktuellen Berichtsjahr 1998 erfolgte nochmals ein Anstieg auf rund 53 000 Personen (+ 7,4 %).

Tabelle 1 Geförderte¹⁾ nach Geschlecht

Gegenstand der Nachweisung	1996		1997		1998	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Geförderte insgesamt	29 427	100	49 346	100	52 976	100
Männer	25 115	85,3	41 084	83,3	43 088	81,3
Frauen	4 312	14,7	8 262	16,7	9 888	18,7
Vollzeitfälle zusammen	19 309	100	31 312	100	32 150	100
Männer	16 566	85,8	26 300	83,9	26 413	82,2
Frauen	2 743	14,2	5 012	16,1	5 737	17,8
Teilzeitfälle zusammen	10 118	100	18 134	100	20 826	100
Männer	8 549	84,5	14 884	82,1	16 675	80,1
Frauen	1 569	15,5	3 250	17,9	4 151	19,9

¹⁾ Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Schaubild 1



Obwohl die Anzahl der Frauen an den Fortbildungsmaßnahmen mit rund 10000 im Jahr 1998 (rund 19% aller Geförderten) noch vergleichsweise gering war, sind die Steigerungen bei diesem Personenkreis im Vergleich zu den Vorjahren beachtlich. So erhöhte sich im Berichtsjahr 1997 der Anteil der Frauen, die an einer beruflichen Fortbildung teilnahmen, um rund 92% gegenüber dem Vorjahr (1996). Auch 1998 betrug die Zunahme gegenüber 1997 immerhin noch rund 20%.

Entgegen der ursprünglichen Annahme des Gesetzgebers²⁾ wählte der weit überwiegende Teil der Geförderten eine Fortbildungsmaßnahme in Vollzeitform, nach der an mindestens fünf Werktagen in der Woche 25 Stunden Unterricht erteilt wird. Im aktuellen Berichtsjahr 1998 besuchten 32 150 Personen (rund 61%) Veranstaltungen in Vollzeitform. Eine Fortbildung in Teilzeitform, bei der binnen sechs Monaten mindestens 150 Stunden Unterricht erteilt werden müssen, absolvierten 20 826 Personen (39%). 1996 betrug dieser Anteil 34%. Damit hat sich der Anteil der Teilzeitgeförderten nur geringfügig erhöht. Der Anteil der Männern und Frauen an den Teilnehmern von Voll- bzw. Teilzeitfortbildungen entsprach – auch im Zeitvergleich von 1996 bis 1998 – weitgehend ihrem Anteil an den Geförderten insgesamt.

Bei der Interpretation und Verwendung der Ergebnisse sind eine Reihe von Besonderheiten der statistischen Zuordnung zu beachten. Die angebotenen Fortbildungen können abschnittsweise in Vollzeit- oder auch in Teilzeit-

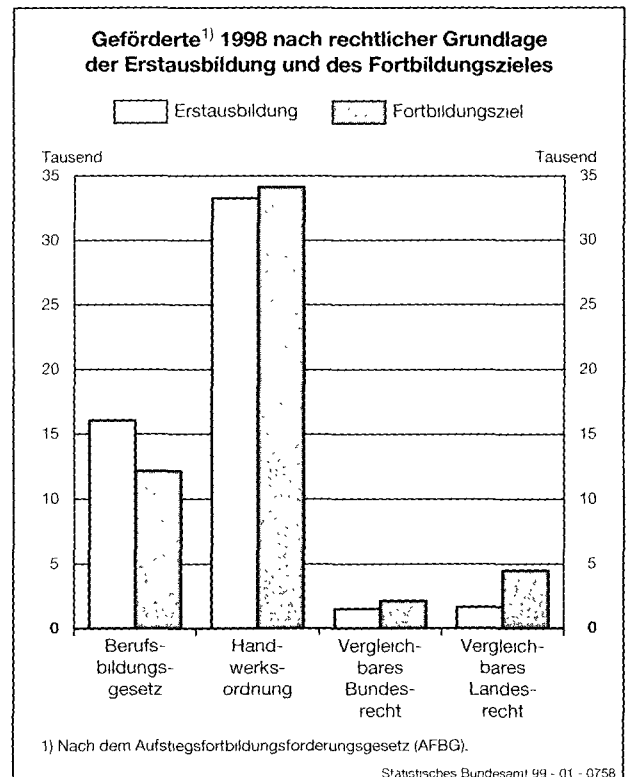
²⁾ Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1137 – Unterrichtung durch die Bundesregierung – Bericht über die Umsetzung und Inanspruchnahme des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), S. 6

form absolviert werden und sich über mehrere Jahre erstrecken. Zudem kann eine Fortbildungsmaßnahme auch mehrere Abschnitte umfassen, obwohl ein Bewilligungszeitraum längstens zwölf Monate betragen kann. Als Folge davon muß ein Geförderter, insbesondere als Teilzeitfall, gegebenenfalls auch mehrere Anträge während einer schon laufenden Fortbildungsmaßnahme stellen, wenn sich die Voraussetzungen für die Bewilligung der Förderung geändert haben. Daher stimmt die Zahl der Anträge und Bewilligungen nicht mit der Zahl der in der Statistik nachgewiesenen Geförderten überein. Personen mit mehrjährigen Fortbildungslaufzeiten zählen in jedem Jahr, in dem sie eine Leistung bzw. eine Förderungsmaßnahme nach dem AFBG in Anspruch genommen haben, zum Statistikbestand der Geförderten. So sind zum Beispiel im Gefördertenbestand von 1998 auch diejenigen enthalten, die eine Bewilligung für eine Fortbildung erhalten haben, die bereits 1997 begonnen wurde, aber erst 1998 endete und deren Leistung, zum Beispiel für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, auch bereits 1997 bewilligt wurde. Dieser Personenkreis wird demnach in mehreren Berichtsjahren zu den Geförderten gezählt. Diese Besonderheiten erschweren eine eindeutige und im Zeitablauf vergleichbare statistische Erfassung und Aufbereitung der Daten.

3.2 Struktur der Geförderten nach Erstausbildung, Fortbildungszielen und Fortbildungsstätten

Eine Förderung nach dem AFBG setzt nicht voraus, daß die geförderte Person ihre Fortbildung nach derselben Rechtsgrundlage (Fortbildungsziel) wie bei der Erstausbildung (z. B. Berufsbildungsgesetz) vollzieht. Es muß jedoch zwischen Erstausbildung und Fortbildung ein fach-

Schaubild 2



licher Zusammenhang bestehen. Der weitaus überwiegende Teil der im Jahr 1998 Geförderten hatte zuvor eine Erstausbildung nach der Handwerksordnung durchlaufen (etwa 33 300 Personen oder 63 % aller Fortbildungsteilnehmenden). Da andererseits 34 150 Geförderte (65 %) auch eine Aufstiegsfortbildung nach der „Handwerksordnung“ absolvierten, kann davon ausgegangen werden, daß Personen mit einer Erstausbildung nach der „Handwerksordnung“ in der Regel auch eine Aufstiegsfortbildung nach diesem Fortbildungsziel durchgeführt haben.

Hierunter fallen klassische Handwerksberufe wie zum Beispiel Maler und Lackierer, Friseur, Kraftfahrzeugmechaniker und Tischler, die als Fortbildungsziel den Maler- und Lackierermeister, Friseurmeister, Kraftfahrzeugmechanikermeister und Tischlermeister anstreben.³⁾

Von den Geförderten des Jahres 1998 hatten außerdem 16 041 Personen (rund 30 %) eine Erstausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz absolviert (z. B. als Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel bzw. im Einzelhandel oder als Industrie- oder Bankkaufmann/-kauffrau). An Maßnahmen mit einem Fortbildungsziel nach dem Berufsbildungsgesetz (etwa zum Fachkaufmann/-kauffrau, Industriefachwirt/-in, Bankfachwirt/-in oder Betriebswirt/-in) nahmen 1998 hingegen nur knapp 12 180 Personen (23 % der Geförderten) teil. Nach sonstigem Bundes- und Landesrecht beendeten 1 515 (2,9 %) bzw. 1 662 (3,1 %) Geförderte ihre Erstausbildung. Hierunter fallen insbesondere Ausbildungen für Berufe im Gesundheitswesen (z. B. Krankenschwester, -pfleger) sowie im Bereich der Sozialpflege (z. B. Altenpfleger/-in). Ein Fortbildungsziel nach vergleichbarem Bundesrecht strebten 1998 2 145 (4 %) und nach vergleichbarem Landesrecht rund 4 500 (8,5 %) Teilnehmer und Teilnehmerinnen an. Ein Fortbildungsziel nach sonstigen landesrechtlichen Bestimmungen kann darüber hinaus auch über den Besuch von Fachschulen erreicht werden (z. B. mit Abschluß als staatlich geprüfter Betriebswirt oder Techniker). Eine Fachschulausbildung ist allerdings nur dann förderungsfähig, wenn sie eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt und eine vertiefte berufliche Fachausbildung vermittelt. Die deutlich höheren Gefördertenzahlen nach Landesrecht im Vergleich zu den entsprechenden Erstausbildungen belegen die Attraktivität auch dieser Fortbildungsmaßnahmen.

Der Nachweis der Geförderten nach Fortbildungsstätten gibt Auskunft über die Trägerschaft der Einrichtungen. So besuchten rund 23 800 Personen (45 %) öffentliche Institute (z. B. Meisterkurse der Handwerkskammern), die überwiegend eine Fortbildungsmaßnahme im Handwerksbereich anboten. Auf öffentliche Schulen (Fachschulen) entfielen 15 345 Teilnehmer und Teilnehmerinnen (29 %). Hier wurden insbesondere Fortbildungsmaßnahmen für Techniker/-innen und Fachwirte/-wirtinnen angeboten. Etwa jede(r) vierte Geförderte führte die Fortbildungsmaßnahme an einer privaten Schule oder Institution durch.

Tabelle 2: Geförderte¹⁾ 1998 nach Erstausbildung, Fortbildungszielen und Fortbildungsstätten

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt		Vollzeitfälle		Teilzeitfälle	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
nach Erstausbildung						
Berufsbildungsgesetz	16 041	30,3	8 343	26,0	7 698	37,0
Handwerksordnung	33 288	62,6	21 395	66,5	11 893	57,1
Bundesrecht	1 515	2,9	344	2,3	571	2,7
Landesrecht	1 662	3,1	1 278	4,0	384	1,8
Sonstiger Nachweis	470	0,9	190	0,6	280	1,3
Insgesamt	52 976	100	32 150	100	20 826	100
nach Fortbildungszielen						
Berufsbildungsgesetz	12 178	23,0	6 095	19,0	6 083	29,2
Handwerksordnung	34 154	64,5	20 965	65,2	13 189	63,3
Bundesrecht	2 145	4,0	1 439	4,5	697	3,3
Landesrecht	4 499	8,5	3 642	11,3	957	4,6
Insgesamt	52 976	100	32 150	100	20 826	100
nach Fortbildungsstätten						
Öffentliche Schulen	15 345	29,0	11 818	36,8	3 527	16,9
Private Schulen	4 474	8,4	3 183	9,9	1 291	6,2
Öffentliche Institute	23 816	45,0	12 903	40,1	10 913	52,4
Private Institute	8 764	16,5	4 225	13,1	4 539	21,8
Fernlehrgang an öffentlichen Instituten	112	0,2	15	0,0	97	0,5
Fernlehrgang an privaten Instituten	162	0,3	6	0,0	456	2,2
Auslandstil	3	0,0	-	-	3	0,0
Insgesamt	52 976	100	32 150	100	20 826	100

¹⁾ Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Eine Fortbildung nach „Handwerksordnung“ und eine nach „vergleichbarem Bundesrecht“ werden von den Voll- und Teilzeitgeförderten annähernd im gleichen Umfang in Anspruch genommen. Deutlichere Unterschiede zeigen sich dagegen bei den Fortbildungszielen „Berufsbildungsgesetz“ und „vergleichbares Landesrecht“. Während 19 % aller Vollzeitgeförderten ein Fortbildungsziel nach dem Berufsbildungsgesetz anstrebten, waren dies bei den Teilzeitgeförderten immerhin mehr als 29 %. 11 % aller Vollzeitgeförderten, aber nur 4 % der Teilzeitgeförderten erhielten eine Aufstiegsfortbildung nach „vergleichbarem Landesrecht“.

3.3 Finanzieller Aufwand der Förderung

Das gesamte Finanzvolumen der Aufstiegsförderung nach dem AFBG umfaßte 1998 gut 342 Mill. DM. Davon wurden 47,8 Mill. DM (rund 14 %) als Zuschüsse ausgezahlt und 294,7 Mill. DM als Darlehen bewilligt. Bei den nachgewiesenen Darlehen handelt es sich ausschließlich um sogenannte Darlehenszusagen, die von Seiten der zuständigen Institutionen bewilligt wurden. Jede(r) Forderungsberechtigte kann selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe er bzw. sie eine Darlehenszusage in Anspruch nimmt. Das tatsächliche, von der Deutschen Ausgleichsbank ausgezahlte Darlehen wird von der amtlichen Statistik jedoch nicht erfaßt, weil die Deutsche Ausgleichsbank nicht in den Meldeweg einbezogen ist. Die folgenden Darlehensangaben beziehen sich somit auf die Höhe der insgesamt bewilligten Darlehen (potentiellen Darlehen) ohne Rücksicht darauf, ob sie auch tatsächlich in Anspruch genommen wurden.

Der Intention des Gesetzes entsprechend wurden für Vollzeitgeförderte erheblich höhere Leistungen aufgewandt. Mit etwa 282 Mill. DM bekamen Vollzeitgeförderte rund 82 % der gesamten Förderungsleistungen. Davon entfielen

³⁾ Die AFBG-Statistik ermöglicht aufgrund der Datenlage nur einen Nachweis nach den vorgegebenen vier Fortbildungszielen: Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung, vergleichbares Bundesrecht und vergleichbares Landesrecht. Angaben zu einzelnen Fortbildungsberufen, z. B. nach der Handwerksordnung, können nicht dargestellt werden.

Tabelle 3 Finanzieller Aufwand, Darlehen und Zuschuß sowie durchschnittlicher jährlicher Förderungsbetrag der Geförderten¹⁾ 1998

Finanzieller Aufwand	Einheit	Geförderte insgesamt	Vollzeitfälle	Teilzeitfälle
insgesamt	1 000 DM	342 440	281 951	60 489
Darlehen	1 000 DM	294 683	242 650	52 033
Zuschuß	1 000 DM	47 757	39 321	8 436
Durchschnittlicher jährlicher Förderungsbetrag insgesamt	DM	7 472	8 937	4 237
Maßnahmebeitrag (Darlehen)	DM	3 646	3 399	4 191
Unterhaltsbeitrag				
Darlehen	DM	2 785	4 030	-
Zuschuß	DM	1 036	1 501	-
Kinderbetreuungszuschuß	DM	6	6	5

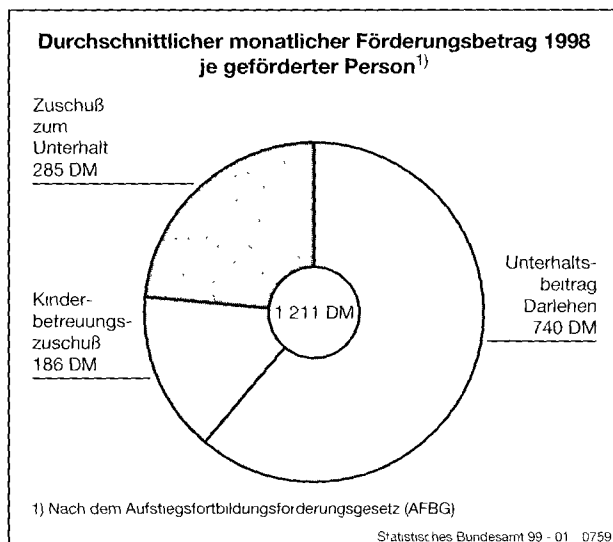
¹⁾ Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

knapp 243 Mill. DM auf Darlehen und 39 Mill. DM auf Zuschüsse. Auf Teilzeitgeförderte entfielen rund 60,5 Mill. DM, die zu 52 Mill. DM als Darlehen und zu knapp 8,5 Mill. DM als Zuschuß gewährt wurden.

Insgesamt erhielt jede(r) Geförderte im Jahr 1998 im Durchschnitt rund 7 500 DM Förderungsleistungen. Knapp die Hälfte davon (3 646 DM) waren Darlehen zu den Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (Maßnahmebeitrag Darlehen). Beim Unterhaltsbeitrag entfielen 2 785 DM auf Darlehen und 1 036 DM wurden als Zuschuß gezahlt.

Vollzeitgeförderte erhielten im Jahr 1998 im Durchschnitt knapp 9 000 DM an Förderungsleistungen. Davon entfielen rund 3 400 DM auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (Maßnahmebeitrag Darlehen), 4 000 DM auf das Darlehen zum Unterhalt und 1 500 DM auf den Zuschuß zum Unterhalt. Die Förderungsleistungen für Teilzeitgeförderte betragen durchschnittlich 4 237 DM. Hiern sind allerdings auch Beträge für Unterhaltsleistungen enthalten, die aufgrund von sogenannten „Wechselfällen“ ausgelöst wurden. Dies sind Geförderte, die im Laufe des Berichtsjahres ihre Fortbildung von Voll- auf Teilzeitform umgestellt haben und bis dahin Unterhaltsleistungen bezogen hatten.

Schaubild 3



Neben den genannten Jahresleistungen interessieren auch die monatlichen Förderungsmittel, aus denen die Geförderten, die solche monatlichen Leistungen

erhalten, zumindest teilweise, ihren Lebensunterhalt bestreiten. Der durchschnittliche monatliche Beitrag zum Lebensunterhalt und zur Kinderbetreuung betrug für jeden Geförderten 1998 1 211 DM (dann war der Maßnahmebeitrag für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren nicht enthalten). Der weitaus überwiegende Betrag mit 740 DM (61 %) wurde als Darlehen gewährt. Als Zuschuß wurden 285 DM (etwa 24 %) und für Kinderbetreuung 186 DM (rund 15 %) ausgezahlt.

3.4 Persönliche Merkmale der Geförderten

Die Altersstruktur der Geförderten 1998 zeigt, daß das AFBG insbesondere von Personen bis zum 30. Lebensjahr in Anspruch genommen wurde. Gut 57 % aller Geförderten und immerhin 64 % der Vollzeitgeförderten gehörten zu dieser Altersgruppe. Dagegen war der Anteil der über 35-jährigen mit etwa 17 % aller Geförderten und 12 % der Vollzeitgeförderten relativ niedrig. In diesem Alter ist möglicherweise die Aufstiegsfortbildung bereits abgeschlossen oder es wurden berufliche Positionen erreicht, die eine Fortbildung nach den Zielen des AFBG nicht mehr lohnend erscheinen lassen. Ein weiterer Grund könnte sein, daß die wirtschaftliche oder familiäre Situation in diesem Alter eine – wenn auch zeitlich begrenzte – vollständige Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit nur schwer ermöglicht. Dafür spricht, daß der Anteil der Teilzeitgeförderten in dieser Altersgruppe mit knapp 25 % deutlich höher als bei den Vollzeitgeförderten ist. Aufgrund der persönlichen Berufs- und Lebenssituation wurde von Personen über 35 Jahre überwiegend eine berufliche Weiterbildung in Teilzeitform (rund 57 %) durchgeführt.

Tabelle 4 Geförderte¹⁾ nach Altersgruppen

Alter von bis unter Jahren	Insgesamt		Vollzeitfälle		Teilzeitfälle	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 20	348	0,7	297	0,9	51	0,2
20 – 25	8 815	16,6	6 491	20,2	2 324	11,2
25 – 30	21 210	40,0	13 924	43,3	7 286	35,0
30 – 35	13 644	26,8	7 569	23,5	6 075	29,2
35 – 40	6 198	11,7	2 820	8,8	3 378	16,2
40 und mehr	2 761	5,2	1 049	3,3	1 712	8,2
Insgesamt	52 976	100	32 150	100	20 826	100

¹⁾ Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Angaben zum Familienstand und zu den Kindern liegen nur für Vollzeitgeförderte vor. Sie sollen Auskunft über den familiären und sozialen Hintergrund geben, um den Bedarf nach dem AFBG für den Lebensunterhalt zu ermitteln. Gut drei Viertel (rund 24 800) aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren 1998 alleinstehend. Hierzu zählten ledige, dauernd getrennt lebende, verwitwete und geschiedene Personen. 3,5 % aller Alleinstehenden (866 Frauen und Männer) hatten ein oder mehrere Kinder. Die Gruppe der Verheirateten umfaßte 7 357 Personen (etwa 23 % aller Vollzeitfälle). Hiervon hatten 4 210 Geförderte (57 % aller Verheirateten) ein oder mehrere Kinder.

Von 5 737 weiblichen Vollzeitgeförderten waren 87 % (4 991) alleinstehend und 13 % (746) verheiratet. Bei den Männern war der Anteil der Alleinstehenden mit 75 % deutlich niedriger und der Anteil der Verheirateten mit 25 % entsprechend höher als bei den Frauen. Von den Vollzeitgeförderten

ten insgesamt waren knapp 17 % der Teilnehmer Väter mit einem oder mehreren Kindern, aber nur 12 % der Teilnehmerinnen waren Mütter.

Tabelle 5 Geforderte (Vollzeitfälle¹⁾) 1998 nach Familienstand und Zahl der Kinder

Familienstand Zahl der Kinder	insgesamt		Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Alleinstehende Geforderte (Vollzeitfälle) ohne Kinder	23 927	96,5	19 233	97,1	4 694	94,0
mit einem Kind	643	2,6	440	2,2	203	4,1
mit mehreren Kindern	223	0,9	129	0,7	94	1,9
Zusammen	24 793	100	19 802	100	4 991	100
Verheiratete Geforderte (Vollzeitfälle) ohne Kinder	3 147	42,8	2 778	42,0	369	49,5
mit einem Kind	1 950	26,5	1 799	27,2	151	20,2
mit mehreren Kindern	2 260	30,7	2 034	30,8	226	30,3
Zusammen	7 357	100	6 611	100	746	100
Geforderte (Vollzeitfälle) insgesamt ohne Kinder	27 074	84,2	22 011	83,3	5 063	88,3
mit einem Kind	2 593	8,1	2 239	8,5	354	6,2
mit mehreren Kindern	2 483	7,7	2 163	8,2	320	5,6
insgesamt	32 150	100	26 413	100	5 737	100

¹⁾ Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Der insgesamt geringe Anteil der Geforderten mit Kindern dürfte einerseits stark mit dem Alter zusammenhängen. Die Geforderten waren überwiegend unter 30 Jahre alt und gehörten damit einer Altersgruppe an, die vornehmlich ledig und (noch) kinderlos ist. Andererseits könnte es sein, daß die Förderbedingungen keinen hinreichenden Anreiz zu einer stärkeren Beteiligung, insbesondere von Frauen, an beruflichen Aufstiegsfortbildungsmaßnahmen darstellen. Dies dürfte vor allem auf alleinerziehende Frauen, die ihre Fortbildungswünsche mit familiären Verpflichtungen in Einklang bringen müssen, zutreffen ⁴⁾

Die Dauer der Aufstiegsfortbildung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Art der Maßnahme, die entweder in Voll- oder in Teilzeitform durchgeführt wird ⁵⁾ Etwa jede(r) dritte Geforderte des Berichtsjahres 1998 befindet sich in einer Weiterbildungsmaßnahme bis zu einem Jahr. 38 % der Teilnehmer und Teilnehmerinnen absolvieren eine Fortbildung mit einer Dauer von ein bis zwei Jahren, weitere 23 % wollen die Aufstiegsförderung in drei Jahren abschließen. Der hohe Anteil von Personen, die ihre Maßnahme innerhalb von zwei Jahren abschließen wollen, erklärt sich vor allem daraus, daß über 60 % aller Geforderten Vollzeitgeförderte sind, deren Forderungsdauer in der Regel auf zwei Jahre begrenzt ist. Fast jede(r) zweite Vollzeitgeförderte befindet sich in einer Fortbildungsmaßnahme mit einer Dauer bis zu 12 Monaten, weitere 38 % in einer solchen bis zu 24 Monaten. Fortbildungsmaßnahmen in Teilzeitform dauern naturgemäß länger. Sie werden deshalb bis zu vier Jahren gefördert. Für knapp 7 % der Teilzeit-

⁴⁾ Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1137 – Unterrichtung durch die Bundesregierung – Bericht über die Umsetzung und Inanspruchnahme des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), S. 33

⁵⁾ Bei der folgenden Darstellung ist zu berücksichtigen, daß die im Berichtsjahr 1998 in der Statistik nachgewiesenen Geforderten ihre Fortbildungsmaßnahme zum Teil erst in den Folgejahren abschließen.

geförderten dauert die Maßnahme bis zu 12 Monate, für weitere 38 % 12 bis 24 Monate und für 39 % 24 bis 36 Monate

Tabelle 6. Geforderte¹⁾ 1998 nach Dauer der Maßnahme

Dauer der Maßnahme von bis unter Monaten	insgesamt		Vollzeitfälle		Teilzeitfälle	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 – 6	2 842	5,4	2 754	8,6	88	0,4
6 – 12	13 830	26,7	12 508	39,9	1 322	5,3
12 – 18	8 835	16,7	5 632	17,5	3 203	15,4
18 – 24	11 392	21,5	6 721	20,9	4 671	22,1
24 – 36	12 274	23,2	4 149	12,9	8 125	39,0
36 – 49	3 675	6,9	371	1,2	3 304	15,9
49 und mehr	126	0,2	13	0,0	113	0,5
Ohne Angabe	2	0,0	2	0,0	–	–
insgesamt	52 476	100	32 150	100	20 826	100

¹⁾ Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

In begründeten Ausnahmefällen kann für Vollzeitgeförderte die Zweijahresfrist und für Teilzeitgeförderte die Vierjahresfrist überschritten werden. Als Gründe für eine Fristverlängerung werden u. a. Schwangerschaft, die Erziehung, Pflege und Betreuung eines Kindes, eine Behinderung oder eine schwere Krankheit des Teilnehmers anerkannt.

Nur etwa 3 % aller Geforderten im Jahr 1998 waren ausländische Staatsangehörige. Das erscheint im Vergleich zur ausländischen Bevölkerung und auch zu den ausländischen Erwerbspersonen wenig. Bei den teilzeitgeförderten Ausländern fiel der Anteil mit 3,4 % geringfügig höher aus, bei den Vollzeitgeförderten mit 2,7 % etwas geringer. Die überwiegende Zahl der Ausländer und Ausländerinnen stammte aus „Nicht-EU-Ländern“.

Tabelle 7: Geforderte¹⁾ 1998 nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	insgesamt		Vollzeitfälle		Teilzeitfälle	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutsche	51 474	97,0	31 279	97,3	20 125	96,6
Ausländer/-innen	1 572	3,0	671	2,7	701	3,4
davon aus						
EU-Ländern	683	1,3	381	1,2	302	1,5
Nicht-EU-Ländern	889	1,7	490	1,5	399	1,9
insgesamt	52 976	100	32 150	100	20 826	100

¹⁾ Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Ausländische Bewerber und Bewerberinnen, die zum berechtigten Personenkreis der AFBG-Förderung zählen (z. B. Flüchtlinge, anerkannte Asylberechtigte und EU-Ausländer), können grundsätzlich eine Förderung in gleicher Weise wie deutsche Anspruchsberechtigte erhalten. Sonstige Ausländer/-innen müssen sich vor Beginn der Maßnahme insgesamt fünf Jahre rechtmäßig im Inland aufgehalten haben und mindestens fünf Jahre erwerbstätig gewesen sein. Die Zulassungsregelungen, zum Beispiel für eine Meisterprüfung, setzen demgegenüber nur eine dreijährige Berufstätigkeit voraus. „Damit werden vor allem ausländische Facharbeiter und Facharbeiterinnen (z. B. Automechaniker, Friseurinnen etc.), die sich häufig bereits seit ihrer Geburt in Deutschland aufhalten, gegenüber ihren deutschen Kollegen und Kolleginnen benachteiligt.“ ⁶⁾ Dies

⁶⁾ Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1137 – Unterrichtung durch die Bundesregierung – Bericht über die Umsetzung und Inanspruchnahme des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), S. 30 f.

mag ein Grund für den geringen Anteil der Ausländer/-innen an den AFBG-Geförderten sein. Weitere Gründe für die niedrige Beteiligung von Ausländern und Ausländerinnen könnten die geringe Transparenz des Leistungsgesetzes, Schwierigkeiten bei der Antragstellung sowie der Umstand sein, daß die Forderung überwiegend als Darlehen vergeben wird.

Betriebswirt (grad) Udo Kleinegees

Ausgaben für Gesundheit 1997

Mit diesem Beitrag setzt das Statistische Bundesamt seine jährliche detaillierte Berichterstattung über die öffentlichen und privaten Ausgaben für Gesundheit in Deutschland fort

Für die Darstellung wurden, wie in den Vorjahren, wieder alle verfügbaren Quellen ausgewertet, die Informationen über die Gesundheitsleistungen der öffentlichen und privaten Ausgabenträger enthalten. Methodik und Darstellungsform haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Zunächst wird die Struktur der Gesundheitsausgaben im Hinblick auf die Leistungsarten (z. B. Behandlung, Krankheitsfolgeleistungen) und Ausgabenträger (z. B. Öffentliche Haushalte, gesetzliche Krankenversicherung) untersucht und dann die Entwicklung der Aufwendungen im Zeitverlauf analysiert. Schließlich wird mittels bestimmter Kennzahlen eine Verbindung zu wichtigen ökonomischen und demographischen Größen hergestellt.

Die Zahlen des Jahres 1996 wurden anhand der inzwischen vorliegenden aktuellen Daten überarbeitet. Die Ergebnisse für 1997 sind – da einige Datenquellen häufiger revidiert werden – teilweise noch vorläufig.

Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland insgesamt. Aufgrund fehlender Vergleichsdaten sind beim längerfristigen Vergleich und bei einigen Indikatoren ausschließlich Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet dargestellt.

Neben der Berichterstattung in dieser Zeitschrift werden die Ergebnisse regelmäßig, tief gegliedert, in der Fachserie 12 „Gesundheitswesen“, Reihe S 2 „Ausgaben für Gesundheit“, veröffentlicht.

Im Rahmen der neuen, im Aufbau befindlichen Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Statistischen Bundesamtes wurden die Ausgaben für Gesundheit der Jahre 1980, 1992 und 1994 nach einem neuen methodischen Konzept berechnet und dargestellt, das insbesondere auch im Hinblick auf die internationale Vergleichbarkeit der Daten stärker an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angelehnt ist. Diese Daten sind mit der Darstellung in diesem Beitrag nicht direkt vergleichbar. Es ist vorgesehen, beide Berechnungen in einem späteren Beitrag gegenüberzustellen und die methodischen Abweichungen darzulegen, um dann künftig eine einheitliche Berechnung auf Basis der neuen GBE-Konzeption vorzunehmen.

1 Struktur der Ausgaben 1997

Insgesamt wurden 1997 für das Gesundheitswesen in Deutschland 516,6 Mrd. DM ausgegeben, hiervon 439,6 Mrd. DM bzw. 85,1% im früheren Bundesgebiet und 77,0 Mrd. DM bzw. 14,9% in den neuen Ländern.

Die Gesundheitsausgaben blieben 1997 infolge von gesetzlichen Maßnahmen, Sporbemühungen der Ausgabenträger und der rückläufigen Entwicklung wichtiger ausgabenrelevanter Faktoren wie der Krankmeldungen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,9% unter den Aufwendungen des Vorjahres.

1.1 Leistungsarten

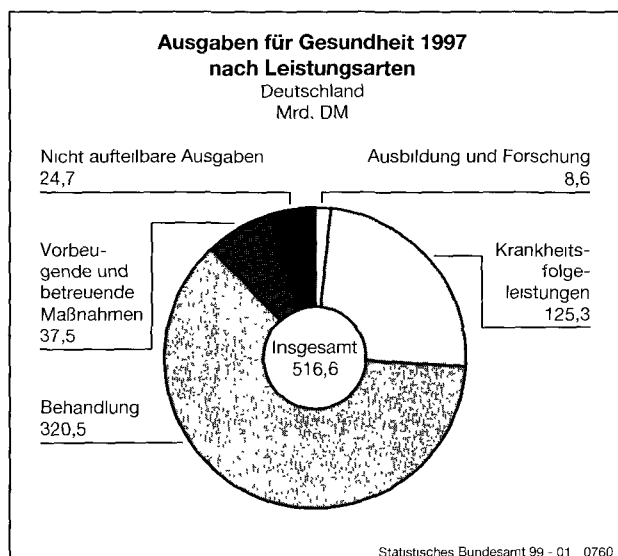
Für den wichtigsten Teilsektor des Gesundheitswesens, die medizinische Behandlung, wurden 1997 320,5 Mrd. DM aufgewendet, das sind 62,0% der Gesamtausgaben (siehe Tabelle 1 und Schaubild 1 sowie die Tabellen im Anhangteil auf S. 695* ff.). Der Anteil erhöhte sich gegenüber 1996 um 2,5 Prozentpunkte. Auf Krankenhäuser einschließlich Hochschulkliniken entfielen hiervon 129,3 Mrd. DM oder 40,3%. 93,7 Mrd. DM (29,2%) beanspruchte die ambulante Behandlung, 69,6 Mrd. DM (21,7%) kosteten Arz-

Tabelle 1: Ausgaben¹⁾ für Gesundheit nach Leistungsarten

Leistungsart	Früheres Bundesgebiet						Deutschland		
	1970	1980	1990	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Mill. DM									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	3 684	11 072	19 840	34 981	37 329	31 767	42 080	44 386	37 495
Behandlung	35 464	111 234	178 194	248 056	264 968	274 271	291 188	310 335	320 490
Krankheitsfolgeleistungen	26 500	59 886	86 625	116 858	111 074	104 744	139 501	132 853	125 333
Ausbildung und Forschung	955	3 156	5 488	7 370	7 577	7 515	8 555	8 760	8 553
Nicht aufteilbare Ausgaben	3 071	7 260	13 247	21 764	21 411	21 349	25 305	24 946	24 708
Insgesamt	69 674	192 608	303 394	429 029	442 359	439 646	506 629	521 280	516 579
%									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	5,3	5,7	6,5	8,2	8,4	7,2	8,3	8,5	7,3
Behandlung	50,9	57,6	58,7	57,8	59,9	62,4	57,5	59,5	62,0
Krankheitsfolgeleistungen	38,0	31,1	28,6	27,2	25,1	23,8	27,5	25,5	24,3
Ausbildung und Forschung	1,4	1,6	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
Nicht aufteilbare Ausgaben	4,4	3,8	4,4	5,1	4,8	4,9	5,0	4,8	4,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1970 = 100									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	100	301	539	950	1 013	862	-	-	-
Behandlung	100	314	502	699	747	774	-	-	-
Krankheitsfolgeleistungen	100	226	327	441	419	395	-	-	-
Ausbildung und Forschung	100	330	575	772	793	787	-	-	-
Nicht aufteilbare Ausgaben	100	236	431	709	695	693	-	-	-
Insgesamt	100	276	435	616	635	631	-	-	-

¹⁾ Summe der Ausgaben aller Institutionen (Gebietskörperschaften, öffentliche und private Arbeitgeber, gesetzliche und private Versicherungen, private Haushalte) im Gesundheitsbereich bereinigt – zur Vermeidung von Doppelzahlungen – insbesondere um Zuschüsse und Erstattungen der Gebietskörperschaften an die verschiedenen Versicherungsträger und um Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten.

Schaubild 1



neien, Heil- und Hilfsmittel Außerdem wurden für Zahn- ersatzleistungen 19,5 Mrd DM und für stationäre Kur- behandlungsmaßnahmen 8,4 Mrd DM ausgegeben

Der Anteil der Krankheitsfolgeleistungen ging da- gegen 1997 um 1,2 Prozentpunkte auf 24,3% der Ge- samttaufwendungen zurück Insgesamt wurden hierfür 125,3 Mrd. DM ausgegeben Mit 43,2 Mrd. DM entfielen 34,5% dieser Leistungen auf die Entgeltfortzahlung, auf die vorzeitigen Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit 37,8 Mrd DM (30,1%), auf Rehabilitationsmaßnahmen 22,4 Mrd DM (17,8%).

Für Maßnahmen der Vorbeugung und Betreu- ung wurden 1997 insgesamt 37,5 Mrd DM ausgegeben,

7,3% aller Ausgaben für Gesundheit Dazu zählten in erster Linie die Aufwendungen für Pflegemaßnahmen in Höhe von 22,5 Mrd DM sowie die Leistungen öffentlicher und privater Gesundheitsdienste mit einem Betrag von 6,6 Mrd DM.

Auf die Ausbildung des medizinischen Personals (Är- ztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Apotheke- rinnen und Apotheker, Therapeutinnen/Therapeuten, Mas- seurinnen/Masseur, Krankengymnastinnen/-gymnasten) an Universitäten und Fachschulen sowie auf die medizini- sche Forschung in und außerhalb von Hochschulen entfielen 8,6 Mrd DM oder 1,7% der gesamten Aufwen- dungen für den Gesundheitssektor

Nicht den einzelnen genannten Leistungsarten zuzuord- nen waren 24,7 Mrd DM, vorwiegend Verwaltungsaufwand und Investitionsausgaben der Versicherungsträger.

1.2 Träger der Gesundheitsausgaben

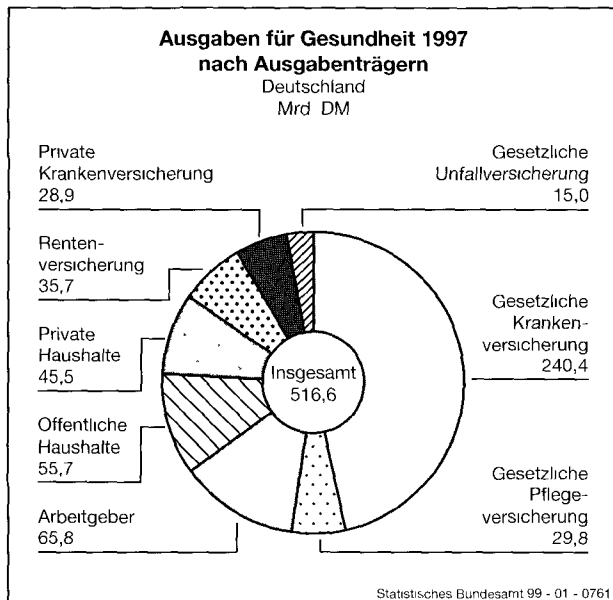
Mit Abstand größter Ausgabenträger war mit 240,4 Mrd. DM oder 46,5% aller Gesundheitsausgaben die gesetz- liche Krankenversicherung (GKV)(siehe Tabellen 2 bis 4 und Schaubild 2). Rund 84% der GKV-Leistungen entfielen mit 202,1 Mrd. DM auf Behandlungsmaßnahmen Dabei stand mit 86,6 Mrd DM die Krankenbehandlung in Krankenhäusern und Hochschulkliniken im Vordergrund, gefolgt von der ambulanten Behandlung durch Ärzte, Zahnärzte und sonstige Heilpersonen mit 61,1 Mrd. DM. Für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel mußten 44,4 Mrd. DM auf- gebracht werden. Neben der Behandlung finanzierten die gesetzlichen Krankenkassen krankheitsbedingte Folge- leistungen von 16,8 Mrd. DM sowie Maßnahmen zur Ge- sundheitsvorsorge, Krankenpflege und Mutterschaftshilfe in Höhe von 7,9 Mrd. DM.

Tabelle 2: Ausgaben¹⁾ für Gesundheit nach Ausgabenträgern

Ausgabenträger	Früheres Bundesgebiet						Deutschland		
	1970	1980	1990	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Mrd. DM									
Öffentliche Haushalte ²⁾	9 871	26 069	40 492	52 101	52 088	45 955	63 677	63 762	55 669
Gesetzliche Krankenversicherung	24 712	88 427	139 843	197 165	202 924	199 689	237 174	244 323	240 382
Gesetzliche Pflegeversicherung	-	-	-	8 824	17 504	23 880	11 030	21 879	29 796
Rentenversicherung	6 561	11 853	20 089	29 832	29 395	27 338	38 730	38 162	35 696
Gesetzliche Unfallversicherung	2 520	6 042	8 857	13 734	13 929	14 446	14 446	14 659	14 962
Private Krankenversicherung	3 616	8 815	17 188	24 663	25 152	26 960	26 086	26 858	28 863
Arbeitgeber	16 495	37 968	53 354	68 092	62 501	59 292	76 399	69 706	65 760
Private Haushalte	5 899	13 434	23 571	34 618	38 866	42 312	39 087	41 931	45 451
Insgesamt	69 674	192 608	303 394	429 029	442 359	439 646	506 629	521 280	516 579
%									
Öffentliche Haushalte ²⁾	14,2	13,5	13,3	12,1	11,8	10,5	12,6	12,2	10,8
Gesetzliche Krankenversicherung	35,5	45,9	46,1	46,0	45,9	45,4	46,8	46,9	46,5
Gesetzliche Pflegeversicherung	-	-	-	2,1	4,0	5,4	2,2	4,2	5,8
Rentenversicherung	9,4	6,2	6,6	7,0	6,6	6,2	7,6	7,3	6,9
Gesetzliche Unfallversicherung	3,6	3,1	2,9	3,2	3,1	3,2	2,9	2,8	2,9
Private Krankenversicherung	5,2	4,6	5,7	5,7	5,7	6,1	5,1	5,2	5,6
Arbeitgeber	23,7	19,7	17,6	15,9	14,1	13,5	15,1	13,4	12,7
Private Haushalte	8,5	7,0	7,8	8,1	8,8	9,6	7,7	8,0	8,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1970 = 100									
Öffentliche Haushalte ²⁾	100	264	410	528	528	466	-	-	-
Gesetzliche Krankenversicherung	100	358	566	798	821	808	-	-	-
Gesetzliche Pflegeversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rentenversicherung	100	181	306	455	448	417	-	-	-
Gesetzliche Unfallversicherung	100	240	351	545	553	564	-	-	-
Private Krankenversicherung	100	244	475	682	686	746	-	-	-
Arbeitgeber	100	230	323	413	379	359	-	-	-
Private Haushalte	100	228	400	587	659	717	-	-	-
Insgesamt	100	276	435	616	635	631	-	-	-

¹⁾ Ausgabenabgrenzung siehe Fußnote zu Tabelle 1 - ²⁾ Ohne Arbeitgeberleistung, abzüglich Pflegesatzentnahmen (funktionale Abgrenzung)

Schaubild 2



Die Ausgaben der öffentlichen und privaten Arbeitgeber für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichten 1997 65,8 Mrd. DM, was einem Anteil von 12,7% aller Gesundheitsausgaben entspricht. Gut 65% dieser Aufwendungen entfielen auf die Entgeltfortzahlung in Höhe von 43,2 Mrd. DM. Die öffentlichen Arbeitgeber gaben darüber hinaus 14,4 Mrd. DM über Beihilfen und Fürsorgeleistungen für Behandlungsmaßnahmen aus. Daneben wurden vorzeitige Renten an öffentlich Bedienstete bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit in Höhe von 5,6 Mrd. DM finanziert. Der betriebliche Gesundheitsdienst kostete die Arbeitgeber 1997 2,2 Mrd. DM.

Die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden sowie der Bundesanstalt für Arbeit brachten neben den zuvor genannten Leistungen an ihre Arbeitnehmer im Jahr 1997 weitere 55,7 Mrd. DM (10,8% aller Gesundheitsleistungen) für gesundheitsbezogene Maßnahmen auf. Der Schwerpunkt lag mit 19,5 Mrd. DM bei den Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Rehabilitation

und bei der Finanzierung der Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit 12,3 Mrd. DM. Daneben trugen die öffentlichen Haushalte 8,6 Mrd. DM für die Ausbildung des medizinischen Personals und für die gesundheitsbezogene Forschung, 6,9 Mrd. DM für Maßnahmen zur Pflege sowie 3,7 Mrd. DM für den öffentlichen Gesundheitsdienst.

Faßt man mit diesen Leistungen auch die Gesundheitsausgaben der öffentlichen Arbeitgeber, die vorzeitigen Pensionen und die Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst sowie die gesamten, nicht um die Pflegeeinzahlungen bereinigten Ausgaben für den Krankenhaussektor zusammen, so ergibt sich für 1997 ein Gesamtvolumen aller öffentlichen Gesundheitsausgaben in Höhe von 147,5 Mrd. DM.

Die Träger der Rentenversicherung (Arbeiter-, Angestellten- und knappschaftliche Rentenversicherung, landwirtschaftliche Alterskassen und ergänzende Versicherungssysteme) finanzierten neben ihren Zahlungen zur Altersversorgung 1997 auch Gesundheitsleistungen in Höhe von 35,7 Mrd. DM. Im Vordergrund standen dabei die Rentenzahlungen bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit mit 26,4 Mrd. DM und die Ausgaben für die stationäre Kurbehandlung in Höhe von 4,9 Mrd. DM.

Mit 28,9 Mrd. DM waren die Träger der privaten Krankenversicherung (PKV) an den gesamten Gesundheitsausgaben beteiligt. Rund 70% bzw. 20,1 Mrd. DM dieser Aufwendungen entfielen auf Behandlungsleistungen. 2,3 Mrd. DM gab die PKV für Krankentage- und Krankenhaustagegelder aus.

Die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV) beliefen sich im Jahr 1997 auf 29,8 Mrd. DM bzw. 5,8% der gesamten Gesundheitsausgaben. Der Schwerpunkt der Leistungen lag mit 14,4 Mrd. DM bei den betreuenden Maßnahmen in Form von Sachleistungen und Pflegegeldern sowie bei den stationären Behandlungsmaßnahmen in Höhe von 13,0 Mrd. DM.

Die gesetzliche Unfallversicherung (GUV) finanzierte 1997 Gesundheitsmaßnahmen in Höhe von 15,0 Mrd. DM. Dabei standen Renten und Abfindungen an Verletzte mit 5,1 Mrd. DM, Behandlungsmaßnahmen mit 4,0 Mrd. DM

Tabelle 3: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Gesundheit nach Leistungsarten

Leistungsart	Früheres Bundesgebiet						Deutschland		
	1970	1980	1990	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Mrd. DM									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	838	2 603	4 637	7 419	7 447	6 849	8 570	8 497	7 882
Behandlung	19 440	73 367	116 560	161 072	166 695	167 642	193 953	201 095	202 128
Krankheitsfolgeleistungen	3 110	8 464	11 015	17 039	17 282	13 998	20 357	20 667	16 790
Nicht aufteilbare Ausgaben	1 324	3 993	7 631	11 635	11 500	11 200	14 294	14 064	13 582
Insgesamt	24 712	88 427	139 843	197 165	202 924	199 689	237 174	244 323	240 382
%									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	3,4	2,9	3,3	3,8	3,7	3,4	3,6	3,5	3,3
Behandlung	78,7	83,0	83,4	81,7	82,1	84,0	81,8	82,3	84,1
Krankheitsfolgeleistungen	12,6	9,6	7,9	8,6	8,5	7,0	8,6	8,5	7,0
Nicht aufteilbare Ausgaben	5,3	4,5	5,4	5,9	5,7	5,6	6,0	5,7	5,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1970 = 100									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	100	311	553	885	889	817	-	-	-
Behandlung	100	377	600	829	857	862	-	-	-
Krankheitsfolgeleistungen	100	272	354	548	556	450	-	-	-
Nicht aufteilbare Ausgaben	100	302	576	879	869	846	-	-	-
Insgesamt	100	358	566	798	821	808	-	-	-

und Maßnahmen der Unfallverhütung mit 1,3 Mrd DM im Vordergrund.

Über die Ausgaben der privaten Haushalte liegen keine originären statistischen Nachweise vor. Die Daten wurden daher den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entnommen und – zur Vermeidung von Doppelzahlungen – um bereits an anderer Stelle des Berichtssystems nachgewiesene Ausgabenbeträge (Beihilfen der öffentlichen Arbeitgeber, Ausgaben der PKV) bereinigt. Die Aufteilung nach Leistungsarten erfolgte mit Hilfe von Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Danach brachten die privaten Haushalte 1997 neben ihren Versicherungsbeiträgen zur gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung und zur gesetzlichen Pflegeversicherung 45,5 Mrd DM direkt für die Gesundheit auf

1.3 Finanzverflechtungen zwischen den Trägern der Gesundheitsausgaben

Aus Schaubild 3 auf S. 976 geht hervor, welche Finanzverflechtungen zwischen den primären Ausgabenträgern (öffentliche Haushalte, Arbeitgeber, private Haushalte) sowie den Versicherungsträgern (GKV, GPV, Rentenversicherung, GU, PKV) einerseits und der Ebene der Gesundheitsproduzenten (Ärztinnen/Ärzte, Zahnärztinnen/-ärzte, Krankenhäuser, Apotheken u. a.) und den Letztverbrauchern von Gesundheitsleistungen (Patientinnen und Patienten) andererseits bestehen. Es zeigt, daß 387 Mrd DM der Gesamtausgaben in Höhe von rund 517 Mrd DM in Form von Sachleistungen (insbesondere ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Krankenhausbehandlung, Versorgung mit Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln und Zahn-

ersatz, Vorsorge- sowie Rehabilitationsmaßnahmen) den Patientinnen und Patienten unmittelbar zugute kamen. 275 Mrd. DM davon zahlten die Träger der Versicherungsebene, 50 Mrd. DM die öffentlichen Haushalte, 45 Mrd. DM die privaten Haushalte und 17 Mrd. DM die Arbeitgeber. Neben diesen Sachleistungen flossen Einkommensleistungen (vorwiegend Entgeltfortzahlung, vorzeitige Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Krankengeld, Übergangsgelder, Pflegegeld und Mutterschaftsgeld) in Höhe von rund 105 Mrd. DM an die Kranken, Pflegebedürftigen und sonstigen Berechtigten. Daran waren die gesetzlichen und privaten Versicherungen mit 50 Mrd. DM, die Arbeitgeber mit 49 Mrd. DM und die öffentlichen Haushalte mit 6 Mrd. DM beteiligt.

Schaubild 3 verdeutlicht auch, daß sämtliche Gesundheitsleistungen letztlich von den privaten Haushalten, den Arbeitgebern und von den öffentlichen Haushalten finanziert wurden. Die Ausgaben der Versicherungsebene („Sekundärfinanzierer“) wurden vollständig über Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber sowie über Zuschüsse der öffentlichen Hand gedeckt. Nach dieser Berechnung beliefen sich die Gesamtaufwendungen der privaten Haushalte auf rund 230 Mrd. DM, die der Arbeitgeber auf etwa 192 Mrd. DM und die der öffentlichen Haushalte auf rund 95 Mrd. DM.

2 Ausgabenentwicklung

Im Jahr 1997 wurden in Deutschland mit 516,6 Mrd. DM 0,9% weniger als ein Jahr zuvor für die Gesundheit ausgegeben. Der Rückgang der Aufwendungen resultiert einer-

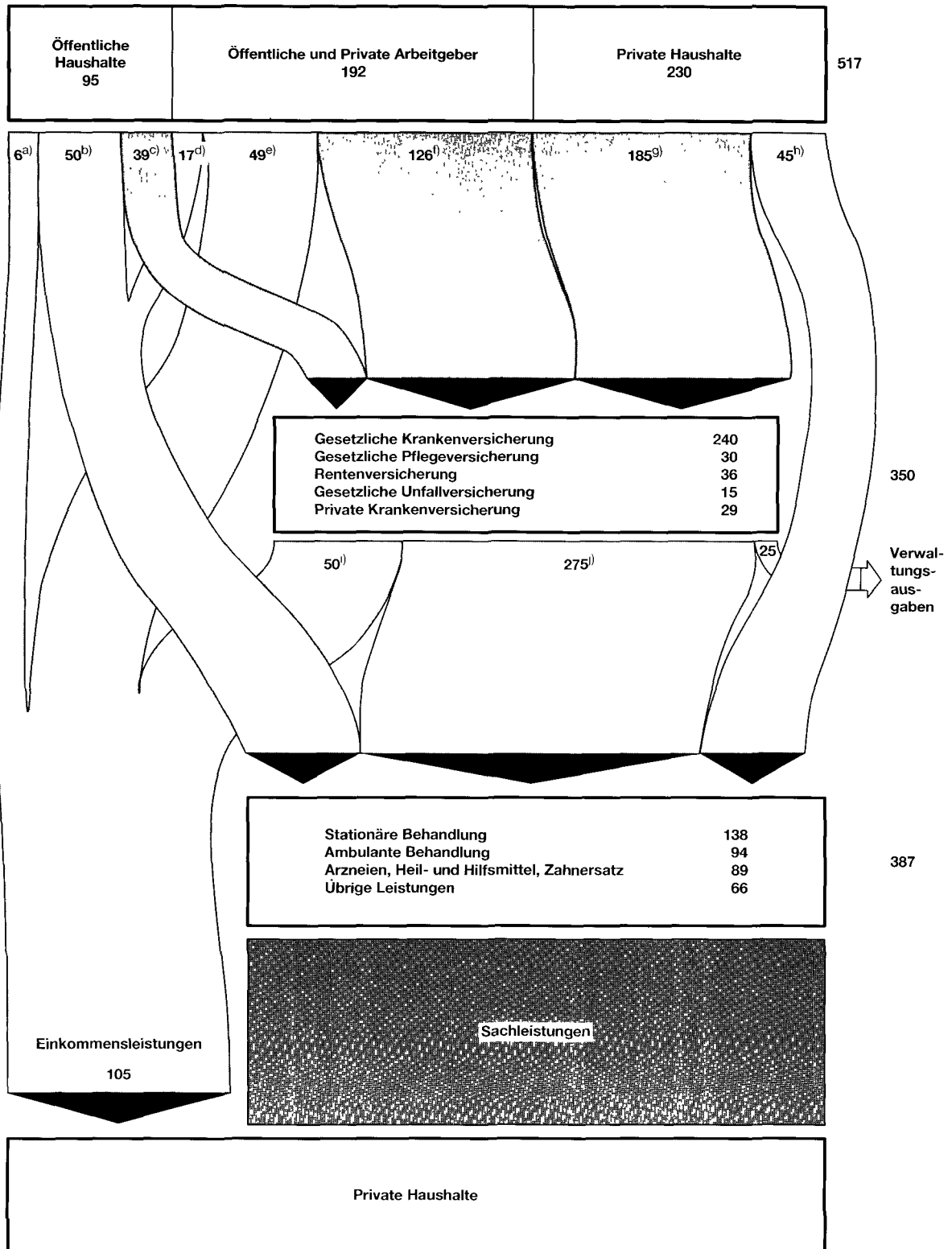
Tabelle 4: Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten und Ausgabenträgern 1996

Leistungsart	Insgesamt	Öffentliche Haushalte	Gesetzliche Krankenversicherung	Gesetzliche Pflegeversicherung	Rentenversicherung	Gesetzliche Unfallversicherung	Private Krankenversicherung	Arbeitgeber	Private Haushalte
Deutschland Mill. DM									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	37 495	10 590	7 882	14 408	223	1 346	874	2 172	–
Behandlung	320 490	16 033	202 128	13 544	4 888	3 964	20 122	14 360	45 451
Krankheitsfolgeleistungen	125 333	20 493	16 790	78	29 491	6 998	2 255	49 228	–
Ausbildung und Forschung	8 553	8 553	–	–	–	–	–	–	–
Nicht aufteilbare Ausgaben	24 708	–	13 582	1 766	1 094	2 654	5 612	–	–
Insgesamt	516 579	55 669	240 382	29 796	35 696	14 962	28 863	65 760	45 451
%									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	7,3	19,0	3,3	48,4	0,6	9,0	3,0	3,3	–
Behandlung	62,0	28,8	84,1	45,5	13,7	26,5	69,7	21,8	100
Krankheitsfolgeleistungen	24,3	36,8	7,0	0,2	82,6	46,8	7,8	74,9	–
Ausbildung und Forschung	1,7	15,4	–	–	–	–	–	–	–
Nicht aufteilbare Ausgaben	4,8	–	5,6	5,6	3,1	17,7	19,5	–	–
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Früheres Bundesgebiet Mill. DM									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	31 767	9 143	6 849	11 547	183	1 346	816	1 883	–
Behandlung	274 271	12 494	167 642	10 855	4 048	3 964	18 796	14 160	42 312
Krankheitsfolgeleistungen	104 744	16 803	13 998	63	22 269	6 256	2 106	43 249	–
Ausbildung und Forschung	7 515	7 515	–	–	–	–	–	–	–
Nicht aufteilbare Ausgaben	21 349	–	11 200	11 200	838	2 654	5 242	–	–
Zusammen	439 646	45 955	199 689	199 689	27 338	14 220	26 960	59 292	42 312
%									
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	7,2	19,9	3,4	48,4	0,7	9,5	3,0	3,2	–
Behandlung	62,4	27,2	84,0	45,4	14,8	27,9	69,7	23,9	100
Krankheitsfolgeleistungen	23,8	36,6	7,0	0,3	81,5	44,0	7,8	72,9	–
Ausbildung und Forschung	1,7	16,3	–	–	–	–	–	–	–
Nicht aufteilbare Ausgaben	4,9	–	5,6	5,9	3,0	18,6	19,5	–	–
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Schaubild 3

Finanzierungsströme im Gesundheitsbereich 1997

Deutschland
Mrd. DM

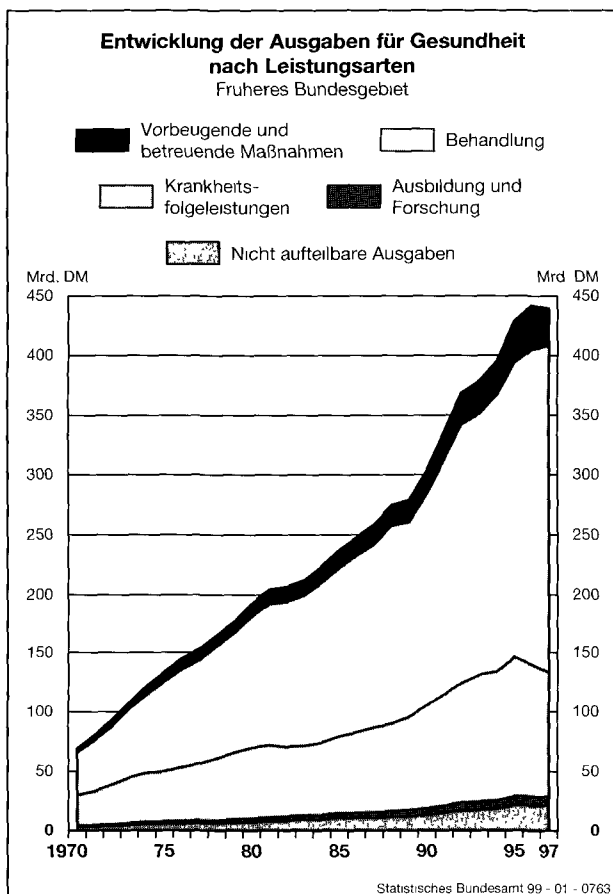


a) Einkommensleistungen, u. a. Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit nach dem BVG - b) Sachleistungen, laufende und investive Zuschüsse - c) Beiträge, Zuschüsse und Erstattungen an die Versicherungsträger - d) Sachleistungen insbesondere Beihilfen und Fürsorgeleistungen - e) Einkommensleistungen, vor allem Entgeltfortzahlungen - f)-g) Beitragsleistungen an die Versicherungsträger - h) Gesundheitsbezogener Leistungsaufwand - i) Einkommensleistungen, u. a. Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, Krankenhilfe Verletztengelder - j) Sachleistungen

seits aus den Regelungen der Gesundheitsreform, die den Patienten in vielen Teilbereichen des Gesundheitswesens höhere Eigenleistungen abverlangt, andererseits aus Sparanstrengungen der Ausgabenträger und insbesondere aus der Entwicklung objektiver Faktoren mit erheblicher Auswirkung auf die Kosten des Gesundheitssektors. So waren sowohl die Krankmeldungen als auch die Zahl der in Krankenhäusern behandelten Kranken, des Krankenhauspersonals und der Pfl egetage deutlich rückläufig.

Mit $-0,6\%$ auf 439,6 Mrd. DM fiel der Rückgang 1997 im früheren Bundesgebiet etwas geringer aus als für Deutschland insgesamt.

Schaubild 4



2.1 Leistungsarten

Gestiegen sind unter den Leistungsarten allein die Ausgaben für die medizinische Behandlung um $3,3\%$ auf 320,5 Mrd. DM. Der Zuwachs lag allerdings deutlich unter dem des Vorjahres ($+6,6\%$). Im einzelnen erhöhten sich die Aufwendungen für die Krankenhausbehandlung mit $7,5\%$ am kräftigsten, gefolgt von den Ausgaben für den Zahnersatz mit $4,7\%$. Geringere Steigerungsraten wiesen mit $3,1\%$ die Ausgaben für ambulante Behandlung und mit $0,8\%$ die Aufwendungen für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel auf – u a eine Folge der erhöhten Zuzahlungen der Patienten. Die Ausgaben für die stationäre Kurbehandlung gingen dagegen im Vergleich zum Vorjahr kräftig um $26,8\%$ auf 8,4 Mrd. DM zurück.

Die Ausgaben aller übrigen Leistungsbereiche waren 1997 rückläufig. Am stärksten reduzierten sich mit $15,5\%$ auf 37,5 Mrd. DM die Ausgaben für vorbeugende und betreuende Maßnahmen. Hierbei lagen die Ausgaben für Pflegemaßnahmen um $22,7\%$ und für Gesundheitsvorsorge und Früherkennung um $9,4\%$ unter den Vorjahresbeträgen. Die Krankheitsfolgeleistungen gingen gegenüber 1996 um $5,7\%$ auf 125,3 Mrd. DM zurück. Dies war insbesondere eine Folge der kräftig um $17,6\%$ auf 18,3 Mrd. DM reduzierten finanziellen Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft (Krankengeld, Barleistungen der Mutterschaftshilfe, Pflege- und Übergangsgelder) sowie der rückläufigen Entgeltfortzahlungen ($-9,8\%$ auf 43,2 Mrd. DM). Andererseits stiegen die Leistungen zur Rehabilitation mit $2,5\%$ auf 22,4 Mrd. DM und die Rentenzahlungen bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit mit $2,1\%$ auf 37,8 Mrd. DM maßvoll an.

Auch für die Ausbildung von Medizinern, Zahnmedizinern, Apothekern und der übrigen Heilberufe sowie für die Gesundheitsforschung in und außerhalb von Hochschulen wurde 1997 mit 8,6 Mrd. DM insgesamt $2,4\%$ weniger als im Vorjahr ausgegeben.

2.2 Träger der Gesundheitsausgaben

Die Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung erhöhten sich mit $36,2\%$ auf 29,8 Mrd. DM von allen Ausgabenträgern am stärksten. Die Ursache hierfür lag in der anteiligen Übernahme von Leistungen der stationären Pflege ab Mitte 1996, die zuvor in voller Höhe von der öffentlichen Sozialhilfe getragen wurden, durch die GPV (Einführung der 2. Stufe der Pflegeversicherung).

Bedingt durch weiter steigende Zuzahlungen der Versicherten stiegen auch die Ausgaben der privaten Haushalte für Gesundheitsleistungen mit $8,4\%$ auf 45,5 Mrd. DM kräftig an.

Die Ausgaben der privaten Krankenversicherung in Höhe von 28,9 Mrd. DM lagen um $7,5\%$ über denen des Vorjahres. Kraftigen Zuwächsen bei den Ausgaben für Pflegemaßnahmen mit $48,6\%$, für die stationäre Behandlung und für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel mit je $7,1\%$ sowie mit $6,8\%$ bei der ambulanten Behandlung stand ein Rückgang von $1,4\%$ bei den Aufwendungen für Zahnersatz gegenüber.

Die Ausgaben der gesetzlichen Unfallversicherung erreichten 1997 15,0 Mrd. DM und lagen damit um $2,1\%$ über dem Niveau von 1996. Die größten Steigerungsraten wiesen bei der GUV die Ausgaben für stationäre ($+6,8\%$) und ambulante Behandlungsleistungen ($+5,1\%$) auf.

Mit 240,4 Mrd. DM lagen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1997 um 4 Mrd. DM bzw. $1,6\%$ unter dem Vorjahresbetrag. Am meisten fiel dabei der Rückgang um $35,5\%$ bei der stationären Kurbehandlung ins Gewicht. Daneben schlugen mit $-21,6\%$ die krankheitsbedingten Einkommenleistungen, vorwiegend Krankengeld, und die rückläufigen Leistungen zur Gesundheitsvorsorge ($-13,5\%$) zu Buche. Auch die Ausgaben für den Kernbereich Arzneien, Heil- und Hilfsmittel lagen um $2,2\%$ unter dem Ergebnis von 1996. In den übrigen wichtigen Leistungsbereichen zeigten sich leichte Zuwächse.

ambulante Behandlung + 1,0%, stationäre Behandlung + 2,5% und Zahnersatz + 2,7%

Die Arbeitgeber gaben mit 65,8 Mrd. DM 5,7% weniger für Gesundheitsleistungen aus als 1996. Dies war besonders auf eine Verringerung von 9,8% bei der Entgeltfortzahlung als Folge des rückläufigen Krankenstandes der gesetzlich versicherten Beschäftigten zurückzuführen. Dagegen stiegen die Leistungen öffentlicher Arbeitgeber in Form von Beihilfen zur stationären Behandlung (+ 4,8%) sowie für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel (+ 4,5%) weiter an.

Die Träger der Rentenversicherung finanzierten mit 35,7 Mrd. DM 6,5% weniger an Gesundheitsleistungen als ein Jahr zuvor. Dies lag vor allem an den um rund ein Drittel (-32,4%) reduzierten Behandlungsleistungen, in erster Linie Kurmaßnahmen, sowie an den Übergangsgeldern und ähnlichen Zahlungen im Krankheitsfall, die um 22,4% niedriger als 1996 ausfielen. Dagegen ergab sich bei den vorzeitigen Rentenzahlungen mit + 1,7% ein leichter Anstieg.

Mit 55,7 Mrd. DM wendeten die öffentlichen Haushalte 1997 12,7% weniger als im Vorjahr für die Gesundheit auf. Der starke Rückgang war in erster Linie eine Folge der bereits beschriebenen strukturellen Verschiebungen (Übernahme eines erheblichen Umfangs der bisher von den Sozialhilfeträgern finanzierten stationären Pflegeleistungen ab der zweiten Jahreshälfte 1996 durch die gesetzliche Pflegeversicherung). Allerdings waren auch die Ausgaben für Behandlung um 6,5% niedriger als 1996, bei den Ausgaben

für Ausbildung und Forschung betrug der Rückgang 2,4%. Etwas erhöht haben sich dagegen die Leistungen zur beruflichen und sozialen Rehabilitation (+ 3,5%).

Bei den meisten Trägern unterscheidet sich die Entwicklung für die neuen Länder nicht wesentlich von der im früheren Bundesgebiet, lediglich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte gingen in den neuen Ländern etwas stärker zurück.

Langfristig erhöhten sich die Gesundheitsausgaben seit dem Jahr 1970 im früheren Bundesgebiet um 531%. Am stärksten stiegen in diesem Zeitraum die Aufwendungen zur Vorbeugung und Betreuung mit 762%, für Ausbildung und Forschung wurden 687% und für die medizinische Behandlung 674% mehr als im Bezugsjahr ausgegeben. Die geringste Zunahme wiesen mit 295% die Krankheitsfolgeleistungen auf.

3 Indikatoren im Gesundheitsbereich

Der Anteil der Ausgaben für Gesundheit (ohne die Einkommensleistungen im Krankheitsfall) lag 1997 bei 11,3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit um 0,3 Prozentpunkte unter der Vorjahresquote. In den alten Bundesländern lag der Anteil mit 11,0% etwas niedriger. Ohne die Absetzung der Transferzahlungen errechnete sich eine Quote von 14,3% für Deutschland insgesamt bzw. 13,7% für das frühere Bundesgebiet (siehe Tabelle 5).

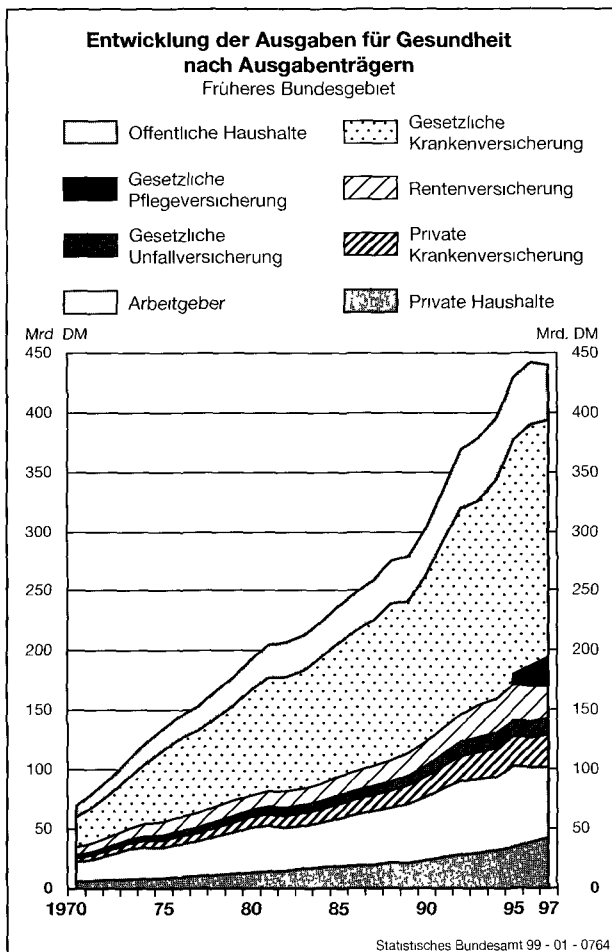
Pro Kopf der Bevölkerung ergaben sich gesundheitsbezogene Aufwendungen von 6295 DM gegenüber 6356 DM im Jahr 1996. Im früheren Bundesgebiet lagen die Ausgaben je Einwohner 1996 um 298 DM über dem Betrag für Deutschland insgesamt. Auf jeden Bundesbürger entfielen rein rechnerisch für die ambulante ärztliche und zahnärztliche Behandlung 142 DM, für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel 848 DM und für vorbeugende und betreuende Maßnahmen 457 DM.

Die durchschnittlichen Kosten je stationär behandeltem Kranken in Krankenhäusern, Hochschulkliniken und Kureinrichtungen erreichten 1997 8054 DM, 376 DM mehr als ein Jahr zuvor. Für den Westen Deutschlands errechneten sich 8084 DM (+ 306 DM). Die Zunahme resultierte aus Kostensteigerungen, die durch den weiteren Rückgang der Verweildauer in den Krankenhäusern (-0,4 auf 11,0 Tage) nicht aufgefangen werden konnten. Für einen Pflegetag errechneten sich im Schnitt 643 DM. Gegenüber 1996 ergab sich ein Zuwachs von 76 DM (früheres Bundesgebiet: + 72 DM).

Pro Krankenhausbett errechneten sich im Durchschnitt Kosten von 178885 DM, 1996 lag der Vergleichswert noch um 10876 DM niedriger.

Der Einfluß der Preise auf die Ausgabenentwicklung läßt sich mit Hilfe geeigneter Preisindizes näherungsweise ausschalten. Zur Berechnung der realen Gesundheitsaufwendungen wurde auf den Index für Arzt-, Krankenhaus- und sonstige Dienstleistungen und den Preisindex der Waren für die Gesundheitspflege zurückgegriffen. Basisjahr für die Preisbereinigung ist 1991. Für 1997 ergaben sich pro Kopf der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet

Schaubild 5



Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 1999

Die Altersversorgung der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beamten, Richter und Berufssoldaten wird vom öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem übernommen. Die Leistungsberechtigten erhalten ihre Altersbezüge, wie die Bezüge ihrer aktiven Dienstzeit, aus den Haushaltsmitteln des jeweiligen Dienstherrn. Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden drei aus Haushaltsmitteln finanzierte Versorgungssysteme unterschieden: die Beamtenversorgung, die Soldatenversorgung und die Versorgung der nach dem zweiten Weltkrieg nicht wiederverwendeten ehemaligen Beamten, Berufssoldaten, Führer des Reichsarbeitsdienstes, Angestellten und Arbeiter des Deutschen Reiches, soweit ein Anspruch auf eine beamtenrechtliche Versorgung besteht.¹⁾

Der Anspruch auf eine Leistung des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems entsteht, wenn ein(e) Beamter/Beamtin, Richter/Richterin oder Berufssoldat/Berufssoldatin wegen Dienstunfähigkeit, Erreichens einer Altersgrenze oder aus sonstigen Gründen (z.B. einstweiliger Ruhestand, Vorruhestand) aus dem aktiven Dienst ausscheidet (Ruhegehalt) oder wenn ein Versorgungsurheber (aktiv oder im Ruhestand) stirbt und versorgungsberechtigte Hinterbliebene hinterläßt (Witwen-/Witwergeld und Waisengeld).

Die Versorgungsempfängerstatistik erfaßt die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems jährlich am 1. Januar auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2119). Im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes werden die ehemaligen Bediensteten (einschl. Hinterbliebener) des Bundes, der Länder und der Kommunen (Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände) sowie die Bundesbeamten der Bahn (Bundeseisenbahnvermögen) und Post (Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Postbank AG) erhoben. Für die Versorgungsempfänger des mittelbaren öffentlichen Dienstes (Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Sozialversicherungsträger und rechtlich selbständige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen mit Dienstherrnfähigkeit) sehen die gesetzlichen Vorschriften teilweise ein verkürztes Erhebungsprogramm vor. Die Tabellen 2 bis 6 beziehen sich deshalb nur auf den unmittelbaren öffentlichen Dienst.

1,35 Mill. Versorgungsberechtigte

Die einzelnen Dienstherrn bezahlen jeder für sich die Versorgungsbezüge ihrer ehemaligen Bediensteten und deren Hinterbliebenen aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Neben dieser direkten Versorgung aus dem Haushalt des Dienstherrn gibt es auf kommunaler Ebene die Besonderheit, daß sich insbesondere kleinere Kommunen Versorgungskassen angeschlossen haben, die die Altersversorgung der kommunalen Beamten und deren Hinterbliebenen übernehmen. Die Versorgungskassen refinanzieren sich im Umlageverfahren bei den Kommunen, die diese Beiträge als Versorgungsausgaben in ihren Haushalten verbuchen.

Der größte Teil der Versorgungsberechtigten (ehemalige Beamte und Richter) erhält die Altersversorgung nach den Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes. Die Versorgung der Berufssoldaten der Bundeswehr ist im Soldatenversorgungsgesetz geregelt. Bei beiden Gruppen ist der Rechtsanspruch auf Versorgung im Alter aufgrund einer Tätigkeit in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland entstanden. Beim dritten Versorgungssystem, den Versorgungsleistungen nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz, geht der Rechtsanspruch auf eine Tätigkeit des Versorgungsurhebers im Dienst des Deutschen Reiches zurück.

Am Erhebungsstichtag 1. Januar 1999 erhielten 1,35 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems; gegenüber dem Vorjahr waren dies 22 000 oder 1,7 % mehr. Die Bestandserhöhung lag damit etwas niedriger als in der Vorjahresperiode (+ 25 000 oder 1,9 %). Die Abschwächung geht auf weniger Zugänge zum Versorgungssystem zurück. Von den Versorgungsempfängern erhielten 1,19 Mill. ihre Bezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz und jeweils 79 000 nach dem Soldatenversorgungsgesetz bzw. dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Insgesamt mußten alle Dienstherrn im Jahr 1998 in ihren Haushalten rund 57 Mrd. DM für die Altersversorgung²⁾ ihrer ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitstellen, auf die Gebietskörperschaften entfiel hiervon ein Betrag von gut 40 Mrd. DM³⁾. Der Betrag der von den Gebietskörperschaften gezahlten Altersbezüge lag geringfügig unter der auf dem Basisjahr 1993 erfolgten Vorausschätzung des Versorgungsberichts der Bundesregierung (40,7 Mrd. DM)⁴⁾. Zu dieser für die öffentlichen Haushalte relativ günstigen Entwicklung haben insbesondere die niedrigen jährlichen Anpassungen und das weitere Einfrieren der Jahressonderzahlung auf den Stand von 1993 beigetragen.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Versorgungsausgaben insgesamt um 3,7 %, bei den Gebietskörperschaften jedoch nur um 3,2 % gestiegen. Die Zuwachsraten

²⁾ Versorgungsbezüge

³⁾ Beamtenversorgung Bund, Länder, Gemeinden, Soldatenversorgung Bund, Versorgung G 131 Bund

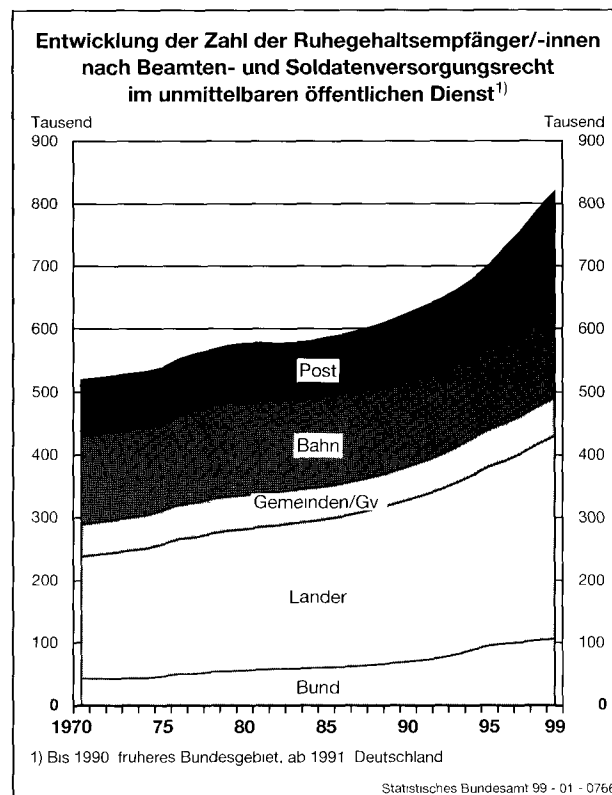
⁴⁾ Bundestagsdrucksache 13/5840, S. 175 ff

¹⁾ Einschl. ehemaliger Bediensteter aufgelöster Dienststellen

lagen damit über denen der Vorjahresperiode (3,3 bzw. 2,4%) Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Anpassung der Versorgungsbezüge im Jahr 1998 mit 1,5% ab 1. Januar höher ausgefallen ist als im Jahr 1997 (1,3% ab 1. April). Bei den einzelnen Dienstherren verlief die Entwicklung der Versorgungsausgaben unterschiedlich. Beim Bund lagen die Versorgungsausgaben 1998 mit knapp 9,4 Mrd. DM um 1,6% über denen des Jahres 1997. Der relativ niedrige Anstieg der Versorgungsausgaben des Bundes wird durch den weiter abnehmenden Bestand der Leistungsberechtigten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz bedingt. Die ehemaligen Beamten (einschl. Richter und Hinterbliebene) des Bundes erhielten Versorgungsbezüge in Höhe von 3,5 Mrd. DM (+5,9%), die ehemaligen Berufssoldaten der Bundeswehr 4,0 Mrd. DM (+2,4%) und die Leistungsberechtigten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz 1,8 Mrd. DM (-7,0%). Bei den Ländern betragen die Versorgungsausgaben 25,9 Mrd. DM (+4,0%), bei den Kommunen 5,0 Mrd. DM (+1,9%), beim Bundeseisenbahnvermögen 7,8 Mrd. DM (+2,9%) und bei den drei Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost zusammen 8,4 Mrd. DM (+7,1%).

Abschwächung des Anstiegs bei den Beziehern von Ruhegehalt durch Dienstrechtsreform

Im Alterssicherungssystem für Beamte, Richter und Soldaten wurden am 1. Januar 1999 831 000 Empfänger von Ruhegehalt erfaßt, die nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst eine Pension erhielten. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 29 000 Pensionäre oder 3,6% mehr gezahlt. Der seit Jahren zu beobachtende Anstieg des Saldos aus Zu- und Abgängen (1997: 34 000) hat sich damit nicht fortgesetzt. Diese Entwicklung geht auf die im Zuge der Dienstrechtsreform angeordnete Anhebung der Antragsaltersgrenze von der Vollendung des 62 auf die Vollendung des 63 Lebensjahres zurück. Von Sonderregelungen für Beamte in Altersteilzeit abgesehen, bedeutete dies, daß im Jahr 1998 Beamte des Jahrgangs 1936 die Antragsaltersgrenze nicht in Anspruch nehmen konnten. Aufgrund der Altersstruktur des aktiven Personals ist in Zukunft jedoch trotz dieses Eingriffs in das Abgangsverhalten aus dem aktiven Dienst wieder mit einem Ansteigen des Saldos aus Zu- und Abgängen zu rechnen.



Unter den 831 000 Ruhegehaltsempfängern waren 136 000 Frauen, dies entspricht einem Frauenanteil von 16,4%. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Frauenquote weiter geringfügig angestiegen. Da der Frauenanteil bei den Bediensteten mit Versorgungsanwartschaft doppelt so hoch ist, wird er sich bei den Pensionären in Zukunft weiter erhöhen. Bei den einzelnen Dienstherren sind die Frauen im Bestand der Ruhegehaltsempfänger entsprechend der ehemaligen Struktur des aktiven Personals unterschiedlich vertreten. So liegt der Frauenanteil bei den Ländern (26,6%) und der Post (21,1%) über und bei den Kommunen (9,7%), der Beamtenversorgung des Bundes (2,4%) und beim Bundeseisenbahnvermögen (1,6%) deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt.

Eine Hinterbliebenenversorgung erhielten 401 000 Witwen, 8 000 Witwer und 33 000 Waisen. Die Zahl dieser

Tabelle 1 Versorgungsempfänger/-empfängerinnen¹⁾ des öffentlichen Dienstes

Art der Versorgung	1 Februar				1 Januar				
	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999
Insgesamt	1 272,0	1 276,9	1 243,8	1 231,9	1 269,1	1 266,6	1 304,2	1 329,5	1 351,9
Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz:									
Empfänger/-innen von Ruhegehalt	544,5	583,1	592,5	631,1	712,0	740,8	768,0	801,8	830,9
Witwen-/Witwergeld	444,0	444,8	438,8	427,3	418,0	413,1	411,6	409,5	408,8
Waisengeld	46,2	48,4	46,1	39,1	35,0	33,8	33,2	33,0	33,0
Zusammen	1 034,7	1 076,3	1 077,6	1 097,6	1 165,0	1 187,8	1 212,7	1 244,3	1 272,6
Versorgung nach Kap. I G 131									
Empfänger/-innen von Ruhegehalt	88,8	67,0	49,1	34,0	21,5	19,4	17,2	15,1	13,2
Witwen-/Witwergeld	143,1	130,4	114,9	98,5	81,3	78,0	73,1	68,9	64,9
Waisengeld	5,4	3,2	2,3	1,7	1,4	1,3	1,2	1,1	1,1
Zusammen	237,3	200,6	166,2	134,3	104,1	98,8	91,4	85,2	79,3

¹⁾ Bis 1990: früheres Bundesgebiet, ab 1995: Deutschland

Leistungsempfänger hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert (Witwen/Witwer: -0,2%, Waisen: +0,1%) Die Länder, die Kommunen, das Bundeseisenbahnvermögen und die Einrichtungen des mittelbaren öffentlichen Dienstes hatten im Vergleich zum Vorjahr weniger, der Bund und die Postunternehmen mehr Hinterbliebene zu versorgen

Starker Anstieg der Leistungsbezieher bei den Postunternehmen

Die Höhe der Versorgungsausgaben der einzelnen Dienstherren hängt wesentlich von der Beschäftigtenstruktur des aktiven Personals ab Da die Länder im früheren Bundesgebiet in ihrem Mitarbeiterstab vor allem im Bereich der inneren Sicherheit und im Bildungswesen viele Beschäftigte in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis einsetzen, haben sie auch den größten Teil der Leistungsberechtigten zu versorgen. Im einzelnen erhielten von den Ländern 501 000, von den Nachfolgeunternehmen der ehemaligen Deutschen Bundespost 253 000, vom Bundeseisenbahnvermögen 245 000, vom Bund⁵⁾ 152 000 und von den Gemeinden/Gv 103 000 ehemalige Bedienstete und ihre Hinterbliebenen eine Altersversorgung Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Versorgungsberechtigten bei der Post um 14 000 oder 5,7% am stärksten gestiegen Bei den Ländern waren binnen Jahresfrist 10 000 (+2,1%), beim Bund 3 000 (+1,9%) und beim Bundeseisenbahnvermögen knapp 2 000 (+0,7%) Versorgungsempfänger mehr zu versorgen Bei den Kommunen lag die Zahl der Leistungsbezieher auf dem Niveau der Vorjahre

Zahl der Ruhegehaltsempfänger in allen Laufbahngruppen gestiegen

Die Gliederung nach Besoldungsgruppen und die Zusammenfassung zu Laufbahngruppen gibt sowohl Aufschluß über die Berechnungsgrundlage der Versorgungsbezüge als auch über die berufliche Qualifikation der

Versorgungsurheber in ihrer aktiven Dienstzeit. Nach dem Ergebnis der Versorgungsempfängerstatistik 1999 gehörten von den 820 000 Ruhegehaltsempfängern des unmittelbaren öffentlichen Dienstes in ihrer aktiven Dienstzeit 133 000 oder 16,2% dem höheren, 263 000 oder 32,2% dem gehobenen, 323 000 oder 39,4% dem mittleren und 100 000 oder 12,2% dem einfachen Dienst an Die Zahl der Ruhegehaltsempfänger ist in allen Laufbahngruppen gestiegen Im höheren Dienst erhöhte sich der Bestand um 3 000 (+2,7%), im gehobenen Dienst um 11 000 (+4,5%), im mittleren Dienst um 10 000 (+3,1%) und im einfachen Dienst um 4 000 (+4,3%) Die Anteile der einzelnen Laufbahngruppen haben sich durch diese Entwicklung nur unwesentlich geändert Während der Anstieg der Zahl der Ruhegehaltsempfänger in den beiden oberen Laufbahngruppen auf Pensionierungen im Landesdienst zurückgeht, wurden im Dienst von Bahn und Post überwiegend Beamte und Beamtinnen in den unteren Laufbahngruppen in den Ruhestand verabschiedet.

Bei den Beziehern von Witwen-/Witwergeld liegen die Anteile der Besoldungsgruppen des höheren (14,8%) und des gehobenen Dienstes (27,8%) unter den bei den Ruhegehaltsempfängern festgestellten Werten Im mittleren (40,0%) und einfachen Dienst (17,4%) liegen sie entsprechend höher Der Unterschied zur Laufbahnstruktur der Ruhegehaltsempfänger ist darauf zurückzuführen, daß bei den Witwen/Witwern die aktive Dienstzeit des Versorgungsurhebers länger zurückliegt und somit die Laufbahnstruktur des aktiven Personals früherer Zeiten widergespiegelt wird Bei der Laufbahnstruktur der Waisen liegen die Anteile des höheren (22,2%) und gehobenen Dienstes (38,1%) deutlich über denen bei den Ruhegehaltsempfängern. Hierfür durften hauptsächlich zwei Gründe ursächlich sein Zum einen ist der zeitliche Bezug zur aktiven Dienstzeit bei den Waisen in der Regel⁶⁾ wesentlich kürzer, zum anderen dürften die Kinder von Versorgungsurhebern, die dem höheren oder gehobenen Dienst angehören, häufiger studieren und damit länger Versorgungsbezüge erhalten

⁵⁾ Ohne Versorgungsempfänger nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz

⁶⁾ Überwiegend Sterbefälle aktiver Beamter

Tabelle 2: Versorgungsempfänger/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Art der Versorgung und Laufbahngruppen

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Bund	Länder	Gemeinden/Gv ¹⁾	Bundeseisenbahn- vermögen	Post ²⁾	insgesamt	
						1 Januar 1999	1 Januar 1998 ³⁾
Ruhegehalt	105 990	323 704	61 581	144 002	184 469	819 746	791 191
Hoherer Dienst	25 084	86 792	17 810	1 538	1 892	133 116	129 656
Gehobener Dienst	28 847	169 805	26 033	15 438	23 338	263 461	252 107
Mittlerer Dienst	50 046	62 623	15 572	106 602	87 961	322 804	313 208
Einfacher Dienst	2 013	4 484	2 166	20 424	71 278	100 365	96 220
Witwen-/Witwergeld	42 732	158 496	39 362	97 458	63 763	401 811	402 370
Hoherer Dienst	9 058	39 843	8 286	1 289	833	59 309	58 946
Gehobener Dienst	11 752	65 323	17 264	10 028	7 488	111 855	112 065
Mittlerer Dienst	20 278	48 861	11 207	59 857	20 468	160 671	161 022
Einfacher Dienst	1 644	4 469	2 605	26 284	34 974	69 976	70 337
Waisengeld	3 219	18 381	2 535	3 974	4 407	32 516	32 519
Hoherer Dienst	789	5 664	630	56	93	7 232	7 446
Gehobener Dienst	977	9 194	1 185	435	588	12 379	12 306
Mittlerer Dienst	1 319	3 257	610	2 461	1 783	9 430	9 434
Einfacher Dienst	134	266	110	1 022	1 943	3 475	3 333
insgesamt	151 941	500 581	103 478	245 434	252 639	1 254 073	1 226 080

¹⁾ Einschl. kommunaler Zweckverbände - ²⁾ Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG - ³⁾ Gliederung nach Laufbahngruppen enthält bereinigte Daten

als Waisen von Versorgungsurhebern, die in einer Besoldungsgruppe des mittleren oder einfachen Dienstes eingestuft waren

Die Laufbahnstruktur der Versorgungsempfänger wich in den einzelnen Beschäftigungsbereichen aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstellung des aktiven Personals zum Teil erheblich vom Durchschnitt ab. Bei den Ländern und Gemeinden/Gv lagen die Anteile der Ruhegehaltsempfänger, deren Versorgungsbezüge nach einer Besoldungsgruppe des höheren oder gehobenen Dienstes berechnet werden, mit 79 bzw. 71 % deutlich über dem Durchschnitt (48 %). Beim Bund sind in den oberen Laufbahngruppen geringfügig mehr Pensionäre als in den unteren vertreten. Bei den ehemaligen Sondervermögen Bahn und Post dominieren dagegen mit Anteilen von knapp 90 % die Besoldungsgruppen des mittleren und einfachen Dienstes.

Ruhegehaltsempfänger im Durchschnitt 68 Jahre alt

Die Altersgliederung der Ruhegehaltsempfänger weist bei den unter 60jährigen bereits 171 000 (20,8 %) Leistungsempfänger aus. Damit ist im Durchschnitt jeder fünfte Pensionär jünger als 60 Jahre. Der Anteil dieser Altersgruppe ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Diese Entwicklung ist auf den Bereich der Soldatenversorgung zurückzuführen. Hier ist ein starker Altersjahrgang in die Altersgruppe der 60- bis unter 70jährigen aufgerückt. Aufgrund der niedrigeren Altersgrenzen bei den Berufssoldaten und den starken Zugängen der letzten Jahre aufgrund von Vorruhestandsregelungen im Zusammenhang mit der Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr ist die Altersgruppe der unter 60jährigen bei den Berufssoldaten mit einem Anteil von knapp 40 % am stärksten besetzt. Im Bereich der Beamtenversorgung ist der Anteil der Pensionäre, die vor Vollendung des 60 Lebensjahres in den Ruhestand gegangen sind, bei den Postunternehmen mit knapp 33 % am höchsten. Er war damit mehr als doppelt so hoch wie bei den Kommunen (13,2 %), den Ländern (13,6 %) und bei der Beamtenver-

sorgung des Bundes (15,0 %). Mit 298 000 Personen (36,4 %) ist die Altersgruppe der 60- bis unter 70jährigen am stärksten besetzt. Ihr Anteil ist im Vergleich zum Vorjahr (36,2 %) ebenso wie der der nachfolgenden Altersgruppe der 70- bis unter 80jährigen (248 000 oder 30,3 %) leicht gestiegen. Das 80 Lebensjahr hatten 103 000 Pensionäre (12,5 %) vollendet. Die Bestandszahlen sind in dieser Altersgruppe im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen (-3 000), da die Abgänge durch Tod über den Zugängen aus der Altersgruppe der 79jährigen Ruhegehaltsempfänger lagen. Das Durchschnittsalter der ehemaligen Beamten und Richter liegt bei 68 Jahren. Hierbei zeigt der Trend der Vorjahre eine langsame aber stetige Verjüngung in Richtung auf ein Durchschnittsalter von 67 Jahren. Bei den Berufssoldaten liegt das Durchschnittsalter aufgrund der besonderen Altersgrenzen bei 64 Jahren. Innerhalb der einzelnen Beschäftigungsbereiche fällt das deutlich niedrigere Durchschnittsalter der Ruhegehaltsempfänger der Post auf (64 Jahre).

Bei den Empfängern von Witwen-/Witwergeld dominieren aufgrund des in der Regel späteren Eintritts des Versorgungsfalles die Altersgruppen der älteren Versorgungsberechtigten. Drei Viertel der hinterbliebenen Ehegatten waren 70 Jahre und älter. Das Durchschnittsalter der Witwen/Witwer lag bei knapp 76 Jahren. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich weiterhin eine leicht steigende Tendenz.

Länder haben die meisten Neuzugänge bei den Pensionären

Ein wesentlicher Faktor für die Bestandsentwicklung der Versorgungsberechtigten sind die Zugänge zum Versorgungssystem. Für den Eintritt in den Ruhestand und den Erwerb eines Leistungsanspruchs sind im Alterssicherungssystem für Beamte, Richter und Berufssoldaten vor allem drei Gründe zu nennen: die von einem Amtsarzt festgestellte Dienstunfähigkeit, das Erreichen einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze und die Inanspruchnahme eines gesetzlich geregelten Vorruhestandes. Die Vorruhe-

Tabelle 3 Versorgungsempfänger/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Art der Versorgung und Altersgruppen

Alter von bis unter Jahren	Bund			Länder	Gemeinden/ Gv ¹⁾	Bundes-eisenbahn- vermogen	Post ²⁾	Insgesamt	
	zusammen	Beamte/ Beamtinnen, Richter/-innen	Berufs- soldaten/ -soldatinnen					1 Januar 1999	1 Januar 1998
Ruhegehalt									
unter 50	2 050	1 072	978	10 835	1 898	3 076	16 776	34 635	33 608
50-60	28 610	5 743	22 867	33 045	6 233	24 742	43 566	136 196	132 031
60-70	38 611	19 126	19 485	123 860	21 285	51 042	63 476	298 274	286 212
70-80	25 254	14 085	11 169	109 634	22 975	44 201	45 929	247 993	234 066
80-90	10 567	4 677	5 890	39 967	7 896	19 444	12 940	90 814	94 214
90 und älter	898	790	108	6 363	1 294	1 497	1 782	11 834	11 060
Zusammen	105 990	45 493	60 497	323 704	61 581	144 002	184 469	819 746	791 191
Witwen-/Witwergeld									
unter 50	1 250	648	602	5 320	873	1 151	1 821	10 415	10 634
50-60	3 824	1 949	1 875	12 266	2 095	3 798	4 176	26 159	26 834
60-70	6 885	3 984	2 901	22 313	5 410	13 511	12 006	60 125	61 366
70-80	17 491	8 738	8 753	57 520	14 770	39 455	23 201	152 437	150 112
80-90	11 431	8 145	3 286	48 534	12 688	33 399	17 476	123 528	126 281
90 und älter	1 851	1 749	102	12 543	3 526	6 144	5 083	29 147	27 143
Zusammen	42 732	25 213	17 519	158 496	39 362	97 458	63 763	401 811	402 370

¹⁾ Einschl. kommunaler Zweckverbände – ²⁾ Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG

Tabelle 4 Zugänge von Versorgungsempfängern/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	zusammen	Gebietskörperschaften			Bundeseisenbahnvermögen	Post ¹⁾	Insgesamt	
		Bund	Länder	Gemeinden/ Gv ¹⁾			1998	1997
Ruhegehalt								
Dienstunfähigkeit	11 024	861	8 552	1 611	4 216	7 520	22 760	29 217
im Alter von bis unter Jahren								
unter 45	806	65	617	126	132	1 837	2 777	4 234
45 – 50	890	65	705	120	298	1 482	2 670	4 023
50 – 55	1 725	147	1 323	255	960	2 413	5 098	6 603
55 – 60	4 439	355	3 482	602	1 881	1 444	7 764	9 464
60 und älter	3 162	229	2 425	508	945	344	4 451	4 893
Erreichen einer Altersgrenze	16 420	1 992	12 965	1 463	202	196	16 818	17 132
Besondere Altersgrenze	4 995	752	3 926	317	–	–	4 995	4 244
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung	1 879	253	1 349	277	16	55	1 950	1 707
Auf Antrag nach dem 62./63. Lebensjahr	7 136	657	5 761	718	65	52	7 253	8 857
Regelaltersgrenze 65 Jahre	2 410	330	1 929	151	121	89	2 620	2 324
Vorruhestandsregelung	2 447	2 435	12	–	4 511	5 321	12 279	12 406
Sonstige Gründe	396	6	139	251	–	43	439	778
Zusammen	30 287	5 294	21 668	3 325	8 929	13 080	52 296	59 533
Witwen-/Witwergeld								
Tod eines aktiven Beamten/einer aktiven Beamtin	1 812	217	1 408	187	113	172	2 097	2 118
Tod eines Ruhegehaltsempfängers/einer Ruhegehaltsempfängerin	9 734	2 223	5 964	1 547	3 771	2 782	16 287	16 294
Sonstige Gründe	58	4	41	13	300	3	361	390
Zusammen	11 604	2 444	7 413	1 747	4 184	2 957	18 745	18 802

¹⁾ Einschl. kommunaler Zweckverbände – ²⁾ Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG

standsregelungen spielen hierbei nur im Einflußbereich des Bundes eine Rolle. Aufgrund struktureller Anpassungen (Bundeswehr) sowie Privatisierung der ehemaligen Sondervermögen Bahn und Post wurden entsprechende Gesetze erlassen

Insgesamt wurden 52 000 Pensionäre erfaßt, die im Jahr 1998 erstmals ein Ruhegehalt erhielten. Im Vergleich zum Vorjahr sind 7 000 Personen weniger in den Ruhestand getreten (–12,2%). Von den Neupensionären standen 30 000 im Dienst der Gebietskörperschaften (–2 000 oder –4,9%), während 22 000 ihren Dienst bei den früheren Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost begonnen hatten und in ihren letzten Dienstjahren bei den privatisierten Unternehmen eingesetzt waren. Im Vergleich zum Vorjahr war die Zahl der Pensionierungen insbesondere bei den Postunternehmen stark rückläufig (–5 000 oder –28,9%).

Bei den Gebietskörperschaften sind 11 000 der Neupensionäre (36,4%) wegen Dienstunfähigkeit, 16 000 oder 54,2% wegen Erreichens einer Altersgrenze und 3 000 oder 9,4% aufgrund einer Vorruhestandsregelung oder aus sonstigen Gründen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 1 000 Dienstunfähigkeitsfälle weniger gemeldet. Die Zahl der Pensionierungen wegen Erreichens einer Altersgrenze lag ebenfalls, allerdings nur geringfügig, unter der des Vorjahres. Von den 16 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gebietskörperschaften, die 1998 aufgrund des Erreichens einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze ausgeschieden sind, haben mehr als die Hälfte (9 000 oder 55%) eine Antragsaltersgrenze in Anspruch genommen. Hiervon nahmen knapp 2 000 die Antragsaltersgrenze Vollendung des 60. Lebensjahres (Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung)

und 7 000 die Antragsaltersgrenze Vollendung des 63. Lebensjahres⁷⁾ in Anspruch. Die beiden Regelaltersgrenzen verzeichneten zusammen einen Anteil von 45%. Auf die besonderen Altersgrenzen (Regelaltersgrenzen, die für den Vollzugsdienst der Polizei und der Justiz sowie den Berufsfeuerwehrdienst die Pensionierung mit 60 Jahren, bei den Berufssoldaten noch früher, vorschreiben) entfielen 5 000 und auf die Regelaltersgrenze Vollendung des 65. Lebensjahres gut 2 000 Zugänge. Im Vergleich zum Vorjahr sind mehr Bedienstete aufgrund der Antragsgrenze für Schwerbehinderte (+12,5%), der besonderen Altersgrenze (+17,7%) und der Regelaltersgrenze 65. Lebensjahr (+12,7%) in den Ruhestand eingetreten. Nur bei der Antragsaltersgrenze Vollendung des 63. Lebensjahr wurden weniger Fälle von Pensionierungen gezählt (–16,1%). Diese rückläufige Entwicklung ist auf die bereits erwähnte Anhebung der Antragsaltersgrenze auf die Vollendung des 63. Lebensjahres zurückzuführen. Dadurch mußten wahrscheinlich 3 000 Beamte und Beamtinnen ihren Ruhestandseintritt um ein Jahr verschieben. Der 1998 erstmals berechnete Versorgungsabschlag bei der Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze Vollendung des 63. Lebensjahres dürfte sich noch nicht grundlegend auf das Abgangsverhalten ausgewirkt haben, da er im ersten Jahr nur 0,6% für jedes Jahr betrug, das vor der Vollendung des 65. Lebensjahres lag. Inwieweit der Anstieg der Fälle von Dienstunfähigkeit bei den über 60jährigen (+7,0%) mit der Berechnung des Versorgungsabschlags bzw. mit der Anhebung der Antragsaltersgrenze in Zusammenhang steht, wird erst die Entwicklung in den nächsten Jahren zeigen.

⁷⁾ Bei Altersteilzeit war auch ein Ausscheiden nach Vollendung des 62. Lebensjahres möglich

Von den beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bahn und der Post erreichen nur ganz wenige eine Altersgrenze (1998 Bahn 2,3%, Post 1,5%) Der Eintritt in den Ruhestand erfolgt bei diesen Beamten in der Regel aufgrund von Dienstunfähigkeit (Bahn 47,2%, Post 57,5%) oder aufgrund einer gesetzlichen Vorruhestandsregelung (Bahn 50,5%, Post 40,7%)

Bei den Ländern traten im Jahr 1998 knapp 22000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand Sie hatten damit das größte Kontingent (41%) der Neuzugänge des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems Im Vergleich zum Vorjahr waren dies 600 Versorgungsfälle weniger. Bei den Postunternehmen wurden rund 13000 (-5300), beim Bundeseisenbahnvermögen knapp 9000 (-400), beim Bund 5300 (-700) und bei den Gemeinden/Gv 3300 (-200) neue Ruhegehaltsempfänger erfaßt

Die Zugangsraten des Jahres 1998 bezogen auf den Durchschnittsbestand der Ruhegehaltsempfänger lagen beim Bund (5,0%) und den Gemeinden/Gv (5,4%) am niedrigsten Etwas höher waren sie beim Bundeseisenbahnvermögen (6,3%) und bei den Ländern (6,8%), während die Versorgungssysteme der Post mit 7,3% die höchste Zugangsrate zu verkräften hatten

Das durchschnittliche Zugangsalter betrug wie im Vorjahr im Alterssicherungssystem für Beamte und Richter 57 Jahre und bei den Berufssoldaten 53 Jahre, beim Bund lag es mit 60 Jahren am höchsten, bei den Ländern und Kommunen betrug es 59 Jahre Das niedrigste Zugangsalter wurde mit 53 Jahren bei den Postunternehmen ermittelt Bei der Beamtenversorgung hat sich das durchschnittliche Zugangsalter bei fast allen Dienstherren gegenüber dem Vorjahr um rund ein halbes Jahr erhöht, nur beim Bundeseisenbahnvermögen blieb es mit 57 Jahren konstant

Neben den Zugängen zum Versorgungssystem sind als weiterer Faktor für die Bestandsentwicklung die Abgänge aus dem Versorgungssystem von Bedeutung Im Jahr 1998 sind 29000 Ruhegehaltsempfänger und -empfängerinnen sowie 22000 Witwen/Witwer überwiegend durch Tod aus dem Versorgungssystem ausgeschieden Bei den verstorbenen Ruhegehaltsempfängern war jeweils rund die Hälfte unter 80 Jahre alt bzw 80 Jahre und älter Bezogen auf den Durchschnittsbestand der Ruhegehaltsempfänger betrug die Abgangsquote wie im Vorjahr 3,6% Aufgrund der unterschiedlichen Lebenserwartung streut sie in den einzelnen Altersgruppen zwischen 1,3% bei den unter 60jährigen und 28,9% bei den über 90jährigen. Aus den Abgängen bei den Ruhegehaltsempfängern und den Zugängen von Witwen/Witwern aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers errechnet sich ein Anteil der Fälle mit Hinterbliebenenversorgung von 56% (1997 59%) In den einzelnen Beschäftigungsbereichen streut der Anteil der Fälle mit Hinterbliebenenversorgung zwischen 51% beim Bund und 65% bei den Kommunen

Bei den Witwen/Witwern ergab sich eine Abgangsquote von 5,6% In den einzelnen Altersgruppen liegen die Werte zwischen 1,0% (unter 60 Jahre) und 24,0% (90 Jahre und älter). Die im Vergleich zu den Ruhegehaltsempfän-

Tabelle 5 Versorgungsabgänge im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Altersgruppen

von Alter bis unter Jahren	Bund	Länder	Gemeinden/ Gv 1)	Bundes- eisen- bahnver- mögen	Post-1)	Insgesamt	
						1998	1997
Ruhegehalt							
unter 60	248	856	117	247	638	2 106	1 784
60-70	592	1 270	264	835	765	3 786	3 901
70-80	1 417	3 229	781	2 044	1 691	9 162	8 410
80-90	1 731	3 988	878	2 640	1 320	10 557	10 479
90 und älter	332	1 534	346	497	601	3 310	3 141
Zusammen	4 320	10 877	2 396	6 323	5 015	28 921	27 715
Witwen-/Witwergeld							
unter 60	59	195	22	24	70	370	333
60-70	70	253	57	119	140	669	622
70-80	636	1 361	327	1 180	707	4 211	3 815
80-90	1 151	3 666	1 031	3 145	1 432	10 425	10 525
90 und älter	468	2 645	762	1 738	1 148	6 761	6 563
Zusammen	2 384	8 120	2 199	6 236	3 497	22 436	21 858

1) Einschl. kommunaler Zweckverbände - -) Deutsche Post AG Deutsche Telekom AG Deutsche Postbank AG

gern niedrigeren Abgangsquoten in den einzelnen Altersgruppen dokumentieren die günstigere Lebenserwartung der Frauen Der insgesamt höhere Wert der Abgangsquote bei den Witwen/Witwern insgesamt im Vergleich zu der der Ruhegehaltsempfänger ist auf das stärkere Gewicht der über 80jährigen bei den Witwen/Witwern zurückzuführen Die Abgänge aus dem Versorgungssystem liegen bei den Witwen/Witwern - mit Ausnahme beim Bund - weiterhin über den Zugängen.

Durchschnittlicher Ruhegehaltssatz sinkt

Im Rahmen der Versorgungsempfängerstatistik wurden auch die Bruttozüge der Empfänger/-innen von Ruhegehalt, Witwen-/Witwer- und Waisengeld im Berichtsmonat Januar 1999 erhoben. Der Berechnung der Versorgungsbezüge liegen die ruhegehaltfähige Dienstzeit und die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zugrunde Das Ruhegehalt beträgt für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,875%, insgesamt jedoch höchstens 75% der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Der Hochstruhegehaltssatz wird damit nach 40 Dienstjahren erreicht Diese Regelung gilt seit 1992 und ersetzt die bis dahin geltende degressive Ruhegehaltsskala, nach der der Hochstsatz von 75% bereits nach 35 Dienstjahren erreicht wurde Für die am 31. Dezember 1991 vorhandenen Beamtinnen und Beamten gelten befristete Übergangsregelungen Der hinterbliebene Ehegatte erhält als Witwen-/Witwergeld 60% des Ruhegehaltes des Verstorbenen Das Waisengeld beträgt für die Halbweisen 12%, für die Vollweisen 20% und für die Unfallweisen 30% des Ruhegehaltes.

Nach dem Ergebnis der Versorgungsempfängerstatistik 1999 betrug der durchschnittliche Ruhegehaltssatz der Pensionäre in der Beamtenversorgung der Gebietskörperschaften 72,2% Er ist seit der erstmaligen Erhebung 1994 (72,6%) kontinuierlich zurückgegangen Beim Bund betrug der durchschnittliche Ruhegehaltssatz 73,3%, bei den Ländern 72,1% und bei den Kommunen 72,3% Der Grund für die rückläufige Entwicklung liegt darin, daß der durchschnittliche Ruhegehaltssatz der Neuzugänge mit 71,6% unter dem des Altbestands (72,3%)

hegt. Besonders deutlich ist dieser Unterschied im Landesdienst (Altbestand 72,1%, Zugänge 71,1%) Der niedrigere durchschnittliche Ruhegehaltssatz der Zugänge zum Versorgungssystem geht derzeit im wesentlichen auf die von den versorgungsberechtigten Frauen erreichten Ruhegehaltssätze zurück Während der durchschnittliche Ruhegehaltssatz der Neuzugänge bei den Männern im Bereich der Gebietskörperschaften mit 73,1% nur geringfügig unter dem Wert des Altbestands (73,3%) liegt, weichen die entsprechenden Werte bei den Frauen mit 68,5% für den Altbestand und 65,6% für die Zugänge deutlich voneinander ab Hier wirken sich zunehmend Freistellungen (Beurlaubung, Teilzeitarbeit) während der aktiven Dienstzeit aus, die eine kürzere ruhegehaltfähige Dienstzeit und damit einen niedrigeren Ruhegehaltssatz zur Folge haben Da der Anteil der Frauen bei den Zugängen zunehmen wird, werden sich diese Auswirkungen auf den Ruhegehaltssatz und damit auf die Bezüge in Zukunft verstärken. Zusätzlich werden dann auch die neuen gesetzlichen Regelungen (Ruhegehaltsskala und Versorgungsabschläge) zu einer Minderung der Versorgungsbezüge der künftigen Pensionäre führen

Die beamten- und soldatenrechtlichen Versorgungsbezüge sind im Gegensatz zu den Renten Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit und unterliegen deshalb bei ihrer Auszahlung dem Lohnsteuerabzug Bei den in der Versorgungsempfängerstatistik nachgewiesenen Beträgen handelt es sich um den monatlichen Bruttobetrag für den Monat Januar 1999 vor Abzug der Lohnsteuer und ohne Berücksichtigung der Beiträge für die private Kranken- und Pflegeversicherung Der durchschnittliche monatliche Bruttobezug betrug bei den Ruhegehaltsempfängern nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht 4078 DM, eine Witwe/ein Witwer erhielt durchschnittlich 2206 DM und eine Waise 602 DM Die Durchschnittsbezüge der Ruhegehaltsempfänger haben sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,1%, die der Witwen/Witwer um 1,2% erhöht Der Anstieg liegt damit unter der Anpassung der Versorgungsbezüge um 1,5%. Die Abweichung dürfte auf strukturelle Verschiebungen im Bestand der Versorgungsempfänger durch Zu- und Abgänge zurückzuführen sein

arbeitsdienstes und vereinzelt auch Angestellte und Arbeiter des Deutschen Reiches sowie ehemalige Bedienstete aufgeloster Dienststellen und ihre Hinterbliebenen erhalten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz ebenfalls eine beamtenrechtliche Versorgung Sämtliche Versorgungsleistungen werden zu Lasten des Bundeshaushaltes erbracht. Am 1. Januar 1999 wurden noch 79.000 Leistungsempfänger erfaßt, die eine beamtenrechtliche Versorgung aufgrund einer Tätigkeit im Dienst des Deutschen Reiches erhielten Der Bestand dieser Versorgungsempfänger ist damit gegenüber dem Vorjahr um 6.000 oder 7,0% zurückgegangen

Über fünfzig Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges bilden die Witwen/Witwer die größte Gruppe der Leistungsbezieher Am 1. Januar 1999 wurden 65.000 Personen versorgt, deren Ehegatten im Dienst des Deutschen Reiches einen Rechtsanspruch erworben hatten und nach Beendigung des zweiten Weltkrieges nicht mehr in den öffentlichen Dienst übernommen wurden Von den ehemaligen Beamten, Soldaten und Reichsarbeitsdienstführern erhielten noch 13.000 eine Pension Daneben werden noch gut 1.000 Waisen versorgt, die aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung über das 27. Lebensjahr hinaus eine Versorgungsleistung erhalten

Dr. Werner Breidenstein

Tabelle 6: Durchschnittliche Bruttomonatsbezüge im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Art der Versorgung
DM

Art der Versorgung	Bund	Länder	Gemeinden/ Gv ¹⁾	Bundes-eisenbahnver-mogen	Post ²⁾	Insgesamt	
						1. Januar 1999	1998
Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht							
Ruhegehalt	4457	4877	4607	3131	3021	4078	4035
Witwen-/Witwergeld	2529	2674	2460	1619	1565	2206	2179
Waisengeld	607	644	639	556	447	602	604

¹⁾ Einschl. kommunaler Zweckverbände – ²⁾ Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG

Bestand der Versorgungsempfänger nach Kapitel I G 131 nimmt weiter ab

Die nach dem zweiten Weltkrieg nicht wiederverwendeten ehemaligen Beamten, Berufssoldaten, Führer des Reichs-

Finanzen der Europäischen Union seit 1989 sowie Höhe und Bestimmungsfaktoren der Nettoposition

Vorbemerkung

Mit diesem Beitrag wird die Berichterstattung über die längerfristige Entwicklung der Finanzen der Europäischen Gemeinschaften fortgesetzt. In früheren Aufsätzen¹⁾ wurden die Ausgaben und Einnahmen seit 1968, dem ersten Gesamthaushaltsjahr der Europäischen Union (damals noch Europäische Gemeinschaft genannt), dargestellt. Der in ECU aufgestellte Gesamthaushalt ist hinsichtlich der Ist-Ergebnisse (1989 bis 1997) mit den jeweils geltenden Jahresdurchschnittskursen, bei den Soll-Zahlen (1998) mit dem sogenannten Haushaltskurs, das heißt mit dem Kurs vom Februar des Vorjahres, in DM umgerechnet worden.²⁾

Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften waren neben der Bundesrepublik Deutschland Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Am 1. Januar 1973 traten Danemark, Großbritannien und Nordirland sowie Irland den Gemeinschaften bei, am 1. Januar 1981 Griechenland und am 1. Januar 1986 Portugal und

Spanien. Seit dem 1. Januar 1995 sind Finnland, Österreich und Schweden Vollmitglieder der Europäischen Union (EU).

Zunächst wird die Entwicklung der Finanzen der EU seit 1989 beschrieben. Anschließend werden Höhe und Bestimmungsfaktoren der Nettoposition, das heißt der Differenz zwischen den Einnahmen der EU aus dem jeweiligen Mitgliedstaat und den Zahlungen der EU an diesen Mitgliedstaat, dargestellt.

Ergebnisse

Ausgaben

Die Ausgaben des EU-Haushaltes haben sich von 85,1 Mrd. DM im Jahr 1989 auf 166,5 Mrd. DM im Jahr 1998 erhöht und damit fast verdoppelt. Am kräftigsten stiegen sie, jeweils im Vergleich zum Vorjahr, in den Jahren 1991 (+24,1%) und 1996 (+16,9%). In den übrigen Jahren nahmen sie zwischen 4,4 und 8% zu. Bei einer Einwohnerzahl in der EU von rund 363 Mill. 1989 und 375 Mill. 1998 entspricht dies einer Zunahme der Ausgaben je Einwohner von 234 DM im Jahr 1989 auf 444 DM im Jahr 1998.

Nach wie vor sind die Ausgaben für den Agrarbereich mit über 60% (1989 bis 1991) bzw. rund 55% (1992 bis 1998) der Gesamtausgaben der EU im Berichtszeitraum die größte Position. Sie setzen sich zusammen aus den Ausgaben des Europäischen Garantie- und Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft. Die Ausgaben des Garantiefonds umfassen die Aufwendungen für die öffentliche und private Lagerhaltung, die Produktions- und Absatzbeihilfen, Ausfuhrerstattungen sowie die Währungsausgleichsbeträge für die Erzeugnisse der Marktordnungsgebiete (Milch, Getreide, Rindfleisch, Zucker u. a.). Nachdem im Zeitraum 1984 bis 1987 die Marktordnungsausgaben um mehr als 40% gestiegen waren, beschloß der Europäische Rat am 11./12. Februar 1988 in der sogenannten Agrarleitlinie eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf

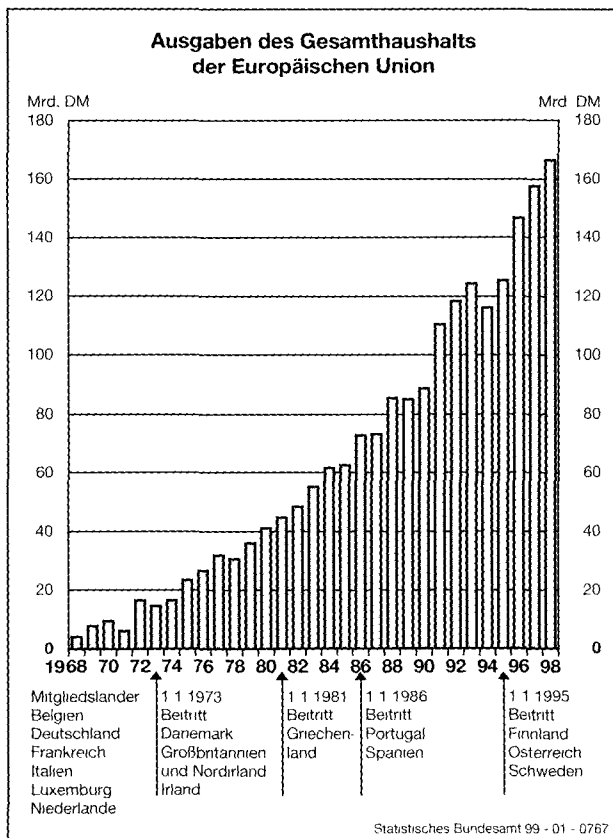
¹⁾ Siehe Dietz, O. „Finanzen der Europäischen Gemeinschaften“ in WiSta 9/1985, S. 779 ff. (Zeitraum 1968 bis einschl. 1983) und ders. „Finanzen der Europäischen Gemeinschaften 1984 bis 1988“ in WiSta 11/1988, S. 799 ff. (Zeitraum 1984 bis 1988).
²⁾ Ein ECU entspricht 1989 2,070 DM, 1990 2,052 DM, 1991 2,051 DM, 1992 2,020 DM, 1993 1,936 DM, 1994 1,925 DM, 1995 1,874 DM, 1996 1,910 DM, 1997 1,964 DM, 1998 1,946 DM.

Tabelle 1 Ausgaben des Gesamthaushaltes der Europäischen Union nach Hauptbereichen

Jahr	Insgesamt	EAGFL Garantie ¹⁾	EAGFL Ausrichtung ¹⁾	Regionalfonds	Sozialfonds	Forschung technologische Entwicklung	Außenpolitische Maßnahmen	Verwaltung	Sonstiges
Mrd. DM									
1989	85,147	50,637	2,793	8,115	5,540	2,567	2,202	4,247	9,046
1990	88,006	51,260	3,746	9,346	6,591	2,933	2,514	4,716	7,800
1991	110,324	64,656	3,857	10,523	7,935	3,198	4,555	5,166	10,334
1992	118,336	63,103	5,095	15,089	8,092	4,096	4,096	5,753	13,012
1993	124,306	66,644	5,194	15,821	9,868	4,411	5,262	6,385	10,721
1994	116,067	64,690	4,610	12,341	7,972	4,980	6,021	6,864	8,409
1995	125,999	64,649	4,743	15,682	8,872	4,755	6,323	7,260	13,105
1996	146,603	74,664	6,418	20,266	11,529	5,613	7,169	7,568	13,376
1997	157,584	79,784	7,031	22,628	12,066	6,021	7,792	9,110	14,152
1998	166,450								
Prozent									
1989	100	59,5	3,3	9,5	6,5	3,0	2,6	5,0	10,6
1990	100	57,7	4,2	10,6	7,4	3,3	2,8	5,3	8,8
1991	100	58,6	3,5	9,6	7,2	2,9	4,1	4,7	9,4
1992	100	53,3	4,3	12,8	6,8	3,5	3,5	4,9	11,0
1993	100	53,6	4,2	12,7	7,9	3,5	4,2	5,1	8,6
1994	100	55,7	4,1	10,6	6,9	4,3	5,2	5,9	7,2
1995	100	51,6	3,8	12,5	7,1	3,8	5,0	5,8	10,5
1996	100	50,9	4,4	13,8	7,9	3,8	4,9	5,2	9,1
1997	100	50,6	4,5	14,4	7,7	3,8	4,9	5,1	9,0
1998	100								

¹⁾ Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Garantie - / Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung

Schaubild 1



künftig 74 v. H. der jährlichen Steigerungsrate des Brutto-
sozialprodukts

Der **Ausrichtungsfonds**, der finanzwirtschaftlich ver-
gleichsweise von geringer Bedeutung ist (zwischen 3 und
4% der gesamten Ausgaben der EU), umfaßt Hilfen der
Europäischen Union an die Mitgliedstaaten zur Verbesse-
rung der Agrarstruktur und der Entwicklung des ländlichen
Raumes. Nach der Finanzplanung der Europäischen Union
werden aus dem Ausrichtungsfonds an Deutschland bis
1999 9,7 Mrd. DM gezahlt, davon allein an die neuen Län-
der rund 5 Mrd. DM

Der finanziell zweitgrößte Ausgabenbereich ist der **Re-
gionalfonds**. Sein Ziel ist es, die gravierendsten regio-
nalen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft zu korrigie-
ren. Dafür wurden im Berichtszeitraum zwischen 9 und 14%
der gesamten EU-Ausgaben verwendet.

Der **Sozialfonds** tatigte im Zeitraum 1989 bis 1997
zwischen 6,5 und 7,9% der EU-Ausgaben. Seine Funktion
besteht vor allem in der Finanzierung von Maßnahmen der
beruflichen Bildung, der Arbeitsförderung und Einglieder-
ung jugendlicher Arbeitsloser in das Arbeitsleben.

Auf Verwaltungszwecke entfielen rund 5% der EU-
Ausgaben. Diese Position umfaßt die Personal- und Sach-
ausgaben der Organe der EU, also der Kommission, des
Ministerrates, des Parlaments, des Gerichts- und des
Rechnungshofes. Innerhalb der Verwaltungsausgaben
überwiegen die Personalausgaben, deren Entwicklung im
Berichtszeitraum auch durch eine deutliche Personalauf-
stockung (1989: rd. 23000, 1998: rd. 30000 Beschäftigte)
bestimmt war.

Unter der Position **Außenpolitische Maßnahmen**
sind die Aufwendungen insbesondere für Entwicklungs-
hilfe sowie Nahrungsmittelhilfe und humanitäre Hilfe zu-
sammengefaßt. Sie machten im Berichtszeitraum zwischen
2,6 und 5,2% der gesamten EU-Ausgaben aus. Der klein-
ste direkt ausgewiesene Ausgabenbereich war die Posi-
tion **Forschung, technologische Entwicklung**.

Unter **Sonstiges** sind u.a. die Aufwendungen für die
gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik subsumiert.

Einnahmen

Die Einnahmen der EU setzen sich aus den originären
Einnahmen (den sogenannten Eigenmitteln) und den son-
stigen Einnahmen zusammen.

Die Eigenmittel umfassen:

- Agrarabschöpfungen und Zuckerabgaben,
- Zölle,
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel,
- Bruttosozialprodukt (BSP)-Eigenmittel.

Die Agrarabschöpfungen und Zölle werden bei Importen
aus Drittländern an den Außengrenzen der EU (z. B. zu
Polen oder zur Schweiz) bzw. direkt in den Handelshafen
(z. B. in Rotterdam) erhoben. Die Gemeinschaft verteuert
die importierten Agrarprodukte, indem die niedrigeren
Weltmarktpreise dieser Produkte auf das staatlich gestütz-
te Preisniveau der Gemeinschaft angehoben werden.

Die den Agrarabschöpfungen gleichgestellten Einnahmen
aus der Zuckerabgabe werden als Produktionsabgabe auf
Zucker und seit 1977 auf Isoglucose sowie als Lagerab-
gabe erhoben, um die Ausgaben zur Stützung des Zucker-
marktes in der EU zu finanzieren. Vom Aufkommen der
Agrarabschöpfungen, der Zölle und Zuckerabgaben ste-
hen der EU 90% zu, 10% behalten die Mitgliedstaaten als
Entgelt für die Erhebungskosten ein.

Die Höhe der Mehrwertsteuer-Eigenmittel, die der einzelne
Mitgliedstaat an die EU zu zahlen hat, richtet sich nach
einem für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Prozentsatz an

Tabelle 2 Personal der Organe der Europäischen Union (EU)

Organ	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Europäische Kommission	16 309	16 720	16 607	17 916	18 576	19 027	20 017	20 831	21 190	21 495
Ministerrat der EU	2 165	2 154	2 205	2 225	2 256	2 304	2 464	2 509	2 529	2 534
Europäisches Parlament	3 405	3 482	3 565	3 666	3 790	3 790	4 091	4 105	4 109	4 110
Europäischer Gerichtshof	682	752	794	800	825	837	950	953	953	953
Europäischer Rechnungshof	377	379	384	394	402	427	503	503	528	553
Insgesamt	22 938	23 517	23 555	25 051	25 849	26 355	28 025	28 921	29 309	29 645

Tabelle 3 Eigene Einnahmen der Europäischen Union

Mrd. DM

Jahr	Insgesamt	Agrarabschöpfungen	Zucker- und Isoglucoseabgaben	Zölle	Erhebungskosten der Eigenmittel	Mehrwertsteuer-Eigenmittel	Bruttosozialprodukt Eigenmittel
1989	91 767	2 655	2 860	23 721	- 2 924	62 056	33 999
1990	84 984	2 408	1 869	23 451	- 2 773	59 445	5 84
1991	108 356	3 325	2 342	26 149	- 3 183	64 407	15 316
1992	113 649	2 438	2 025	25 347	- 2 984	70 012	16 811
1993	123 852	1 992	2 159	23 782	- 2 793	66 772	31 940
1994	123 565	1 776	2 661	23 909	- 2 834	64 063	33 990
1995	127 110	1 582	2 467	26 046	- 3 009	73 436	26 586
1996	135 792	1 547	2 318	24 962	- 2 883	69 616	40 232
1997	147 875	2 013	2 188	26 726	- 2 093	67 228	52 813
1998	161 256 ¹⁾	3 252 ¹⁾		21 688		66 430	69 888

¹⁾ Nach Abzug der nicht gesondert ausgewiesenen Erhebungskosten der Eigenmittel (-) Einschl. der nicht gesondert ausgewiesenen Einnahmen aus Zucker- und Isoglucoseabgaben

einer festgelegten Bemessungsgrundlage, nämlich der Summe der steuerpflichtigen Umsätze aus Warenlieferungen, Dienstleistungen und Einfuhren auf der Stufe des Endverbrauchers. Die nationalen Zahlungen an die EU waren bis 1996 zunächst auf 1,24% der einheitlichen Bemessungsgrundlage begrenzt und sind anschließend bis 1999 schrittweise auf 1,0% abgebaut worden. 1988 neu eingeführt wurde die sogenannte Kappung dieser Finanzquelle. Wenn die Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eines EU-Landes einen bestimmten Anteil seines Bruttosozialproduktes überschreitet, werden die steuerpflichtigen Umsätze nur bis zur Höhe dieses BSP-Anteils als Abfuhrungsgrundlage herangezogen (sog. Kappung). 1988 betrug die Kappungsgrenze 55%, 1996 53%. Danach ist sie bis 1999 schrittweise auf 50% gesenkt worden. Für Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ist die 50%-Kappung schon ab 1995 voll angewandt worden.

Die 1988 eingeführten BSP-Eigenmittel der EU dienen der Restfinanzierung des Haushaltes. Falls die Gesamteinnahmen (Eigenmittel plus sonstige Einnahmen) nicht zur Deckung der Ausgaben ausreichen, haben sich die Mitgliedsländer entsprechend dem Anteil ihres (nationalen) Bruttosozialproduktes zu Marktpreisen am gesamten EU-Bruttosozialprodukt zu beteiligen. Die Obergrenze, bis zu der die Europäische Union von ihren Mitgliedsländern Eigenmittel beanspruchen darf, ist von einem Anteilsatz von 1,22% des Bruttosozialproduktes im Jahr 1988 bis 1999 schrittweise auf 1,27% angehoben worden. Bis zum Jahr 2001 wird die Restfinanzierung des Gesamthaushaltes der EU noch auf Basis des Bruttosozialproduktes (BSP) berechnet, ab 2002 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Bezugsgröße.

Die sonstigen Einnahmen der EU, die allerdings im Zeitablauf nie mehr als einen Anteil von maximal 5% an den Gesamteinnahmen erreichten und daher quantitativ kaum ins Gewicht fallen, setzen sich zusammen aus

- einem etwaigen Überschuss aus dem EU-Haushalt des Vorjahres,
- Einnahmen aus der Besteuerung der Einkommen der EU-Bediensteten,
- Einnahmen aus laufender Verwaltungstätigkeit, wie zum Beispiel Erlöse aus Verkäufen, Vermietungen u. a.

Die Höhe der sonstigen Einnahmen wird im wesentlichen von den stark schwankenden Haushaltsüberschüssen aus

Vorjahren bestimmt. Die übrigen genannten Positionen sind quantitativ nahezu ohne Bedeutung.

Insgesamt nahmen die eigenen Einnahmen (= Eigenmittel) der EU von 91,8 Mrd. DM im Jahr 1989 auf 161,3 Mrd. DM im Jahr 1998 zu. Bis 1997 trugen die Mehrwertsteuer-Eigenmittel am meisten zur Finanzierung des EU-Haushaltes bei (Anteil 1989: 67,6%, 1997: 45,5%), 1998 übertrafen die BSP-Eigenmittel (Anteil 43,3%) erstmals knapp die Mehrwertsteuer-Eigenmittel (Anteil 41,2%). Die Einnahmen aus Zöllen hatten im Berichtszeitraum abnehmende Tendenz (Anteil 1989: 25,8%, 1998: 13,4%). Die Einnahmen aus Agrarabschöpfungen und Zuckerabgaben waren von untergeordneter Bedeutung (Anteil 1989: 6,0%, 1998: 2,0%).

Höhe und Bestimmungsfaktoren der Nettoposition

Die Nettoposition sagt aus, ob und in welchem Umfang ein Mitgliedstaat mehr Einnahmen aus dem EU-Haushalt erhält als er einzahlt (Nettoempfänger) bzw. - umgekehrt - mehr Mittel an die EU abführt als er empfängt (Nettozahler). Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den Einnahmen der EU aus dem jeweiligen Mitgliedstaat und den Zahlungen der EU an diesen Staat. Die (eigenen) Einnahmen der EU schlagen sich in den Haushalten der Mitgliedstaaten als Zahlungen an die EU, die Ausgaben der EU an die Mitgliedstaaten als Zahlungen von der EU nieder.

Tabelle 4 Nettozahler¹⁾ und Nettoempfänger¹⁾ der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) 1997

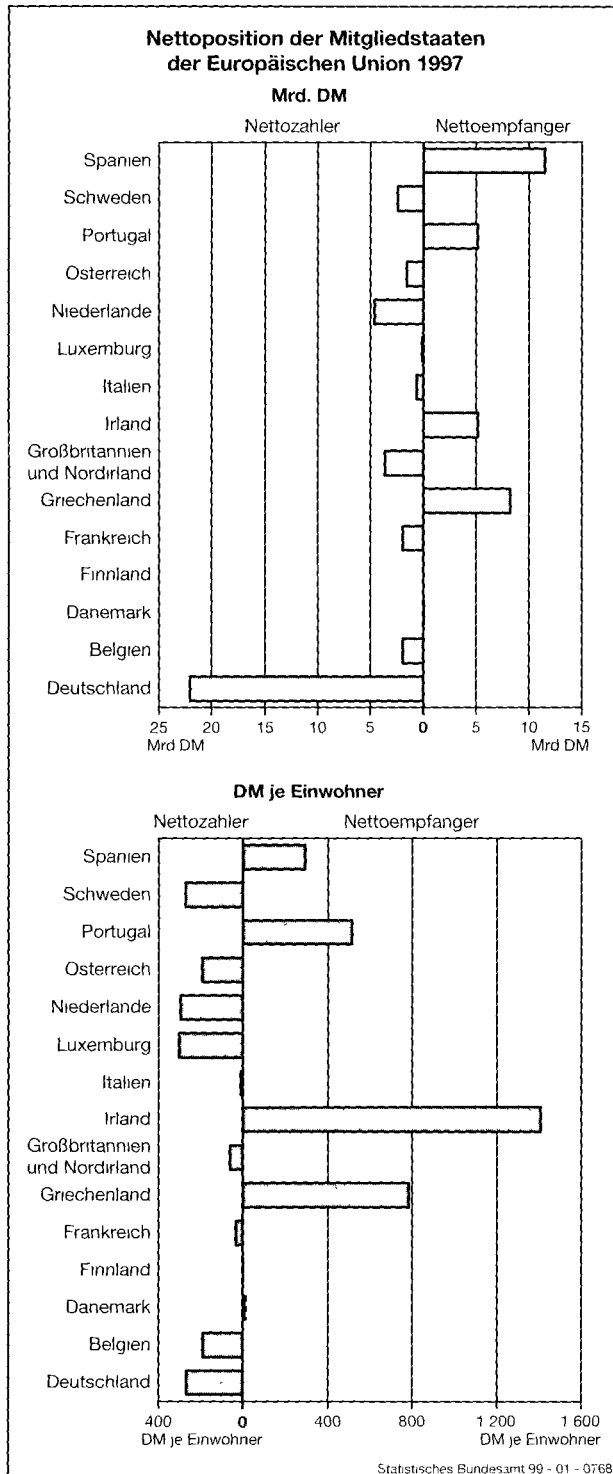
Mitgliedstaaten	Zahlungen		Saldo ¹⁾	
	an die EU	von der EU	Mrd. DM	DM je Einwohner
Deutschland	41 670	19 618	- 22 052	- 269
Belgien	5 835	3 893	- 1 942	- 191
Dänemark	2 958	3 035	+ 47	+ 9
Finnland	2 090	2 100	+ 10	+ 2
Frankreich	25 897	23 963	- 1 934	- 33
Griechenland	2 314	10 551	+ 8 237	+ 785
Großbritannien und Nordirland	17 531	13 929	- 3 602	- 61
Irland	1 349	6 503	+ 5 154	+ 1 408
Italien	17 022	16 388	- 634	- 11
Luxemburg	336	208	- 128	- 304
Niederlande	9 902	4 888	- 4 614	- 296
Österreich	4 144	2 589	- 1 555	- 193
Portugal	2 117	7 247	+ 5 130	+ 516
Schweden	4 568	2 158	- 2 410	- 272
Spanien	10 543	22 032	+ 11 489	+ 292

¹⁾ Berechnet aus der Differenz zwischen den Einnahmen der EU von den Mitgliedsländern und den Zahlungen der EU an die Mitgliedsländer (-) = Nettozahler, + = Nettoempfänger

Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, war Deutschland, gemessen in absoluten Beträgen, mit 22,1 Mrd. DM im Jahr 1997 der

mit Abstand größte Nettozahler. Danach folgten die Niederlande (4,6 Mrd. DM), Großbritannien und Nordirland (3,6 Mrd. DM), Schweden (2,4 Mrd. DM), Belgien und Frankreich (jeweils 1,9 Mrd. DM), Österreich (1,6 Mrd. DM), Italien (0,6 Mrd. DM) sowie Luxemburg (0,1 Mrd. DM). Alle übrigen Mitgliedstaaten der EU waren Nettoempfänger. In den übrigen Jahren ergab sich ein ähnliches Bild. Die Reihenfolge verändert sich allerdings, wenn die Nettoposition je Einwohner berechnet wird. Danach war Luxemburg der größte Nettozahler, gefolgt von den Niederlanden, Schweden und Deutschland.

Schaubild 2



Die Gründe dafür, daß ein Mitgliedstaat Nettozahler oder Nettoempfänger ist, ergeben sich im wesentlichen aus der erwähnten Art der Finanzierung des EU-Haushaltes und der Verwendung dieser Mittel. Im einzelnen sind folgende Faktoren verantwortlich:

- Geographische Lage
Die geographische Lage eines Landes (an der Außen- grenze zur EU oder nicht, mit oder ohne Handelshäfen) beeinflußt die Zahlungen an die EU. Beispielsweise führen über den Rotterdamer Hafen abgewickelte deut- sche Importe aus Drittländern zu Zolleinnahmen der Niederlande, die an die EU abzuführen sind.
- Wirtschaftsstruktur
Je mehr ein Land auf Agrarproduktion ausgerichtet ist, um so weniger landwirtschaftliche Erzeugnisse muß es importieren. Dadurch fallen geringere Agrarabschöp- fungen an und damit geringere Zahlungen an die EU. Zugleich erhält das Land um so mehr Finanzhilfen von der EU, je stärker es durch diese Produktionsausrich- tung zur Überproduktion von Agrarerzeugnissen bei- trägt. Um solche Überschüsse unterzubringen, leistet die EU Zahlungen für staatliche Lagerhaltung (Inter- ventionskäufe), für den Export auf dem Weltmarkt (Aus- fuhrsubventionen) und für produktbezogene Beihilfen. Die im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten hohe Agrarproduktion begünstigt unter diesem Aspekt Däne- mark und Frankreich.
- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes spiegelt sich in den beiden Finanzierungskomponen- ten, BSP-Eigenmittel und Mehrwertsteuer-Eigenmittel, wider. Je höher das Bruttosozialprodukt und die steuer- pflichtigen Umsätze eines Landes sind, desto höher sind seine Zahlungen an die EU. Auf der anderen Seite wer- den entsprechend der strukturpolitischen Zielsetzung ärmere Regionen durch Zahlungen der EU gefördert. So erhielten die gemessen am Bruttosozialprodukt weniger wohlhabenden Staaten Spanien, Portugal, Griechenland und Irland aus dem sogenannten „Kohäsionsfonds“ zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusam- menhalts der EU im Zeitraum 1993 bis 1999 rund 29 Mrd. DM. Aus dem Strukturfonds flossen im gleichen Zeit- raum Förderregionen in den neuen Bundesländern ins- gesamt 28 Mrd. DM zu.
- Relation zwischen Mehrwertsteuer-Eigenmittelbemes- sungsgrundlage und Bruttosozialprodukt
Über die erwähnte Kappungsgrenze werden Länder ent- lastet, deren Mehrwertsteuer-Eigenmittelbemes- sungsgrundlage im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt be- sonders hoch ist (über 53 bzw. 50%). Dies gilt vor allem für Großbritannien, Luxemburg, Irland und Portugal.
- Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts
Da Ausfuhren von der Mehrwertsteuer befreit sind, müssen Mitgliedstaaten mit relativ hoher Exportquote vergleichsweise geringere Finanzbeiträge an die EU leisten. Importabhängige Länder werden dagegen ver- gleichsweise mehr belastet, da sie die importbedingten Einnahmen aus Zöllen und Agrarabschöpfungen an die

EU abführen müssen. Davon betroffen ist beispielsweise Großbritannien, da es, gemessen am EU-Durchschnitt, einen großen Teil seines Imports aus Drittländern bezieht.

– Struktur der Agrarausgaben

Über die Hälfte der Agrarausgaben entfällt auf die Ackerkulturen Getreide und Ölsaaten sowie auf Milch, Milch-erzeugnisse und Rindfleisch. Diese Konzentration hat eine regional unterschiedliche Verteilung der EU-Mittel zur Folge.

– Sitz der Verwaltung der EU

Die Lohn- und Gehaltszahlungen der EU an ihre Bediensteten werden bei der Berechnung der Nettoposition als Zahlungen von der EU veranschlagt. Dies trägt u. a. dazu bei, daß Belgien und Luxemburg 1997 nur in relativ geringer Höhe Nettozahler waren, in den Vorjahren sogar meist Nettoempfänger.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Zahlungen an die EU vor allem durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Mitgliedstaates bestimmt sind, während die Zahlungen von der EU, weitgehend unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, überwiegend in Länder mit hoher Agrarproduktion und großen strukturellen Problemen fließen. Dies führt zu einer von Kritikern als ungerecht empfundenen unterschiedlichen Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Die „Zahllast“ wird auf wenige wohlhabende Länder konzentriert. Allerdings darf nicht außer acht bleiben, daß die Nettoposition keine Aussage zuläßt über das tatsächliche Verhältnis von Nutzen und Kosten der EU-Mitgliedschaft, da sich viele Faktoren, wie zum Beispiel der Vorteil des großen EU-Marktes für ein exportorientiertes Land, nicht quantifizieren lassen.

Dipl.-Volkswirt Otto Dietz

Preise im November 1999

Die im Vormonat auf den inländischen Gütermärkten beobachtete Preisberuhigung hat sich im Berichtsmonat nicht fortgesetzt: Die Großhandelsverkaufspreise zogen innerhalb eines Monats mit +0,7% deutlich an, die Verbraucherpreise erhöhten sich um 0,2%, nachdem sie sich drei Monate hintereinander ermaßigt hatten. Die Einzelhandelspreise stiegen geringfügig um 0,1%, im Vormonat hatte es hier noch einen Preisstillstand gegeben. Auch die Erzeugerpreise wiesen mit +0,1% eine leichte Verteuerung auf. Doch liegt von den erwähnten Indizes nur bei den Erzeugerpreisen das Indexniveau unter dem des Basisjahres 1995.

Noch deutlicher sind die Preisauftriebstendenzen im Jahresvergleich zu erkennen. Im November 1999 wurden die im Großhandel gehandelten Waren im Durchschnitt um 3,2% teurer verkauft als im November 1998; im Oktober 1999 hatte die Jahresrate noch bei +2,1% gelegen. Auch bei den Erzeugerpreisen erhöhte sich die Preissteigerungsrate weiter von +0,2% im Oktober 1999 auf +0,7% im November 1999. Ebenfalls eine Erhöhung, die aber nicht so deutlich ausfiel wie beim Großhandel und auf der Erzeugerstufe, verzeichneten die Verbraucherpreise, nur im Einzelhandel lag die Jahresveränderungsrate wie im Vormonat bei +0,3%.

Der nachfolgenden Übersicht sind die Auswirkungen der Preisentwicklung bei Mineralölzeugnissen und bei Saisonwaren auf die monatlichen und jährlichen Veränderungsrate der Gesamtindizes in Deutschland zu entnehmen. Vor allem im Jahresvergleich zeigen sich die Auswirkungen der Verteuerungen der Mineralölzeugnisse.

Deutschland	Veränderungen November 1999 gegenüber	
	Oktober 1999	November 1998
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,1	+ 0,7
ohne Mineralölzeugnisse	-	- 0,3
Mineralölzeugnisse	+ 2,6	+ 27,8
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,7	+ 3,2
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,5	+ 1,0
Mineralölzeugnisse	+ 2,4	+ 33,1
ohne Saisonwaren	+ 0,5	+ 3,3
Saisonwaren	+ 3,9	+ 0,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,2	+ 1,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 0,2
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 20,3
ohne Saisonwaren	+ 0,1	+ 1,0
Saisonwaren	+ 0,8	- 2,6

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) zog im November 1999 zum sechsten Male in Folge gegenüber dem Vormonat an, wenn auch nur um 0,1%; er lag damit um 0,7% über dem Stand vom November 1998. Im Oktober hatte die Jahresrate noch bei +0,2% gelegen. Letztmalig war eine so hohe Jahresveränderungsrate für den März 1998 (mit ebenfalls +0,7%) ermittelt worden.

Ausgewählte Preisindizes 1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- ver- kaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ¹⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Lan- der und Berlin-Ost
1994 D	98,3	101,6	99,3	98,3	98,4	98,1
1995 D	100	103,7	100	100	100	100
1996 D	98,8	103,1	100,8	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	105,6	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	103,4	101,7	104,3	104,1	105,3
1998 Sept	99,4	101,9	101,7	104,4	104,2	105,4
1998 Okt	98,9	100,9	101,6	104,2	104,0	105,2
1998 Nov	98,5	100,5	101,7	104,2	104,1	105,3
1998 Dez	98,3	100,9	101,6	104,3	104,1	105,3
1999 Jan	97,8	101,2	101,7	104,1	103,9	105,0
1999 Febr	97,7	100,7	101,6	104,3	104,1	105,3
1999 März	97,7	101,4	101,8	104,4	104,3	105,3
1999 April	98,3	101,9	102,1	104,8	104,6	105,6
1999 Mai	98,3	102,2	102,0	104,8	104,7	105,7
1999 Juni	98,4	102,4	101,9	104,9	104,8	105,7
1999 Juli	98,7	102,4	101,9	105,4	105,3	106,1
1999 Aug	98,8	102,7	101,8	105,3	105,3	105,9
1999 Sept	98,9	103,1	101,9	105,1	105,0	105,8
1999 Okt	99,1	103,0	101,9	105,0	104,9	105,7
1999 Nov	99,2	103,7	102,0	105,2	105,2	105,8
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
1998 Sept	- 0,1	- 0,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,2
1998 Okt	- 0,5	- 1,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
1998 Nov	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1
1998 Dez	- 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	-	-
1999 Jan	- 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3
1999 Febr	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
1999 März	-	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	-
1999 April	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
1999 Mai	-	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1
1999 Juni	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-
1999 Juli	+ 0,3	-	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
1999 Aug	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	-	- 0,2
1999 Sept	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,1
1999 Okt	+ 0,2	- 0,1	-	- 0,1	- 0,1	- 0,1
1999 Nov	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1994 D	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6
1995 D	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9
1996 D	- 1,2	- 0,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1998 Sept	- 1,0	- 4,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
1998 Okt	- 1,4	- 4,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
1998 Nov	- 1,8	- 4,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
1998 Dez	- 1,9	- 4,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
1999 Jan	- 2,3	- 4,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
1999 Febr	- 2,4	- 4,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
1999 März	- 2,3	- 3,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4
1999 April	- 1,7	- 3,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
1999 Mai	- 1,7	- 2,5	-	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
1999 Juni	- 1,5	- 1,9	- 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2
1999 Juli	- 1,0	- 1,1	-	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
1999 Aug	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3
1999 Sept	- 0,5	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,4
1999 Okt	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5
1999 Nov	+ 0,7	+ 3,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,5

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer - ²⁾ Originalbasis 1991 = 100 - ³⁾ Einschl. Umsatzsteuer

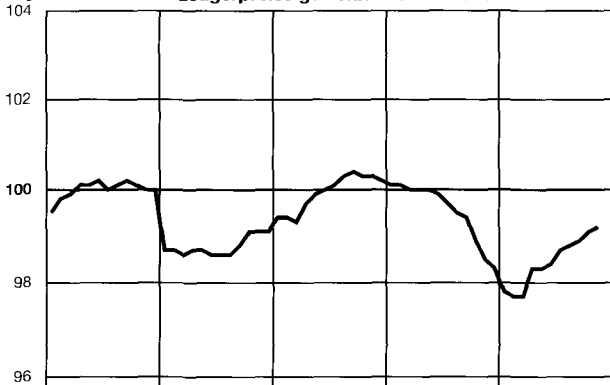
Nach wie vor ist ein wesentlicher Teil des Indexanstiegs auf die Verteuerungen bei Mineralölzeugnissen zurückzuführen, unter Ausklammerung dieser Produkte ergibt sich für die übrigen gewerblichen Erzeugnisse ein durchschnittlicher Preisrückgang innerhalb Jahresfrist um 0,3%. Weitere Preisauftriebstendenzen waren im Berichtsmonat bei Erdgas zu erkennen, und zwar in Abhängigkeit von den Verteuerungen bei Heizöl. Mit Ausnahme eines geringfügigen Rückganges im Juli 1999 wurde Erdgas in jedem Monat seit April 1999 teurer; die Monatsraten liegen

Schaubild 1

Ausgewählte Preisindizes
Deutschland

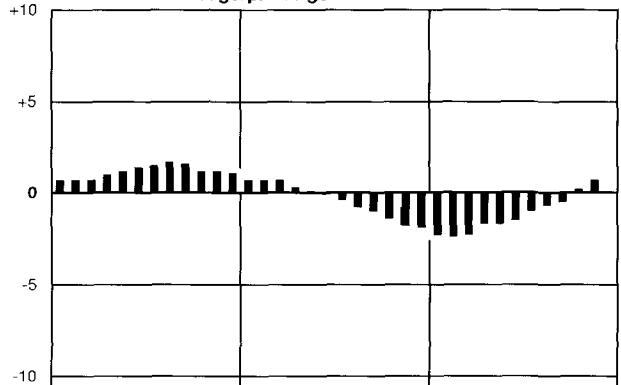
1995 = 100
Log Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



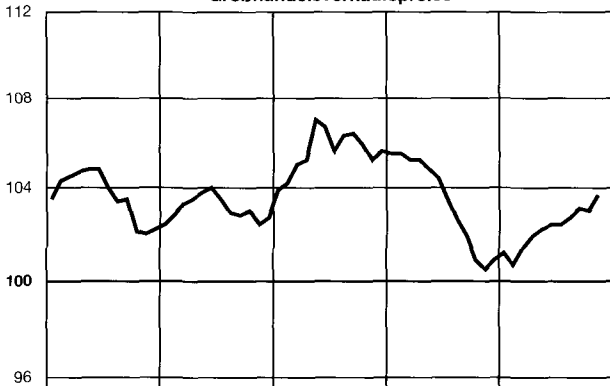
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Anthm Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



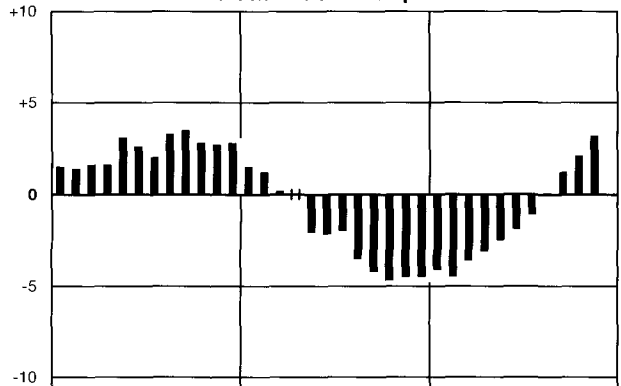
1991 = 100
Log Maßstab

Großhandelsverkaufspreise



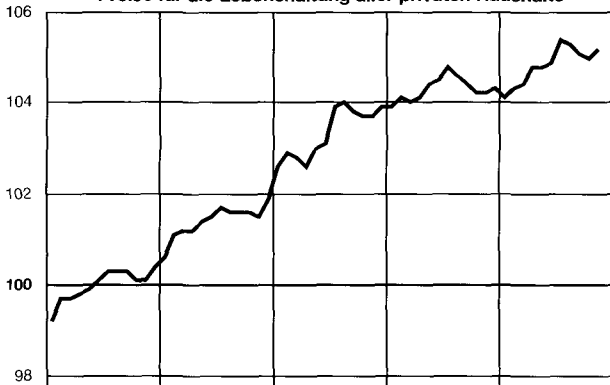
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Anthm Maßstab

Großhandelsverkaufspreise



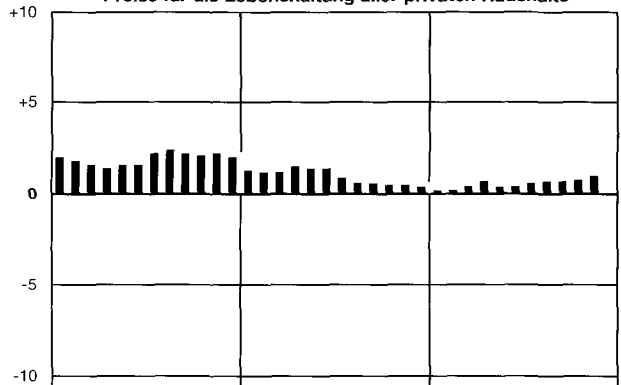
1995 = 100
Log Maßstab

Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



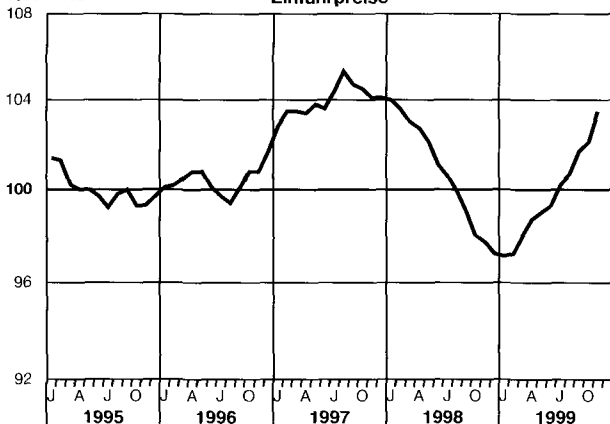
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Anthm Maßstab

Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



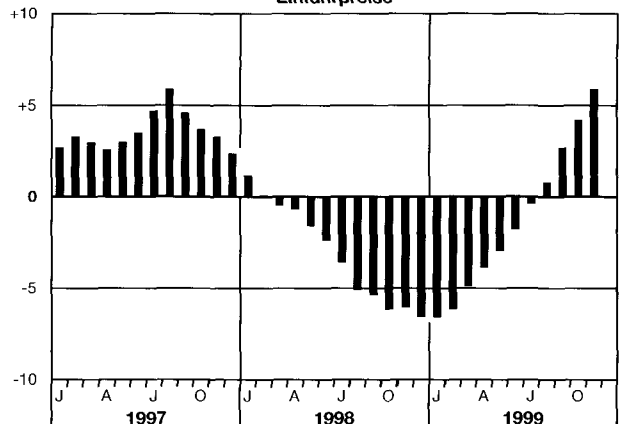
1995 = 100
Log Maßstab

Einfuhrpreise



Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Anthm Maßstab

Einfuhrpreise



zwischen +0,1 % (Juni und September 1999) und +4,8 % (Oktober 1999).

Die Preisentwicklung bei elektrischem Strom zeigt immer deutlicher die Auswirkungen der Liberalisierung auf dem Strommarkt; während für Industriekunden bereits seit Monaten sinkende Elektrizitätspreise zu verzeichnen sind, profitieren nun auch die privaten Haushalte vom verschärften Wettbewerb und sinkenden Preisen.

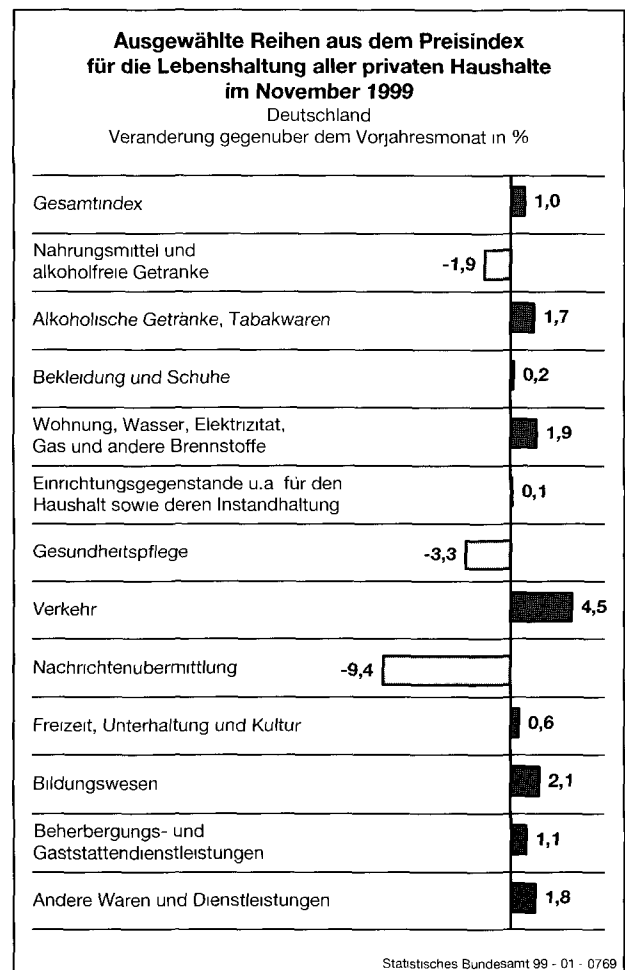
Der Index der Großhandelsverkaufspreise für Deutschland zog im November 1999 gegenüber dem Vormonat mit +0,7 % deutlich an; eine so starke Preisveränderung innerhalb eines Monats wurde letztmalig im März 1999 mit ebenfalls 0,7 % gemessen. Die Erhöhung ist zu großen Teilen auf Verteuerungen der Saisonwaren und der Mineralölzeugnisse zurückzuführen. Innerhalb eines Jahres war der Preisanstieg mit +3,2 % so stark wie seit über zwei Jahren nicht mehr; im September 1997 hatte die vergleichbare Veränderung +3,5 % betragen. Wesentlichen Anteil an der Entwicklung im November 1999 hat die Preiserhöhung bei Mineralölzeugnissen, die sich innerhalb eines Jahres um durchschnittlich 33 % verteuerten. Hervorzuheben ist das Emporschnellen der Preise für leichtes Heizöl um 65,6 % gegenüber November letzten Jahres.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen des Großhandels zeigen sich Unterschiede in der Preisentwicklung vor allem im Jahresvergleich: Die Preise im Großhandel mit Fertigwaren zogen um 0,5 % an, während der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren Preissteigerungen von 9,3 % durchsetzen konnte (innerhalb eines Monats +0,6 bzw. +0,9 %). Zurückzuführen ist dieser deutliche Preisanstieg von 9,3 % vor allem auf den Preisschub von +28,4 % innerhalb eines Jahres beim Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen. Der ebenfalls kräftige Preissprung (+25,9 %) beim Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen dagegen schlug wegen geringerer Bedeutung dieser Produkte nur wenig durch.

Deutschland	Veränderungen November 1999 gegenüber	
	Oktober 1999	November 1998
Großhandel mit		
Rohstoffen und Halbwaren	+ 0,9	+ 9,3
Getreide, Futtermittel, Tieren	+ 0,5	+ 6,7
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	+ 3,6	- 5,1
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 1,1	+ 1,8
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	+ 2,1	+ 28,4
Erzen, Stahl, NE-Metalle usw.	+ 0,6	+ 2,7
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 0,1	- 0,4
Altmaterial, Reststoffen	+ 0,2	+ 25,9
Fertigwaren	+ 0,6	+ 0,5
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 1,4	+ 1,0
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	-	+ 0,4
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	-	- 0,3
fernmechanischen und optischen Erzeugnissen,		
Schmuck usw.	+ 0,1	- 0,4
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	-	- 0,2
pharmazeutischen, kosmetischen u. a. Erzeugnissen	+ 0,2	+ 1,1
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art (o a S)	+ 0,7	+ 1,1

Mit +0,1 % innerhalb eines Monats erhöhte sich der Index der Einzelhandelspreise nur geringfügig, auch die Veränderung innerhalb Jahresfrist betrug wie im Vormonat +0,3 %.

Schaubild 2



Nach drei Monatsrückgängen innerhalb Monatsfrist zog der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland um 0,2 % an. Die Jahresrate dagegen erreichte mit +1,0 % den höchsten Wert in diesem Jahr. Auch hier sind die preissteigernden Tendenzen zu erkennen, die von der Entwicklung bei Heizöl und Kraftstoffen ausgehen; dieser Teilindex erhöhte sich innerhalb eines Jahres um 20,3 %. Preisdämpfende Effekte gingen von der Preisentwicklung für Güter der Nachrichtenermittlung (-9,4 % gegenüber November 1998) und für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke aus (-1,9 %).

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
auf Basis 1995 = 100**

Deutschland	Veränderungen November 1999 gegenüber	
	Oktober 1999	November 1998
Gesamindex	+ 0,2	+ 1,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,1	- 1,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 1,7
Bekleidung und Schuhe	+ 0,2	+ 0,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,1	+ 1,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. a.	-	+ 0,1
Gesundheitspflege	+ 0,1	- 3,3
Verkehr	- 0,3	+ 4,5
Nachrichtenermittlung	- 0,1	- 9,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 1,4	+ 0,6
Bildungswesen	+ 0,6	+ 2,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	- 1,0	+ 1,1
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,3	+ 1,8

Der für das frühere Bundesgebiet berechnete Verbraucherpreisindex stieg gegenüber Oktober 1999 um 0,2%, während sich der für die neuen Länder und Berlin-Ost errechnete Index nur geringfügig um 0,1% erhöhte. Unterschiedliche Entwicklungen innerhalb eines Monats sind bei den Ausgaben für Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe festzustellen (West +0,2%, Ost -0,2%) sowie bei den Ausgaben für das Bildungswesen (West +0,7%; Ost +/-0%). Größere Abweichungen sind bei der Betrachtung der Preisentwicklung im Jahresvergleich zu erkennen. Während der Index für das frühere Bundesgebiet sich um 1,0% erhöhte, betrug die entsprechende Veränderung für die neuen Länder lediglich +0,5%. Erwähnenswert ist der Preisrückgang bei Gütern für Gesundheitspflege in den neuen Ländern um 8,4%, der Vergleichswert für das frühere Bundesgebiet lag bei -2,8%. Dieser Unterschied ist darauf zurückzuführen, daß die Absenkung der Rezeptgebühren wegen des höheren Gewichts im ostdeutschen Index stärker zu Buche schlug.

Die Entwicklung des für europäische Zwecke berechneten harmonisierten Verbraucherpreisindex für Deutschland weicht nur leicht von der des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ab. Innerhalb eines Monats stieg er um 0,2% und innerhalb eines Jahres um 1,1%.

Für die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich in Deutschland folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. zum Vorjahresmonat:

Deutschland	Veränderungen November 1999 gegenüber	
	Oktober 1999	November 1998
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Leichtes Heizöl	+ 10,1	+ 75,3
Bitumen	- 0,1	+ 66,7
Schweres Heizöl	+ 0,1	+ 55,7
Betonstahlmatten	- 12,7	+ 42,2
Flüssiggas	- 0,8	+ 37,0
Polymere des Ethylens	+ 7,7	+ 26,3
Kupfer	+ 2,6	+ 24,2
Betonstahl	- 4,6	+ 23,6
Motorenbenzin	+ 0,1	+ 15,2
Erdgas	+ 0,9	+ 6,2
Gerösteter Kaffee	- 0,2	- 6,4
Elektrischer Strom	- 0,7	- 7,4
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 0,8	- 8,6
Butter	+ 2,1	- 8,8
Fernsehgeräte	- 0,3	- 9,2
Spanplatten	- 0,6	- 11,9
Pflanzliche Öle	- 1,5	- 26,9
Großhandelsverkaufspreise		
Heizöl	+ 2,2	+ 59,2
Lebende Schlachtschweine	- 1,8	+ 39,0
Mineralerzeugnisse	+ 2,4	+ 33,1
Schwermetallschmelze	- 2,1	+ 32,8
Dieselmotorenöl	+ 6,1	+ 31,5
Aluminium, auch legiert	+ 2,7	+ 23,4
Rohmetalle	+ 2,7	+ 18,7
Kupfer, auch legiert	+ 3,6	+ 18,5
Ölkuchen und Schrote	+ 4,0	+ 13,2
Rostkaffee und bearbeiteter Tee	+ 0,1	- 5,6
Tiefgefrorene Hähnchen und Putner	- 0,8	- 8,4

Dipl.-Volkswirt Bernd von Minding

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Hett	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik – Bericht des Statistischen Beirats an die Bundesregierung	9	683
Qualitätsoffensive Statistik – umfassendes Qualitätsmanagement im Statistischen Bundesamt	12	923
Marketingkonzept der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	7	531
Wirtschaft und Statistik im Urteil seiner Leserinnen und Leser	10	767
Statistikkooperation mit Transformationsstaaten als Aufgabe der amtlichen Statistik	7	539
Unterschiedliche Verfahrensweisen der Statistischen Ämter in der Europäischen Union bei der Saisonbereinigung	1	23
Durchführbarkeit der Intrahandelsstatistik auf Stichprobenbasis	8	609
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998	2	111
Große und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet	4	253
Armutsmäße für die Bundesrepublik Deutschland	6	479
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999	3	179
Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999	4	293
Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters	12	942
Ziele für die deutsche Außenhandelsstatistik und ihre Umsetzung	8	624
Möglichkeiten und Grenzen hinsichtlich der Aktualität von ersten Intrahandelergebnissen	9	706
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik	2	85
Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer	4	306
Zur Messung der Rückfalligkeit von Straftätern	6	498
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland	3	197
Methodik zur Berechnung der Bildungsausgaben Deutschlands im Rahmen der internationalen Bildungsberichterstattung	5	406
Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	12	965
Finanzen der Europäischen Union seit 1989 sowie Höhe und Bestimmungsfaktoren der Nettoposition	12	987
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995	2	129
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung	3	171
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995	4	325
Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1995	10	812
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995	4	329
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe	4	257
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998	6	449
Wasser in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen	11	891
Bevölkerung		
Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet	4	253
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Bevölkerungsentwicklung 1998	11	851
Ehescheidungen 1997	1	39
Ehescheidungen 1998	12	934
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998	3	163
Wahlen		
Europawahl 1999	4	282
Fünfte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999	7	546
Erwerbstätigkeit		
Armutsmäße für die Bundesrepublik Deutschland	6	479
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Betriebs- und Berufswechsel abhängig Erwerbstätiger	8	614
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998	3	163
Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 1998	10	805

	Heft	Seite
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Gewerbeanzeigen 1998	5	359
Insolvenzen 1998	4	299
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999	3	179
Landwirtschaftszählung 1999	8	620
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1998	10	773
Produzierendes Gewerbe		
Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999	4	293
Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters	12	942
Bautätigkeit und Wohnungen		
Bestand und Struktur der Wohneinheiten	9	702
Wohnsituation der Haushalte 1998 (Teil 1: Haushalte und ihre Wohneinheiten)	10	780
Wohnsituation der Haushalte 1998 (Teil 2: Haushalte und ihre Mieten)	11	858
Größe, Belegung und Altersstruktur der Eigentümer- und Mietwohneinheiten	12	952
Wohngeld in Deutschland 1997	10	793
Kaufwerte für Bauland 1998	11	865
Binnenhandel, Gastgewerbe und Tourismus		
Handel, Gastgewerbe und Tourismus im Gesamtsystem der Wirtschaftsstatistik	5	365
Entwicklung im Binnenhandel im Jahr 1998	5	367
Warensortiment und Bezugswege im Einzelhandel 1997	12	959
Branchenentwicklung im Gastgewerbe 1998	5	379
Außenhandel		
Ziele für die deutsche Außenhandelsstatistik und ihre Umsetzung	8	624
Durchführbarkeit der Intrahandelsstatistik auf Stichprobenbasis	8	609
Möglichkeiten und Grenzen hinsichtlich der Aktualität von ersten Intrahandelsergebnissen	9	706
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 1998	2	77
Die Behandlung von Ausfuhren vollständiger Fabrikationsanlagen in der Außenhandelsstatistik	7	552
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik	2	85
Analyse der Abweichungen beim deutsch-niederländischen Warenverkehr	7	555
Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer	4	306
Außenhandel 1998 nach Ländern	4	312
Der deutsche Außenhandel mit der Eurozone	11	873
Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1999	10	787
Verkehr		
Schätzung des Transports gefährlicher Güter im Eisenbahnverkehr, in der Binnenschifffahrt und im Seeverkehr 1997	5	384
Verkehrsunfallrisiko von Omnibusfahrgästen	8	629
Alkoholunfälle im Straßenverkehr 1998	8	631
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 1998	8	639
Seeschifffahrt 1998	7	561
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1998	5	392
Binnenschifffahrt 1998	9	713
Gewerblicher Luftverkehr 1998	5	399
Geld und Kredit		
Bauspargeschäft 1998	11	879
Rechtspflege		
Zur Messung der Rückfälligkeit von Straftätern	6	498
Strafverfolgungsstatistik 1997	3	189
Bildung und Kultur		
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland	3	197
Methodik zur Berechnung der Bildungsausgaben Deutschlands im Rahmen der internationalen Bildungsberichterstattung	5	406
Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	12	965
Studierende im Wintersemester 1998/99	6	505

	Heft	Seite
Gesundheitswesen		
Verständlich, anschaulich, umfassend. Der erste Gesundheitsbericht für Deutschland ..	2	92
Ausgaben für Gesundheit 1997 ..	12	972
Schwangerschaftsabbrüche 1996 bis 1998 ..	11	885
Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1997 ..	2	96
Wohngeld in Deutschland 1997 ..	10	793
Finanzen und Steuern		
Finanzen der Europäischen Union seit 1989 sowie Höhe und Bestimmungsfaktoren der Nettoposition ..	12	987
Methodik zur Berechnung der Bildungsausgaben Deutschlands im Rahmen der internatio- nalen Bildungsberichterstattung ..	5	406
Ausgaben für Gesundheit 1997 ..	12	972
Umsätze und ihre Besteuerung 1997 ..	7	570
Kommunal финанzen 1999 ..	5	415
Öffentliche Finanzen 1998 ..	4	318
im ersten Halbjahr 1999 ..	10	800
Entwicklung der öffentlichen Schulden seit 1991 ..	5	417
Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 1998 ..	10	805
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 1999 ..	12	980
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 ..	2	111
Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern ..	1	46
Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland ..	3	210
Letztmals Ergebnisse der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen nach bisherigem Konzept ..	9	723
ArmutsmäÙe für die Bundesrepublik Deutschland ..	6	479
Löhne und Gehälter		
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 1996 ..	2	116
Bruttojahresverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungs- gewerbe 1998 ..	8	648
Ergebnisse der Lohnstatistik für 1998 ..	5	422
Preise		
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1998 ..	10	773
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995 ..	2	129
Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 1995 ..	7	574
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung ..	3	171
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995 ..	4	325
Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1995 ..	10	812
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995 ..	4	329
Preisentwicklung im Jahr 1998 ..	1	55
Kaufwerte für Bauland 1998 ..	11	865
Preise im Januar 1999 ..	2	138
Februar 1999 ..	3	221
März 1999 ..	4	337
April 1999 ..	5	433
Mai 1999 ..	6	511
Juni 1999 ..	7	580
Juli 1999 ..	8	656
August 1999 ..	9	738
September 1999 ..	10	832
Oktober 1999 ..	11	901
November 1999 ..	12	992
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe ..	4	257
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998 ..	6	449
Bruttoinlandsprodukt 1998 ..	1	13
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 1999 ..	9	688

Umwelt

	Heft	Seite
Erlöse und Konzessionsabgaben in der Energie- und Wasserwirtschaft	2	134
Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 1999	10	820
Wasser in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen	11	891

Gastbeiträge

Verbrauch der privaten Haushalte in der Europäischen Union: – Wichtigste Trends und Struktur der Ausgaben –	2	142
Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes	3	225
Kosten nach Krankheitsarten	7	584
Versichertenstichprobe aus der gesetzlichen Krankenversicherung	9	742
Privatisierung der amtlichen Statistik – weitere Diskussionsbeiträge	8	660

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	656*	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	680*	
Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts	683*	
 Ausgewählte Tabellen		
Produzierendes Gewerbe		
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	684*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen	690*	"
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe	691*	"
 Gesundheitswesen		
Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten und Ausgabenträgern	695*	einmalig
 Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	699*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	702*	"

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	36 151 p	35 864 p	35 999 p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	1 000	36 091 p	35 802 p	35 935 p
Arbeitsmarkt⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 279	3 938	4 027	4 024	3 943	3 883	3 901 p
dar.: Männer	1 000	2 112	2 342	2 273	2 050	2 073	2 057	2 013	1 980	2 006 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	107	114	108	82	120	131	121	103	97 p
Ausländer/-innen	1 000	496	548	535	493	486	483	482	484	489 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	11,5	12,7	12,3	11,2	11,5	11,4	11,2	11,0	11,1 p
Offene Stellen	1 000	327	337	422	491	482	479	458	431	412 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	277	183	115	131	107	88	86	90	90 p
Früheres Bundesgebiet⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	2 796	3 021	2 904	2 653	2 692	2 678	2 622	2 591	2 604 p
dar.: Männer	1 000	1 617	1 741	1 641	1 465	1 472	1 456	1 425	1 407	1 424 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	83	82	75	62	75	80	75	68	66 p
Ausländer/-innen	1 000	482	522	505	462	455	451	450	452	457 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	10,1	11,0	10,5	9,5	9,6	9,5	9,4	9,2	9,3 p
Offene Stellen	1 000	270	282	342	418	413	409	391	368	356 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	206	133	81	102	83	69	66	71	70 p
Neue Länder und Berlin-Ost⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	1 169	1 364	1 375	1 285	1 335	1 346	1 321	1 293	1 297 p
dar.: Männer	1 000	495	602	632	585	601	601	588	573	582 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	25	32	33	20	45	51	46	35	30 p
Ausländer/-innen	1 000	14	26	30	32	32	32	32	32	32 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	16,7	19,5	19,5	18,1	18,8	18,9	18,6	18,2	18,3 p
Offene Stellen	1 000	57	56	79	73	69	70	67	63	55 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	71	49	34	29	24	20	21	19	19 p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	Anzahl	31 471	33 398	33 977
Unternehmen	Anzahl	25 530	27 474	27 828
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	3 643	3 598	3 287
Baugewerbe	Anzahl	7 041	7 788	8 112
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Anzahl	5 967	6 111	6 144
Gastgewerbe	Anzahl	1 476	1 679	1 819
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	7 403	8 298	8 466
Übrige Gemeinschuldner ⁸⁾	Anzahl	5 941	5 924	6 149
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	Anzahl	23 078	24 212	24 432
dar.: Unternehmen	Anzahl	18 111	19 348	19 213
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	Anzahl	8 393	9 186	9 545
dar: Unternehmen	Anzahl	7 419	8 126	8 615
		1996	1997	1998	1999					
					April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	80 013	802 935	811 377	70 374	60 477	64 942	62 671	60 576	64 122
dar: echte Neuerichtungen ⁹⁾	Anzahl	217 210	210 091	215 207	18 913	16 678	17 944	17 566	17 054	17 187
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	647 889	681 864	696 214	62 615	53 250	58 281	55 607	50 885	51 574
dar: Stillelegung eines echten Betriebes ⁹⁾	Anzahl	104 689	111 331	119 475	10 464	9 112	10 379	10 052	8 984	9 219
Gewerbeummeldungen	Anzahl	170 004	178 395	184 818	17 054	14 321	15 797	14 870	14 248	14 751

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 680* ff. dargestellt – 2) Revidierte Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen – 3) Revidierte Ergebnisse mit Arbeitsort in Deutschland, (Inlandskonzept) – 4) Revidierte Ergebnisse mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) – 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit – 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose) – 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben – die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden – mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar – 8) Natürliche Personen, Nachlasskonkurse – 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerks-eigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Nov. 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Nov. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 0,8p	+ 0,4p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	- 0,8p	+ 0,4p
Arbeitsmarkt⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	+ 10,6	- 2,4	- 1,8	- 0,6	- 0,2	- 1,1p	- 0,1	- 2,0	- 1,5	+ 0,4p
dar.: Männer	+ 10,9	- 3,0	- 2,7	- 1,7	- 1,4	- 2,3p	- 0,8	- 2,1	- 1,6	+ 1,3p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 5,8	- 4,5	- 4,4	- 4,2	- 5,2	- 6,0p	+ 9,1	- 7,4	- 14,7	- 6,4p
Ausländer/-innen	+ 10,5	- 2,4	- 3,8	- 4,2	- 4,6	- 5,5p	- 0,8	- 0,1	+ 0,4	+ 1,1p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 3,0	+ 25,1	+ 2,8	+ 6,2	+ 9,7	+ 13,0p	- 0,8	- 4,2	- 6,0	- 4,4p
Kurzarbeiter/-innen	- 34,1	- 37,0	+ 36,1	+ 11,9	+ 0,4	- 16,7p	- 17,5	- 2,3	+ 4,2	- 0,2p
Früheres Bundesgebiet⁷⁾										
Arbeitslose	+ 8,0	- 3,9	- 4,4	- 4,1	- 4,2	- 5,1p	- 0,5	- 2,1	- 1,2	+ 0,5p
dar.: Männer	+ 7,7	- 5,7	- 5,3	- 4,9	- 5,0	- 6,1p	- 1,1	- 2,1	- 1,3	+ 1,2p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 1,2	- 7,6	- 6,6	- 7,1	- 7,6	- 8,6p	+ 6,4	- 6,7	- 8,5	- 2,8p
Ausländer/-innen	+ 8,3	- 3,2	- 4,6	- 5,0	- 5,3	- 6,2p	- 0,9	- 0,2	+ 0,4	+ 1,1p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 4,1	+ 21,5	+ 8,8	+ 11,6	+ 15,3	+ 18,6p	- 1,0	- 4,4	- 5,9	- 3,2p
Kurzarbeiter/-innen	- 35,4	- 39,1	+ 63,5	+ 23,0	+ 8,4	- 14,6p	- 17,7	- 4,3	+ 8,6	- 1,3p
Neue Länder und Berlin-Ost⁷⁾										
Arbeitslose	+ 16,7	+ 0,8	+ 4,1	+ 7,2	+ 8,8	+ 8,0p	+ 0,8	- 1,9	- 2,1	+ 0,3p
dar.: Männer	+ 21,5	+ 5,0	+ 4,0	+ 7,3	+ 8,9	+ 8,3p	+ 0,0	- 2,2	- 2,5	+ 1,6p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 29,3	+ 3,3	- 0,7	+ 0,9	- 0,0	+ 0,5p	+ 13,7	- 8,6	- 24,6	- 13,5p
Ausländer/-innen	+ 84,1	+ 12,7	+ 9,1	+ 8,4	+ 7,5	+ 6,2p	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	- 2,2	+ 42,9	- 22,4	- 17,1	- 14,4	- 13,2p	+ 0,5	- 3,2	- 6,7	- 11,8p
Kurzarbeiter/-innen	- 30,2	- 31,4	- 14,0	- 12,9	- 21,8	- 23,8p	- 16,8	+ 4,9	- 9,9	+ 3,9p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	+ 6,1	+ 1,7
Unternehmen	+ 7,6	+ 1,3
Verarbeitendes Gewerbe	- 1,2	- 8,6
Baugewerbe	+ 10,6	+ 4,2
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	+ 2,4	+ 0,5
Gastgewerbe	+ 13,8	+ 8,3
Sonstige Wirtschaftszweige	+ 12,1	+ 2,0
Übrige Gemeinschaftler ⁸⁾	- 0,3	+ 3,8
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	+ 4,9	+ 0,9
dar.: Unternehmen	+ 6,8	- 0,7
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	+ 9,4	+ 3,9
dar.: Unternehmen	+ 9,5	+ 6,0
	1997	1998	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbebeanmeldungen	+ 2,9	+ 1,1	+ 0,1	- 5,8	+ 1,8	- 2,8	+ 7,4	- 3,5	- 3,3	+ 5,9
dar.: echte Neuerrichtungen ⁹⁾	- 3,3	+ 2,4	+ 2,6	- 3,8	+ 6,1	- 3,2	+ 7,6	- 2,1	- 2,9	+ 0,8
Gewerbeabmeldungen	+ 5,2	+ 2,1	+ 5,5	+ 1,3	+ 4,1	- 4,7	+ 9,4	- 4,6	- 8,5	+ 1,4
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	+ 6,3	+ 7,3	+ 6,6	+ 2,1	+ 5,6	- 1,0	+ 13,9	- 3,2	- 10,6	+ 2,6
Gewerbeummeldungen	+ 4,9	+ 3,6	+ 6,4	- 4,6	+ 7,0	- 2,3	+ 10,3	- 5,9	- 4,2	+ 3,5

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 680* ff. dargestellt. - 2) Revidierte Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen - 3) Revidierte Ergebnisse. Mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) - 4) Revidierte Ergebnisse. Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose) - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 neuberechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar - 8) Natürliche Personen, Nachlasskonkurse - 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerks-eigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 760	15 227	14 942	.	.	14 819 p	.	.	.
Schweine	1 000	24 283	24 795	26 294	.	.	25 784 p	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	4 283	4 274	3 984 p	384	320	297	316
Kalber	1 000	494	479	464 p	46	33	38	35
Schweine	1 000	38 650	37 724	40 514 p	3 874	3 565	3 607	3 679
Schlachtmenge	1 000 t	4 992	4 893	5 093 p	489	437	435	443
dar.: Rinder	1 000 t	1 363	1 336	1 266 p	124	103	96	100
Kälber	1 000 t	61	57	55 p	6	4	5	4
Schweine	1 000 t	3 547	3 481	3 751 p	357	329	332	337
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	574 128	590 675	596 719 p	53 766	52 885	50 623	49 671
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	597 487	643 360	681 381 p	63 155	56 794	54 771	61 196
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kalber)	1 000	12 879 ⁶⁾	12 437 ⁶⁾	12 229 ⁶⁾	.	.	12 153 p	.	.	.
Schweine	1 000	21 061	21 470	22 712	.	.	22 274 p	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	3 931	3 883	3 596 p	349	289	270	287
Kalber	1 000	485	464	449 p	44	32	37	34
Schweine	1 000	33 089	32 247	34 807 p	3 327	3 050	3 100	3 167
Schlachtmenge	1 000 t	4 388	4 284	4 461 p	430	382	381	389
dar.: Rinder	1 000 t	1 260	1 224	1 155 p	114	94	88	92
Kalber	1 000 t	61	55	54 p	5	4	5	4
Schweine	1 000 t	3 048	2 987	3 234 p	307	282	286	291
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	401 818	405 569	405 151 p	36 525	36 270	34 348	33 304
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	416 129	448 834	469 755 p	40 561	35 881	34 732	39 402
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	2 880 ⁶⁾	2 789 ⁶⁾	2 712 ⁶⁾	.	.	2 665 p	.	.	.
Schweine	1 000	3 222	3 325	3 582	.	.	3 510 p	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	352	390	388 p	35	32	27	29
Kälber	1 000	10	15	15 p	2	1	1	1
Schweine	1 000	5 561	5 476	5 707 p	548	515	507	512
Schlachtmenge	1 000 t	604	609	631 p	60	56	54	55
dar.: Rinder	1 000 t	103	112	111 p	10	9	8	8
Kalber	1 000 t	1	1	1 p	0	0	0	0
Schweine	1 000 t	499	494	517 p	49	47	46	46
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	172 310	185 106	191 569 p	17 240	16 615	16 275	16 367
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	181 358	194 525	211 626 p	22 595	20 914	20 040	21 794
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gewerbe ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe ⁵⁾	1995 = 100	99,5	102,2	105,8	112,6	105,3	102,8	110,6	105,2	105,2
Energieversorgung ⁵⁾	1995 = 100	105,9	105,2	105,4	112,7	102,4	94,6	92,9	93,5	93,5
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	549 990	549 163	550 326	49 579	44 986	42 092	41 338	41 727	40 983
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	499 798	502 489	505 770	45 567	40 737	39 473	38 779	38 830	38 553
Gaserzeugung	Mill. kWh	371 701	373 719	376 830	35 661	32 574	28 474	28 209	27 946	27 596
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	1 037 814	979 116	976 458	87 297	87 072	63 660	56 148	48 462	54 004

1) 1995 bis 1997 Viehzählung im Dezember. 1998 Viehzählung im November. – 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. – 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat – 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert – 5) Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmont Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind – 6) Ohne Berlin

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 3,4	- 1,9	- 2,3 ⁷⁾
Schweine	+ 2,1	+ 6,0	+ 2,3 ⁸⁾
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 0,2	- 6,8 p	+ 4,4	+ 0,4	- 7,4	+ 6,4
Kälber	- 3,1	- 3,1 p	+ 2,8	- 9,3	+ 14,4	- 7,7
Schweine	- 2,4	+ 7,5 p	+ 8,6	+ 7,4	+ 1,2	+ 2,0
Schlachtmenge	- 2,0	+ 4,1 p	+ 7,2	+ 4,7	- 0,6	+ 2,0
dar.: Rinder	- 2,0	- 5,2 p	+ 6,0	- 0,3	- 6,5	+ 4,1
Kälber	- 7,9	- 3,1 p	+ 9,0	- 3,7	+ 15,3	- 5,9
Schweine	- 1,9	+ 7,8 p	+ 7,6	+ 6,5	+ 0,9	+ 1,5
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 2,9	+ 1,0 p	+ 0,0	- 1,5	- 4,3	- 1,9
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 7,7	+ 5,9 p	+ 0,3	+ 8,7	- 3,6	+ 11,7
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 3,4 ⁶⁾	- 1,7 ⁶⁾	- 1,8 ⁷⁾
Schweine	+ 1,9	+ 5,8	+ 1,6 ⁸⁾
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 1,2	- 7,4 p	+ 5,8	+ 1,3	- 6,6	+ 6,3
Kälber	- 4,2	- 3,2 p	+ 3,3	- 9,1	+ 14,4	- 7,4
Schweine	- 2,5	+ 7,9 p	+ 8,9	+ 7,6	+ 1,6	+ 2,2
Schlachtmenge	- 2,4	+ 4,1 p	+ 7,6	+ 4,9	- 0,2	+ 2,1
dar.: Rinder	- 2,9	- 5,6 p	+ 7,3	+ 0,4	- 5,8	+ 3,9
Kälber	- 8,7	- 2,7 p	+ 9,6	- 3,8	+ 15,6	- 6,2
Schweine	- 2,0	+ 8,3 p	+ 7,7	+ 6,5	+ 1,3	+ 1,7
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 0,9	- 0,1 p	- 0,6	- 1,4	- 5,3	- 3,0
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 7,9	+ 4,7 p	- 8,9	+ 0,9	- 3,2	+ 13,4
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 3,1 ⁶⁾	- 2,8 ⁶⁾	- 4,5 ⁷⁾
Schweine	+ 3,2	+ 7,7	+ 6,5 ⁸⁾
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 10,9	- 0,6 p	- 8,1	- 7,8	- 14,2	+ 7,1
Kälber	+ 54,3	+ 1,8 p	- 10,8	- 15,8	+ 14,2	- 16,1
Schweine	- 1,5	+ 4,2 p	+ 7,2	+ 6,5	- 1,4	+ 0,9
Schlachtmenge	+ 0,7	+ 3,7 p	+ 4,4	+ 3,7	- 3,6	+ 1,6
dar.: Rinder	+ 8,5	- 0,4 p	- 7,0	- 8,0	- 14,2	+ 6,6
Kälber	+ 49,5	- 18,6 p	- 20,5	+ 1,5	- 1,5	+ 14,9
Schweine	- 1,0	+ 4,7 p	+ 6,7	+ 6,1	- 1,6	+ 0,7
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 7,4	+ 3,5 p	+ 1,3	- 1,6	- 2,0	+ 0,6
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 7,3	+ 8,8 p	+ 21,7	+ 26,6	- 4,2	+ 8,8
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gew.⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe ⁵⁾	+ 2,7	+ 3,5	- 0,9	+ 1,0	- 2,9	...	- 2,4	+ 7,6	- 4,9	...
Energieversorgung ⁵⁾	- 0,7	+ 0,2	- 0,8	+ 2,2	- 2,5	...	- 7,6	- 1,8	+ 0,6	...
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	+ 2,2	- 1,8	- 2,5	- 6,4	- 1,8	+ 0,9	- 1,8
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,7	- 1,5	+ 0,9	- 3,1	- 1,8	+ 0,1	- 0,7
Gaserzeugung	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7	- 2,8	+ 1,5	- 12,6	- 0,9	- 0,9	- 1,3
Inlandsversorgung mit Gas	- 5,7	- 0,3	+ 15,8	- 5,1	+ 2,3	+ 6,4	- 26,9	- 11,8	- 13,7	+ 11,4

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember 1998. Viehzählung im November. - 2) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 5) Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmonat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind - 6) Ab Dezember 1996 ohne Berlin - 7) Vergleich gegenüber Viehzählung Juni 1998. - 8) Vergleich gegenüber Viehzählung April 1998.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Mar	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	6 520	6 311	6 405	6 331	6 343	6 373	6 397	6 406	6 386
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 352	2 290	2 320	2 321	2 324	2 329	2 339	2 349	2 346
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	4 168	4 021	4 085	4 010	4 020	4 044	4 058	4 058	4 040
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	167	148	138	129	129	129	129	129	128
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 353	6 163	6 267	6 202	6 214	6 245	6 269	6 278	6 258
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 970	2 874	2 867	2 817	2 821	2 836	2 847	2 845	2 835
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 165	2 102	2 147	2 148	2 152	2 160	2 168	2 176	2 169
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	327	308	305	295	295	294	295	296	295
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	1 059	1 027	1 086	1 072	1 076	1 083	1 088	1 090	1 086
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	6 483	6 283	6 440	506	539	521	491	544	544
Bruttolohnsumme	Mill. DM	215 263	210 694	217 073	18 312	18 880	17 937	17 560	17 595	18 109
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	196 067	193 952	199 255	17 042	17 854	16 322	15 860	15 988	16 091
Kohleverbrauch	1 000 t	42 781	40 780	35 959	-	7 937 ^{a)}	-	-	7 599 ^{b)}	-
Heizölverbrauch	1 000 t	10 388	10 028	10 303	-	2 289 ^{a)}	-	-	2 087 ^{b)}	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	326 728	331 331	329 473	-	79 252 ^{a)}	-	-	73 295 ^{b)}	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	209 236	215 128	218 763	17 883	19 501	18 440	17 900	18 794	19 321
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	5 932	5 748	5 817	5 742	5 752	5 778	5 799	5 802	5 779
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 167	2 115	2 142	2 143	2 145	2 150	2 160	2 168	2 165
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	3 765	3 633	3 675	3 599	3 607	3 628	3 639	3 635	3 615
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	138	124	117	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	5 794	5 624	5 699	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 715	2 624	2 609	2 557	2 560	2 573	2 583	2 578	2 567
Investitionsgüterproduzenten	1 000	1 977	1 929	1 966	1 967	1 971	1 978	1 985	1 991	1 984
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	302	285	281	272	271	271	271	272	272
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	938	911	960	947	950	956	960	961	957
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	5 812	5 636	5 750	451	478	463	436	483	483
Bruttolohnsumme	Mill. DM	200 129	195 726	201 137	16 987	17 474	16 591	16 207	16 233	16 701
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	185 254	183 384	188 262	16 132	16 900	15 416	14 963	15 081	15 141
Kohleverbrauch	1 000 t	32 987	32 713	30 667	-	7 073 ^{a)}	-	-	6 805 ^{b)}	-
Heizölverbrauch	1 000 t	9 391	9 087	8 740	-	1 913 ^{a)}	-	-	1 694 ^{b)}	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	282 898	288 243	283 413	-	67 794 ^{a)}	-	-	62 809 ^{b)}	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	187 738	192 806	195 241	15 879	17 421	16 366	16 003	16 675	17 095
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	588	563	588	589	591	595	598	604	607
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	185	175	178	178	178	179	179	181	182
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	403	388	410	411	413	416	419	423	425
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	29	24	20	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	559	539	567	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	255	251	257	260	261	263	264	267	268
Investitionsgüterproduzenten	1 000	187	173	181	180	181	182	183	185	185
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	25	24	24	23	23	23	23	24	24
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	121	115	125	125	125	127	128	129	129
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	671	648	691	55	61	59	55	62	61
Bruttolohnsumme	Mill. DM	15 134	14 969	15 936	1 325	1 406	1 346	1 352	1 362	1 407
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	10 813	10 569	10 993	910	953	906	898	907	950
Kohleverbrauch	1 000 t	9 795	8 067	5 293	-	864 ^{a)}	-	-	794 ^{b)}	-
Heizölverbrauch	1 000 t	997	941	1 563	-	376 ^{a)}	-	-	393 ^{b)}	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	43 830	43 087	46 060	-	11 458 ^{a)}	-	-	10 486 ^{b)}	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	21 498	22 322	23 521	2 004	2 080	2 073	1 897	2 118	2 226

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben, bis einschl. 1998 endgültige Ergebnisse - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe, sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 Ab Januar 1998 wurde der Berichtsreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in der übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) Verbrauch im 2. Vj 1999 - b) Verbrauch im 3. Vj 1999

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juli 98	Aug 98	Sept. 98	Okt. 98	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ^{1) 2)}										
Deutschland										
Beschäftigte	- 3,2	- 0,2	- 1,0	- 1,0	- 1,1	- 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	- 0,3
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 2,6	- 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,5	- 0,1	- 1,8	- 1,9	- 1,9	- 1,8	+ 0,6	+ 0,3	± 0,0	- 0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 11,3	- 6,9	- 6,7	- 6,5	- 6,4	- 6,3	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,8
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,0	± 0,0	- 0,8	- 0,9	- 0,9	- 0,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	- 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,2	- 0,9	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,7	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	- 0,3
Investitionsgüterproduzenten	- 2,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	- 0,3
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,6	- 1,8	- 3,6	- 3,6	- 3,4	- 3,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1
Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,0	+ 0,9	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	- 0,3
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,1	+ 0,6	- 5,9	+ 1,6	- 2,6	- 4,6	- 3,3	- 5,8	+ 10,8	- 0,1
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,9	± 0,0	- 6,7	- 2,5	+ 0,5	+ 1,8
Kohleverbrauch	- 4,7	- 11,8	-	-	- 9,2 a)	-	-	-	- 4,3 b)	-
Heizölverbrauch	- 3,5	- 0,5	-	-	- 7,1 a)	-	-	-	- 8,8 b)	-
Gasverbrauch	+ 1,4	- 0,6	-	-	- 2,1 a)	-	-	-	- 7,5 b)	-
Stromverbrauch	+ 2,8	+ 1,5	- 1,7	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,4	- 5,4	- 2,9	+ 5,0	+ 2,8
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	- 3,1	- 0,3	- 1,1	- 1,2	- 1,2	- 1,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	- 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 2,4	- 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,5	- 0,4	- 2,1	- 2,2	- 2,1	- 2,1	+ 0,6	+ 0,3	- 0,1	- 0,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 9,9	- 5,5	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	- 2,9	- 0,2	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,4	- 1,1	- 2,1	- 2,1	- 2,1	- 2,1	+ 0,5	+ 0,4	- 0,2	- 0,4
Investitionsgüterproduzenten	- 2,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,7	- 2,1	- 3,7	- 3,6	- 3,4	- 3,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3
Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,9	+ 1,1	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	- 0,4
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,0	+ 0,4	+ 6,4	+ 1,3	- 3,0	- 4,9	- 3,2	- 5,7	+ 10,6	± 0,0
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,9	- 0,1	- 6,9	- 2,6	+ 0,5	+ 1,7
Kohleverbrauch	- 0,8	- 6,3	-	-	- 8,0 a)	-	-	-	- 3,8 b)	-
Heizölverbrauch	- 3,2	- 7,1	-	-	- 10,5 a)	-	-	-	- 11,5 b)	-
Gasverbrauch	+ 1,9	- 1,8	-	-	- 2,0 a)	-	-	-	- 7,4 b)	-
Stromverbrauch	+ 2,7	+ 1,1	- 2,4	+ 1,4	+ 2,1	+ 0,7	- 6,1	- 2,2	+ 4,2	+ 2,5
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	- 4,2	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 5,5	- 1,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,7	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 17,7	- 14,1	-	-	-	-	...	-
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,5	+ 1,8	-	-	-	-	...	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,5
Investitionsgüterproduzenten	- 7,5	+ 1,2	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,2
Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,7	+ 2,0	- 3,5	- 3,7	- 3,4	- 3,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,2
Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,3	- 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,3
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,5	+ 3,0	- 2,2	+ 4,1	+ 0,6	- 1,7	- 3,7	- 6,9	+ 12,5	- 1,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 3,4	+ 0,9	+ 3,4	+ 1,9	+ 2,0	- 4,5	- 0,1	+ 0,9	+ 3,9
Kohleverbrauch	- 17,6	- 34,4	-	-	- 18,1 a)	-	-	-	- 8,1 b)	-
Heizölverbrauch	- 5,6	+ 64,0	-	-	+ 11,3 a)	-	-	-	+ 4,6 b)	-
Gasverbrauch	- 1,7	+ 6,7	-	-	- 2,8 a)	-	-	-	- 8,5 b)	-
Stromverbrauch	+ 3,8	+ 5,1	+ 4,3	+ 3,8	+ 3,4	+ 7,0	- 0,3	- 8,5	+ 11,7	+ 5,1

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben bis einschl. 1996, endgültige Ergebnisse - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1.1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) 3 Vj 1999 gegenüber 3 Vj 1998 - b) 3 Vj 1999 gegenüber 2 Vj 1999.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Okt.
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftrageingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	99,7	106,7	111,2	104,3	117,4	112,1	109,6	123,7	119,6
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,0	106,8	108,8	103,7	114,4	112,2	105,8	119,0	117,8
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,3	108,4	116,3	107,9	126,9	115,5	115,6	132,1	126,2
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	103,2	106,2	113,5	110,4	120,7	112,3	106,5	125,1	123,8
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	98,2	98,3	97,8	81,9	85,5	94,5	109,8	111,6	93,2
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	99,8	102,5	106,0	103,2	111,2	105,7	97,3	113,8	114,5 p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	94,3	91,1	84,8	82,4	85,1	84,5	79,4	89,0	88,1 p
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	100,4	104,4	109,5	106,7	115,7	108,6	99,8	117,9	118,4 p
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	99,5	105,0	109,1	108,4	115,4	109,8	102,4	117,1	117,5 p
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	105,2	113,2	104,8	119,5	110,0	97,5	122,9	121,9 p
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,1	101,9	108,3	111,0	120,0	103,5	90,6	119,6	121,4 p
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,6	100,9	100,6	98,4	102,0	101,4	97,2	106,0	108,4 p
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	1 000 t	48 194	46 792	41 500
Braunkohle, roh (Förderung)	1 000 t	187 180	178 203	165 402
Erdöl, roh	1 000 t	2 849	2 821	2 895
Zement (ohne Zementklinker)	1 000 t	35 872	35 945	36 610
Roheisen für die Stahlerzeugung	1 000 t	27 347	30 466	29 711
Stahlrohblöcke und -brammen	1 000 t
Flussigstahl unlegiert	1 000 t	31 921	35 633	33 687
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	393	424	409
Motorenbenzin	1 000 t	24 854	24 392	25 162
Heizöl	1 000 t	38 222	35 282	36 703
Schnittholz	1 000 m ³	14 267	14 730	14 972
Personenkraftwagen										
mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	1 000 St.	746	730	912
von mehr als 1 500 cm ³	1 000 St.	2 915	2 977	3 226
mit Selbstzündung	1 000 St.	1 086	1 049	1 321
Fernsehempfangsgeräte ²⁾	1 000 St.	6 875	..	1 816
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St.	1 659	1 872	2 870
Digitale Verarbeitungseinheiten	1 000 St.	1 241	1 744	2 347
Ein- oder Ausgabeinheiten	1 000 St.	4 108	4 482	3 963
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	1 000 St.	69	65
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungs- geräte und ihre Einheiten	1 000 DM	2 516 259	2 614 531	3 119 608
Baumwollgarn	t	126 537	135 066	129 495
Wurst u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	t	1 917 337	1 895 471
Zigaretten	Mill. St.	192 462	181 644
Gesamtumsatz ^{3) 4) 5)}	Mrd DM	2 079,3	2 186,2	2 270,8	182,0	204,4	192,0	179,8	215,1	206,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	29 335,3	25 605,7	25 285,6	1 834,5	1 966,1	1 849,6	1 825,1	2 023,4	2 064,5
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd DM	2 050,0	2 160,6	2 247,5	180,2	202,4	190,2	178,0	213,1	204,0
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	943 476	985 536	973 783	77 115	85 774	82 474	78 522	90 846	89 709
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	649 500	705 478	780 842	63 924	75 030	66 780	58 794	77 346	71 020
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	87 933	87 158	90 027	6 867	7 667	6 790	6 399	8 569	8 353
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	398 388	408 032	426 172	34 103	35 894	36 046	36 102	38 335	36 887
dar * Auslandsumsatz ⁶⁾	Mill. DM	617 255	696 767	753 165	61 840	71 271	64 839	59 115	74 144	70 098

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepasst. Für die Ergebnisse ab Berichtsmontat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind. – 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4 1 1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. – 4) Ohne Umsatzsteuer. – 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. – 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit erwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat				
	1997	1998	Juli 99	Aug. 99	Sept 99	Okt. 99	Juli 99	Aug. 99	Sept 99	Okt 99	
	gegenüber		gegenüber				gegenüber				
	1996	1997	Juli 98	Aug 98	Sept. 98	Okt. 98	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	
Produzierendes Gewerbe											
Deutschland											
Index des Auftrageingangs für das Verarbeitende Gewerbe											
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 4,2	- 1,8	+ 12,1	+ 4,2	+ 6,4	- 4,5	- 2,2	+ 12,9	- 3,3	
Investitionsgüterproduzenten	+ 9,0	+ 1,9	+ 0,8	+ 9,8	+ 5,7	+ 7,5	- 1,9	- 5,7	+ 12,5	- 1,0	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 7,3	- 4,8	+ 16,1	+ 3,8	+ 8,2	- 9,0	+ 0,1	+ 14,3	- 4,5	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,9	+ 6,9	- 1,9	+ 15,4	+ 4,4	+ 1,2	- 7,0	- 5,2	+ 17,5	- 1,0	
	+ 0,1	- 0,5	- 3,0	+ 2,4	- 3,0	- 1,7	+ 10,5	+ 16,2	+ 1,6	- 16,5	
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe 1)											
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,4	- 2,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,9 p	- 4,9	- 7,9	+ 17,0	+ 0,6 p	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,4	- 6,9	- 3,0	- 3,9	- 1,5	- 7,0 p	- 0,7	- 6,0	+ 12,1	- 1,0 p	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,0	+ 4,9	- 2,6	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,7 p	- 6,1	- 8,1	+ 18,1	+ 0,4 p	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,5	+ 3,9	- 2,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,2 p	- 4,9	- 6,7	+ 14,4	+ 0,3 p	
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,2	+ 7,6	- 5,3	- 0,3	+ 0,8	+ 3,2 p	- 7,9	- 11,4	+ 26,1	- 0,8 p	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 6,3	- 1,2	+ 11,7	- 1,2	- 2,2 p	- 13,8	- 12,5	+ 32,0	+ 1,5 p	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,5 p	- 0,6	- 4,1	+ 9,1	+ 2,3 p	
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Förderung)	- 2,9	- 11,3	
Braunkohle, roh (Förderung)	- 4,8	- 7,2	
Erdöl, roh	- 1,0	+ 2,6	
Zement (ohne Zementklinker)	+ 0,2	+ 1,9	
Roheisen für die Stahlerzeugung	+ 11,4	
Stahlrohblöcke und -brammen	
Flussstahl unlegiert	+ 11,6	
Synthetische Filamente und Spinnfasern	+ 8,1	- 3,6	
Motorenbenzin	- 1,9	+ 3,2	
Heizöl	- 7,7	+ 4,0	
Schnittholz	+ 3,2	+ 1,6	
Personenkraftwagen mit Fremdzündung											
von 1 500 cm ³ oder weniger	- 2,1	
von mehr als 1 500 cm ³	+ 2,1	
mit Selbstzündung	- 3,4	
Fernsehempfangsgeräte 2)											
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	+ 12,8	
Digitale Verarbeitungseinheiten	+ 40,5	
Ein- oder Ausgabegeräte	+ 9,0	
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	- 5,8	
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten	+ 3,9	
Baumwollgarn	+ 6,7	- 4,1	
Wurst u. a. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	- 1,1	
Zigaretten	- 5,6	
Gesamtumsatz 3) 4) 5)	+ 5,1	+ 3,2	- 1,7	+ 6,4	+ 5,6	+ 3,0	- 6,0	- 6,4	+ 19,6	- 4,2	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 12,7	- 9,1	- 8,9	+ 1,3	- 1,0	+ 0,4	- 5,9	- 1,3	+ 10,9	+ 2,0	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,4	+ 3,3	- 1,6	+ 6,4	+ 5,7	+ 3,0	- 6,0	- 6,4	+ 19,7	- 4,3	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,5	- 1,5	- 2,2	+ 6,7	+ 4,1	+ 5,4	- 3,9	- 4,8	+ 15,7	- 1,3	
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,6	+ 9,8	- 0,8	+ 7,1	+ 9,5	+ 1,5	- 11,0	- 12,0	+ 31,6	- 8,2	
Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,9	+ 2,8	- 3,4	+ 6,9	- 1,1	+ 0,9	- 11,4	- 5,8	+ 33,9	- 2,5	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 3,2	- 1,6	+ 4,6	+ 3,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 6,2	- 3,8	
dar: Auslandsumsatz 6)	+ 12,9	+ 8,0	+ 0,8	+ 8,1	+ 9,4	+ 6,9	- 9,0	- 8,8	+ 25,4	- 5,5	

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepasst Für die Ergebnisse ab Berichtsmontat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind- 2) Ab 1995 einschl Videomonitore und Videoprojektoren. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4 1 1 Ab Januar 1998 wurde der Berichtsreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d h vergrößert - 4) Ohne Umsatzsteuer. - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Mar	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftrageingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	99,9	106,7	110,4	103,6	116,1	111,1	108,5	122,9	118,5
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	97,7	106,0	107,4	102,0	112,3	110,1	103,1	117,0	115,6
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	102,5	109,7	116,6	108,9	126,9	116,1	116,4	133,4	126,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	103,1	105,9	112,2	109,2	119,0	111,1	106,0	123,3	121,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	97,9	97,8	97,2	81,1	84,4	93,8	109,7	111,0	92,3
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	99,5	102,2	105,8	102,8	110,6	105,2	96,5	113,3	114,3 p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	94,9	92,3	86,6	83,9	86,7	86,0	80,8	91,1	89,0 p
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	100,0	103,8	108,5	105,3	114,1	107,4	98,4	116,5	117,3 p
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	99,3	104,5	108,2	107,1	113,6	108,3	101,2	115,6	115,9 p
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	104,9	112,9	104,1	119,0	109,8	96,0	122,1	121,8 p
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	101,3	107,2	110,0	118,7	102,2	89,9	118,2	120,3 p
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,7	99,4	99,0	96,3	99,8	100,1	96,3	104,6	107,7 p
Gesamtumsatz^{2) 3) 4)}	Mrd. DM	1 947,6	2 044,0	2 113,9	169,2	189,3	178,0	166,4	199,6	191,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	23 096	20 822	19 080	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 924,5	2 023,2	2 094,8	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	881 481	919 796	902 425	71 231	78 935	75 923	72 288	83 636	82 690
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	616 846	669 086	737 339	60 395	70 479	62 984	55 048	72 889	66 893
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	83 335	82 291	84 663	6 467	7 220	6 378	6 037	8 030	7 845
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	365 904	372 836	389 465	31 145	32 673	32 924	33 029	35 049	33 742
dar.: Auslandsumsatz ⁵⁾	Mill. DM	601 197	675 746	725 025	59 596	68 542	62 301	56 802	71 261	67 209
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftrageingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	95,5	106,8	124,3	116,0	139,6	127,9	127,5	137,5	139,2
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	103,1	119,5	133,1	132,8	150,4	147,0	150,9	154,4	154,9
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	84,2	91,2	112,3	94,5	126,5	106,1	104,8	113,9	117,9
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	105,6	113,4	145,1	142,4	165,0	141,5	118,7	171,6	178,4
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	104,5	110,4	113,7	100,4	112,4	112,3	113,4	128,6	115,6
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	102,0	105,6	109,0	109,0	119,4	112,0	106,6	119,3	117,0 p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	91,0	84,8	75,2	74,4	76,0	76,5	72,1	78,1	83,2 p
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	105,9	115,8	127,1	130,8	143,3	129,7	123,2	141,9	137,0 p
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	102,4	111,6	124,5	130,2	143,9	134,3	121,7	140,5	142,6 p
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	103,9	110,9	119,9	120,4	131,2	112,9	125,9	138,2	123,9 p
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,7	121,4	142,3	141,1	163,0	144,9	114,7	166,1	157,7 p
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	110,5	118,9	120,5	123,1	129,1	117,5	107,6	122,9	117,2 p
Gesamtumsatz^{2) 3) 4)}	Mrd. DM	131,7	142,2	156,9	12,8	15,1	14,1	13,4	15,5	14,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	6 240	4 783	4 206	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	125,5	137,4	152,7	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	61 995	65 740	71 358	5 884	6 839	6 552	6 234	7 210	7 019
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	32 654	36 392	43 503	3 529	4 551	3 996	3 746	4 457	4 127
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	4 597	4 867	5 364	400	447	413	362	540	508
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	32 483	35 195	36 707	2 958	3 220	3 122	3 073	3 286	3 144
dar.: Auslandsumsatz ⁵⁾	Mill. DM	16 058	21 021	28 140	2 244	2 729	2 538	2 313	2 882	2 889

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmont Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtsreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 3) Ohne Umsatzsteuer. - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit er wandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragsingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	+ 6,8	+ 3,5	- 2,3	+ 12,4	+ 4,1	+ 7,1	- 4,3	- 2,3	+ 13,3	- 3,6
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,5	+ 1,3	+ 0,4	+ 8,5	+ 5,9	+ 7,0	- 2,0	- 6,4	+ 13,5	- 1,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 6,3	- 5,5	+ 18,4	+ 3,3	+ 10,6	- 8,5	+ 0,3	+ 14,6	- 4,9
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,7	+ 5,9	- 1,8	+ 17,0	+ 4,5	+ 1,2	- 6,6	- 4,6	+ 16,3	- 1,4
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,1	- 0,6	- 3,0	+ 2,3	- 3,3	- 1,8	+ 11,1	+ 17,0	+ 1,2	- 16,8
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,5	- 2,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,2p	- 4,9	- 8,3	+ 17,4	+ 0,9p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 2,7	- 6,2	- 3,6	- 4,2	- 0,7	- 7,8p	- 0,8	- 6,0	+ 12,7	- 2,3p
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,8	+ 4,5	- 2,8	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,9p	- 5,9	- 8,4	+ 18,4	+ 0,7p
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,2	+ 3,5	- 2,4	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,9p	- 4,7	- 6,6	+ 14,2	+ 0,3p
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,1	+ 7,6	- 5,3	- 1,1	+ 0,8	+ 3,7p	- 7,7	- 12,6	+ 27,2	- 0,2p
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	+ 5,8	- 1,6	+ 12,7	- 1,5	- 2,3p	- 13,9	- 12,0	+ 31,5	+ 1,8p
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,6p	+ 0,3	- 3,8	+ 8,6	+ 3,0p
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 5,0	+ 2,8	- 1,9	+ 6,1	+ 5,4	+ 2,8	- 6,0	- 6,5	+ 20,0	- 4,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 9,8	- 8,4	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,1	+ 2,9	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,4	- 2,2	- 2,6	+ 6,4	+ 3,7	+ 5,2	- 3,8	- 4,8	+ 15,7	- 1,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,5	+ 9,4	- 1,0	+ 6,7	+ 9,6	+ 1,3	- 10,9	- 12,3	+ 32,4	- 8,2
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,3	+ 2,4	- 3,8	+ 7,2	- 1,4	+ 1,0	- 11,7	- 5,3	+ 33,0	- 2,3
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 3,3	- 1,6	+ 4,4	+ 3,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 6,1	- 3,7
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 12,4	+ 7,2	+ 1,0	+ 8,1	+ 9,1	+ 6,5	- 9,1	- 8,8	+ 25,5	- 5,7
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragsingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	+ 11,8	+ 16,4	+ 4,9	+ 6,8	+ 6,5	- 2,1	- 8,4	- 0,3	+ 7,8	+ 1,2
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 15,9	+ 11,4	+ 6,7	+ 26,2	+ 3,8	+ 12,3	- 2,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 0,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,3	+ 23,1	+ 5,6	- 11,3	+ 11,7	- 18,5	- 16,1	- 1,2	+ 8,7	+ 3,5
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 7,4	+ 28,0	- 4,6	- 11,4	+ 3,9	+ 2,1	- 14,2	- 16,1	+ 44,6	+ 4,0
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 5,6	+ 3,0	- 2,2	+ 6,2	+ 4,5	+ 2,6	- 0,1	+ 1,0	+ 13,4	- 10,1
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 3,2	- 1,4	- 1,1	- 1,5	- 1,8p	- 6,2	- 4,8	+ 11,9	- 1,9p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 6,8	- 11,3	+ 0,4	- 2,4	- 6,0	- 2,2p	+ 0,7	- 5,8	+ 8,3	+ 6,5p
Verarbeitendes Gewerbe	+ 9,3	+ 9,8	+ 0,6	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,1p	- 9,5	- 5,0	+ 15,2	- 3,5p
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 9,0	+ 11,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1p	- 6,7	- 9,4	+ 15,4	+ 1,5p
Investitionsgüterproduzenten	+ 6,7	+ 8,1	- 4,9	+ 12,7	+ 0,7	- 5,1p	- 13,9	+ 11,5	+ 9,8	- 10,3p
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 11,7	+ 17,2	+ 8,4	- 5,4	+ 4,7	+ 1,3p	- 11,1	- 20,8	+ 44,8	- 5,1p
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 7,6	+ 1,3	- 0,9	- 4,9	- 2,1	- 8,9p	- 9,0	- 8,4	+ 14,2	- 4,6p
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 7,9	+ 8,9	+ 1,6	+ 9,8	+ 7,6	+ 5,0	- 6,5	- 4,7	+ 15,5	- 4,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 23,3	- 12,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 9,5	+ 9,7	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,0	+ 8,1	+ 2,3	+ 10,8	+ 9,2	+ 7,4	- 4,2	- 4,8	+ 15,6	- 2,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 11,5	+ 17,2	+ 3,0	+ 12,4	+ 7,2	+ 4,8	- 12,2	- 6,3	+ 19,0	- 7,4
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,9	+ 9,8	+ 4,3	+ 2,0	+ 4,8	- 0,9	- 7,8	- 12,3	+ 49,1	- 6,0
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 8,4	+ 1,8	- 2,0	+ 5,8	+ 5,4	+ 1,0	- 3,1	- 1,6	+ 6,9	- 4,3
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 30,9	+ 33,8	- 2,1	+ 7,5	+ 15,7	+ 16,3	- 7,0	- 8,9	+ 24,6	+ 0,2

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmonat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	1 312	1 221	1 156	1 088	1 096	1 101	1 105	1 112	1 110
dar.: Angestellte	1 000	220	213	207	199	198	199	198	199	198
Arbeiter/-innen	1 000	1 038	953	890	833	840	845	850	857	856
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 562	1 480	1 395	118	114	129	124	116	130
im Hochbau	Mill. Std	1 064	1 004	947	78	75	85	82	76	85
Wohnungsbau	1 000 Std	646 458	629 648	602 582	50 239	48 873	55 584	53 182	48 147	55 192
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	317 485	283 441	260 400	20 699	20 046	22 222	22 126	21 198	22 626
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	99 866	90 411	84 143	6 812	6 405	7 382	7 138	6 853	7 498
im Tiefbau	1 000 Std	498 396	476 178	447 936	39 896	38 376	43 331	42 041	39 466	44 804
Straßenbau	1 000 Std	145 664	142 516	137 291	12 634	12 403	14 008	13 850	12 669	14 763
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	180 362	169 085	158 058	13 804	13 189	14 737	14 036	13 579	15 050
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	172 370	164 577	152 587	13 458	12 784	14 586	14 155	13 218	14 991
Bruttolohnsumme	Mill. DM	47 363	43 749	40 821	3 419	3 252	3 403	3 431	3 504	3 476
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	14 772	14 325	13 948	1 128	1 099	1 168	1 150	1 099	1 093
Gesamtumsatz	Mill. DM	220 743	213 517	203 954	15 778	16 390	18 774	19 243	18 164	19 758
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	217 305	210 354	200 894	15 520	16 145	18 457	18 926	17 882	19 443
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	893	834	802	766	771	773	777	783	783
dar.: Angestellte	1 000	160	155	152	147	148	148	148	148	148
Arbeiter/-innen	1 000	689	635	604	574	579	581	585	591	591
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 038	988	951	82	80	89	86	78	90
im Hochbau	Mill. Std	703	665	644	55	53	59	57	52	60
Wohnungsbau	1 000 Std	435 672	420 420	415 015	35 992	34 955	38 964	37 033	32 851	39 009
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	203 894	186 592	176 975	14 399	13 810	15 156	15 255	14 533	15 742
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	62 950	57 729	52 311	4 260	4 078	4 656	4 487	4 268	4 780
im Tiefbau	1 000 Std	335 603	323 474	306 223	27 771	26 760	29 793	28 875	26 611	30 922
Straßenbau	1 000 Std	102 467	99 437	93 957	8 870	8 716	9 584	9 495	8 503	10 248
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	111 665	107 655	102 981	9 242	8 822	9 765	9 337	8 888	10 021
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	121 471	116 382	109 285	9 659	9 222	10 444	10 043	9 220	10 653
Bruttolohnsumme	Mill. DM	34 571	31 890	30 233	2 607	2 448	2 558	2 582	2 634	2 608
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	11 197	10 858	10 689	877	848	910	895	850	846
Gesamtumsatz	Mill. DM	156 109	152 897	149 142	11 805	12 153	13 916	14 285	13 180	14 592
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	153 628	150 547	146 834	11 602	11 961	13 665	14 025	12 952	14 338
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	418	387	354	322	325	327	328	329	327
dar.: Angestellte	1 000	60	58	55	51	51	51	51	51	50
Arbeiter/-innen	1 000	349	318	286	259	262	264	265	266	265
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	524	491	445	35	34	40	39	37	40
im Hochbau	Mill. Std	361	339	303	23	22	26	26	25	26
Wohnungsbau	1 000 Std	210 786	209 228	187 567	14 247	13 918	16 620	16 149	15 296	16 183
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	113 591	96 849	83 425	6 300	6 236	7 066	6 871	6 665	6 884
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	36 916	32 682	31 832	2 552	2 327	2 726	2 651	2 585	2 718
im Tiefbau	1 000 Std	162 793	152 704	141 713	12 125	11 616	13 538	13 166	12 855	13 882
Straßenbau	1 000 Std	43 197	43 079	43 334	3 764	3 687	4 424	4 355	4 166	4 515
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	68 697	61 430	55 077	4 562	4 367	4 972	4 699	4 691	5 029
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	50 899	48 195	43 302	3 799	3 562	4 142	4 112	3 998	4 338
Bruttolohnsumme	Mill. DM	12 792	11 859	10 589	812	804	845	849	870	868
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	3 575	3 468	3 258	251	250	258	255	249	247
Gesamtumsatz	Mill. DM	64 634	60 621	54 811	3 973	4 237	4 858	4 959	4 984	5 166
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	63 677	59 807	54 061	3 917	4 184	4 792	4 901	4 930	5 104
Deutschland										
Index des Auftragsengangs ²⁾	1995 = 100	92,1	84,3	84,1	85,8	88,6	100,3	91,0	85,2	94,0
Index des Auftragsbestands ²⁾	1995 = 100	95,8	84,6	79,8	.	.	86,6	.	.	82,2
Produktionsindex ³⁾	1995 = 100	93,5	89,6	86,8	90,6	89,2	97,2	97,1	88,7	100,8
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragsengangs ²⁾	1995 = 100	91,0	86,0	86,7	87,8	93,6	103,7	98,0	90,3	99,2
Index des Auftragsbestands ²⁾	1995 = 100	95,7	86,8	81,9	.	.	89,4	.	.	85,8
Produktionsindex ³⁾	1995 = 100	92,5	88,9	87,4	92,9	91,4	98,7	98,5	88,9	102,8
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragsengangs ²⁾	1995 = 100	94,7	80,2	77,7	81,0	77,0	92,0	74,6	73,2	81,8
Index des Auftragsbestands ²⁾	1995 = 100	96,0	78,6	74,1	.	.	79,0	.	.	72,4
Produktionsindex ³⁾	1995 = 100	96,8	92,2	84,9	82,3	81,2	92,1	92,2	88,2	93,4
Deutschland										
Handwerk ⁴⁾										
Beschäftigte	30.9.1998 = 100	104,0	102,0	99,2	.	.	94,6	.	.	96,2 p
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998 = 100	100,1	100,6	100,0	.	.	101,1	.	.	105,0 p

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993) Ab März 1999 vorläufige Ergebnisse – 2) Wertindex. – 3) Arbeitstaglich bereinigter Wert Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt Für die Ergebnisse ab Berichtsmont Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind. – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat				
	1997	1998	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	
	gegenüber		gegenüber				gegenüber				
	1996	1997	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Mar 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	
Produzierendes Gewerbe											
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹⁾											
Deutschland											
Beschäftigte	- 6,9	- 5,4	- 6,5	- 6,1	- 6,0	- 6,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	
dar.: Angestellte	- 3,3	- 3,0	- 4,3	- 3,9	- 4,0	- 4,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	
Arbeiter/-innen	- 8,2	- 6,6	- 7,0	- 6,7	- 6,4	- 6,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8	- 0,2	
Gelernteste Arbeitsstunden	- 5,3	- 5,7	- 2,7	- 10,1	- 1,6	- 6,1	+ 13,0	- 3,1	- 7,1	+ 12,5	
im Hochbau	- 5,7	- 5,6	- 4,5	- 11,9	- 3,7	- 7,9	+ 13,1	- 3,2	- 7,6	+ 12,0	
Wohnungsbau	- 2,6	- 4,3	- 4,5	- 12,3	- 3,5	- 8,2	+ 13,7	- 4,3	- 9,5	+ 14,6	
Gewerblicher Hochbau	- 10,7	- 8,1	- 5,3	- 11,3	- 3,5	- 6,9	+ 10,9	- 0,4	- 4,2	+ 6,7	
Öffentlicher Hochbau	- 9,5	- 6,9	- 1,7	- 10,9	- 5,9	- 9,4	+ 15,3	- 3,3	- 4,0	+ 9,4	
im Tiefbau	- 4,5	- 5,9	+ 1,2	- 6,4	+ 2,8	- 2,3	+ 12,9	- 3,0	- 6,1	+ 13,5	
Straßenbau	- 2,2	- 3,7	+ 2,3	- 4,6	+ 4,3	- 1,7	+ 12,9	- 1,1	- 8,5	+ 16,5	
Gewerblicher Tiefbau	- 6,3	- 6,5	+ 1,2	- 7,1	+ 1,3	- 2,0	+ 11,7	- 4,8	- 3,3	+ 10,8	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,5	- 7,3	+ 0,2	- 7,3	+ 3,0	- 3,3	+ 14,1	- 3,0	- 6,6	+ 13,4	
Bruttolohnsumme	- 7,6	- 6,7	- 3,4	- 6,8	- 0,7	- 3,0	+ 4,6	+ 0,8	+ 2,1	- 0,8	
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 2,6	- 2,1	- 1,6	- 3,4	- 2,0	+ 6,3	- 1,5	- 4,4	- 0,6	
Gesamtumsatz	- 3,3	- 4,5	+ 3,7	- 1,6	+ 3,2	+ 3,0	+ 14,5	+ 2,5	- 5,6	+ 8,8	
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 3,2	- 4,5	+ 3,7	- 1,8	+ 3,1	+ 2,9	+ 14,3	+ 2,5	- 5,5	+ 8,7	
Früheres Bundesgebiet											
Beschäftigte	- 6,7	- 3,8	- 5,3	- 4,8	- 4,5	- 4,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	- 0,1	
dar.: Angestellte	- 3,2	- 2,0	- 3,0	- 2,5	- 2,6	- 3,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	
Arbeiter/-innen	- 7,9	- 4,8	- 5,8	- 5,3	- 4,9	- 5,0	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,0	
Gelernteste Arbeitsstunden	- 4,8	- 3,8	- 1,5	- 9,3	+ 0,7	- 4,0	+ 11,3	- 3,3	- 8,6	+ 15,6	
im Hochbau	- 5,4	- 3,1	- 3,1	- 10,9	- 1,0	- 5,4	+ 11,2	- 3,4	- 9,0	+ 15,3	
Wohnungsbau	- 3,5	- 1,3	- 2,5	- 11,2	- 0,4	- 5,8	+ 11,5	- 5,0	- 11,3	+ 18,7	
Gewerblicher Hochbau	- 8,5	- 5,2	- 5,1	- 10,6	- 1,7	- 4,1	+ 9,7	+ 0,7	- 4,7	+ 8,3	
Öffentlicher Hochbau	- 8,3	- 9,4	- 1,6	- 9,4	- 3,2	- 6,3	+ 14,2	- 3,6	- 4,9	+ 12,0	
im Tiefbau	- 3,6	- 5,3	+ 1,9	- 6,0	+ 4,2	- 1,1	+ 11,3	- 3,1	- 7,8	+ 16,2	
Straßenbau	- 3,0	- 5,5	+ 3,0	- 4,4	+ 5,7	+ 0,3	+ 10,0	- 0,9	- 10,4	+ 20,5	
Gewerblicher Tiefbau	- 3,6	- 4,3	+ 4,2	- 4,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 10,7	- 4,4	- 4,8	+ 12,7	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,2	- 6,1	- 1,2	- 8,8	+ 3,2	- 4,4	+ 13,3	- 3,8	- 8,2	+ 15,5	
Bruttolohnsumme	- 7,8	- 5,2	- 1,9	- 5,1	+ 1,1	- 1,2	+ 4,5	+ 1,0	+ 2,0	- 1,0	
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 1,5	- 0,9	- 0,2	- 2,3	- 0,5	+ 7,2	- 1,6	- 5,0	- 0,5	
Gesamtumsatz	- 2,1	- 2,5	+ 4,8	+ 0,6	+ 3,5	+ 4,4	+ 14,5	+ 2,6	- 7,7	+ 10,7	
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 2,0	- 2,5	+ 4,8	+ 0,4	+ 3,3	+ 4,2	+ 14,2	+ 2,6	- 7,7	+ 10,7	
Neue Länder und Berlin-Ost											
Beschäftigte	- 7,4	- 8,7	- 9,1	- 9,1	- 9,2	- 10,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	- 0,5	
dar.: Angestellte	- 3,8	- 5,4	- 7,8	- 7,6	- 7,7	- 8,1	+ 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,7	
Arbeiter/-innen	- 8,7	- 10,2	- 9,5	- 9,5	- 9,6	- 10,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	- 0,5	
Gelernteste Arbeitsstunden	- 6,2	- 9,5	- 5,2	- 11,9	- 6,1	- 10,6	+ 17,2	- 2,8	- 3,7	+ 6,1	
im Hochbau	- 6,2	- 10,6	- 7,5	- 14,1	- 9,0	- 13,3	+ 17,5	- 2,8	- 4,4	+ 5,0	
Wohnungsbau	- 0,7	- 10,4	- 9,1	- 14,7	- 9,6	- 13,4	+ 19,4	- 2,8	- 5,3	+ 5,8	
Gewerblicher Hochbau	- 14,7	- 13,9	- 5,9	- 12,9	- 7,2	- 12,7	+ 13,3	- 2,8	- 3,0	+ 3,3	
Öffentlicher Hochbau	- 11,5	- 2,6	- 1,9	- 13,3	- 10,0	- 14,5	+ 17,1	- 2,8	- 2,5	+ 5,1	
im Tiefbau	- 6,2	- 7,2	- 0,4	- 7,3	+ 0,1	- 4,9	+ 16,5	- 2,7	- 2,4	+ 8,0	
Straßenbau	- 0,3	+ 0,6	+ 0,6	- 5,1	+ 1,5	- 6,0	+ 20,0	- 1,6	- 4,3	+ 8,4	
Gewerblicher Tiefbau	- 10,6	- 10,3	- 4,3	- 12,0	- 2,9	- 7,6	+ 13,9	- 5,5	- 0,2	+ 7,2	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 5,3	- 10,2	+ 3,7	- 3,7	+ 2,4	- 0,4	+ 16,3	- 0,7	- 2,8	+ 8,5	
Bruttolohnsumme	- 7,3	- 10,7	- 7,8	- 11,6	- 5,5	- 8,3	+ 5,2	+ 0,5	+ 2,4	- 0,2	
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 6,0	- 6,2	- 6,1	- 7,1	- 6,7	+ 3,3	- 1,4	- 2,3	- 0,8	
Gesamtumsatz	- 6,2	- 9,6	+ 0,6	- 7,6	+ 2,3	- 0,7	+ 14,7	+ 2,1	+ 0,5	+ 3,7	
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 6,1	- 9,6	+ 0,7	- 7,4	+ 2,6	- 0,5	+ 14,5	+ 2,3	+ 0,6	+ 3,5	
Deutschland											
Index des Auftragsengangs ²⁾	- 8,5	- 0,2	+ 1,0	- 5,1	+ 1,9	- 8,6	+ 13,2	- 9,3	- 6,4	+ 10,3	
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 11,7	- 5,7	+ 3,3 ^{a)}	.	.	+ 0,7 ^{b)}	+ 6,0 ^{c)}	.	.	- 5,1 ^{d)}	
Produktionsindex ³⁾	- 4,2	- 3,1	- 2,2	- 3,6	- 2,3	- 2,4	+ 9,0	- 0,1	- 8,7	+ 13,6	
Früheres Bundesgebiet											
Index des Auftragsengangs ²⁾	- 5,5	+ 0,8	+ 2,0	- 0,8	+ 7,1	- 6,2	+ 10,8	- 5,5	- 7,9	+ 9,9	
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 9,3	- 5,6	+ 3,6 ^{a)}	.	.	+ 2,9 ^{b)}	+ 5,3 ^{c)}	.	.	- 4,0 ^{d)}	
Produktionsindex ³⁾	- 3,9	- 1,7	- 1,4	- 2,9	- 0,8	- 1,1	+ 8,0	- 0,2	- 9,7	+ 15,6	
Neue Länder und Berlin-Ost											
Index des Auftragsengangs ²⁾	- 15,3	- 3,1	- 1,7	- 16,1	- 10,6	- 15,0	+ 19,5	- 18,9	- 1,9	+ 11,7	
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 18,1	- 5,7	+ 2,9 ^{a)}	.	.	- 6,0 ^{b)}	+ 8,4 ^{c)}	.	.	- 8,4 ^{d)}	
Produktionsindex ³⁾	- 4,8	- 7,9	- 5,0	- 6,4	- 7,5	- 7,9	+ 13,4	+ 0,1	- 4,3	+ 5,9	
Deutschland Handwerk ⁴⁾											
Beschäftigte	- 1,9	- 2,7	- 4,3 ^{a)}	.	.	- 3,8 ^{p b)}	- 1,3 ^{c)}	.	.	+ 1,8 ^{p d)}	
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 0,5	- 0,6	+ 5,4 ^{a)}	.	.	+ 3,1 ^{p b)}	+ 18,9 ^{c)}	.	.	+ 3,9 ^{p d)}	

¹⁾ Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993) Ab März 1999 vorläufige Ergebnisse – ²⁾ Wertindex. – ³⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert. Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmonat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind – ⁴⁾ Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen.

a) 2 Vj 1999 gegenüber 2 Vj 1998 – b) 3 Vj 1999 gegenüber 3 Vj 1998 – c) 2 Vj 1999 gegenüber 1 Vj 1999 – d) 3 Vj 1999 gegenüber 2 Vj 1999

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 ¹⁾	1999					
					Mai	Juni	Juli	Aug	Sept.	Okt.
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	213 230	221 185	232 367	20 562	22 391	22 747	21 150	19 988	..
Rauminhalt	1 000 m ³	254 121	243 647	234 635	19 983	21 273	21 886	19 808	19 091	..
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	113 677	107 673	102 830	8 689	9 304	9 575	8 690	8 338	..
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	40 037	40 265	43 465	3 460	4 122	3 844	3 837	3 659	..
Rauminhalt	1 000 m ³	219 163	205 237	223 032	16 776	22 907	20 708	20 785	20 003	..
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	58 623	53 389	53 395	3 971	5 055	4 325	4 925	4 927	..
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	576 238	528 096	477 706	38 932	40 509	40 668	36 874	36 913	..
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	243 754	255 995	234 487	7 161	7 663	7 986	8 125	10 065	..
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	207 075	212 828	207 356	6 363	6 677	7 601	6 129	8 710	..
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	559 488	578 179	500 718	15 266	16 082	16 413	16 371	20 476	..
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	152 913	162 224	180 409	16 122	17 423	18 138	16 739	15 457	..
Rauminhalt	1 000 m ³	185 849	185 126	191 677	16 529	17 546	18 560	16 801	15 829	..
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	82 598	81 467	83 986	7 206	7 674	8 137	7 386	6 920	..
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	31 589	32 937	36 825	2 974	3 485	3 245	3 320	3 070	..
Rauminhalt	1 000 m ³	151 626	151 265	175 022	13 843	19 390	16 669	16 951	16 924	..
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	38 940	37 524	39 713	3 111	4 010	3 471	3 858	4 034	..
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	390 083	372 728	363 692	29 721	31 449	32 790	30 097	28 801	..
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	188 884	188 999	185 025	5 946	6 370	6 540	6 847	8 131	..
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	143 563	152 743	158 569	4 738	5 205	6 118	4 804	6 725	..
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	416 122	400 350	372 265	12 345	12 690	12 714	13 206	15 531	..
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	60 317	58 941	51 958	4 440	4 968	4 609	4 411	4 531	..
Rauminhalt	1 000 m ³	68 273	58 521	42 958	3 454	3 727	3 326	3 007	3 262	..
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	31 079	26 205	18 844	1 483	1 630	1 438	1 304	1 418	..
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	8 448	7 328	6 640	486	637	599	517	589	..
Rauminhalt	1 000 m ³	67 537	53 973	48 010	2 933	3 517	4 039	3 834	3 079	..
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	19 682	15 865	13 682	860	1 045	854	1 067	894	..
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	186 155	155 368	114 014	9 211	9 060	7 878	6 777	8 112	..
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	54 869	66 996	49 462	1 215	1 293	1 446	1 278	1 934	..
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	63 513	60 085	48 787	1 625	1 472	1 483	1 325	1 985	..
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	143 366	177 829	128 453	2 921	3 392	3 699	3 165	4 945	..
Binnenhandel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	1995= 100	97,9	100,9	101,7	96,4	104,0	100,0	100,2	111,2	107,7
Einzelhandel (Umsatzwerte) ³⁾	1995 = 100	100,3	99,0	99,9	95,6	95,9	100,1	93,2	95,7	..
Gastgewerbe (Umsatzwerte) ³⁾	1995 = 100	97,6	97,1	95,6	105,5	99,5	102,7	104,0	105,6	..
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	75 734	77 305	80 289	8 164	8 002	8 011	8 209	8 832	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	13 193	13 833	14 461	1 374	1 437	1 671	1 645	1 536	..
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	254 818	241 153	245 773	24 203	24 646	27 882	29 626	27 073	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	29 345	30 400	31 654	2 972	3 006	3 721	3 830	3 232	..
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	14 546	15 319	16 141	1 902	1 906	1 888	1 818	1 929	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	1 005	1 058	1 133	124	129	152	149	143	..
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	45 174	46 017	48 771	5 399	5 633	6 463	7 080	5 717	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	2 906	2 987	2 814	301	298	362	372	329	..

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) In jeweiligen Preisen. - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998 ¹⁾	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 3,7	+ 5,1	+ 8,4	- 0,2	- 1,2	..	+ 1,6	- 7,0	- 5,5	...
Rauminhalt	- 4,1	- 3,7	+ 6,8	- 2,8	- 4,5	...	+ 2,9	- 9,5	- 3,6	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 5,3	- 4,5	+ 7,1	- 3,1	- 4,3	...	+ 2,9	- 9,2	- 4,1	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 0,6	+ 7,9	- 8,0	- 7,5	- 3,7	..	- 6,7	- 0,2	- 4,6	...
Rauminhalt	- 6,4	+ 8,7	- 2,3	- 19,6	+ 8,7	..	- 9,6	+ 0,4	- 3,8	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 8,9	± 0,0	- 23,3	+ 2,4	+ 14,2	..	- 14,4	+ 13,9	± 0,0	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 8,4	- 9,5	- 0,7	- 11,3	- 9,0	..	+ 0,4	- 9,3	+ 0,1	...
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 5,0	- 8,4	- 5,5	- 4,0	- 5,6	..	+ 4,2	+ 1,7	+ 23,9	..
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 2,8	- 2,6	+ 15,7	- 27,5	- 31,3	...	+ 13,8	- 19,4	+ 42,1	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 3,3	- 13,4	- 8,4	- 9,6	- 12,9	..	+ 2,1	- 0,3	+ 25,1	...
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 6,1	+ 11,2	+ 11,8	+ 3,9	- 1,8	..	+ 4,1	- 7,7	- 7,7	...
Rauminhalt	- 0,4	+ 3,5	+ 9,8	+ 1,8	- 2,9	...	+ 5,8	- 9,5	- 5,8	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 1,4	+ 3,1	+ 10,3	+ 1,8	- 3,0	...	+ 6,0	- 9,2	- 6,3	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 4,3	+ 11,8	- 11,0	- 5,7	- 4,8	..	- 6,9	+ 2,3	- 7,5	...
Rauminhalt	- 0,2	+ 15,7	- 0,5	- 1,9	+ 10,5	..	- 14,0	+ 1,7	- 0,2	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 3,6	+ 5,8	- 5,9	+ 5,8	+ 15,2	...	- 13,4	+ 11,2	+ 4,5	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 4,4	- 2,4	+ 3,4	- 3,6	- 6,1	...	+ 4,3	- 8,2	- 4,3	...
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 0,1	- 2,1	- 0,6	- 1,2	- 0,1	...	+ 2,7	+ 4,7	+ 18,8	..
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 6,4	+ 3,8	+ 24,9	- 35,9	- 35,5	...	+ 17,5	- 21,5	+ 40,0	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 3,8	- 7,0	- 1,8	- 8,1	- 7,1	...	+ 0,2	+ 3,9	+ 17,6	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	- 2,3	- 11,8	- 3,3	- 13,0	+ 0,7	..	- 7,2	- 4,3	+ 2,7	...
Rauminhalt	- 14,3	- 26,6	- 7,4	- 22,4	- 11,9	...	- 10,8	- 9,6	+ 8,5	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 15,7	- 28,1	- 7,9	- 23,8	- 10,3	...	- 11,8	- 9,3	+ 8,7	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 13,3	- 9,4	+ 12,2	- 17,5	+ 3,0	..	- 6,0	- 13,7	+ 13,9	...
Rauminhalt	- 20,1	- 11,0	- 9,1	- 55,4	- 0,4	..	+ 14,8	- 5,1	- 19,7	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 19,4	- 13,8	- 56,2	- 8,3	+ 10,1	..	- 18,3	+ 24,9	- 16,2	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 16,5	- 26,6	- 14,8	- 34,4	- 18,0	..	- 13,0	- 14,0	+ 19,7	..
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 22,1	- 26,2	- 22,7	- 16,5	- 23,2	..	+ 11,8	- 11,6	+ 51,3	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 5,4	- 18,8	- 11,1	+ 37,9	- 11,3	...	+ 0,7	- 10,7	+ 49,8	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 24,0	- 27,8	- 25,7	- 15,1	- 27,1	..	+ 9,1	- 14,4	+ 56,2	...
Binnenhandel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	+ 3,1	+ 0,8	- 3,3	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,7	- 3,8	+ 0,2	+ 11,0	- 3,1
Einzelhandel (Umsatzwerte) ³⁾	- 1,2	+ 0,8	- 0,4	+ 1,6	- 1,8	..	+ 4,4	- 6,9	+ 2,7	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte) ³⁾	- 0,5	- 1,6	+ 1,5	- 0,7	+ 3,2	+ 1,3	+ 1,5	...
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	+ 2,1	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,9	..	+ 0,1	+ 2,5	+ 7,6	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,9	+ 4,5	+ 1,2	+ 2,5	- 3,2	..	+ 16,3	- 1,6	- 6,6	..
Übernachtungen ⁴⁾	- 5,4	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,5	..	+ 13,1	+ 6,3	- 8,6	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,6	+ 3,4	- 4,3	...	+ 23,8	+ 2,9	- 15,6	..
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	+ 5,3	+ 5,4	+ 15,8	+ 8,7	+ 13,4	...	- 0,9	- 3,7	+ 6,1	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 5,3	+ 7,1	+ 9,9	+ 8,7	+ 7,3	...	+ 17,8	- 2,0	- 4,0	..
Übernachtungen ⁴⁾	+ 1,9	+ 6,0	+ 12,7	+ 9,6	+ 12,8	..	+ 14,7	+ 9,5	- 19,3	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 2,8	- 5,8	+ 7,6	+ 6,4	+ 1,7	..	+ 21,2	+ 2,8	- 11,6	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999																																																																																																																																																																				
					April	Mar	Juni	Juli	Aug.	Sept.																																																																																																																																																															
Außenhandel ^{1) 2)}																																																																																																																																																																									
Deutschland																																																																																																																																																																									
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	690 399	772 149	828 200	69 395 r	70 476	72 887	71 706	68 549	71 893																																																																																																																																																															
Warengruppen																																																																																																																																																																									
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	71 405	74 872	77 630	5 684	5 814	6 292	6 024	5 703	5 357																																																																																																																																																															
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	584 269	647 257	710 582	57 458	57 502	59 281	58 806	56 173	59 889																																																																																																																																																															
Rohstoffe	Mill. DM	36 045	38 339	32 246	2 572	2 766	2 553	3 643	3 125	3 672																																																																																																																																																															
Halbwaren	Mill. DM	62 845	73 293	69 534	5 013	4 725	5 118	4 883	4 735	4 882																																																																																																																																																															
Fertigwaren	Mill. DM	485 378	535 626	608 803	49 874	50 011	51 611	50 280	48 312	51 334																																																																																																																																																															
Ländergruppen (Ursprungsländer)																																																																																																																																																																									
EU-Länder	Mill. DM	388 558	424 430	452 037	36 858	40 028	40 068	38 104	37 157	36 450																																																																																																																																																															
EFTA-Länder	Mill. DM	41 781	46 324	46 843	3 895	3 564	3 908	3 879	3 379	4 207																																																																																																																																																															
NAFTA-Länder	Mill. DM	55 520	65 466	75 729	7 094	6 452	6 863	6 402	6 347	6 741																																																																																																																																																															
ASEAN-Länder ³⁾	Mill. DM	18 488	22 223	23 178	1 738	1 643	1 848	1 969	1 920	2 199																																																																																																																																																															
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	788 937	888 616	955 170	80 769 r	77 140	86 567	86 445	74 882	83 080																																																																																																																																																															
Warengruppen																																																																																																																																																																									
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	41 841	43 960	47 327	3 555	3 375	3 657	3 863	3 544	3 675																																																																																																																																																															
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	720 712	821 023	893 571	74 041	70 239	79 079	78 989	68 001	75 734																																																																																																																																																															
Rohstoffe	Mill. DM	7 018	7 200	7 094	581	545	605	579	499	494																																																																																																																																																															
Halbwaren	Mill. DM	38 822	44 032	43 271	3 318	3 108	3 658	3 601	3 334	3 554																																																																																																																																																															
Fertigwaren	Mill. DM	674 872	769 791	843 207	70 142	66 585	74 815	74 808	64 168	71 685																																																																																																																																																															
Ländergruppen (Bestimmungsländer)																																																																																																																																																																									
EU-Länder	Mill. DM	453 715	493 554	539 793	46 658	45 147	49 870	46 293	42 919	47 195																																																																																																																																																															
EFTA-Länder	Mill. DM	45 153	48 368	52 355	4 294	3 976	4 718	4 750	3 762	4 564																																																																																																																																																															
NAFTA-Länder	Mill. DM	68 181	88 727	103 842	10 011	8 589	9 888	11 377	8 867	9 499																																																																																																																																																															
ASEAN-Länder ³⁾	Mill. DM	22 089	23 735	17 384	1 251	1 104	1 380	1 555	1 235	1 369																																																																																																																																																															
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+ 98 538	+116 467	+126 970	+ 11 374 r	+ 6 664	+ 13 680	+ 14 739	+ 6 333	+ 11 187																																																																																																																																																															
Verkehr																																																																																																																																																																									
Deutschland																																																																																																																																																																									
Güterverkehr																																																																																																																																																																									
Beförderungsaufkommen																																																																																																																																																																									
Eisenbahnverkehr	1 000 t	319 436	321 578	308 581	24 034	22 878	25 018	23 222	23 056	23 886																																																																																																																																																															
Binnenschifffahrt	1 000 t	227 019	233 455	236 365	19 265	17 123	20 033	19 667	19 219	...																																																																																																																																																															
Seeverkehr	1 000 t	202 519	209 550	214 045	18 734	18 001	17 984	17 995	18 120	...																																																																																																																																																															
Luftverkehr ⁴⁾	1 000 t	1 859	2 004	1 927	160	166	170	170	161	174																																																																																																																																																															
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁵⁾	1 000 t	89 365	87 385	90 717	7 163	7 329	6 886	7 438	7 753	7 264																																																																																																																																																															
Straßengüterverkehr ^{6) 7)}	1 000 t	3 014 946	2 980 981	2 968 023	271 783	281 193	322 360	308 352	297 504	...																																																																																																																																																															
Beförderungsleistung im Inland																																																																																																																																																																									
Eisenbahnverkehr	Mill. tkm	69 714	73 987	74 050	5 978	5 788	6 403	5 898	5 434	5 844																																																																																																																																																															
Binnenschifffahrt	Mill. tkm	61 292	62 153	64 267	5 317	4 498	5 524	5 477	5 627	...																																																																																																																																																															
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁵⁾	Mill. tkm	14 500	13 151	14 849	1 121	1 295	1 169	1 184	1 339	1 207																																																																																																																																																															
Straßengüterverkehr ⁶⁾	Mill. tkm	236 584	245 882	257 447	23 438	22 614	24 763	24 624	23 331	...																																																																																																																																																															
Personenverkehr																																																																																																																																																																									
Beförderte Personen																																																																																																																																																																									
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 966,7	1 970,1	1 908,9	155,4	156,8	159,4	157,3	153,9	163,7																																																																																																																																																															
Luftverkehr	Mill.	93,2	99,3	103,9	8,6	9,9	10,2	10,9	11,2	11,1																																																																																																																																																															
Öffentlicher Straßenverkehr	Mill.	7 834,5	7 847,6	7 761,1	1 938,0 ^{a)}																																																																																																																																																															
Kraftfahrzeuge ⁸⁾																																																																																																																																																																									
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge																																																																																																																																																																									
dar.: Personenkraftwagen	1 000	4 045,7	4 132,8	4 350,4	446,3	397,2	430,3	399,3	308,6	355,1																																																																																																																																																															
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	3 496,3	3 528,2	3 736,0	368,1	333,7	363,2	341,0	262,8	309,0																																																																																																																																																															
dar.: Personenkraftwagen	1 000	8 447,1	8 342,3	8 372,3	808,2	710,2	790,4	772,0	708,0	703,3																																																																																																																																																															
dar.: Personenkraftwagen	1 000	7 583,1	7 382,1	7 449,5	695,6	614,7	693,4	678,2	627,6	629,7																																																																																																																																																															
Straßenverkehrsunfälle																																																																																																																																																																									
Unfälle mit Personenschaden																																																																																																																																																																									
getötete Personen	Anzahl	373 082	380 835	377 257	31 396	37 037 r	36 678 r	38 978 p	36 015 p	38 821 p																																																																																																																																																															
schwerverletzte Personen	Anzahl	8 758	8 549	7 792	596	744 r	696 r	741 p	743 p	781 p																																																																																																																																																															
leichtverletzte Personen	Anzahl	116 456	115 414	108 890	8 702	10 645 r	10 154 r	51 062 p	47 989 p	50 364 p																																																																																																																																																															
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	376 702	385 680	388 429	32 451	37 822 r	37 225 r																																																																																																																																																															
dar.: schwerwiegende Unfälle	1 000	1 896,5	1 851,5	1 880,4	155,5	163,3 r	161,3 r	159,1 p	156,1 p	165,9 p																																																																																																																																																															
dar.: schwerwiegende Unfälle	1 000	152,5	140,7	136,0	10,3	11,0 r	10,6 r	10,1 p	9,9 p	10,4 p																																																																																																																																																															
<table border="1"> <thead> <tr> <th rowspan="2"></th> <th rowspan="2">1996</th> <th rowspan="2">1997</th> <th rowspan="2">1998</th> <th colspan="6">1999</th> </tr> <tr> <th>Mar</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> <th>Aug.</th> <th>Sept.</th> <th>Okt.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Geld und Kredit ⁹⁾</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="11">Deutschland</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Deutsche Bundesbank ¹⁰⁾</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Eurowährungsgebietes ¹¹⁾</td> </tr> <tr> <td>Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>99,0</td> <td>119,2</td> <td>121,0</td> <td>105,1</td> <td>112,6</td> <td>104,6</td> </tr> <tr> <td>Bargeldumlauf</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>246,8 ¹²⁾</td> <td>247,0 ¹²⁾</td> <td>242,6 ¹²⁾</td> <td>123,1</td> <td>123,2</td> <td>124,8</td> <td>123,8</td> <td>124,1</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Banken</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Kredite an</td> </tr> <tr> <td>inländische Nichtbanken der Banken ¹³⁾</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>4 773,1 ¹²⁾</td> <td>5 058,4 ¹²⁾</td> <td>5 380,1 ¹²⁾</td> <td>2 827,5</td> <td>2 821,9</td> <td>2 826,6</td> <td>2 829,6</td> <td>2 846,8</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>Unternehmen und Privatpersonen</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>3 624,4 ¹²⁾</td> <td>3 849,2 ¹²⁾</td> <td>4 144,0 ¹²⁾</td> <td>2 189,4</td> <td>2 193,2</td> <td>2 197,6</td> <td>2 204,9</td> <td>2 218,0</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>öffentliche Haushalte</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>1 148,7 ¹²⁾</td> <td>1 209,2 ¹²⁾</td> <td>1 236,1 ¹²⁾</td> <td>638,0</td> <td>628,7</td> <td>629,0</td> <td>624,7</td> <td>628,8</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>3 241,5 ¹²⁾</td> <td>3 341,9 ¹²⁾</td> <td>3 520,4 ¹²⁾</td> <td>1 845,9</td> <td>1 846,8</td> <td>1 845,4</td> <td>1 849,4</td> <td>1 852,5</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>dar.: Spareinlagen</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>1 143,0 ¹²⁾</td> <td>1 182,1 ¹²⁾</td> <td>1 211,0 ¹²⁾</td> <td>616,9</td> <td>614,2</td> <td>611,6</td> <td>609,1</td> <td>608,3</td> <td>...</td> </tr> </tbody> </table>												1996	1997	1998	1999						Mar	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Geld und Kredit ⁹⁾											Deutschland											Deutsche Bundesbank ¹⁰⁾											Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Eurowährungsgebietes ¹¹⁾											Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	Mrd. EUR	X	X	X	99,0	119,2	121,0	105,1	112,6	104,6	Bargeldumlauf	Mrd. EUR	246,8 ¹²⁾	247,0 ¹²⁾	242,6 ¹²⁾	123,1	123,2	124,8	123,8	124,1	...	Banken											Kredite an											inländische Nichtbanken der Banken ¹³⁾	Mrd. EUR	4 773,1 ¹²⁾	5 058,4 ¹²⁾	5 380,1 ¹²⁾	2 827,5	2 821,9	2 826,6	2 829,6	2 846,8	...	Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. EUR	3 624,4 ¹²⁾	3 849,2 ¹²⁾	4 144,0 ¹²⁾	2 189,4	2 193,2	2 197,6	2 204,9	2 218,0	...	öffentliche Haushalte	Mrd. EUR	1 148,7 ¹²⁾	1 209,2 ¹²⁾	1 236,1 ¹²⁾	638,0	628,7	629,0	624,7	628,8	...	Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken	Mrd. EUR	3 241,5 ¹²⁾	3 341,9 ¹²⁾	3 520,4 ¹²⁾	1 845,9	1 846,8	1 845,4	1 849,4	1 852,5	...	dar.: Spareinlagen	Mrd. EUR	1 143,0 ¹²⁾	1 182,1 ¹²⁾	1 211,0 ¹²⁾	616,9	614,2	611,6	609,1	608,3	...
	1996	1997	1998	1999																																																																																																																																																																					
				Mar	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.																																																																																																																																																																
Geld und Kredit ⁹⁾																																																																																																																																																																									
Deutschland																																																																																																																																																																									
Deutsche Bundesbank ¹⁰⁾																																																																																																																																																																									
Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Eurowährungsgebietes ¹¹⁾																																																																																																																																																																									
Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	Mrd. EUR	X	X	X	99,0	119,2	121,0	105,1	112,6	104,6																																																																																																																																																															
Bargeldumlauf	Mrd. EUR	246,8 ¹²⁾	247,0 ¹²⁾	242,6 ¹²⁾	123,1	123,2	124,8	123,8	124,1	...																																																																																																																																																															
Banken																																																																																																																																																																									
Kredite an																																																																																																																																																																									
inländische Nichtbanken der Banken ¹³⁾	Mrd. EUR	4 773,1 ¹²⁾	5 058,4 ¹²⁾	5 380,1 ¹²⁾	2 827,5	2 821,9	2 826,6	2 829,6	2 846,8	...																																																																																																																																																															
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. EUR	3 624,4 ¹²⁾	3 849,2 ¹²⁾	4 144,0 ¹²⁾	2 189,4	2 193,2	2 197,6	2 204,9	2 218,0	...																																																																																																																																																															
öffentliche Haushalte	Mrd. EUR	1 148,7 ¹²⁾	1 209,2 ¹²⁾	1 236,1 ¹²⁾	638,0	628,7	629,0	624,7	628,8	...																																																																																																																																																															
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken	Mrd. EUR	3 241,5 ¹²⁾	3 341,9 ¹²⁾	3 520,4 ¹²⁾	1 845,9	1 846,8	1 845,4	1 849,4	1 852,5	...																																																																																																																																																															
dar.: Spareinlagen	Mrd. EUR	1 143,0 ¹²⁾	1 182,1 ¹²⁾	1 211,0 ¹²⁾	616,9	614,2	611,6	609,1	608,3	...																																																																																																																																																															

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen – 2) Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, sowie ab 1995 einschl. Zuschätzung für Befreiungen – 3) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar – 4) Einschl. Doppelzahlungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung). – 5) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn – 6) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg – 7) Nur inländische Lkw (einschl. tkm im Ausland) – 8) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg – 9) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank – 10) Ausweis der Deutschen Bundesbank als Teil des Eurosystems – 11) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse – 12) Angaben bis 1998 in Mrd. DM nach bisheriger Darstellungsweise – 13) Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen sowie einschl. Treuhandkredite

a) 2 Vj 99

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Juni 99	Juli 99	Aug 99	Sept. 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
Außenhandel ¹⁾										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)										
Warengruppen	+ 11,8	+ 7,3	+ 0,8	- 0,9	+ 10,9	+ 8,0	+ 3,4	- 1,6	- 4,4	+ 4,9
Ernährungswirtschaft	+ 4,9	+ 3,7	- 3,8	- 15,2	- 5,3	- 5,2	+ 8,2	- 4,3	- 5,3	- 6,1
Gewerbliche Wirtschaft	+ 10,8	+ 9,8	- 4,6	- 4,6	+ 6,2	+ 4,0	+ 3,1	- 0,8	- 4,5	+ 6,6
Rohstoffe	+ 6,4	- 15,9	+ 1,4	+ 19,8	+ 23,7	+ 35,2	- 7,7	+ 42,7	- 14,2	+ 17,5
Halbwaren	+ 16,6	- 5,1	- 18,6	- 16,9	- 10,5	- 4,2	+ 8,3	- 4,6	- 3,0	+ 3,1
Fertigwaren	+ 10,4	+ 13,7	- 3,2	- 4,7	+ 7,1	+ 3,1	+ 3,2	- 2,6	- 3,9	+ 6,3
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	+ 9,2	+ 6,5	- 0,3	- 4,8	+ 12,5	+ 6,0	+ 0,1	- 4,9	- 2,5	- 1,9
EFTA-Länder	+ 10,9	+ 1,1	- 4,6	- 8,8	+ 13,6	+ 2,8	+ 9,7	- 0,7	- 12,9	+ 24,5
NAFTA-Länder	+ 17,9	+ 15,7	+ 5,9	+ 0,8	+ 9,9	+ 6,7	+ 6,4	- 6,7	- 0,9	+ 6,2
ASEAN-Länder ²⁾	+ 20,2	+ 4,3	+ 0,1	+ 2,1	+ 6,9	+ 11,5	+ 12,5	+ 6,5	- 2,5	+ 14,5
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 12,6	+ 7,5	+ 4,4	+ 0,9	+ 7,5	+ 7,3	+ 12,2	- 0,1	- 13,4	+ 10,9
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 5,1	+ 7,7	- 13,1	- 7,9	- 6,0	+ 7,5	+ 8,4	+ 5,6	- 8,3	+ 3,7
Gewerbliche Wirtschaft	+ 13,9	+ 8,8	+ 1,7	- 1,6	+ 4,9	+ 4,0	+ 12,6	- 0,1	- 13,9	+ 11,4
Rohstoffe	+ 2,6	- 1,5	- 3,0	- 7,8	+ 8,0	- 0,6	+ 11,0	- 4,3	- 13,8	- 1,0
Halbwaren	+ 13,4	- 1,7	- 9,4	- 5,1	+ 16,2	+ 6,8	+ 17,7	- 1,6	- 7,4	+ 6,6
Fertigwaren	+ 14,1	+ 9,5	+ 2,4	- 1,4	+ 4,3	+ 3,9	+ 12,4	- 0,0	- 14,2	+ 11,7
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	+ 8,8	+ 9,4	+ 3,9	- 2,9	+ 14,7	+ 9,0	+ 10,5	- 7,2	- 7,3	+ 10,0
EFTA-Länder	+ 7,1	+ 8,2	+ 9,4	+ 2,6	- 3,2	+ 5,3	+ 18,7	+ 0,7	- 20,8	+ 21,3
NAFTA-Länder	+ 30,1	+ 17,0	+ 14,0	+ 19,2	+ 18,5	+ 10,5	+ 15,1	+ 15,1	- 22,1	+ 7,1
ASEAN-Länder ²⁾	+ 7,5	- 26,8	+ 11,0	+ 6,8	- 6,5	- 7,1	+ 25,0	+ 12,7	- 20,6	+ 10,9
Verkehr										
Deutschland										
Güterverkehr										
Beforderungsaufkommen										
Eisenbahnverkehr	+ 0,7	- 4,0	- 8,4	- 12,5	- 5,7	- 8,2	+ 9,4	- 7,2	- 0,7	+ 3,6
Binnenschifffahrt	+ 2,8	+ 1,2	- 0,2	- 5,3	+ 5,4	.	+ 17,0	- 1,8	- 2,3	...
Seeverkehr	+ 3,5	+ 2,1	- 3,5	- 1,0	+ 4,0	.	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7	...
Luftverkehr ³⁾	+ 7,8	- 3,8	+ 6,7	+ 4,9	+ 6,9	+ 9,0	+ 2,3	+ 0,3	- 5,2	+ 7,9
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	- 2,2	+ 3,8	- 5,0	- 5,9	- 2,4	- 3,6	- 6,0	+ 8,0	+ 4,2	- 6,3
Straßengüterverkehr ^{5) 6)}	- 1,1	- 0,4	+ 11,3	- 0,2	+ 12,2	.	+ 14,6	- 4,3	- 3,5	...
Beförderungsleistung im Inland										
Eisenbahnverkehr	+ 6,1	+ 0,1	- 1,9	- 7,8	- 3,6	- 6,2	+ 10,6	- 7,9	- 7,9	+ 7,5
Binnenschifffahrt	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,3	- 4,7	+ 13,3	.	+ 22,8	- 0,8	+ 0,9	...
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	- 9,3	+ 12,9	- 3,8	- 15,1	- 1,9	- 7,4	- 9,7	+ 1,3	+ 13,1	- 9,8
Straßengüterverkehr ⁵⁾	+ 3,9	+ 4,7	+ 9,4	+ 4,8	+ 10,5	.	+ 9,5	- 0,6	- 5,3	...
Personenverkehr										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	+ 0,2	- 3,1	+ 4,8	- 1,1	- 2,4	+ 0,0	+ 1,7	- 1,3	- 2,2	+ 6,4
Luftverkehr	+ 6,6	+ 4,6	+ 5,9	+ 8,1	+ 3,0	+ 5,2	+ 3,2	+ 7,0	+ 2,8	- 0,9
Öffentlicher Straßenverkehr	+ 0,2	+ 1,1r	- 4,2a)	.	.	.	- 3,3b)
Kraftfahrzeuge ⁷⁾										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 2,2	+ 5,3	+ 5,0	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,9	+ 8,3	- 7,2	- 22,7	+ 15,1
dar.. Personenkraftwagen	+ 0,9	+ 5,9	+ 5,7	+ 5,6	+ 2,6	+ 2,1	+ 8,9	- 6,1	- 23,0	+ 17,6
Besitzumschreibungen gebrauchter										
Kraftfahrzeuge	- 1,2	+ 0,4	+ 10,1	+ 1,5	+ 9,2	+ 2,3	+ 11,3	- 2,3	- 8,3	- 0,7
dar.. Personenkraftwagen	- 2,6	+ 0,9	+ 10,4	+ 1,3	+ 9,6	+ 1,4	+ 12,8	- 2,2	- 7,4	+ 0,3
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	+ 2,1	- 0,9	+ 2,4	+ 8,6p	+ 3,8p	+ 12,9p	- 1,0	+ 6,3p	- 7,6p	+ 7,8p
getotete Personen	- 2,4	- 8,9	+ 1,8	- 0,1p	- 0,1p	+ 21,8p	- 6,5	+ 6,5p	+ 0,3p	+ 5,1p
schwerverletzte Personen	- 0,9	- 5,7	- 2,6	+ 7,7p	+ 5,3p	+ 12,0p	- 4,6	+ 7,8p	- 6,0p	+ 4,9p
leichtverletzte Personen	+ 2,4	+ 0,7	+ 2,5	.	.	.	- 1,6	.	.	.
Unfälle mit nur Sachschaden	- 2,4	+ 1,6	+ 8,2	+ 4,2p	+ 7,6p	+ 5,7p	- 1,2	- 1,4p	- 1,9p	+ 6,3p
dar.: schwerwiegende Unfälle	- 7,7	- 3,3	+ 0,0	- 5,9p	- 2,7p	- 9,6p	- 4,4	- 4,7p	- 1,1p	+ 4,2p
	1997	1998	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Juli 99	Aug 99	Sept. 99	Okt 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
Geld und Kredit ⁸⁾										
Deutschland										
Deutsche Bundesbank ⁹⁾										
Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Eurowährungsgebietes ¹⁰⁾										
Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	X	X	X	X	X	X	+ 1,5	- 13,1	+ 7,1	- 7,1
Bargeldumlauf	+ 0,1	- 1,8	X	X	X	X	+ 1,3	- 0,8	+ 0,2	..
Banken										
Kredite an										
inländische Nichtbanken der Banken ¹¹⁾	+ 6,0	+ 6,4	X	X	X	X	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	...
Unternehmen und Privatpersonen	+ 6,2	+ 7,7	X	X	X	X	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	...
öffentliche Haushalte	+ 5,3	+ 2,2	X	X	X	X	+ 0,0	- 0,7	+ 0,7	..
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken	+ 3,1	+ 5,3	X	X	X	X	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	..
dar.: Spareinlagen	+ 3,4	+ 2,4	X	X	X	X	- 0,4	- 0,4	- 0,1	...

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen - 2) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar - 3) Einschl. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung) - 4) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn - 5) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln; Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 6) Nur inländische Lkw (einschl. tkm im Ausland) - 7) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 8) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank - 9) Ausweis der Deutschen Bundesbank als Teil des Eurosystems. - 10) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderungen veränderte Ergebnisse - 11) Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen sowie einschl. Treuhandkredite.

a) 2. Vj 1999 gegenüber 2. Vj 1998. - b) 2. Vj 1999 gegenüber 1. Vj 1999

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Mar	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt
Geld und Kredit¹⁾										
Deutschland										
Bausparkassen²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1 000	4 349,6	3 862,1	3 877,3	310,7	315,2	309,5	291,7	310,2	..
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	168,1	178,2	181,8	182,9	182,9	182,5	182,5	182,7	..
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	Mrd. DM	168,4	175,4	180,3	177,8	178,1	178,0	178,2	178,8	..
Wertpapiermarkt⁴⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mrd. EUR ⁶⁾	732,0 ⁶⁾	846,6 ⁶⁾	1 030,8 ⁶⁾	45,7	36,6	47,2	36,3	58,6	42,7
Festverzinsliche Wertpapiere	Mrd. EUR ⁶⁾	8,4 ⁶⁾	4,2 ⁶⁾	6,1 ⁶⁾	0,2	1,0	0,2	0,3	1,6	0,2
Aktien ⁵⁾	%	5,6	5,1	4,5	3,7	4,1	4,4	4,7	4,9	5,2
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	5,6	5,1	4,5	3,7	4,1	4,4	4,7	4,9	5,2
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 989	2 155	1 987	1 886	1 842
Arbeitslosenhilfe	1 000	1 104	1 339	1 504	1 561	1 554
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	451	349
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	7 652,1	7 762,4	7 590,6	7 440,6	7 846,7	8 482,6	7 413,7	7 394,4	..
dar.: Beiträge	Mill. DM	7 089,4	7 149,4	7 180,5	7 197,1	7 329,8	7 629,1	7 193,6	7 175,1	..
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	8 799,0	8 561,0	8 237,6	8 428,4	8 502,1	8 250,2	8 150,1	7 908,4	..
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	4 637,9	4 935,8	4 402,2	4 076,6	3 997,3	3 776,4	3 869,0	3 875,9	..
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	50 829	50 847	50 680	50 718	50 747
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	29 794	29 580	29 264	29 143	29 174
Rentner/-innen	1 000	15 052	15 155	15 215	15 243	15 245
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 304	1 342	1 238	1 177	1 152
Arbeitslosenhilfe	1 000	750	895	955	987	978
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	241	191
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	5 613,5	5 341,7	5 015,6	5 126,6	5 168,1	5 000,5	5 017,4	4 813,2	..
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	3 262,7	3 275,3	2 887,2	2 673,1	2 618,6	2 468,4	2 522,0	2 518,8	..
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	40 687	40 752	40 697	40 805	40 847
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	23 600	23 482	23 329	23 306	23 352
Rentner/-innen	1 000	11 766	11 806	11 825	11 829	11 829
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	684	813	749	709	690
Arbeitslosenhilfe	1 000	354	459	549	574	576
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	210	158
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	3 185,5	3 218,5	3 222,0	3 301,8	3 334,1	3 250,0	3 132,8	3 095,1	..
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 375,2	1 660,5	1 515,1	1 403,5	1 378,7	1 308,0	1 347,0	1 357,1	..
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	10 142	10 096	9 983	9 912	9 900
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	6 194	6 098	5 935	5 837	5 821
Rentner/-innen	1 000	3 287	3 349	3 390	3 414	3 416
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel⁹⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	555 015	554 695	590 445	43 888	66 136	45 813	44 222	65 328	40 502
Lohnsteuer ¹⁰⁾	Mill. DM	251 278	248 672	258 276	20 155	21 317	23 096	21 018	19 200	19 053
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	11 616	5 763	11 116	- 2 366	8 633	- 2 954	- 2 026	10 975	- 1 829
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	13 345	14 694	22 748	1 371	4 774	3 358	2 144	869	1 009
Zinsabschlag	Mill. DM	12 110	11 398	11 891	690	637	692	549	591	645
Körperschaftsteuer	Mill. DM	29 458	33 267	36 200	509	9 809	- 726	- 786	12 028	- 361
Umsatzsteuer	Mill. DM	200 381	199 934	203 684	19 680	16 869	17 993	19 016	17 559	17 917
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	36 827	40 966	46 530	3 848	4 098	4 354	4 306	4 107	4 068
Bundessteuern	Mill. DM	137 865	135 264	130 513	10 244	12 947	11 164	12 006	11 870	10 108
dar.: Versicherungssteuer	Mill. DM	14 348	14 127	13 951	629	721	671	1 671	619	630
Tabaksteuer	Mill. DM	20 698	21 155	21 652	908	2 572	2 029	2 018	1 932	1 995
Branntweinsteuer	Mill. DM	5 085	4 662	4 426	288	338	367	303	297	373
Mineralölsteuer	Mill. DM	68 251	66 008	66 677	6 465	5 978	5 842	5 986	5 924	5 161
Stromsteuer	Mill. DM	-	-	-	99	325	543	418	324	512
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	26 091	25 891	20 558	1 283	2 757	1 444	1 355	2 516	1 179
Landessteuern	Mill. DM	38 540	34 682	37 300	3 017	3 188	3 281	3 064	3 143	3 011
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	9 035	1 757	1 062	109	87	81	104	76	72
Grunderwerbsteuer ¹¹⁾	Mill. DM	6 390	9 127	10 762	873	969	1 014	952	923	969
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	13 743	14 418	15 171	1 172	1 250	1 254	1 018	1 038	1 012
Biersteuer	Mill. DM	1 719	1 699	1 662	136	147	165	155	158	140
Zölle	Mill. DM	6 592	6 899	6 486	489	488	564	536	542	498
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹²⁾	Mill. DM	8 945	8 732	10 284	652	3	1 924	794	22	1 916
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹³⁾	Mill. DM	- 40 887	- 39 533	- 41 836	- 2 751	5 439	4 032	- 2 915	- 4 597	- 2 661
Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	Mill. DM	-	-	- 5 304	- 488	- 435	- 484	- 484	- 450	- 456
Verbrauchsbesteuerter Erzeugnisse¹⁴⁾										
Zigaretten (Menge)	Mill. St	138 136	139 375	140 722	10 892	12 820	12 883	12 440	13 001	..
Bierabsatz	1 000 hl	112 807	112 670	109 353	10 091	10 466	10 815	10 238	9 754	..
Benzin bleifrei	1 000 hl	393 790	406 023	407 657	37 262	34 371	35 648	34 811
Gasole (Dieselkraftstoff)	1 000 hl	307 334	314 232	324 874	28 850	28 755	30 079	28 796
Heizöl (EL und L)	1 000 hl	437 487	417 017	393 507	12 427	16 392	13 932	23 289
Erdgas	GWh	869 383	844 540	807 326	35 059	34 606	29 113	28 444

1) Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank - 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn - 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung. - 4) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. - 5) Aufgrund von Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen (einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn) - 6) Angaben bis 1998 in Mrd. DM. - 7) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung. Bis einschl. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 8) Ohne Rentner/-innen. - 9) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel - 10) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt - 11) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 12) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage - 13) 15% an Lohn- und veranlagte Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag - 14) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Jul 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Jul 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Jul 98	Aug 98	Sept. 98	Okt. 98	Juni 99	Jul 99	Aug 99	Sept. 99
Geld und Kredit¹⁾										
Deutschland										
Bausparkassen²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	- 11,2	+ 0,4	+ 6,3	+ 9,3	+ 8,3	..	- 1,8	- 5,8	+ 6,3	..
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 6,0	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,8	+ 4,2	..	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1	..
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	+ 4,2	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	..	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	..
Wertpapiermarkt⁴⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	+ 15,7	+ 21,8	X	X	X	X	+ 29,0	- 23,1	+ 61,4	- 27,1
Festverzinsliche Wertpapiere	- 50,0	+ 45,2	X	X	X	X	- 80,0	+ 50,0	+ 433,3	- 87,5
Aktien ⁵⁾	- 8,9	- 11,8	- 4,3	+ 9,3	+ 19,5	+ 30,0	+ 7,3	+ 6,8	+ 4,3	+ 6,1
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 8,9	- 11,8	- 4,3	+ 9,3	+ 19,5	+ 30,0	+ 7,3	+ 6,8	+ 4,3	+ 6,1
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 8,4	- 7,8
Arbeitslosenhilfe	+ 21,2	+ 11,1
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 22,7
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 1,4	- 2,2	- 5,1	+ 3,0	+ 9,5	..	+ 8,1	- 12,6	- 0,3	..
dar.: Beiträge	+ 0,8	+ 0,4	- 3,6	+ 2,5	+ 9,4	..	+ 4,1	- 5,7	- 0,3	..
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 2,7	- 3,8	+ 2,6	+ 2,3	- 1,0	..	- 3,0	- 1,2	- 3,0	..
dar.: Arbeitslosengeld	+ 6,4	- 10,8	- 8,5	- 7,1	- 5,2	..	- 5,5	+ 2,5	+ 0,2	..
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,0	- 0,3
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 0,7	- 1,1
Rentner/-innen	+ 0,7	+ 0,4
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 2,9	- 7,6
Arbeitslosenhilfe	+ 19,3	+ 7,2
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 21,0
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 4,8	- 6,1	+ 2,9	+ 4,9	+ 1,5	..	- 3,2	+ 0,3	- 4,1	..
dar.: Arbeitslosengeld	+ 0,4	- 11,8	- 9,0	- 8,9	- 7,7	..	- 5,7	+ 2,2	- 0,1	..
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,2	- 0,1
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 0,5	- 0,7
Rentner/-innen	+ 0,3	+ 0,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 18,8	- 8,0
Arbeitslosenhilfe	+ 29,5	+ 18,7
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 24,7
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 1,0	+ 0,1	+ 2,2	- 1,5	- 4,6	..	- 2,5	- 3,6	- 1,2	..
dar.: Arbeitslosengeld	+ 20,7	- 8,8	- 7,6	- 3,7	- 0,2	..	- 5,1	+ 3,0	+ 0,7	..
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 0,5	- 1,1
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 1,6	- 2,7
Rentner/-innen	+ 1,9	+ 1,2
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel⁸⁾										
Gemeinschaftsteuern	- 0,1	+ 6,4	+ 7,7	+ 6,7	+ 5,6	+ 2,6	- 30,7	- 3,5	+ 47,7	- 38,0
Lohnsteuer ⁹⁾	- 1,0	+ 3,9	- 0,6	+ 0,4	+ 1,9	- 0,3	+ 8,3	- 9,0	- 8,6	- 0,8
Veranlagte Einkommensteuer	- 50,4	+ 92,9	X	X	+ 9,7	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	+ 10,1	+ 54,8	- 50,2	+ 9,9	- 8,7	- 19,6	X	X	X	X
Zinsabschlag	- 5,9	+ 4,3	- 20,1	- 16,2	+ 2,7	- 6,8	+ 8,7	- 20,6	+ 7,5	+ 9,2
Körperschaftsteuer	+ 12,9	+ 8,8	X	X	+ 9,0	X	X	X	X	X
Umsatzsteuer	- 0,2	+ 1,9	+ 8,0	+ 8,1	+ 4,7	+ 5,6	+ 6,7	+ 5,7	- 7,7	+ 2,0
Einfuhrumsatzsteuer	+ 11,2	+ 13,6	+ 7,0	+ 7,6	+ 10,7	+ 2,7	+ 6,2	- 1,1	- 4,6	- 1,0
Bundessteuern	- 1,9	- 3,5	+ 4,1	+ 22,6	+ 7,1	- 2,8	- 13,8	+ 7,5	- 1,1	- 14,8
dar.: Versicherungssteuer	- 1,5	- 1,2	- 3,9	+ 1,6	- 1,3	+ 2,2	- 6,9	+ 149,0	- 63,0	+ 1,8
Tabaksteuer	+ 2,2	+ 2,4	- 17,7	+ 96,2	+ 7,4	- 27,2	- 21,1	- 0,6	- 4,2	+ 3,3
Branntweinsteuer	- 8,3	- 5,1	- 6,4	- 12,7	- 5,3	- 2,9	+ 8,7	- 17,6	- 1,9	+ 25,6
Mineralölsteuer	- 3,3	+ 1,0	+ 9,1	+ 11,7	+ 1,3	- 3,1	- 2,3	+ 2,5	- 1,0	- 12,9
Stromsteuer	X	X	X	X	X	X	+ 66,7	- 23,0	- 22,5	+ 58,1
Solitaritätszuschlag	- 0,8	- 20,6	- 4,7	+ 13,2	+ 11,2	+ 9,9	- 47,6	- 6,1	+ 85,6	- 53,1
Landessteuern	- 10,0	+ 7,5	- 0,5	- 0,0	+ 11,5	+ 2,6	+ 2,9	- 6,6	+ 2,6	- 4,2
dar.: Vermögensteuer	- 80,6	- 39,5	- 2,0	+ 32,4	- 5,9	- 17,4	- 6,5	+ 28,0	- 26,5	- 5,2
Grundwerbsteuer ¹⁰⁾	+ 42,8	+ 17,9	+ 4,3	+ 5,8	+ 2,9	+ 3,7	+ 4,6	- 6,1	- 3,0	+ 4,9
Kraftfahrzeugsteuer	+ 4,9	+ 5,2	- 9,6	- 0,8	+ 2,9	- 4,7	+ 0,3	- 18,8	+ 2,0	- 2,5
Biersteuer	- 1,2	- 2,1	+ 3,6	- 0,8	+ 6,3	+ 6,6	+ 12,0	- 5,8	+ 2,1	- 11,5
Zölle	+ 4,7	- 6,0	+ 9,6	- 6,9	+ 2,9	- 10,0	+ 15,5	- 4,8	+ 1,1	- 8,1
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹¹⁾	- 2,4	+ 17,8	X	+ 17,1	+ 290,5	X	X	- 58,8	- 97,3	+ 4,0
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹²⁾	- 3,3	X	+ 4,2	X	X	X	- 188,3	X	X	X
Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	-	X	X	X	X	X	- 5,0	X	X	X
Verbrauchsbesteuerzte Erzeugnisse¹³⁾										
Zigaretten (Menge)	+ 0,9	+ 1,0	+ 3,3	+ 11,9	+ 7,5	..	+ 0,5	- 3,4	+ 4,5	..
Bierabsatz	- 0,2	- 2,9	+ 2,6	+ 3,8	+ 12,3	..	+ 3,3	- 5,3	- 4,7	..
Benzin bleifrei	+ 3,1	+ 0,4	- 1,6	+ 2,3	+ 3,7	- 2,3
Gasole (Dieselkraftstoff)	+ 2,2	+ 3,4	+ 1,2	+ 6,5	+ 4,6	- 4,3
Heizöl (EL und L)	- 4,7	- 5,6	- 60,6	- 18,9	- 15,0	+ 67,2
Erdgas	- 5,0	- 4,4	- 18,5	+ 11,4	- 15,9	- 2,3

1) Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank - 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn - 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung - 4) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main - 5) Aufgrund von Baranzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen (einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. - 6) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung. Bis einschl. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 7) Ohne Rentner/-innen - 8) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel - 9) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt - 10) Ohne kommunale Grundwerbsteuer. - 11) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. - 12) 15% an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag. - 13) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Mar.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	539 423	542 587	577 625	44 396	65 952	46 451	44 410	65 007	40 978
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	249 298	250 231	260 191	21 780	22 934	24 609	22 427	20 882	20 712
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	15 534	11 079	16 837	- 1 629	8 758	- 2 108	- 1 367	10 849	- 1 264
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	12 895	14 162	22 150	1 344	4 744	3 283	2 092	844	937
Zinsabschlag	Mill. DM	11 951	11 270	11 747	681	623	676	533	576	629
Körperschaftsteuer	Mill. DM	29 549	32 719	35 113	468	9 409	- 644	- 744	11 940	- 273
Umsatzsteuer	Mill. DM	184 385	183 251	186 318	17 975	15 521	16 386	17 265	15 903	16 275
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	35 610	39 875	45 270	3 777	3 963	4 251	4 204	4 013	3 963
Landessteuern	Mill. DM	34 262	29 859	32 457	2 632	2 745	2 881	2 694	2 762	2 672
dar: Vermögensteuer	Mill. DM	9 031	1 760	1 062	109	87	81	104	76	72
Grundwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	4 776	7 057	8 801	705	784	844	795	789	835
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	11 726	12 332	13 023	1 009	1 068	1 085	867	883	867
Biersteuer	Mill. DM	1 458	1 423	1 376	109	123	134	127	130	115
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	Mill. DM	8 714	8 710	10 226	614	2	1 887	733	1	1 866
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	39 421	39 534	41 442	3 333	4 039	3 185	3 588	4 124	3 365
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	25 808	25 867	26 706	2 216	2 238	2 311	2 368	2 121	2 182
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	- 3 919	- 5 315	- 5 720	- 737	- 125	- 846	- 659	126	- 564
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	451	532	598	27	29	75	52	24	72
Zinsabschlag	Mill. DM	159	128	144	9	13	17	16	15	16
Körperschaftsteuer	Mill. DM	- 91	548	1 087	41	400	- 81	- 42	88	- 88
Umsatzsteuer	Mill. DM	15 996	16 683	17 366	1 705	1 348	1 607	1 751	1 656	1 642
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 017	1 091	1 260	72	136	103	102	93	105
Landessteuern	Mill. DM	4 278	4 823	4 843	384	443	400	369	382	339
dar: Vermögensteuer	Mill. DM	4	- 4	1	- 0	0	0	0	0	0
Grundwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	1 614	2 070	1 961	168	185	169	157	134	133
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	2 018	2 086	2 148	163	183	169	151	154	145
Biersteuer	Mill. DM	261	276	286	27	24	31	28	28	25
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	231	22	58	38	1	38	61	21	50
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	37,7	37,7	37,8			37,8			
Index	Okt. 1995 = 100	98,3	98,2	98,6			98,7			
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,74	27,30			27,98			
Index	Okt. 1995 = 100	101,8	103,1	104,9			107,6			
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	996	1 010	1 033			1 058			
Index	Okt. 1995 = 100	100,0	101,2	103,3			106,1			
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	5 481	5 588	5 721			5 908			
Index	Okt. 1995 = 100	101,5	103,1	105,2			108,6			
Tariffentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	1991 = 100	96,8	96,8	96,7			96,7			
Index der tariflichen Stundenlöhne	1991 = 100	122,6	124,3	126,5			130,5			
Index der tariflichen Monatsgehälter	1991 = 100	118,0	119,5	121,6			125,3			
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	39,5	39,5	39,7			40,0			
Index	Okt. 1995 = 100	98,4	98,4	98,8			99,6			
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	18,92	19,32	19,65			20,02			
Index	Okt. 1995 = 100	101,7	104,6	106,8			109,1			
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	752	767	782			801			
Index	Okt. 1995 = 100	100,0	102,8	105,4			108,5			
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 988	4 124	4 246			4 381			
Index	Okt. 1995 = 100	103,8	107,2	110,1			113,6			
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers. -Haush. von Rentempfängern mit geringerem Einkommen	DM	2 251,82	2 312,64	2 316,87	2 358,66	2 440,00	2 269,57	2 302,71	2 245,80	2 253,60
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	543,25	545,19	557,29	564,51	559,74	611,02	576,87	568,59	618,63
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	157,28	159,16	152,46	164,71	150,20	142,89	150,96	151,31	160,43
4-Pers. -Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	4 265,23	4 292,58	4 392,73	4 878,16	4 902,21	4 296,06	4 235,84	4 363,96	4 744,04
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	905,00	903,22	894,57	953,56	970,92	856,73	885,87	830,09	931,58
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	208,96	210,04	201,20	209,62	187,77	200,93	196,78	193,38	195,09
4-Pers. -Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	6 234,62	6 268,77	6 314,01	6 718,41	6 591,15	6 106,62	6 487,73	6 111,84	6 706,78
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	1 156,46	1 164,17	1 143,44	1 253,12	1 245,64	1 110,16	1 137,08	1 037,09	1 206,45
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	242,62	243,53	232,60	256,26	229,90	250,48	213,36	218,19	210,48

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 3) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtsgebietes sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 0,6	+ 6,5	+ 10,6	+ 9,7	+ 8,0	+ 5,9	- 29,6	- 4,4	+ 46,4	- 37,0
Lohnsteuer ¹⁾	+ 0,4	+ 4,0	+ 5,6	+ 6,5	+ 8,7	+ 6,8	+ 7,3	- 8,9	- 6,9	- 0,8
Veranlagte Einkommensteuer	- 28,7	+ 52,0	X	X	+ 9,0	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 9,8	+ 56,4	- 51,0	+ 13,8	- 6,3	- 21,5	- 30,8	- 36,3	- 59,6	+ 10,9
Zinsabschlag	- 5,7	+ 4,2	- 14,8	- 25,0	+ 1,5	- 7,7	+ 8,4	- 21,1	+ 8,1	+ 9,2
Körperschaftsteuer	+ 10,7	+ 7,3	X	X	+ 12,3	X	X	X	X	X
Umsatzsteuer	- 0,6	+ 1,7	+ 7,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 5,3	+ 5,6	+ 5,4	- 7,9	+ 2,3
Einfuhrumsatzsteuer	+ 11,4	+ 13,5	+ 7,9	+ 8,5	+ 10,9	+ 2,6	+ 7,3	+ 1,1	- 4,5	- 1,3
Landesteuern	- 12,9	+ 8,7	+ 0,6	- 0,3	+ 12,4	+ 4,8	+ 5,0	- 6,5	+ 2,5	- 3,2
dar.: Vermögensteuer	- 80,5	- 39,7	- 2,0	+ 32,4	- 5,9	- 17,3	- 6,5	+ 28,0	- 26,5	- 5,2
Grundwerbsteuer ²⁾	+ 47,8	+ 24,7	+ 8,7	+ 6,9	+ 3,9	+ 12,5	+ 7,7	- 5,8	+ 0,7	+ 5,8
Kraftfahrzeugsteuer	+ 5,2	+ 5,6	- 9,6	- 1,5	+ 2,4	+ 6,1	+ 1,6	- 20,1	+ 1,8	- 1,8
Biersteuer	- 2,4	- 3,3	+ 0,8	- 1,5	+ 5,5	+ 5,9	+ 8,8	- 5,4	+ 2,7	- 11,7
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	- 0,0	+ 17,4	+ 0,4	+ 9,5	- 79,8	+ 1,5	X	- 61,1	- 99,8	X
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 0,3	+ 4,8	+ 8,1	+ 9,1	+ 1,9	+ 6,5	- 21,1	+ 12,7	+ 14,9	- 18,4
Lohnsteuer ¹⁾	+ 0,2	+ 3,2	- 0,1	+ 6,5	+ 5,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,4	- 10,4	+ 2,9
Veranlagte Einkommensteuer	X	X	X	X	+ 157,1	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 18,1	+ 12,5	+ 51,1	- 54,0	- 51,7	+ 15,5	+ 154,9	- 29,8	- 53,6	+ 197,3
Zinsabschlag	- 19,8	+ 13,0	- 77,5	X	+ 84,2	+ 55,6	+ 26,1	- 2,7	- 9,6	+ 8,5
Körperschaftsteuer	X	+ 98,2	X	X	- 78,3	X	X	X	X	X
Umsatzsteuer	+ 4,3	+ 4,1	+ 19,7	+ 11,7	+ 15,7	+ 8,6	+ 19,2	+ 9,0	- 5,4	- 0,9
Einfuhrumsatzsteuer	+ 7,3	+ 15,5	- 19,9	- 19,5	+ 2,8	+ 6,4	- 24,2	- 1,0	- 8,3	+ 12,1
Landesteuern	+ 12,7	+ 0,4	- 8,1	+ 2,0	+ 5,5	- 12,2	- 9,7	- 7,7	+ 3,3	- 11,2
dar.: Vermögensteuer	X	X	+ 136,4	X	X	X	+ 271,4	- 96,2	X	X
Grundwerbsteuer ²⁾	+ 28,2	- 5,3	- 13,1	+ 0,6	- 2,6	- 30,5	- 8,4	- 7,6	- 14,3	- 0,5
Kraftfahrzeugsteuer	+ 3,4	+ 3,0	- 9,3	+ 3,6	+ 5,8	+ 5,1	- 7,6	- 10,8	+ 2,6	- 6,2
Biersteuer	+ 5,6	+ 3,9	+ 18,1	+ 2,5	+ 10,2	+ 10,4	+ 28,2	- 7,2	+ 0,5	- 10,5
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	- 90,5	+ 162,1	+ 856,5	+ 628,5	X	+ 1014,9	X	+ 60,0	- 65,8	+ 142,8
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	+ 0,3	- 0,3	.	.	.	+ 0,5 ^{a)}	.	.	.
Index	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	.	.	.	+ 0,5 ^{a)}	.	.	.
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,7	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,6	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}	.	.	.
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,4	.	.	.	+ 0,7 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,3	.	.	.	+ 0,7 ^{a)}	.	.	.
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 2,0	+ 2,4	+ 3,2	.	.	.	+ 0,5 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,8	.	.	.	+ 0,6 ^{a)}	.	.	.
Tarifentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	± 0,0	- 0,1	± 0,0	.	.	.	± 0,0 ^{a)}	.	.	.
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,8	.	.	.	+ 0,5 ^{a)}	.	.	.
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,7	.	.	.	+ 0,6 ^{a)}	.	.	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	+ 0,5	- 0,2	.	.	.	+ 0,8 ^{a)}	.	.	.
Index	± 0,0	+ 0,4	- 0,1	.	.	.	+ 0,8 ^{a)}	.	.	.
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,3	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,5	.	.	.	± 0,0 ^{a)}	.	.	.
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	.	.	.	+ 0,8 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,4	.	.	.	+ 0,8 ^{a)}	.	.	.
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,8	.	.	.	+ 0,6 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,7	.	.	.	+ 0,5 ^{a)}	.	.	.
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers.-Haush. von Rentenempfängern mit geringerem Einkommen	+ 2,7	+ 0,2	- 1,5	+ 0,7	+ 5,2	- 11,2	- 7,0	+ 1,5	- 2,5	+ 0,3
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 0,4	+ 2,2	+ 9,1	+ 2,7	+ 7,7	+ 1,5	+ 9,2	- 5,6	- 1,4	+ 8,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 1,2	- 4,2	- 9,3	- 8,5	+ 16,8	- 3,4	- 4,9	+ 5,6	+ 0,2	+ 6,0
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 0,6	+ 2,3	+ 4,9	- 7,2	+ 10,1	+ 4,5	- 12,4	- 1,4	+ 3,0	+ 8,7
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	- 0,2	- 1,0	- 2,8	- 2,3	- 3,2	- 1,9	- 11,8	+ 3,4	- 6,3	+ 12,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,5	- 4,2	- 17,3	- 5,8	- 1,2	+ 1,7	+ 7,0	- 2,1	- 1,7	+ 0,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 0,5	+ 0,7	+ 5,3	- 4,8	+ 1,6	- 4,5	- 7,4	+ 6,2	- 5,8	+ 9,7
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 0,7	- 1,8	- 2,9	- 5,7	- 3,1	- 2,5	- 10,9	+ 2,4	- 8,8	+ 16,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,4	- 4,5	+ 3,9	- 8,7	+ 2,3	- 12,4	+ 9,0	- 14,8	+ 2,3	- 3,5

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt. - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 3) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen
a) Juli 1999 gegenüber April 1999.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1991 = 100	105,6	107,5	103,6	102,4	102,9	103,2	103,7	103,4	103,3
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1991 = 100	103,7	105,9	100,6	98,8	99,5	99,8	100,5	100,1	99,9
Neubauten und neue Maschinen	1991 = 100	111,8	112,7	113,4	114,3	114,4	114,4	114,4	114,4	114,8
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1991 = 100	91,1	92,5	87,1	84,0	85,4	84,4	84,0	84,1 p	83,0 p
Pflanzliche Produkte	1991 = 100	86,0	84,3	82,9	88,3	86,5	82,7	80,6	79,3	78,7
Tierische Produkte	1991 = 100	93,8	96,7	89,2	81,9	84,9	85,2	85,8	86,5 p	85,1 p
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	1995 = 100	89,2	95,1	102,0	106,4	104,0	102,8	103,3	101,9	101,1
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1995 = 100	98,8	99,9	99,5	98,3	98,4	98,7	98,8	98,9	99,1
ohne Mineralerzeugnisse	1995 = 100	98,5	99,6	99,5	98,0	98,0	98,1	98,1	98,0	98,2
ohne Energie und Wasser	1995 = 100	99,5	100,2	100,0	99,1	99,2	99,7	99,9	100,1	100,4
darunter:										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	96,6	98,1	96,6	94,6	94,7	95,2	95,4	95,6	95,9
Energieproduzenten	1995 = 100	94,2	97,8	94,4	92,3	92,7	93,5	93,9	93,9	94,0
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	1995 = 100	98,0	98,2	97,9	96,0	95,9	96,2	96,3	96,6	97,0
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,1	101,8	102,7	103,0	103,0	103,0	103,0	103,0	103,1
Konsumgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	102,0	102,4	101,4	101,6	101,6	101,6	101,6	101,7
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	101,4	101,7	102,2	102,1	102,3	102,3	102,3	102,3
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	102,1	102,5	101,3	101,5	101,5	101,5	101,4	101,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	74,4	78,3	75,8	73,6	73,7	73,9	73,8	73,9	74,6
Kohle und Torf ²⁾	1995 = 100	59,9	63,2	61,1	58,5	58,6	59,0	58,6	58,7	58,4
Erdöl und Erdgas	1995 = 100	106,1	125,6	118,5	114,0	114,4	114,3	115,9	116,9	125,0
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1995 = 100	99,9	99,4	97,7	97,3	97,4	97,2	97,2	97,1	97,5
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1995 = 100	100,1	100,8	100,6	99,8	99,9	100,4	100,6	100,9	101,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1995 = 100	101,0	103,0	102,6	99,7	99,9	99,9	99,8	99,8	99,7
Tabakerzeugnisse	1995 = 100	100,8	103,4	104,6	105,7	105,5	105,9	105,9	105,7	107,3
Textilien	1995 = 100	99,5	100,2	100,2	99,2	99,2	99,2	99,2	99,1	99,0
Bekleidung	1995 = 100	100,4	100,7	101,5	101,7	101,6	101,7	101,8	102,1	102,0
Leder und Lederwaren	1995 = 100	101,5	102,4	102,7	102,4	102,4	102,4	102,4	102,4	102,5
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	1995 = 100	97,0	97,8	98,8	97,7	97,5	97,3	97,2	97,3	97,1
Papier	1995 = 100	94,1	91,9	93,3	91,3	91,2	91,4	91,7	92,7	93,3
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielt Ton-, Bild- und Datenträger	1995 = 100	102,4	102,0	102,0	101,7	101,9	102,0	101,9	101,7	102,0
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse	1995 = 100	107,5	110,4	100,3	105,2	107,5	113,0	116,5	120,7	121,2
Chemische Erzeugnisse	1995 = 100	96,6	97,6	97,0	94,8	94,7	95,3	95,3	95,5	96,6
Gummi- und Kunststoffwaren	1995 = 100	99,2	98,7	98,5 r	97,6	97,5	97,7	97,9	98,1	98,5
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	1995 = 100	99,4	98,9	98,2	97,9	97,9	97,9	97,9	98,0	97,8
Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse	1995 = 100	95,0	96,6	98,0	92,0	92,0	92,9	93,1	94,2	94,7
Metallerzeugnisse	1995 = 100	100,9	101,1	101,8	101,9	102,1	102,3	102,6	102,8	102,7
Maschinen	1995 = 100	101,6	102,6 r	103,3	104,1	104,1	104,2	104,2	104,2	104,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräte und -einrichtungen	1995 = 100	96,5	92,5	87,8	82,5	81,8	80,5	79,8	79,5	79,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a	1995 = 100	100,5	99,7	99,7	99,8	99,2	99,6	99,6	99,4	99,7
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	1995 = 100	99,1	98,5	97,7	94,8	94,6	94,6	94,4	93,7	93,5
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse, Uhren	1995 = 100	101,5	103,0	103,8	104,6	104,6	104,8	104,8	104,8	105,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	1995 = 100	100,9	101,6	102,6	103,1	103,2	103,4	103,7	103,7	103,6
Sonstige Fahrzeuge	1995 = 100	100,7	100,5	100,9	101,3	101,2	101,2	101,3	101,4	101,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	1995 = 100	101,8	102,7	104,0	105,4	105,4	105,5	105,6	105,7	105,7
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	1995 = 100	94,8	98,4	97,0	93,6	93,4	93,0	92,7	91,6	91,5
Energie ³⁾	1995 = 100	94,0	97,7	95,9	92,1	91,9	91,5	91,2	90,0	89,9
Wasser	1995 = 100	105,4	109,5	112,4	113,8	113,7	113,8	114,0	114,2	114,0

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepresentanten für Torf - 3) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Juli 99	Aug 99	Sept. 99	Okt. 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 1,8	- 3,6	- 0,1	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 2,1	- 5,0	- 0,5	+ 1,5	+ 2,9	+ 3,6	+ 0,3	+ 0,7	- 0,4	- 0,2
Neubauten und neue Maschinen	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,3
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	+ 1,5	- 5,8	- 4,3	- 3,1	- 2,0p	+ 0,4p	- 1,2	- 0,5	+ 0,1p	- 1,2p
Pflanzliche Produkte	- 2,0	- 1,5	- 5,6	- 4,7	- 6,5	- 4,5	- 4,4	- 2,5	- 1,6	- 0,8
Tierische Produkte	+ 3,1	- 7,8	- 3,7	- 2,3	+ 0,2p	+ 1,6p	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8p	- 1,6p
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	+ 6,6	+ 7,3	+ 4,4	+ 2,7	+ 1,8	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	- 1,4	- 0,8
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	+ 1,1	- 0,4	- 1,0	- 0,7	- 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
ohne Mineralerzeugnisse	+ 1,1	- 0,1	- 1,6	- 1,4	- 1,4	- 0,7	+ 0,1	± 0,0	- 0,1	+ 0,2
ohne Energie und Wasser	+ 0,7	- 0,2	- 0,4	± 0,0	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
darunter:										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,6	- 1,5	- 1,7	- 1,0	- 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Energieproduzenten	+ 3,8	- 3,5	- 1,1	- 0,1	- 0,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,4	± 0,0	+ 0,1
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	+ 0,2	- 0,3	- 1,9	- 1,5	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Konsumgüterproduzenten	+ 1,1	+ 0,4	- 1,0	- 0,8	- 0,8	- 0,5	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,2	+ 0,4	- 1,2	- 1,1	- 1,1	- 0,6	± 0,0	± 0,0	- 0,1	+ 0,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 5,2	- 3,2	- 1,5	- 1,3	- 1,3	+ 1,8	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,9
Kohle und Torf ²⁾	+ 5,5	- 3,3	- 2,3	- 2,5	- 2,3	- 0,7	+ 0,7	- 0,7	+ 0,2	- 0,5
Erdöl und Erdgas	+ 18,4	- 5,7	- 1,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 14,7	- 0,1	+ 1,4	+ 0,9	+ 6,9
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	- 0,5	- 1,7	- 0,1	- 0,4	- 0,8	+ 0,2	- 0,2	± 0,0	- 0,1	+ 0,4
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,7	- 0,2	- 0,4	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	+ 2,0	- 0,4	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 1,8	± 0,0	- 0,1	± 0,0	- 0,1
Tabakerzeugnisse	+ 2,2 r	+ 1,6 r	+ 0,8	+ 0,5	± 0,0	+ 1,4	+ 0,4	± 0,0	- 0,2	+ 1,5
Textilien	+ 0,7	± 0,0	- 1,1	- 1,0	- 0,9	- 0,8	± 0,0	± 0,0	- 0,1	- 0,1
Bekleidung	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1
Leder und Lederwaren	+ 0,9	+ 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	+ 0,8	+ 1,0	- 2,2	- 2,0	- 1,6	- 1,7	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2
Papier	- 2,3	+ 1,5	- 2,4	- 1,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	- 0,4	± 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,3
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse	+ 2,7	- 9,1	+ 13,0	+ 18,6	+ 22,3	+ 23,3	+ 5,1	+ 3,1	+ 3,6	+ 0,4
Chemische Erzeugnisse	+ 1,0	- 0,6	- 1,7	- 0,9	- 0,5	+ 0,8	+ 0,6	± 0,0	+ 0,2	+ 1,2
Gummi- und Kunststoffwaren	- 0,5	- 0,2	- 1,0	- 0,6	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	- 0,5	- 0,7	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	- 0,2
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	+ 1,7	+ 1,4	- 6,2	- 5,4	- 3,3	- 1,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,5
Metallerzeugnisse	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1
Maschinen	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 4,1	- 5,1	- 8,5	- 8,3	- 8,0	- 8,1	- 1,6	- 0,9	- 0,4	+ 0,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.	- 0,8	± 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0	- 0,2	+ 0,3
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	- 0,6	- 0,8	- 3,2	- 3,4	- 4,1	- 3,9	± 0,0	- 0,2	- 0,7	- 0,2
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	± 0,0	- 0,1
Sonstige Fahrzeuge	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	+ 3,8	- 1,4	- 4,5	- 4,6	- 5,8	- 4,0	- 0,4	- 0,3	- 1,2	- 0,1
Energie ³⁾	+ 3,9	- 1,8	- 5,0	- 5,1	- 6,3	- 4,5	- 0,4	- 0,3	- 1,3	- 0,1
Wasser	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Preisrepresentanten für Torf - 3) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Juni	Juli	Aug	Sept.	Okt.	Nov
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1995 = 100	99,8	99,1	98,7	.	.	98,4
Bürogebäude ²⁾	1995 = 100	100,1	99,6	98,9	.	.	98,6
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1995 = 100	100,3	99,8	99,3	.	.	98,8
Straßenbau ¹⁾	1995 = 100	98,3	96,6	95,7	.	.	95,5
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1995 = 100	99,4	98,0	97,4	.	.	96,7
Ortskanäle ¹⁾	1995 = 100	98,4	96,6	95,6	.	.	95,2
Kläranlagen ¹⁾	1995 = 100	100,0	99,3	99,3	.	.	99,4
Index der Großhandelsverkaufspreise²⁾	1991 = 100	103,1	105,6	103,4	102,4	102,4	102,7	103,1	103,0	103,7
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1991 = 100	102,8	108,7	106,7	104,4	102,4	102,2	101,5	101,2	102,6
Index der Einzelhandelspreise³⁾	1995 = 100	100,7	102,1	102,7	101,9	101,9	101,8	101,9	101,9	102,0
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	1995 = 100	100,5	101,5	102,3	101,9	101,5	101,0	100,8	100,8	100,9
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1995 = 100	100,9	102,8	104,0	103,6	103,3	102,8	102,6	103,1	103,2
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁴⁾	1995 = 100	99,5	110,3	113,2	99,8	99,8	99,7	99,7	99,7	99,6
Sonstiger Facheinzelhandel	1995 = 100	100,5	100,7	101,1	101,3	101,2	101,2	101,3	101,4	101,5
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	1995 = 100	103,4	104,3	101,4	103,5	105,3	105,7	107,2	107,4	108,2
Einzelhandel mit Kraftwagen	1995 = 100	101,0	100,8	102,1	102,7	102,7	103,4	103,2	103,3	103,1
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1995 = 100	100,6	100,5	101,0	101,5	101,5	101,5	101,5	101,8	101,8
Einzelhandel mit Krafttracern, Teilen und Zubehör Tankstellen	1995 = 100	100,7	100,8	101,5	101,9	101,9	101,9	102,0	102,2	102,4
Tankstellen	1995 = 100	102,0	103,2	102,1	104,2	105,1	106,0	106,6	107,2	107,2
Preisindex für die Lebenshaltung⁵⁾										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	101,4	103,3	104,3	104,9	105,4	105,3	105,1	105,0	105,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	100,6	102,0	103,0	102,6	101,7	100,7	100,2	99,9	100,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	100,8	102,7	104,7	105,5	105,5	105,5	105,5	107,4	107,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	100,7	101,1	101,5	101,8	101,6	101,5	101,9	102,0	102,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	102,4	105,1	106,0	107,5	107,8	107,9	108,0	107,9	108,0
Einrichtungsgegenstände u.ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	100,7	101,1	101,8	102,2	102,2	102,1	102,1	102,1	102,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	101,5	108,7	114,4	110,6	110,6	110,7	110,7	110,7	110,8
Verkehr	1995 = 100	102,4	104,3	104,7	107,4	108,2	109,2	109,3	109,8	109,5
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	100,9	97,9	97,3	87,6	87,6	87,5	87,5	87,4	87,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	100,4	102,5	103,1	102,6	105,5	104,8	103,5	102,0	103,4
Bildungswesen	1995 = 100	103,7	107,8	112,9	117,2	117,4	117,3	117,8	117,8	118,5
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	1995 = 100	101,1	102,1	103,6	105,4	107,2	107,7	105,2	105,1	105,1
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	100,5	102,3	102,8	104,5	104,5	104,5	104,5	104,8	105,1
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte⁵⁾	1995 = 100	101,3	103,2	104,1	104,8	105,3	105,3	105,0	104,9	105,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte⁵⁾	1995 = 100	101,9	104,2	105,3	105,7	106,1	105,9	105,8	105,7	105,8
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	1995 = 100	100,4	104,0	100,7	99,3	100,2	100,7	101,7	102,1	..
dar.: Güter aus EU-Ländern	1995 = 100	100,4	102,4	100,1	98,4	99,0	99,5	100,4	100,7	..
Güter aus Drittländern	1995 = 100	100,3	105,8	101,5	100,5	101,7	102,2	103,4	103,6	...
Index der Ausfuhrpreise	1995 = 100	100,0	101,5	101,4	100,7	100,9	101,0	101,3	101,5	..
dar.: Güter für EU-Länder	1995 = 100	99,8	101,3	101,3	100,1	100,4	100,5	100,8	101,1	...
Güter für Drittländer	1995 = 100	100,4	101,8	101,7	101,5	101,6	101,6	101,9	102,0	...

1) Einsch. Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - 4) In Verkaufsräumen - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Nov. 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Nov. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	- 0,7	- 0,4	- 0,5	.	.	.	+ 0,1 ^{a)}
Bürogebäude ²⁾	- 0,5	- 0,7	- 0,3	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	- 0,5	- 0,5	- 0,5	.	.	.	+ 0,3 ^{a)}
Straßenbau ¹⁾	- 1,7	- 0,9	- 0,3	.	.	.	+ 0,3 ^{a)}
Brücken im Straßenbau ¹⁾	- 1,4	- 0,6	- 0,9	.	.	.	+ 0,3 ^{a)}
Ortskanäle ¹⁾	- 1,8	- 1,0	- 0,5	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}
Klaranlagen ¹⁾	- 0,7	± 0,0	- 0,1	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}
Index der Großhandelsverkaufspreise²⁾	+ 2,4	- 2,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,2	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 0,7
dar: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 5,7	- 1,8	- 2,8	- 2,0	- 0,9	+ 1,0	- 0,2	- 0,7	- 0,3	+ 1,4
Index der Einzelhandelspreise³⁾	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	+ 1,0	+ 0,8	- 1,2	- 1,2	- 1,0	- 1,0	- 0,5	- 0,2	± 0,0	+ 0,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 1,9	+ 1,2	- 1,2	- 1,2	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,2	+ 0,5	+ 0,1
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁴⁾	+ 10,9	+ 2,6	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	- 0,1	- 0,1	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Sonstiger Facheinzelhandel	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	+ 0,9	- 2,8	+ 5,2	+ 6,5	+ 6,7	+ 7,7	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,7
Einzelhandel mit Kraftwagen	- 0,2	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,2
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	- 0,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,3	± 0,0
Einzelhandel mit Kraftträdern, Teilen und Zubehör	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Tankstellen	+ 1,2	- 1,1	+ 3,6	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	± 0,0
Preisindex für die Lebenshaltung⁵⁾										
aller privaten Haushalte	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,4	+ 1,0	- 1,9	- 1,9	- 1,7	- 1,9	- 1,0	- 0,5	- 0,3	+ 0,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 1,9	+ 1,9	- 0,1	- 0,1	+ 1,7	+ 1,7	± 0,0	± 0,0	+ 1,8	+ 0,1
Bekleidung und Schuhe	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1
Einrichtungsgegenstände u. ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Gesundheitspflege	+ 7,1	+ 5,2	- 3,1	- 3,1	- 3,2	- 3,3	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Verkehr	+ 1,9	+ 0,4	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,5	- 0,3
Nachrichtenübermittlung	- 3,0	- 0,6	- 10,4	- 9,9	- 9,3	- 9,4	- 0,1	± 0,0	- 0,1	- 0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 2,1	+ 0,6	± 0,0	- 0,2	- 0,6	+ 0,6	- 0,7	- 1,2	- 1,4	+ 1,4
Bildungswesen	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,1	- 0,1	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,0	+ 0,5	- 2,3	- 0,1	± 0,0
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	± 0,0	± 0,0	+ 0,3	+ 0,3
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte⁵⁾	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	± 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte⁵⁾	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,1
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	+ 3,6	- 3,2	+ 0,8	+ 2,7	+ 4,2	.	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,4	...
dar. Güter aus EU-Ländern	+ 2,0	- 2,2	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,4	.	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	...
Güter aus Drittländern	+ 5,5	- 4,1	+ 1,3	+ 4,1	+ 6,0	.	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,2	.
Index der Ausfuhrpreise	+ 1,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	+ 0,8	...	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	...
dar. Güter für EU-Länder	+ 1,5	± 0,0	- 0,7	- 0,2	+ 0,6	...	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	.
Güter für Drittländer	+ 1,4	- 0,1	± 0,0	+ 0,7	+ 1,1	...	± 0,0	+ 0,3	+ 0,1	...

1) Einschl. Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). - 4) In Verkaufsräumen - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98
a) August 1999 gegenüber Mai 1999

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998	1999 ¹⁾	1999 ¹⁾			
					4. Vj	1. Vj	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	82 012	82 057	82 037	82 037	82 015	82 112 s	82 136 s	82 185 s	82 230 s
dar.: Ausländer/-innen ²⁾	1 000	7 314	7 366	7 320	7 320	7 312	7 337	7 333	7 334	7 343
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	427 297	422 776	417 420	99 526	51 253	47 313	46 897	67 005	..
Ehescheidungen	Anzahl	175 550	187 802	192 416
Lebendgeborene	Anzahl	796 013	812 173	785 034	187 212	178 408	68 604	68 635	69 677	..
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	106 229	107 182	100 057	23 030	21 453
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	135 700	145 833	157 117	39 782	38 055
Gestorbene ³⁾	Anzahl	882 843	860 389	852 382	218 692	233 839	64 950	66 916	64 273	..
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	13 394	13 678	13 758	3 340	3 484
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	3 962	3 951	3 666	905	882
Totgeborene ⁴⁾	Anzahl	3 573	3 510	3 190	759	722	224	270	232	..
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 86 830	- 48 216	- 67 348	- 31 480	- 55 431	+ 3 654	+ 1 719	+ 5 404	..
Deutsche	Anzahl	- 179 665	- 141 720	- 153 647	- 51 170	- 73 400
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 92 835	+ 93 504	+ 86 299	+ 19 690	+ 17 969
Wanderungen ⁵⁾										
Zuzüge	Anzahl	959 691	840 633	802 456	214 557	180 194
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	707 954	615 298	605 500	161 595	139 360
Fortzüge	Anzahl	677 494	746 969	755 358	182 913	147 208
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	559 064	637 066	638 955	150 415	121 641
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 282 197	+ 93 664	+ 47 098	+ 31 644	+ 32 986
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+ 148 890	- 21 768	- 33 455	+ 11 180	+ 17 719
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer/-innen ²⁾	% der Bevölkerung	8,9	9,0	8,9	8,9	8,9	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,2	5,2	5,1	4,8	..	6,8 ⁷⁾	6,7 ⁷⁾	9,9 ⁷⁾	..
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	21,4	22,9	23,5
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	9,7	9,9	9,6	9,1	..	9,9 ⁷⁾	9,9 ⁷⁾	10,3 ⁷⁾	..
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	14,5	14,6	13,7	12,5	11,9
	% aller Lebendgeb.	13,3	13,2	12,7	12,3	12,0
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁶⁾		1 316	1 369	..	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	17,0	18,0	20,0	21,2	21,3
Gestorbene ³⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	10,8	10,5	10,4	10,6	..	9,3 ⁷⁾	9,6 ⁷⁾	9,5 ⁷⁾	..
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	1,8	1,9	1,9	1,8	1,9
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Wanderungen ⁵⁾										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,8	73,2	75,5	75,3	77,3
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	82,5	85,3	84,6	82,2	82,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1 s	+ 0,2 s	+ 0,2 s	+ 0,2 s
dar.: Ausländer/-innen ²⁾	%	+ 2,0	+ 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,8	- 1,1	- 1,3	+ 3,3	+ 0,6	- 5,8	- 11,4	+ 56,1	..
Ehescheidungen	%	+ 3,6	+ 7,0	+ 2,5
Lebendgeborene	%	+ 4,0	+ 2,0	- 3,3	- 1,6	- 2,4	- 2,2	- 0,1	- 2,1	..
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 6,5	+ 0,9	- 6,6	- 5,7	- 6,8
Gestorbene ³⁾	%	- 0,2	- 2,5	- 0,9	+ 0,2	+ 6,4	- 4,5	+ 1,5	- 3,8	..
Wanderungen ⁵⁾										
Zuzüge	%	- 12,4	- 12,4	- 4,5	+ 11,9	+ 4,9
dar.: Ausländer/-innen	%	- 10,7	- 13,1	- 1,6	+ 13,9	+ 5,2
Fortzüge	%	- 3,0	+ 10,3	+ 1,1	- 5,5	- 16,5
dar.: Ausländer/-innen	%	- 1,5	+ 14,0	+ 0,3	- 8,7	- 19,3

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters. - 3) Ohne Totgeborene - 4) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm) - 5) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 6) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 7) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998	1999 ¹⁾	1999			
					4. Vj	1. Vj	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	66 583	66 688	66 747	66 747	66 747
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	373 245	369 396	362 548	88 988	45 055	36 059	40 024	39 428	55 687
Ehescheidungen	Anzahl	152 798 ⁶⁾	161 265 ⁶⁾	163 386 ⁶⁾
Lebendgeborene	Anzahl	702 688	711 915	682 172	162 187	153 710	57 347	59 113	59 230	60 252
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	103 402	104 323	97 419	22 393	20 865
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	96 140	101 615	108 620	27 562	25 742
Gestorbene ²⁾	Anzahl	708 332	692 844	688 118	176 260	189 867	52 674	52 205	54 352	51 860
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	12 967	13 247	13 333	3 231	3 391
Gestorbene im 1 Lebensjahr	Anzahl	3 463	3 466	3 175	778	764
Totgeborene ³⁾	Anzahl	3 100	3 047	2 689	642	612	207	195	232	192
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) . . .	Anzahl	- 5 644	+ 19 071	- 5 946	- 14 073	- 36 157	+ 4 673	+ 6 908	+ 4 878	+ 8 392
Deutsche	Anzahl	- 96 079	- 72 005	- 90 032	- 33 235	- 53 631
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 90 435	+ 91 076	+ 84 086	+ 19 162	+ 17 474
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	Anzahl	828 326	737 404	715 654	190 755	160 853	73 266
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	611 205	537 218	538 008	142 939	124 047	59 827
Fortzüge	Anzahl	595 247	662 009	681 180	158 977	133 961	45 004
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	491 165	564 214	578 525	133 142	109 972	36 743
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+233 079	+ 75 395	+ 34 474	+ 31 778	+ 26 892	+ 28 262
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	+120 040	- 26 996	- 40 517	+ 9 797	+ 14 075	+ 23 084
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,6	5,5	5,4	5,3	...	6,6 ⁷⁾	7,1 ⁷⁾	7,0 ⁷⁾	10,2 ⁷⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	22,5 ⁶⁾	23,7 ⁶⁾	24,5 ⁶⁾
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	10,5	10,7	10,2	9,6	...	10,5 ⁷⁾	10,4 ⁷⁾	10,5 ⁷⁾	11,0 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Lebendgeb.	14,7	14,7	14,3	13,8	13,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾		1 396	1 441	.	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	13,7	14,3	15,9	17,0	16,7
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	10,6	10,4	10,3	10,5	...	9,6 ⁷⁾	9,2 ⁷⁾	9,6 ⁷⁾	9,5 ⁷⁾
Gestorbene im 1 Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Zuzüge	73,8	72,9	75,2	74,9	77,1	81,7
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Fortzüge	82,5	85,2	84,9	83,7	82,1	81,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,8	- 1,0	- 1,9	+ 2,7	- 0,2	+ 1,0	- 7,4	- 10,6	+ 49,3
Ehescheidungen	%	+ 4,7 ⁶⁾	+ 5,5 ⁶⁾	+ 1,3 ⁶⁾
Lebendgeborene	%	+ 3,1	+ 1,3	- 4,2	- 2,4	- 3,2	+ 0,5	- 3,1	- 0,5	- 2,6
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	+ 6,4	+ 0,9	- 6,6	- 6,0	- 7,1
Gestorbene ²⁾	%	+ 0,3	- 2,2	- 0,7	+ 0,2	+ 6,4	- 6,1	- 4,1	+ 2,5	- 3,9
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	%	- 16,8	- 11,0	- 2,9	+ 12,5	+ 5,6	+ 18,4
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	- 11,9	- 12,1	+ 0,1	+ 14,5	+ 5,8	+ 27,8
Fortzüge	%	- 5,6	+ 11,2	+ 2,9	- 6,3	- 16,1	- 15,1
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	- 3,8	+ 14,9	+ 2,5	- 8,4	- 19,0	- 18,4

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm). - 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost. - 7) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998	1999 ¹⁾	1999			
					4. Vj	1. Vj	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	15 429	15 369	15 290	15 290	15 267
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	54 052	53 380	54 872	10 538	6 198	6 208	7 289	7 469	11 318
Ehescheidungen	Anzahl	22 752 ⁶⁾	26 537 ⁶⁾	29 030 ⁶⁾
Lebendgeborene	Anzahl	93 325	100 258	102 862	25 025	24 698	9 039	9 491	9 405	9 425
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	2 827	2 859	2 638	637	588
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	39 560	44 218	48 497	12 220	12 313
Gestorbene ²⁾	Anzahl	174 511	167 545	164 264	42 432	43 972	12 685	12 745	12 564	12 413
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	427	431	425	109	93
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	499	485	491	127	118
Totgeborene ³⁾	Anzahl	473	463	501	117	110	45	29	38	40
Überschuß der Geborenen (+) bzw Gestorbenen (-)	Anzahl	- 81 186	- 67 287	- 61 402	- 17 407	- 19 274	- 3 646	- 3 254	- 3 159	- 2 988
Deutsche	Anzahl	- 83 586	- 69 715	- 63 615	- 17 935	- 19 769
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 2 400	+ 2 428	+ 2 213	+ 528	+ 495
Wanderungen ⁴⁾										
Zuzüge	Anzahl	131 365	103 229	86 802	23 802	19 341	9 072
dar.: Ausländer	Anzahl	96 749	78 080	67 492	18 656	15 313	7 249
Fortzüge	Anzahl	82 247	84 960	74 178	23 936	13 247	6 182
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	67 899	72 852	60 430	17 273	11 669	3 788
Überschuß der Zu- (+) bzw Fortzüge (-)	Anzahl	+ 49 118	+ 18 269	+ 12 624	- 134	+ 6 094	+ 2 890
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+ 28 850	+ 5 228	+ 7 062	+ 1 383	+ 3 644	+ 3 461
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	3,5	3,5	3,6	2,7	...	4,9 ⁷⁾	5,6 ⁷⁾	5,7 ⁷⁾	9,0 ⁷⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	16,0 ⁶⁾	18,8 ⁶⁾	19,0 ⁶⁾
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	6,0	6,5	6,7	6,5	.	7,2 ⁷⁾	7,3 ⁷⁾	7,2 ⁷⁾	7,5 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	% aller Lebendgeb.	3,0	2,9	2,6	2,5	2,4
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾		948	1 039	..	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	42,4	44,1	47,1	48,8	49,9
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	11,3	10,9	10,7	11,0	..	10,1 ⁷⁾	9,8 ⁷⁾	9,7 ⁷⁾	9,9 ⁷⁾
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Wanderungen ⁴⁾										
Zuzüge dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,6	75,6	77,8	78,4	79,2	79,9
Fortzüge dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	82,6	85,7	81,5	72,2	88,1	61,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,2	- 1,2	+ 2,8	+ 8,4	+ 6,8	+ 6,3	+ 3,7	- 15,3	+ 101,0
Ehescheidungen	%	+ 5,9 ⁶⁾	+ 16,6 ⁶⁾	+ 9,4 ⁶⁾
Lebendgeborene	%	+ 11,3	+ 7,4	+ 2,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 8,7	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,7
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 12,7	+ 1,1	- 7,7	+ 4,9	+ 5,6
Gestorbene ²⁾	%	- 2,0	- 4,0	- 2,0	- 0,0	+ 6,0	- 4,5	- 5,7	- 2,8	- 3,5
Wanderungen ⁴⁾										
Zuzüge	%	+ 0,5	- 21,4	- 15,9	+ 7,6	- 1,0	+ 11,2
dar.: Ausländer/-innen	%	- 2,3	- 19,3	- 13,6	+ 9,5	+ 0,9	+ 18,3
Fortzüge	%	+ 22,0	+ 3,3	- 12,7	+ 0,4	- 20,3	- 19,9
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 18,9	+ 7,3	- 17,1	- 10,8	- 21,9	- 27,8

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1 4 1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 g). - 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Neue Länder ohne Berlin-Ost - 7) Bevölkerung geschätzt

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts¹⁾

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1995	1996	1997	1998	1998	1999		
					4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj
in jeweiligen Preisen								
Mrd. DM								
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung insgesamt	3 313,7	3 374,2	3 449,9	3 553,7	926,9	859,9	891,9	916,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,2	44,1	44,3	43,9	10,5	10,3	11,0	10,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	837,8	842,3	861,6	903,4	237,7	214,3	223,6	225,5
Baugewerbe	223,0	213,0	204,8	193,4	47,0	42,0	48,9	51,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	585,8	584,8	602,9	622,2	160,8	148,2	155,1	160,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	911,4	958,6	994,8	1 035,0	265,9	261,9	266,4	275,0
Öffentliche und private Dienstleister	713,6	731,4	741,5	755,9	205,1	183,2	187,0	193,0
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts								
Konsum	2 699,4	2 772,9	2 821,0	2 894,1	771,9	709,0	730,0	741,3
Konsumausgaben der privaten Haushalte	1 945,6	1 994,7	2 043,8	2 109,1	554,1	518,0	536,8	541,6
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	56,0	60,8	63,0	65,6	17,6	16,5	17,3	17,1
Konsumausgaben des Staates	697,8	717,5	714,2	719,4	200,3	174,5	175,9	182,5
Bruttoanlageinvestitionen	790,6	779,4	785,0	797,2	209,0	176,5	209,2	210,2
Ausrüstungen	253,9	258,5	270,0	297,0	86,3	69,4	78,1	74,9
Bauten	506,0	488,0	479,8	460,7	112,1	97,0	120,8	124,4
Sonstige Anlagen	30,6	32,9	35,2	39,5	10,6	10,2	10,4	10,9
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	8,1	- 5,6	7,1	29,6	- 17,6	25,9	4,4	21,3
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	25,0	39,3	53,6	63,3	20,2	11,2	12,4	8,4
Exporte	862,3	908,8	1 020,9	1 092,1	278,6	259,2	279,0	281,7
Importe	837,4	869,5	967,3	1 028,9	258,4	248,0	266,5	273,2
Bruttoinlandsprodukt	3 523,0	3 586,0	3 666,6	3 784,2	983,5	922,6	956,0	981,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 3,9	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,7	+ 4,3	+ 0,6	- 1,0	- 4,6	- 4,3	- 4,6	- 4,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 1,9	+ 0,5	+ 2,3	+ 4,8	+ 3,2	- 1,3	+ 0,4	- 0,2
Baugewerbe	+ 0,3	- 4,5	- 3,9	- 5,6	- 5,5	- 5,6	- 0,9	- 2,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 4,6	- 0,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 5,7	+ 5,2	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,5	+ 5,5	+ 4,2	+ 3,7
Öffentliche und private Dienstleister	+ 4,8	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,9
Konsum	+ 4,1	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,5
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	+ 9,0	+ 8,6	+ 3,6	+ 4,2	+ 4,8	+ 4,7	+ 8,3	+ 5,0
Konsumausgaben des Staates	+ 4,3	+ 2,8	- 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 2,5	+ 1,8	+ 3,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,7	- 1,4	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,8
Exporte	+ 7,8	+ 5,4	+ 12,3	+ 7,0	+ 1,1	- 2,3	+ 0,5	+ 4,0
Importe	+ 6,4	+ 3,8	+ 11,2	+ 6,4	+ 1,7	- 1,4	+ 2,7	+ 5,3
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0
in Preisen von 1995								
Mrd. DM								
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung insgesamt	3 313,7	3 351,1	3 416,8	3 506,3	899,9	851,3	886,0	906,9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,2	45,2	45,0	46,5	11,4	11,3	12,2	11,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	837,8	828,5	848,7	883,1	233,2	209,9	219,8	221,0
Baugewerbe	223,0	215,4	211,4	200,6	48,8	43,2	51,4	53,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	585,8	588,8	603,1	623,4	160,7	151,3	158,3	163,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	911,4	954,6	989,6	1 030,1	264,1	257,1	264,1	272,8
Öffentliche und private Dienstleister	713,6	718,6	719,0	722,8	181,8	178,5	180,1	183,7
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts								
Konsum	2 699,4	2 730,1	2 736,9	2 786,7	727,9	686,3	700,4	705,0
Konsumausgaben der privaten Haushalte	1 945,6	1 958,4	1 972,1	2 017,2	530,4	494,4	509,7	512,2
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	56,0	58,9	60,2	61,6	16,4	15,2	15,4	15,5
Konsumausgaben des Staates	697,8	712,8	704,7	708,0	181,1	176,7	175,3	177,3
Bruttoanlageinvestitionen	790,6	782,0	785,7	796,7	209,1	177,3	210,2	211,5
Ausrüstungen	253,9	257,1	265,9	290,3	84,5	68,1	76,3	73,7
Bauten	506,0	491,5	484,4	465,7	113,5	98,5	122,9	126,5
Sonstige Anlagen	30,6	33,4	35,3	40,7	11,1	10,7	11,1	11,4
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	8,1	- 5,1	8,7	34,7	- 13,1	25,2	5,5	21,4
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	25,0	42,6	69,8	60,5	15,1	6,7	10,3	9,3
Exporte	862,3	906,4	1 005,3	1 075,6	275,5	258,0	276,8	278,8
Importe	837,4	863,8	935,6	1 015,0	260,5	251,3	266,5	269,5
Bruttoinlandsprodukt	3 523,0	3 549,6	3 601,1	3 678,6	939,0	895,5	926,4	947,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,1	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,6
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 4,8	+ 7,1	- 0,4	+ 3,2	+ 3,4	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 0,5	- 1,1	+ 2,4	+ 4,0	+ 2,5	- 1,0	+ 1,1	+ 0,3
Baugewerbe	- 2,4	- 3,4	- 1,9	- 5,1	- 6,2	+ 5,6	- 0,1	- 1,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 5,1	+ 4,7	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,8
Öffentliche und private Dienstleister	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1
Konsum	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	+ 5,3	+ 5,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,4
Konsumausgaben des Staates	+ 1,5	+ 2,1	- 1,1	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,3	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 1,1	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,7	+ 3,6	+ 1,4
Exporte	+ 5,7	+ 5,1	+ 10,9	+ 7,0	+ 2,3	- 1,1	+ 1,5	+ 4,6
Importe	+ 5,6	+ 3,2	+ 8,3	+ 8,5	+ 6,8	+ 2,9	+ 4,9	+ 5,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,2

1) Ab 1996 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand Dezember 1999)

Produzierendes Gewerbe

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
		güterproduzenten							
1996	99,7	98,0	101,3	103,2	98,2	97,1	97,4	101,6	95,3
1997	106,7	106,8	108,4	106,2	98,3	97,0	97,3	107,4	97,3
1998	111,2	108,8	116,3	113,5	97,8	97,4	99,2	104,3	98,7
1998 Mai	106,4	106,1	111,3	108,6	80,8	93,0	50,0	86,5	97,0
Juni	113,3	112,7	119,5	109,6	92,1	92,9	58,8	73,8	101,4
Juli	114,2	111,3	121,3	114,5	97,4	93,6	99,9	94,0	101,6
August	97,8	96,4	99,6	92,3	107,2	80,0	164,4	126,4	89,8
September	118,7	112,6	127,3	119,8	115,0	106,8	144,1	140,4	107,0
Oktober	112,4	109,6	116,6	122,3	94,8	103,6	74,0	112,0	107,0
November	109,0	107,1	112,7	121,6	84,7	99,2	58,3	79,1	101,0
Dezember	103,2	97,4	114,9	105,8	80,3	79,5	50,3	70,4	82,9
1999 Januar	100,8	100,2	101,6	108,9	88,3	85,3	77,3	83,0	88,1
Februar	105,8	100,8	109,5	113,7	109,0	93,9	164,3	106,5	87,6
März	122,9	119,9	123,8	133,5	121,9	109,0	152,3	164,5	106,0
April	110,0	108,1	114,4	115,8	92,2	92,8	70,0	100,8	100,1
Mai	104,3	103,7	107,9	110,4	81,9	83,5	48,9	73,9	99,3
Juni	117,4	114,4	126,9	120,7	85,5	89,1	52,4	73,1	107,0
Juli	112,1	112,2	115,5	112,3	94,5	82,6	91,1	86,6	100,9
August	109,6	105,8	115,6	106,5	109,8	79,0	158,2	115,3	99,5
September	123,7	119,0	132,1	125,1	111,6	100,5	130,7	138,5	110,0
Oktober	119,6	117,8	126,2	123,8	93,2	94,6	72,1	111,6	109,5

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	97,0	100,1	97,5	95,2	97,7	97,1	94,4	95,2	93,9
1997	100,9	97,7	105,6	106,9	102,7	101,5	95,0	110,1	104,5
1998	99,1	101,8	103,0	101,3	106,2	105,6	94,9	105,2	100,3
1998 Mai	96,0	95,6	101,6	101,6	105,3	105,6	96,0	104,4	100,1
Juni	101,4	99,2	109,5	105,8	110,4	110,1	102,4	116,5	101,8
Juli	102,9	99,3	105,3	102,1	114,2	114,5	103,8	104,8	99,5
August	91,7	93,6	92,0	89,5	96,6	96,8	87,5	88,3	83,9
September	97,0	107,2	102,2	95,8	112,1	111,2	102,6	99,0	89,5
Oktober	98,1	109,8	100,5	95,4	112,2	111,8	104,6	98,7	92,1
November	97,9	113,7	93,4	88,0	106,9	106,1	94,3	98,9	93,5
Dezember	90,9	109,9	91,6	90,0	89,3	88,4	73,8	82,7	80,9
1999 Januar	93,8	95,3	96,6	93,0	96,4	95,8	83,7	93,6	79,6
Februar	96,3	96,8	97,0	94,0	97,2	95,2	77,8	91,8	84,7
März	111,2	112,5	111,2	105,4	114,0	112,7	101,9	108,9	104,4
April	99,2	102,5	103,4	98,8	107,2	106,8	96,4	95,9	85,6
Mai	95,4	100,9	99,2	96,0	102,1	102,8	93,9	92,4	83,3
Juni	104,0	106,8	106,7	107,6	113,0	113,1	105,8	103,9	96,6
Juli	103,4	103,2	104,4	102,9	111,3	111,6	103,4	102,0	93,6
August	102,9	103,0	97,2	94,9	105,4	105,8	97,3	95,4	90,4
September	107,7	112,5	106,8	105,7	118,0	117,2	112,9	106,6	92,6
Oktober	106,2	116,1	108,5	112,6	117,1	116,8	107,8	108,1	95,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

1) Auftragszugang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾
Deutschland
1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Buro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	96,9	94,7	97,8	94,7	100,4	92,3	103,6	109,4
1997	99,9	92,1	106,5	105,3	105,5	101,4	118,7	113,7
1998	106,3	96,0	109,9	108,2	115,1	115,3	125,5	113,2
1998	102,3	98,1	104,4	102,4	111,7	118,0	114,1	119,8
Juni	113,6	107,0	121,0	130,4	108,4	125,9	125,9	104,0
Juli	110,5	104,7	111,7	107,1	111,9	120,9	142,5	116,9
August	106,0	98,0	94,9	103,0	96,0	105,8	107,3	102,3
September	110,4	98,2	110,3	107,8	122,9	115,4	119,7	153,7
Oktober	110,9	98,5	103,1	94,0	109,5	113,2	122,2	102,1
November	108,8	99,4	105,3	108,6	105,6	115,4	120,7	100,8
Dezember	91,9	84,3	112,6	103,0	138,0	115,4	146,0	96,2
1999	97,8	83,1	97,4	97,3	96,2	106,7	114,5	92,7
Februar	96,9	86,9	97,7	107,5	95,6	89,3	113,4	107,1
März	112,6	106,4	113,8	112,0	118,9	117,7	136,3	113,5
April	103,7	101,8	103,0	104,2	102,8	117,3	122,2	87,9
Mai	102,5	99,8	98,1	95,7	105,2	98,3	119,3	95,5
Juni	112,2	110,0	112,2	109,5	127,1	117,5	129,4	91,4
Juli	108,6	109,8	104,1	98,8	106,5	102,0	131,9	94,9
August	102,0	102,3	96,9	98,7	98,5	94,0	119,3	89,2
September	121,9	103,9	113,2	112,3	123,7	103,2	133,8	109,9
Oktober	110,7	102,3	105,3	96,8	111,9	107,5	131,7	135,8

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u a			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbelen
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,7	99,2	100,7	106,8	137,0	107,2	109,1	111,3	81,8	100,2
1997	105,1	107,3	104,9	109,2	123,4	109,6	120,5	122,3	98,2	97,9
1998	107,3	111,9	103,7	116,8	130,9	111,8	135,3	136,2	127,8	101,3
1998	100,4	107,3	92,6	108,8	113,2	103,8	129,0	128,4	131,1	94,1
Juni	105,8	111,9	100,6	117,5	139,3	118,1	131,4	129,1	102,9	98,8
Juli	110,2	116,4	103,1	111,0	125,5	124,6	141,1	143,3	135,2	96,4
August	92,9	95,5	89,6	106,6	123,9	94,4	111,4	109,9	74,8	87,6
September	119,5	125,3	124,5	134,3	148,9	115,2	141,5	140,8	215,3	107,3
Oktober	105,4	107,2	99,2	113,8	129,9	111,5	146,0	147,4	144,9	111,9
November	109,1	110,9	106,7	132,9	140,4	111,2	142,5	146,6	79,5	110,1
Dezember	103,5	105,9	109,9	133,1	170,8	112,8	133,0	130,9	107,3	86,3
1999	98,4	101,6	101,4	113,5	120,8	106,8	130,7	131,9	58,4	98,2
Februar	103,8	101,2	112,8	120,8	162,3	105,6	138,2	140,7	104,2	100,5
März	125,8	137,7	121,6	142,7	179,1	125,9	163,2	165,4	94,3	114,2
April	103,0	104,1	99,2	129,7	158,0	107,3	147,7	148,5	114,2	99,8
Mai	107,2	106,4	100,3	129,1	179,2	107,5	139,0	140,6	57,5	92,4
Juni	114,2	121,1	103,9	164,5	229,3	128,8	149,8	152,3	135,0	102,2
Juli	114,6	115,9	110,5	156,4	208,3	121,4	145,6	145,1	65,9	91,1
August	115,1	106,5	123,5	158,4	220,9	107,9	136,0	137,3	129,3	93,3
September	121,2	116,3	116,6	191,2	252,4	124,0	152,3	152,2	153,4	109,3
Oktober	114,1	111,3	110,5	173,7	233,8	119,3	153,8	151,4	143,9	111,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Früheres Bundesgebiet

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1996	99,9	97,7	102,5	103,1	97,9	96,6	97,5	102,1	93,6
1997	106,7	106,0	109,7	105,9	97,8	95,9	97,4	107,9	94,6
1998	110,4	107,4	116,6	112,2	97,2	95,5	99,6	104,2	94,2
1998 Mai	105,8	104,8	111,8	108,1	79,9	91,3	49,7	85,9	93,1
1998 Juni	112,5	111,1	120,2	108,1	91,0	90,9	58,9	72,6	96,5
1998 Juli	113,7	109,7	122,8	113,1	96,7	92,1	100,6	93,5	96,2
1998 August	96,5	95,0	98,3	90,6	107,2	78,8	165,9	126,9	84,6
1998 September	118,1	110,5	129,1	118,0	114,8	104,0	145,2	141,0	101,2
1998 Oktober	110,6	108,0	114,6	120,2	94,0	101,3	73,7	112,8	101,9
1998 November	108,0	105,6	112,8	119,7	83,5	96,2	57,4	78,8	95,7
1998 Dezember	102,0	96,2	113,9	104,2	79,2	77,3	49,9	69,1	78,9
1999 Januar	99,7	98,7	101,3	107,2	87,9	82,9	77,7	83,1	82,4
1999 Februar	105,3	99,3	110,6	112,6	108,7	91,5	166,3	107,4	82,3
1999 März	122,1	118,3	124,1	132,6	121,5	105,9	153,4	166,7	100,5
1999 April	109,3	106,5	115,3	114,3	91,7	90,3	70,1	101,5	94,8
1999 Mai	103,6	102,0	108,9	109,2	81,1	80,8	48,6	73,5	93,8
1999 Juni	116,1	112,3	126,9	119,0	84,4	86,5	52,3	71,9	100,6
1999 Juli	111,1	110,1	116,1	111,1	93,8	80,2	91,4	86,7	94,5
1999 August	108,5	103,1	116,4	106,0	109,7	77,3	159,7	116,7	93,0
1999 September	122,9	117,0	133,4	123,3	111,0	97,1	131,5	139,8	103,4
1999 Oktober	118,5	115,6	126,8	121,6	92,3	91,1	72,1	112,1	102,8

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	96,5	100,1	97,4	95,6	97,2	96,4	93,0	94,7	93,6
1997	100,2	96,9	105,2	107,0	101,7	100,3	91,8	109,7	104,2
1998	97,5	100,6	102,5	101,1	104,8	104,3	90,6	104,1	100,0
1998 Mai	94,8	94,7	101,2	101,8	104,0	104,0	91,8	103,2	100,0
1998 Juni	99,5	98,0	109,1	105,7	108,7	108,3	96,8	115,8	101,8
1998 Juli	100,9	98,0	104,9	102,2	112,4	112,6	97,7	103,3	99,0
1998 August	90,3	92,0	91,9	90,2	95,0	95,3	82,0	87,3	84,5
1998 September	95,6	105,6	101,9	95,8	109,6	108,7	97,0	97,2	88,8
1998 Oktober	96,5	108,4	100,2	95,7	110,3	109,8	99,4	97,0	90,9
1998 November	96,5	112,2	92,8	87,8	105,7	104,8	89,9	97,6	92,7
1998 Dezember	88,7	109,1	90,5	88,8	88,6	87,8	70,7	81,5	80,8
1999 Januar	92,0	94,2	95,8	91,6	95,6	95,4	80,1	91,9	79,4
1999 Februar	95,4	95,5	95,9	92,5	96,1	94,2	74,6	90,7	84,9
1999 März	109,6	110,6	110,3	103,7	112,6	111,3	97,2	107,4	104,7
1999 April	97,6	100,8	103,0	98,7	105,4	104,9	91,1	94,4	85,2
1999 Mai	93,8	99,2	98,4	94,8	100,3	100,9	88,9	90,7	82,9
1999 Juni	101,7	105,3	105,7	106,7	110,5	110,5	99,6	101,5	95,1
1999 Juli	101,6	100,9	103,6	102,2	108,8	109,0	97,4	100,2	93,6
1999 August	100,9	101,2	96,8	95,5	102,9	103,2	91,0	93,7	90,3
1999 September	106,3	110,6	105,8	105,1	115,3	114,3	105,7	104,7	92,2
1999 Oktober	105,1	114,0	107,4	111,7	114,6	114,0	101,5	105,5	94,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾

Früheres Bundesgebiet

1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter			Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen		
1996	96,5	93,1	98,2	94,6	100,5	93,1	103,6	107,8
1997	99,1	90,3	106,8	105,4	105,2	101,3	118,6	109,2
1998	104,9	92,1	110,2	108,2	114,4	115,8	124,5	104,7
1998 Mai	100,8	94,9	104,6	102,1	110,8	118,7	113,1	108,6
1998 Juni	110,5	99,4	121,7	130,5	109,0	123,7	126,1	98,0
1998 Juli	109,0	101,2	111,8	106,9	111,2	122,0	140,8	112,8
1998 August	104,4	92,1	94,3	103,2	95,2	107,2	102,5	98,3
1998 September	109,3	94,5	110,5	107,6	123,5	118,5	118,8	143,8
1998 Oktober	110,0	96,2	103,1	93,6	107,6	115,0	121,3	85,4
1998 November	107,7	95,2	105,4	107,9	104,2	116,2	121,2	85,4
1998 Dezember	90,5	80,1	113,1	103,3	138,0	115,0	147,0	85,9
1999 Januar	96,1	79,5	97,3	96,6	93,7	108,0	114,1	80,9
1999 Februar	95,6	84,3	97,8	107,6	95,5	88,4	112,5	96,5
1999 März	110,6	100,7	113,7	112,0	119,1	117,6	134,3	99,1
1999 April	102,2	98,1	103,1	104,0	101,2	118,1	121,7	82,4
1999 Mai	100,7	95,5	98,1	95,2	103,4	98,5	119,1	86,0
1999 Juni	110,0	104,9	112,6	109,7	126,6	118,2	127,3	85,1
1999 Juli	106,9	107,4	103,7	98,1	104,9	102,0	127,0	88,2
1999 August	99,8	98,8	96,3	98,7	96,6	92,9	117,1	80,3
1999 September	120,6	99,0	113,1	112,2	122,7	102,7	130,5	101,6
1999 Oktober	108,6	98,4	105,1	96,3	109,5	107,0	131,0	127,2

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.a.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraft- wagen- und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,9	99,6	100,7	106,4	136,4	106,5	109,4	111,7	91,9	99,7
1997	105,5	109,7	103,7	107,1	122,4	108,5	120,7	122,5	112,0	97,3
1998	106,7	113,9	100,8	113,8	128,8	109,9	133,7	134,5	143,0	100,3
1998 Mai	100,2	109,3	89,4	106,1	111,4	101,5	128,1	127,9	149,6	93,6
1998 Juni	104,4	114,2	93,8	114,5	137,3	116,2	129,3	127,0	121,3	97,9
1998 Juli	110,8	119,3	101,4	107,9	123,5	123,1	139,0	140,7	166,4	95,7
1998 August	93,0	97,1	88,5	103,3	121,1	92,2	109,3	107,8	64,6	86,6
1998 September	117,0	128,0	109,8	132,7	148,2	113,9	139,0	138,1	267,7	106,0
1998 Oktober	105,5	109,0	97,8	110,4	128,9	108,8	143,8	145,2	135,6	109,9
1998 November	107,0	113,2	104,2	130,3	138,5	108,9	140,0	144,2	94,8	108,1
1998 Dezember	102,6	107,1	109,1	129,5	165,5	109,8	130,7	128,5	107,9	84,7
1999 Januar	98,5	103,4	101,9	110,6	118,9	103,7	128,5	129,9	60,2	96,5
1999 Februar	103,7	101,9	112,8	117,6	160,0	103,1	136,8	139,7	127,8	98,8
1999 März	126,4	140,8	121,9	139,6	177,6	123,6	162,0	164,6	104,4	112,6
1999 April	102,7	106,5	98,8	126,0	155,3	103,6	145,8	146,7	138,1	98,2
1999 Mai	108,3	108,6	100,2	126,4	178,0	104,2	137,7	139,4	68,2	90,8
1999 Juni	114,8	123,2	103,4	161,2	227,1	125,7	147,6	149,9	145,1	100,5
1999 Juli	115,7	118,2	111,0	154,1	208,9	118,7	143,3	143,4	74,8	89,5
1999 August	109,8	108,2	100,2	156,8	221,7	106,0	135,3	137,0	152,1	92,3
1999 September	121,2	118,5	115,9	189,2	253,3	120,8	150,2	150,2	184,5	107,0
1999 Oktober	113,9	113,7	110,4	170,7	231,9	116,4	151,4	149,2	168,1	109,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- guterproduzenten	Investi- tions- guterproduzenten	Ge- brauchs- guterproduzenten	Ver- brauchs- guterproduzenten				
1996	95,5	103,1	84,2	105,6	104,5	105,3	92,3	89,7	119,3
1997	106,8	119,5	91,2	113,4	110,4	114,0	90,7	95,0	133,8
1998	124,3	133,1	112,3	145,1	113,7	128,3	81,8	106,6	159,8
1998	Mar	117,3	129,3	104,5	122,2	104,8	121,0	64,4	103,9
	Juni	127,5	141,0	110,5	145,4	118,8	125,9	58,1	106,4
	Juli	121,9	137,8	100,5	148,4	114,8	116,9	70,7	108,4
	August	119,4	119,6	118,2	134,0	106,8	98,1	97,1	110,0
	September	129,1	148,7	102,0	165,2	123,1	151,0	102,3	121,7
	Oktober	142,2	137,9	144,7	174,7	112,7	139,8	86,2	88,4
	November	126,0	134,1	111,1	167,8	114,1	146,7	97,1	86,4
	Dezember	124,0	118,3	128,2	146,3	108,4	114,2	66,3	104,9
1999	Januar	118,9	126,5	107,0	152,8	98,6	125,1	62,6	81,6
	Februar	113,3	126,8	93,2	141,3	116,6	132,6	82,0	80,3
	Marz	135,8	147,1	120,0	156,4	133,2	157,2	105,0	104,9
	April	120,9	134,4	102,1	153,5	105,2	133,4	62,2	81,4
	Mai	116,0	132,8	94,5	142,4	100,4	125,5	62,7	83,2
	Juni	139,6	150,4	126,5	165,0	112,4	129,5	58,4	106,8
	Juli	127,9	147,0	106,1	141,5	112,3	121,6	78,1	84,3
	August	127,5	150,9	104,8	118,7	113,4	106,0	96,5	74,2
	September	137,5	154,4	113,9	171,6	128,6	155,6	94,6	102,6
	Oktober	139,2	154,9	117,9	178,4	115,6	150,4	69,6	100,1

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	105,7	100,2	99,3	88,4	106,9	108,2	105,9	101,5	98,4
1997	113,5	117,3	113,9	105,8	119,6	120,5	121,0	116,7	108,9
1998	127,2	131,7	113,3	104,8	128,1	126,8	131,0	121,5	103,8
1998	Mar	116,3	118,8	110,5	98,6	128,2	130,4	130,6	120,8
	Juni	132,0	126,5	118,0	106,3	138,4	139,0	147,8	125,3
	Juli	138,4	129,9	112,8	100,1	144,4	144,7	154,3	126,6
	August	113,5	133,0	92,1	79,2	121,7	121,5	132,6	102,5
	September	121,6	145,3	109,4	96,6	152,8	150,0	148,1	124,3
	Oktober	125,2	143,6	106,5	90,2	143,9	143,2	147,0	122,2
	November	123,1	149,8	106,1	92,0	126,6	126,0	130,9	118,2
	Dezember	127,6	129,2	113,1	108,8	100,2	96,3	98,9	100,0
1999	Januar	122,6	121,5	113,1	113,9	109,2	101,9	113,1	117,0
	Februar	112,7	125,7	121,2	117,0	114,6	110,4	103,5	108,0
	März	139,9	155,2	131,9	131,5	136,6	134,0	140,0	131,0
	April	125,3	143,0	110,4	99,0	137,1	135,5	139,8	116,3
	May	123,7	140,9	115,2	113,6	133,1	132,4	135,3	116,4
	Juni	142,3	143,4	126,4	122,3	156,1	154,6	156,3	138,4
	Juli	133,5	154,8	121,5	114,7	152,0	151,6	152,8	127,6
	August	135,5	144,1	105,3	84,8	147,1	145,9	148,7	119,5
	September	131,4	158,6	128,1	115,2	160,8	160,8	171,5	133,4
	Oktober	125,4	166,2	129,8	125,5	159,0	158,5	159,4	145,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr - 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) - 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾
Neue Länder und Berlin-Ost
1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Verwendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	101,9	106,0	91,3	98,1	97,9	80,3	104,8	156,6
1997	109,3	104,5	101,1	103,3	113,0	103,3	119,5	245,9
1998	124,0	122,2	105,0	108,7	138,5	107,7	142,3	364,6
1998 Mai	120,8	120,0	100,5	108,5	138,9	108,4	131,0	451,3
Juni	152,5	159,5	109,3	127,7	90,8	160,2	122,2	279,3
Juli	129,3	128,5	107,7	112,0	133,6	103,5	170,7	236,1
August	125,9	137,8	105,0	100,2	122,6	84,8	191,0	223,4
September	124,8	123,3	106,1	112,4	101,6	98,5	135,2	447,9
Oktober	121,8	114,5	102,9	101,9	171,2	85,7	137,0	593,0
November	122,0	127,6	102,9	124,5	147,8	102,9	113,4	555,8
Dezember	109,8	112,8	103,7	94,3	137,4	122,4	128,2	396,2
1999 Januar	118,4	107,7	99,2	113,0	175,6	86,5	120,6	438,8
Februar	112,9	104,0	95,9	105,6	99,0	102,4	128,7	417,7
Marz	137,9	145,6	114,9	112,6	113,8	119,0	170,0	537,2
April	122,0	127,1	100,5	110,7	152,0	104,0	130,1	251,4
Mai	124,2	128,9	96,8	107,9	163,4	95,4	121,5	376,9
Juni	140,7	145,4	104,3	104,4	142,7	105,9	166,6	276,8
Juli	129,0	125,8	112,3	115,7	156,8	101,9	216,4	289,0
August	129,8	126,8	107,9	97,3	160,6	109,3	156,1	351,7
September	139,0	137,4	113,9	114,0	153,3	110,7	191,6	351,8
Oktober	137,5	129,0	107,9	108,1	187,7	115,1	144,5	387,9

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u a			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a n g							
1996	94,7	93,7	101,6	121,4	157,6	124,8	101,0	99,5	45,2	107,6
1997	98,6	70,7	124,9	173,1	157,6	135,7	115,9	117,1	48,2	105,8
1998	114,3	82,1	150,6	209,2	203,3	159,5	183,6	188,3	71,8	116,0
1998 Mai	103,6	78,8	143,7	191,9	174,8	157,9	154,2	142,7	63,7	100,5
Juni	126,8	77,4	212,2	209,1	204,9	164,8	196,5	197,4	35,4	111,8
Juli	101,6	74,4	129,1	202,1	189,8	161,9	207,3	229,4	21,4	105,2
August	92,5	71,9	108,5	207,7	216,9	146,6	173,2	177,9	111,7	101,6
September	157,5	86,3	363,0	184,4	173,2	147,5	216,1	227,2	24,2	124,7
Oktober	103,5	80,7	122,4	219,3	165,2	175,0	211,3	217,8	178,9	141,6
November	140,9	78,0	148,7	213,9	205,9	165,2	217,0	223,6	23,3	139,5
Dezember	117,2	88,5	123,4	245,0	349,9	186,3	200,9	207,8	104,5	110,3
1999 Januar	96,8	74,8	93,8	204,6	186,1	181,0	195,1	197,1	52,2	123,6
Februar	108,5	90,7	112,2	218,9	241,0	165,0	180,0	173,8	18,2	125,2
Marz	116,8	92,0	116,1	239,7	228,6	181,2	195,7	188,8	57,4	138,2
April	106,8	68,5	105,4	243,3	248,4	195,2	202,7	205,2	27,1	123,3
Mai	90,3	74,4	101,5	210,1	219,9	187,7	179,8	179,3	18,8	114,0
Juni	105,6	90,8	111,7	267,0	305,6	204,5	217,5	229,9	98,5	126,6
Juli	97,2	82,7	104,1	226,7	187,8	185,0	214,6	202,8	33,6	113,4
August	194,7	81,6	500,3	208,1	195,2	154,0	157,5	146,6	46,1	109,2
September	119,5	83,8	127,2	253,6	220,4	200,8	213,2	215,9	40,1	142,6
Oktober	115,7	74,9	111,9	267,3	298,8	189,0	223,3	220,3	55,8	143,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)*“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen¹⁾

Deutschland

Jahr Monat	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Abteilungen										
		Darunter Verarbeitendes Gewerbe	Ernährungs-gewerbe	Textil-gewerbe	Beklei-dungs-gewerbe	Chemische Industrie	Metaller-zeugung und -bear-beitung	Maschi-nenbau	H.v. Büroma-schinen, DV -Geräten und -einrich-tungen	H.v. Geräten der Elektri-zitäts-erzeugung und -verteilung	Rundfunk-, Fernseh- und Nach-richten-technik	H.v. Kraftwagen und Kraftwagen-teilen
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1996	6 519,8	6 353,1	518,2	139,1	93,6	517,5	279,2	1 020,6	45,0	470,0	152,1	682,0
1997 ⁴⁾	6 310,9	6 163,0	502,1	131,6	84,3	500,4	271,0	981,5	45,5	446,0	145,8	695,8
1998 ⁴⁾	6 404,6	6 266,8	544,1	129,0	79,0	484,6	270,7	986,9	42,2	452,9	148,9	739,4
1998 ⁴⁾ August	6 464,1	6 326,4	552,6	129,0	78,6	486,3	271,9	992,8	43,7	459,6	151,5	751,8
September	6 474,4	6 337,0	552,9	129,0	78,6	487,2	273,1	997,3	44,2	458,4	151,7	751,3
Oktober	6 446,8	6 310,6	550,1	128,8	78,1	484,7	272,2	995,6	39,0	453,2	151,2	750,5
November	6 434,8	6 299,3	546,8	128,5	77,8	484,8	271,7	993,1	39,1	452,5	151,0	751,9
Dezember	6 399,9	6 265,5	541,7	127,5	77,7	483,3	270,6	988,4	38,9	449,9	149,4	750,8
1999 ⁵⁾ Januar	6 375,6	6 245,0	547,4	126,2	76,7	477,0	269,7	988,5	38,2	432,4	162,3	748,5
Februar	6 365,3	6 235,4	545,6	126,1	76,1	477,7	269,3	986,8	37,5	432,1	163,3	750,1
März	6 367,9	6 237,7	545,1	126,0	75,4	476,7	268,7	984,0	37,6	432,5	163,7	752,3
April	6 335,2	6 205,9	542,2	124,9	74,5	475,7	265,9	977,7	37,4	429,4	162,7	750,6
Mai	6 331,3	6 201,9	543,4	124,4	74,0	475,9	265,2	976,0	37,5	429,0	163,4	749,8
Juni	6 343,2	6 214,3	546,7	124,0	73,6	476,5	265,1	975,7	38,0	428,6	165,0	752,3
Juli	6 373,0	6 244,5	552,6	123,8	73,6	477,8	265,2	977,7	38,1	431,6	166,1	761,2
August	6 397,3	6 268,5	558,3	123,5	73,0	480,2	265,5	980,2	38,5	433,9	167,0	763,1
September	6 406,3	6 277,7	559,0	123,0	72,4	481,3	263,7	984,9	38,9	432,8	167,8	761,1
Oktober	6 386,0	6 258,4	557,8	122,2	71,6	478,2	261,9	982,7	38,6	430,8	168,0	757,3
Umsatz insgesamt ²⁾												
Mill. DM												
1996	2 079 295,4	2 049 960,2	222 520,6	31 511,8	22 448,6	215 655,2	92 385,5	258 174,0	26 425,7	126 517,9	39 221,3	283 175,1
1997 ⁴⁾	2 186 204,3	2 160 598,5	225 981,1	31 658,7	22 528,6	231 093,3	99 860,2	268 326,0	27 388,1	118 035,0	57 772,8	315 484,8
1998 ⁴⁾	2 270 823,6	2 247 538,0	228 559,3	32 054,9	22 608,3	228 454,7	102 783,7	285 250,2	27 489,4	127 182,3	60 937,4	371 592,0
1998 ⁴⁾ August	169 023,7	167 221,7	18 316,6	2 140,0	2 655,0	17 087,3	7 767,5	21 452,9	2 058,0	9 420,5	4 646,9	23 841,7
September	203 695,5	201 651,0	19 194,4	2 907,9	2 549,7	19 062,3	8 773,7	25 992,0	2 697,0	12 960,5	6 194,5	32 770,2
Oktober	200 075,1	198 018,2	19 367,1	2 948,2	1 621,9	19 153,1	8 773,8	23 676,3	2 035,0	10 716,0	5 430,0	36 257,7
November	196 972,6	195 022,9	19 131,1	2 802,6	1 393,6	18 202,9	8 356,7	24 863,2	2 096,9	10 668,1	5 594,6	35 526,3
Dezember	192 667,2	190 873,1	19 692,5	2 182,1	1 364,5	16 850,9	6 251,0	29 538,2	2 298,4	10 692,3	5 963,8	32 042,8
1999 ⁵⁾ Januar	163 033,5	161 273,0	16 846,0	2 428,4	2 270,9	17 403,1	7 352,7	18 302,2	1 849,1	8 544,7	5 125,1	26 782,3
Februar	172 410,2	170 817,3	16 905,1	2 458,7	2 341,4	17 876,1	7 380,0	20 505,5	2 037,0	9 156,0	5 258,3	31 317,2
März	211 260,1	209 391,3	20 027,3	2 856,4	2 236,1	21 044,0	8 728,3	27 063,0	2 323,9	11 324,9	6 743,6	37 227,1
April	187 322,1	185 432,7	18 173,5	2 527,2	1 200,6	19 379,1	7 976,4	22 345,3	1 754,3	9 503,7	6 137,0	34 029,5
Mai	182 009,2	180 174,7	18 539,4	2 369,9	943,9	18 574,7	7 712,4	21 484,4	1 743,1	9 133,5	5 761,1	32 745,8
Juni	204 364,7	202 398,6	19 350,5	2 522,2	1 276,3	20 466,7	8 312,3	26 672,1	1 951,2	10 964,1	7 399,7	35 285,4
Juli	192 091,0	190 241,4	18 863,8	2 407,7	2 176,0	19 790,7	9 904,7	23 018,5	1 978,4	10 020,0	7 247,0	31 971,5
August	179 817,1	177 992,0	18 808,4	2 088,5	2 583,2	18 673,9	7 650,8	20 876,9	1 883,9	9 644,5	7 011,8	24 776,9
September	215 095,3	213 071,9	19 664,4	2 647,7	2 209,8	20 580,7	8 832,1	27 450,2	2 263,7	12 214,1	9 369,2	35 017,4
Oktober	205 968,3	203 903,8	19 279,6	2 622,9	1 473,3	21 014,1	8 504,5	23 239,1	2 637,3	10 607,9	8 215,0	35 786,3
darunter Auslandsumsatz ³⁾												
Mill. DM												
1996	617 254,7	615 060,1	23 165,5	8 872,8	5 242,9	93 562,9	32 338,8	114 485,5	9 545,4	43 111,5	15 098,9	141 336,8
1997 ⁴⁾	696 767,2	695 746,7	25 130,9	9 627,8	5 794,3	105 890,1	35 548,5	125 539,1	10 567,0	40 505,9	28 235,7	164 384,8
1998 ⁴⁾	753 165,0	752 160,2	26 129,3	10 009,2	6 010,7	105 529,5	35 966,0	134 154,3	11 681,3	44 383,4	30 418,2	195 025,6
1998 ⁴⁾ August	54 679,4	54 609,2	2 089,0	636,3	827,2	7 741,2	2 638,3	10 485,0	871,2	3 273,7	2 376,3	12 451,7
September	67 796,7	67 654,8	2 100,9	892,1	714,9	8 604,6	3 017,1	12 379,9	1 079,0	4 662,0	3 301,9	16 982,6
Oktober	65 587,4	65 505,8	2 230,9	884,5	362,6	8 631,6	2 952,8	10 412,8	931,9	3 547,5	2 639,0	19 018,2
November	65 234,5	65 160,0	2 177,9	837,8	287,0	8 137,5	2 815,7	11 439,0	917,2	3 383,6	2 895,8	19 025,8
Dezember	64 050,6	63 980,5	2 026,4	663,8	310,7	7 730,8	2 175,2	14 097,8	955,6	3 691,0	3 032,3	16 872,4
1999 ⁵⁾ Januar	53 930,9	53 861,7	1 875,5	747,7	679,3	8 157,1	2 466,1	7 981,8	798,1	2 791,2	2 556,1	14 718,0
Februar	59 236,0	59 159,7	1 851,0	773,7	696,9	8 378,2	2 454,1	9 556,4	907,2	3 016,9	2 679,8	17 091,1
März	72 813,9	72 722,7	2 205,0	899,8	612,7	10 048,0	2 982,3	13 271,5	973,3	3 748,1	3 654,3	19 723,1
April	63 405,9	63 313,5	2 052,1	804,0	252,0	9 252,6	2 684,1	10 277,2	857,5	3 061,4	3 127,4	18 268,5
Mai	61 840,0	61 755,0	2 098,9	762,8	184,4	8 838,6	2 695,2	10 077,2	819,7	3 036,4	2 825,3	17 969,1
Juni	71 271,2	71 177,6	2 291,7	823,2	303,6	9 720,5	2 895,3	12 907,5	898,2	3 888,3	3 753,1	19 076,9
Juli	64 839,2	64 759,4	2 153,1	766,1	688,1	9 418,1	2 661,6	10 707,7	900,5	3 366,5	3 490,2	17 489,1
August	59 115,3	59 045,0	2 127,2	641,6	818,7	8 568,8	2 576,7	9 556,5	817,5	3 112,0	3 689,2	13 642,4
September	74 143,5	74 053,1	2 287,4	834,1	637,7	9 704,8	3 190,3	13 259,0	1 025,2	4 261,0	4 921,1	19 384,9
Oktober	70 098,5	70 010,3	2 303,1	838,9	328,2	9 891,8	3 012,1	10 559,1	951,1	3 366,5	4 278,5	20 229,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1

1) Darstellung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einsch. Handwerk - Kombinierte Betriebe werden mit ihrem gesamten Betrieb derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes liegt. Ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Baugewerbe. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Direktumsätze mit Abnehmern im Ausland, und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren - 4) Endgültige Ergebnisse. - 5) Vorläufige Ergebnisse

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energieversorgung	Hauptgruppen				Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau		
	(einschl. Bauleistungen)	(ohne Bauleistungen)	zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe		Vorleistungs-	Investitions-	Gebruuchs-	Verbrauchs-	zusammen	Hochbau-	Tiefbau-
Originalwert													
1996	99,8	100,6	100,3	94,3	100,4	105,6	99,5	101,0	101,1	100,6	93,4	94,0	92,2
1997	102,4	104,1	104,1	91,1	104,4	104,6	104,9	105,2	101,7	100,8	89,7	89,9	89,2
1998	106,4	109,0	109,3	85,2	110,0	104,8	109,5	113,9	108,9	101,0	87,3	87,6	86,6
1998 Juni	109,6	110,9	112,6	84,3	113,4	90,7	113,0	119,5	110,1	100,4	98,9	98,7	99,1
Juli	110,9	111,8	113,1	88,8	113,7	95,7	114,1	118,8	107,6	103,3	104,1	104,0	104,2
August	95,1	96,0	96,1	81,6	96,5	94,7	100,3	95,9	78,8	93,7	87,7	87,1	88,5
September	114,2	115,6	116,9	91,2	117,6	98,3	116,3	123,2	122,4	105,5	104,7	103,5	107,0
Oktober	115,4	117,1	118,0	96,5	118,5	107,4	117,9	120,7	127,1	108,7	102,5	101,6	104,3
November	113,3	115,9	116,0	92,7	116,7	115,3	113,8	122,5	123,0	107,9	92,3	91,5	93,7
Dezember	101,9	106,9	106,0	78,2	106,8	117,8	96,5	129,0	97,3	97,8	64,3	65,4	62,2
1999 ¹⁾ Januar	92,8	97,0	95,4	78,7	95,9	117,0	99,7	88,9	96,2	94,7	61,0	63,4	56,5
Februar	96,3	101,7	101,2	75,1	101,8	109,8	102,2	100,6	108,5	94,9	55,4	57,5	51,3
März	115,8	119,5	120,2	93,4	120,9	111,9	120,8	123,3	126,1	109,8	87,7	87,0	89,2
April	106,2	108,3	108,7	87,2	109,3	102,1	111,3	108,1	115,2	99,1	91,3	89,2	95,0
Mai	102,3	104,3	105,0	81,7	105,7	94,2	107,7	103,8	109,7	97,5	88,3	86,2	92,1
Juni	113,4	115,4	117,1	86,7	117,9	92,7	117,4	122,4	123,4	104,0	99,4	97,2	103,7
Juli	105,0	106,2	107,3	83,8	107,9	93,4	109,2	109,1	102,5	100,7	96,5	94,1	100,7
August	97,9	99,0	99,7	80,0	100,3	89,0	102,9	98,1	91,3	97,6	89,3	86,7	94,1
September	114,5	116,3	117,9	89,7	118,7	94,7	117,8	123,9	120,8	106,6	101,5	98,0	108,0
Oktober ²⁾	113,5	115,7	116,5	87,1	117,2	104,9	116,5	120,6	119,8	107,5	97,3	93,9	103,7
arbeitstäglich bereinigter Wert													
1996	99,8	100,6	100,2	94,3	100,4	105,5	99,5	101,0	101,1	100,6	93,5	94,0	92,3
1997	102,5	104,1	104,1	91,1	104,4	104,7	105,0	105,2	101,9	100,9	89,6	89,9	89,1
1998	106,0	108,5	108,9	84,8	109,5	104,9	109,1	113,2	108,3	100,6	86,8	87,2	86,2
1998 Juni	110,0	111,4	113,1	84,5	113,9	90,7	113,4	120,0	110,8	100,9	99,4	99,3	99,6
Juli	108,7	109,7	110,9	87,1	111,5	95,5	112,1	116,1	104,8	101,2	100,7	100,7	100,9
August	96,8	97,6	97,8	82,6	98,2	95,0	101,7	97,8	81,1	95,2	90,8	90,3	91,8
September	113,3	114,6	115,8	90,4	116,6	98,1	115,3	121,9	121,1	104,3	103,3	102,1	105,6
Oktober	113,5	115,2	115,9	94,7	116,4	107,6	116,1	118,1	124,1	106,8	100,1	99,2	101,8
November	112,1	114,7	114,7	91,3	115,4	115,7	112,8	120,7	121,1	106,6	91,5	90,8	92,9
Dezember	100,3	105,2	104,3	76,9	105,0	117,7	95,2	126,5	95,0	96,2	63,0	64,1	61,0
1999 ¹⁾ Januar	95,9	100,2	98,8	81,2	99,3	116,9	102,5	92,6	101,0	97,8	63,4	65,9	58,8
Februar	96,8	102,2	101,6	74,7	102,4	110,3	102,7	101,2	109,1	95,2	55,5	57,7	51,6
März	112,9	116,5	116,8	90,5	117,6	112,3	117,9	119,4	121,4	106,8	85,0	84,3	86,5
April	105,6	107,6	108,1	86,6	108,7	102,0	110,7	107,4	114,3	98,6	90,6	88,7	94,3
Mai	103,2	105,1	106,0	82,4	106,7	94,2	108,4	104,8	111,0	98,4	89,2	87,1	93,0
Juni	111,2	113,2	114,7	85,1	115,7	92,6	115,4	119,5	120,0	102,0	97,2	95,1	101,4
Juli	105,7	106,8	108,0	84,5	108,6	93,4	109,8	110,0	103,5	101,4	97,1	94,8	101,5
August	97,3	98,5	99,2	79,4	99,8	89,0	102,4	97,5	90,6	97,2	88,7	86,2	93,6
September	113,8	115,5	117,1	89,0	117,9	94,8	117,1	122,9	119,6	106,0	100,8	97,3	107,2
Oktober ²⁾	114,5	116,6	117,6	88,1	118,4	104,6	117,5	121,9	121,4	108,4	98,2	94,7	104,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 1.

1) Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmontat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind - 2) Vorläufiges Ergebnisse

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)			Erz- bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungsindustrie			Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne H.v. Möbeln)
	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewin- nung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe		
Originalwert												
1996	93,8	93,2	101,0	95,9	101,4	101,6	96,9	93,4	94,3	92,0	91,1	96,6
1997	90,0	89,6	94,7	94,4	102,4	102,8	94,5	90,6	93,7	85,6	89,3	98,7
1998	82,4	81,3	96,2	93,3	102,2	102,3	99,7	89,7	94,6	81,8	87,9	101,6
1998 Juni	76,4	76,1	80,0	106,9	101,5	102,0	92,8	90,8	98,1	79,1	85,6	102,4
Juli	80,6	80,2	85,2	113,0	103,2	103,0	106,2	95,1	94,9	95,5	90,1	104,4
August	76,6	76,5	78,7	95,7	97,3	97,1	100,0	76,5	70,9	85,1	71,4	87,7
September	83,4	84,0	76,5	114,2	102,8	102,5	108,3	99,6	104,2	92,6	98,7	114,2
Oktober	89,9	89,4	98,1	115,3	112,4	112,6	107,9	93,7	105,2	75,5	91,0	114,0
November	90,3	88,8	109,3	99,0	111,2	111,2	109,8	91,3	100,3	77,1	94,1	112,5
Dezember	81,4	77,5	127,0	69,2	103,7	104,3	89,7	74,5	77,7	69,5	77,1	94,9
1999 ¹⁾ Januar	83,9	80,4	125,9	63,1	94,5	94,5	.	85,0	85,0	85,0	84,5	84,4
Februar	79,4	76,9	108,9	62,3	92,4	91,6	.	88,2	87,8	89,0	86,9	86,5
März	91,9	90,1	114,2	97,8	108,6	108,0	.	96,6	104,8	83,8	104,4	108,8
April	82,7	80,9	103,5	100,4	101,1	100,6	.	77,1	91,2	54,5	85,5	101,5
Mai	75,2	74,6	81,7	100,5	101,3	101,0	.	75,3	86,8	56,9	79,2	97,7
Juni	75,5	75,2	78,8	119,9	108,0	106,8	.	87,8	94,6	76,8	89,7	109,3
Juli	74,9	72,6	102,7	109,8	105,1	103,4	.	85,5	85,3	85,9	88,0	99,4
August	72,8	72,8	72,3	100,9	104,7	103,4	.	75,0	73,3	77,9	73,2	93,8
September	80,5	80,3	83,5	116,5	109,8	108,4	.	87,5	94,9	75,6	95,8	115,4
Oktober ²⁾	77,4	77,9	71,4	115,3	113,9	112,3	.	80,4	95,1	56,9	85,9	117,4
arbeitstäglich bereinigter Wert												
1996	93,7	93,1	100,9	95,9	101,4	101,5	96,9	93,3	94,2	91,8	90,9	96,6
1997	90,1	89,7	94,8	94,3	102,5	102,8	94,6	90,7	93,8	85,8	89,5	98,8
1998	82,0	80,9	96,0	92,8	101,8	102,0	99,3	89,2	94,1	81,4	87,3	101,1
1998 Juni	76,6	76,4	80,2	107,5	101,9	102,3	93,3	91,2	98,6	79,6	86,1	102,9
Juli	79,2	78,7	84,7	110,3	101,3	101,1	104,1	93,0	92,6	93,4	87,4	101,9
August	77,6	77,4	79,1	97,8	98,9	98,8	101,5	78,3	72,6	86,8	73,6	89,8
September	82,6	83,1	76,2	112,9	101,9	101,7	107,2	98,6	103,2	91,6	97,3	112,9
Oktober	88,4	87,9	97,6	112,7	110,6	110,8	105,9	91,6	102,8	73,8	88,5	111,4
November	89,2	87,5	108,9	97,7	110,1	110,2	108,4	90,0	98,9	75,9	92,3	111,1
Dezember	80,0	76,1	126,3	67,8	102,1	102,8	88,2	73,1	76,0	68,0	75,0	93,1
1999 ¹⁾ Januar	86,3	82,9	127,2	65,9	97,4	97,3	.	88,4	88,5	88,2	88,9	87,8
Februar	78,7	76,3	109,0	62,7	92,7	91,8	.	88,4	88,3	89,0	87,3	86,9
März	89,1	87,2	113,0	94,6	105,8	105,2	.	93,0	101,1	80,8	99,8	105,2
April	82,1	80,4	103,3	99,6	100,6	100,0	.	76,5	90,6	54,2	84,8	100,8
Mai	75,8	75,3	81,9	101,6	102,0	101,7	.	76,1	87,8	57,6	80,2	98,8
Juni	74,1	73,9	78,2	116,9	106,1	104,9	.	85,6	92,2	75,2	87,0	106,8
Juli	75,5	73,2	102,8	110,7	105,7	104,0	.	86,2	86,1	86,5	88,9	100,2
August	72,3	72,3	72,2	100,2	104,3	102,8	.	74,5	72,8	77,4	72,5	93,1
September	79,9	79,6	83,3	115,6	109,2	107,8	.	86,8	94,1	75,1	94,8	114,4
Oktober ²⁾	78,3	78,9	71,5	116,4	114,8	113,2	.	81,3	96,2	57,6	87,2	118,7

1) Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnissen des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmonat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind. - 2) Vorläufige Ergebnisse.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe					Kokerei, Mineral- oliver- arbei- tung, H. u. V. von Spalt- und Brut- stoffen	Chemische Industrie			Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			Metallerzeugung und -bearbeitung, H.v. Metallerzeugnissen			
	zu- sammen	Papier- gewerbe	Verlags- gewerbe, Druck- gewerbe, Vervielfältigung von be- spielten Ton-, Bild- und Daten- trägern	darunter			zu- sammen	H.v. Chemischen Grund- stoffen	H.v. Chemie- fasern	zu- sammen	H.v. Gummi- waren	H.v. Kunst- stoff- waren	Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	zu- sammen	Metall- erzeu- gung und -bear- beitung	H.v. Metall- erzeug- nissen
				Verlags- gewerbe	Druck- gewerbe											
Originalwert																
1996	101,3	99,5	102,1	106,0	99,1	102,2	105,1	110,4	99,6	99,3	102,1	98,3	95,5	96,8	94,8	97,8
1997	103,4	101,7	104,2	111,7	98,2	99,4	110,9	119,0	111,8	104,5	109,8	102,7	95,0	102,5	103,8	101,8
1998	107,4	102,7	109,4	117,7	103,3	102,6	111,6	120,1	108,4	109,7	114,7	107,9	96,2	107,0	104,7	108,2
1998 Juni	104,7	103,1	105,4	113,0	100,4	101,0	115,8	125,5	116,7	114,8	117,1	114,0	107,1	109,5	109,4	109,6
Juli	105,6	105,7	105,7	112,9	101,0	108,5	114,6	118,6	105,7	114,8	115,9	114,5	111,9	110,5	105,6	113,2
August	100,9	97,9	101,9	109,9	96,6	105,9	103,2	113,4	92,7	99,4	97,8	99,9	94,2	99,2	97,9	99,9
September	114,2	105,8	117,9	126,4	111,6	104,9	111,6	115,5	108,7	116,7	125,1	113,8	111,0	114,9	107,7	118,7
Oktober	114,7	105,9	118,6	127,1	111,2	108,0	113,1	119,0	110,0	118,2	124,9	115,9	108,9	113,5	108,8	116,1
November	114,0	102,9	118,9	125,0	113,7	97,6	108,5	112,8	102,2	114,2	125,1	110,4	97,5	109,9	102,7	113,7
Dezember	107,7	88,6	115,9	116,1	116,7	99,8	98,3	109,3	87,8	92,5	95,5	91,5	72,5	97,0	79,2	106,3
1999 ¹⁾ Januar	100,0	99,1	100,3	110,8	92,6	97,8	111,1	122,9	98,1	101,1	114,9	96,3	69,3	93,2	91,5	94,1
Februar	101,7	97,4	103,7	113,4	96,6	94,7	108,6	118,7	93,6	103,9	118,3	98,8	73,3	98,1	97,8	98,4
März	117,7	112,6	120,0	129,6	113,3	108,2	126,8	136,2	113,3	120,1	134,8	115,1	99,9	116,2	111,2	118,9
April	107,7	98,5	111,7	120,6	105,4	90,5	116,5	127,7	102,1	109,6	116,4	107,2	100,0	105,8	101,6	108,0
Mai	106,1	99,2	109,2	118,5	103,2	101,0	114,3	127,1	105,9	106,8	111,4	105,3	99,3	100,9	97,7	102,7
Juni	110,6	108,7	111,2	117,2	107,5	96,4	118,6	128,6	106,4	117,7	124,6	115,4	109,5	112,0	104,8	115,8
Juli	103,1	103,4	102,9	106,0	101,3	99,9	113,3	122,4	89,9	109,1	116,3	106,6	103,0	102,4	95,1	106,2
August	101,0	100,2	101,3	102,7	100,7	102,1	107,7	117,1	84,4	102,5	110,5	99,8	94,9	99,8	95,7	101,9
September	116,5	107,9	120,2	123,8	117,9	98,3	114,9	120,7	96,4	117,6	127,9	114,0	108,4	115,7	103,9	121,9
Oktober ²⁾	117,3	108,7	121,1	126,4	116,9	102,1	114,7	121,7	98,4	116,4	125,5	113,2	105,8	110,6	103,1	114,5
arbeitstäglich bereinigter Wert																
1996	101,2	99,4	102,0	106,0	99,0	101,7	104,9	110,1	99,6	99,2	102,1	98,3	95,5	96,7	94,7	97,8
1997	103,5	101,8	104,2	111,8	98,3	99,4	110,9	119,0	111,9	104,6	109,9	102,8	95,0	102,5	103,8	101,8
1998	107,0	102,3	109,0	117,3	102,9	102,6	111,4	120,1	108,1	109,2	114,1	107,4	96,0	106,6	104,7	107,7
1998 Juni	105,0	103,5	105,7	113,3	100,7	100,9	116,0	125,4	117,4	115,2	117,7	114,5	107,6	109,8	109,3	110,1
Juli	104,3	104,0	104,2	111,6	99,5	108,3	113,4	118,6	103,2	112,4	113,6	112,0	109,6	109,0	105,6	110,9
August	101,8	99,1	102,9	110,8	97,4	105,7	104,1	113,4	94,9	101,2	99,6	101,8	96,2	100,3	97,9	101,7
September	113,5	105,0	117,1	125,5	110,8	104,7	111,1	115,5	107,6	115,5	123,7	112,5	110,1	114,1	107,7	117,5
Oktober	113,2	104,4	117,1	125,5	109,8	107,9	112,1	118,9	108,1	115,8	122,5	113,7	107,2	112,1	108,7	114,0
November	112,9	101,8	117,6	123,6	112,6	97,5	107,7	112,8	101,1	112,7	123,3	109,0	96,9	108,9	102,6	112,2
Dezember	106,3	87,4	114,5	114,7	115,3	99,7	97,4	109,2	86,3	90,8	93,7	89,8	71,6	95,8	79,1	104,3
1999 ¹⁾ Januar	102,5	101,6	102,7	113,5	94,8	97,5	112,9	122,8	101,5	105,0	119,3	100,0	71,1	95,5	91,5	97,6
Februar	101,9	97,5	103,8	113,6	96,7	95,9	109,4	119,6	93,8	104,2	118,8	99,3	73,6	98,6	98,1	98,7
März	115,1	109,8	117,4	126,8	110,8	108,0	124,9	136,1	110,1	116,3	130,3	111,4	97,7	113,9	111,2	115,4
April	107,1	98,0	111,2	120,1	105,0	90,4	116,1	127,6	101,4	108,9	115,6	106,5	99,5	105,4	101,6	107,4
Mai	106,9	99,9	109,9	119,3	103,7	100,9	114,8	127,0	106,6	107,9	112,4	106,4	99,9	101,6	97,7	103,6
Juni	108,8	106,9	109,7	115,5	105,9	96,3	117,4	128,5	104,2	115,1	121,7	112,7	107,7	110,4	104,8	113,3
Juli	103,6	104,0	103,4	106,5	101,8	99,9	113,7	122,4	90,5	109,9	117,2	107,4	103,5	102,9	95,1	106,9
August	100,5	99,7	100,9	102,2	100,2	102,1	107,5	117,1	83,9	101,8	109,8	99,1	94,5	99,4	95,7	101,3
September	115,9	107,3	119,7	123,2	117,3	98,3	114,5	120,7	95,8	116,7	126,9	113,1	107,9	115,2	103,9	121,1
Oktober ²⁾	118,2	109,5	121,9	127,3	117,8	102,1	115,3	121,7	99,4	117,6	126,8	114,3	106,5	111,3	103,1	115,6

1) Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnissen des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmontat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind. - 2) Vorläufige Ergebnisse.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Ma- schinen- bau	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau					H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeugnissen, Recycling		
		zu- sammen	H. v. Büroma- schinen, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und -einrich- tungen	H v Geräten der Elektri- zitäts- erzeu- gung, -vertei- lung u. ä.	Rund- funk-, Fern- seh- und Nach- richten- technik	Medizin-, Mess-, Steuer- und Rege- lungs- technik, Optik	zu- sammen	H. v. Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			zu- sammen	Recycling	
									zu- sammen	darunter				
							Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau						
Originalwert														
1996	100,6	102,2	111,9	100,4	103,1	102,6	102,0	103,2	92,8	90,8	94,2	97,4	104,1	
1997	104,7	108,1	130,4	106,0	107,6	105,5	108,2	110,9	88,3	80,1	93,8	96,2	140,5	
1998	110,0	117,1	164,0	112,8	113,6	113,2	123,8	128,3	91,1	85,6	98,9	99,4	147,2	
1998 Juni	120,9	117,7	148,6	114,0	114,9	117,4	126,9	131,9	90,8	84,9	96,9	97,9	148,5	
Juli	115,5	122,7	164,4	120,0	115,4	119,3	127,6	132,8	90,1	80,4	101,9	91,1	156,7	
August	91,2	102,5	139,5	100,7	97,6	97,4	95,5	97,5	80,3	66,3	89,1	78,6	144,1	
September	117,7	130,0	185,7	123,8	130,2	125,1	131,5	137,0	92,1	88,5	101,7	114,3	152,0	
Oktober	111,1	126,9	192,0	120,9	124,9	119,7	143,6	149,8	99,4	107,5	106,7	113,1	153,0	
November	116,8	125,1	191,3	119,2	125,8	115,9	140,4	145,7	101,3	106,8	106,7	114,3	142,4	
Dezember	132,5	118,2	203,7	105,1	118,3	119,4	114,5	118,1	88,3	81,0	97,3	93,2	129,1	
1999 ¹⁾ Januar	83,3	102,4	145,6	100,3	101,3	92,9	106,9	109,7	86,4	76,9	94,7	82,7	121,1	
Februar	94,9	106,8	108,6	107,8	107,8	103,8	125,2	130,2	87,9	78,4	96,4	91,9	131,2	
Marz	118,5	127,3	133,1	126,2	127,2	128,7	143,5	149,1	101,8	90,8	112,1	111,3	146,5	
April	102,1	112,6	118,8	111,5	116,5	110,4	132,4	137,3	95,4	81,2	107,2	95,4	152,4	
Mai	99,5	108,4	122,8	106,2	112,1	106,2	123,9	128,6	88,0	75,8	99,6	88,0	158,2	
Juni	122,9	124,2	142,9	120,3	130,4	123,3	137,4	142,9	96,4	86,8	106,4	99,2	186,4	
Juli	103,6	117,8	142,4	113,1	126,6	114,8	120,7	124,4	93,5	80,0	107,3	84,4	150,9	
August	92,5	107,0	126,2	102,8	120,7	101,7	105,2	108,0	84,5	67,5	98,7	80,9	143,0	
September	116,7	131,3	142,8	126,6	155,7	122,7	134,6	140,0	95,0	83,1	108,4	109,3	158,3	
Oktober ²⁾	109,9	127,8	201,5	117,7	145,2	115,1	140,2	146,1	97,0	84,5	111,6	106,7	154,9	
arbeitstäglich bereinigter Wert														
1996	100,6	102,2	111,8	100,4	103,0	102,5	101,9	103,1	92,8	90,7	94,2	97,3	104,2	
1997	104,7	108,2	130,5	106,2	107,7	105,6	108,3	111,0	88,4	80,3	93,8	96,3	140,6	
1998	109,5	116,5	162,9	112,2	113,0	112,7	123,1	127,4	90,7	85,1	98,5	98,8	146,6	
1998 Juni	121,5	118,3	149,4	114,5	115,6	117,9	127,8	132,8	91,2	85,2	97,4	98,4	149,0	
Juli	113,1	120,0	161,2	117,5	112,4	116,9	123,6	128,5	88,4	78,8	100,0	89,1	153,8	
August	92,8	104,5	141,2	102,6	100,1	99,4	98,6	100,8	81,7	67,4	90,5	80,3	146,1	
September	116,7	128,7	184,0	122,6	128,7	124,1	129,9	135,1	91,3	87,7	100,8	113,0	150,7	
Oktober	109,1	124,4	187,5	118,8	122,1	117,6	140,1	145,9	97,4	105,2	104,9	110,4	150,2	
November	115,3	123,3	187,5	117,7	124,1	114,6	138,0	143,1	100,1	105,3	105,3	112,5	141,1	
Dezember	130,2	115,9	198,7	103,0	115,9	117,4	111,8	115,0	86,8	79,4	95,6	91,2	127,2	
1999 ¹⁾ Januar	86,5	106,5	152,4	104,1	105,8	96,2	112,6	115,7	89,4	79,7	98,2	86,7	125,0	
Februar	95,4	107,3	108,5	108,2	108,2	104,3	126,0	131,0	88,1	78,7	96,8	92,4	131,5	
Marz	115,1	123,1	126,9	122,1	122,6	125,3	137,7	142,9	98,5	88,2	108,7	107,0	142,6	
April	101,6	111,9	117,8	110,8	115,7	109,8	131,2	136,2	94,9	80,7	106,4	94,7	151,8	
Mai	100,4	109,4	124,4	107,3	113,4	107,1	125,3	130,3	88,8	76,5	100,4	88,9	159,6	
Juni	120,4	121,5	138,7	117,7	127,2	121,0	133,4	138,7	94,4	85,1	104,0	96,7	183,0	
Juli	104,3	118,7	143,8	113,9	127,8	115,6	121,9	125,7	94,3	80,6	108,1	85,2	151,8	
August	91,9	106,3	125,1	102,1	119,8	101,1	104,3	107,1	83,9	67,1	98,1	80,2	142,3	
September	115,9	130,4	141,4	125,7	154,3	121,9	133,3	138,6	94,3	82,5	107,7	108,3	157,4	
Oktober ²⁾	111,1	129,2	204,4	118,9	146,8	116,2	142,2	148,2	97,9	85,2	112,7	108,1	156,0	

1) Die Indizes für die Monate Januar bis Juni 1999 wurden an die aktuellen Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex angepaßt. Für die Ergebnisse ab Berichtsmonat Juli 1999 wurde noch keine Anpassung durchgeführt, so daß die Vorjahres- und Vormonatsvergleiche gestört sind. - 2) Vorläufige Ergebnisse

Gesundheitswesen

Zum Aufsatz: „Ausgaben für Gesundheit“
Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten und Ausgabenträgern
Deutschland
Rechnungsjahr 1997

Mill. DM

Leistungsart	Insgesamt	Öffentliche Haushalte 1)	Gesetzliche Krankenversicherung 2)	Rentenversicherung 3)	Gesetzliche Unfallversicherung	Private Krankenversicherung	Arbeitgeber	Private Haushalte
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	37 495	10 590	22 290	223	1 346	874	2 172	-
Gesundheitsdienste	6 563	3 652	518	223	-	-	2 170	-
Gesundheitsvorsorge und Früherkennung (soweit nicht Gesundheitsdienste)	4 450	40	3 066	-	1 342	-	2	-
Betreuende Maßnahmen (soweit nicht Gesundheitsdienste)	26 482	6 898	18 706	-	4	874	-	-
Mutterschaftshilfe	3 972	22	3 950	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Pflege	22 510	6 876	14 756	-	4	874	-	-
Behandlung	320 490	16 033	215 672	4 888	3 964	20 122	14 360	45 451
Ambulante Behandlung	93 719	3 486	61 107	26	1 704	6 871	5 101	15 424
Stationäre Behandlung	129 257	12 293	99 594	-	2 224	8 255	5 287	1 604
Stationäre Kurbehandlung	8 358	83	1 542	4 862	-	-	583	1 288
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	89 156	171	53 429	-	36	4 996	3 389	27 135
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	69 622	171	44 997	-	-	3 183	2 159	19 112
Zahnersatz	19 534	-	8 432	-	36	1 813	1 230	8 023
Krankheitsfolgeleistungen	125 333	20 493	16 868	29 491	6 998	2 255	49 228	-
Berufliche und Soziale Rehabilitation	22 356	19 454	571	1 797	534	-	-	-
Berufliche Rehabilitation	20 958	18 056	571	1 797	534	-	-	-
Soziale Rehabilitation	1 398	1 398	-	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invalidität	99 318	984	12 793	27 648	6 413	2 255	49 225	-
Entgeltfortzahlung	43 220	-	-	-	-	-	43 220	-
Sonstige Einkommensleistungen im Krankheitsfall	18 332	301	12 793	1 255	1 354	2 255	374	-
Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten	37 766	683	-	26 393	5 059	-	5 631	-
Sonstige Krankheitsfolgeleistungen	3 659	55	3 504	46	51	-	3	-
Ausbildung und Forschung	8 553	8 553	-	-	-	-	-	-
Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische Forschung an Hochschulen	7 823	7 823	-	-	-	-	-	-
Forschung außerhalb von Hochschulen	730	730	-	-	-	-	-	-
Nicht aufteilbare Ausgaben	24 708	-	15 348	1 094	2 654	5 612	-	-
Insgesamt	516 579	55 669	270 178	35 696	14 962	28 863	65 780	45 451

1) Ohne Arbeitgeberleistungen, abzüglich Pflegesatzentnahmen (funktionale Abgrenzung). - 2) Einschl. Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung - 3) Gesetzliche Rentenversicherung, landwirtschaftliche Alterskassen, Ergänzungssysteme (Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und für einzelne Berufe), Versorgungswerke.

**Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten und Ausgabenträgern
Deutschland
Rechnungsjahr 1996
Mill. DM**

Leistungsart	Insgesamt	Öffentliche Haushalte ¹⁾	Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾	Rentenversicherung ³⁾	Gesetzliche Unfallversicherung	Private Krankenversicherung	Arbeitgeber	Private Haushalte
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	44 386	17 949	22 180	264	1 313	588	2 092	-
Gesundheitsdienste	6 546	3 688	504	264	-	-	2 090	-
Gesundheitsvorsorge und Früherkennung (soweit nicht Gesundheitsdienste)	4 914	52	3 547	-	1 313	-	2	-
Betreuende Maßnahmen (soweit nicht Gesundheitsdienste)	32 926	14 209	18 129	-	-	588	-	-
Mutterschaftshilfe	3 819	21	3 798	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Pflege	29 107	14 188	14 331	-	-	588	-	-
Behandlung	310 335	17 139	207 489	7 217	3 738	18 951	13 870	41 931
Ambulante Behandlung	90 925	3 130	60 529	21	1 622	6 435	4 923	14 265
Stationäre Behandlung	120 233	13 735	90 198	-	2 083	7 706	5 046	1 465
Stationäre Kurzbehandlung	11 424	98	2 394	7 196	-	-	557	1 179
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	87 753	176	54 368	-	33	4 810	3 344	25 022
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	69 098	176	46 156	-	-	2 972	2 066	17 728
Zahnersatz	18 655	-	8 212	-	33	1 838	1 278	7 294
Krankheitsfolgeleistungen	132 853	19 914	20 738	29 403	6 857	2 197	53 744	-
Berufliche und Soziale Rehabilitation	21 813	18 793	707	1 785	528	-	-	-
Berufliche Rehabilitation	20 315	17 295	707	1 785	528	-	-	-
Soziale Rehabilitation	1 498	1 498	-	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invalidität	107 178	1 061	16 335	27 565	6 279	2 197	53 741	-
Entgeltfortzahlung	47 931	-	-	-	-	-	47 931	-
Sonstige Einkommensleistungen im Krankheitsfall	22 248	349	16 335	1 618	1 371	2 197	378	-
Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten	36 999	712	-	25 947	4 908	-	5 432	-
Sonstige Krankheitsfolgeleistungen	3 862	60	3 696	53	50	-	3	-
Ausbildung und Forschung	8 760	8 760	-	-	-	-	-	-
Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische Forschung an Hochschulen	8 029	8 029	-	-	-	-	-	-
Forschung außerhalb von Hochschulen	731	731	-	-	-	-	-	-
Nicht aufteilbare Ausgaben	24 946	-	15 795	1 278	2 751	5 122	-	-
Insgesamt	521 280	63 762	266 202	38 162	14 659	26 858	69 706	41 931

1) Ohne Arbeitgeberleistungen, abzüglich Pflegesatzeinnahmen (funktionale Abgrenzung) - 2) Einschl. Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung - 3) Gesetzliche Rentenversicherung, landwirtschaftliche Alterskassen, Ergänzungssysteme (Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und für einzelne Berufe), Versorgungswerke.

Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten und Ausgabenträgern
Früheres Bundesgebiet
Rechnungsjahr 1997
Mill. DM

Leistungsart	Insgesamt	Öffentliche Haushalte 1)	Gesetzliche Krankenversicherung 2)	Rentenversicherung 3)	Gesetzliche Unfallversicherung	Private Krankenversicherung	Arbeitgeber	Private Haushalte
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	31 767	9 143	18 396	183	1 346	816	1 883	-
Gesundheitsdienste	5 449	2 952	433	183	-	-	1 881	-
Gesundheitsvorsorge und Früherkennung (soweit nicht Gesundheitsdienste)	3 945	35	2 566	-	1 342	-	2	-
Betreuende Maßnahmen (soweit nicht Gesundheitsdienste)	22 373	6 156	15 397	-	4	816	-	-
Mutterschaftshilfe	3 575	21	3 554	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Pflege	18 798	6 135	11 843	-	4	816	-	-
Behandlung	274 271	12 494	178 497	4 048	3 964	18 796	14 160	42 312
Ambulante Behandlung	82 450	3 093	51 820	23	1 704	6 418	5 033	14 359
Stationäre Behandlung	107 437	9 149	81 656	-	2 224	7 711	5 213	1 484
Stationäre Kurzbehandlung	7 200	81	1 327	4 025	-	-	574	1 193
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	77 184	171	43 694	-	36	4 667	3 340	25 276
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	59 778	171	36 702	-	-	2 973	2 128	17 804
Zahnersatz	17 406	-	6 992	-	36	1 694	1 212	7 472
Krankheitsfolgeleistungen	104 744	16 803	14 061	22 269	6 256	2 106	43 249	-
Berufliche und Soziale Rehabilitation	18 352	15 896	511	1 411	534	-	-	-
Berufliche Rehabilitation	17 212	14 756	511	1 411	534	-	-	-
Soziale Rehabilitation	1 140	1 140	-	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invalidität	83 233	853	10 545	20 812	5 671	2 106	43 246	-
Entgeltfortzahlung	37 294	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Einkommensleistungen im Krankheitsfall	15 635	276	10 545	985	1 354	2 106	369	-
Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten	30 304	577	-	19 827	4 317	-	5 583	-
Sonstige Krankheitsfolgeleistungen	3 159	54	3 005	46	51	-	3	-
Ausbildung und Forschung	7 515	7 515	-	-	-	-	-	-
Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische Forschung an Hochschulen	6 827	6 827	-	-	-	-	-	-
Forschung außerhalb von Hochschulen	688	688	-	-	-	-	-	-
Nicht aufteilbare Ausgaben	21 349	-	12 615	838	2 654	5 242	-	-
Insgesamt	439 646	45 955	223 569	27 338	14 220	26 960	59 292	42 312

1) Ohne Arbeitgeberleistungen, abzüglich Pflegesatzentnahmen (funktionale Abgrenzung). - 2) Einschl. Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung. - 3) Gesetzliche Rentenversicherung, landwirtschaftliche Alterskassen, Ergänzungssysteme (Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und für einzelne Berufe), Versorgungswerke.

**Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten und Ausgabenträgern
Früheres Bundesgebiet
Rechnungsjahr 1996**

Mill. DM

Leistungsart	Insgesamt	Öffentliche Haushalte ¹⁾	Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾	Rentenversicherung ³⁾	Gesetzliche Unfallversicherung	Private Krankenversicherung	Arbeitgeber	Private Haushalte
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	37 329	14 962	18 394	223	1 313	551	1 886	-
Gesundheitsdienste	5 489	2 958	424	223	-	-	1 884	-
Gesundheitsvorsorge und Früherkennung (soweit nicht Gesundheitsdienste)	4 362	47	3 000	-	1 313	-	2	-
Betreuende Maßnahmen (soweit nicht Gesundheitsdienste)	27 478	11 957	14 970	-	-	551	-	-
Mutterschaftshilfe	3 474	20	3 454	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Pflege	24 004	11 937	11 516	-	-	551	-	-
Behandlung	264 968	13 061	171 810	6 052	3 738	17 746	13 695	38 866
Ambulante Behandlung	79 863	2 789	51 323	20	1 622	6 026	4 861	13 222
Stationäre Behandlung	99 821	10 000	74 208	-	2 083	7 217	4 982	1 331
Stationäre Kurbehandlung	9 736	96	1 982	6 032	-	-	550	1 076
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	75 548	176	44 297	-	33	4 503	3 302	23 237
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	58 875	176	37 411	-	-	2 782	2 040	16 466
Zahnersatz	16 673	-	6 886	-	33	1 721	1 262	6 771
Krankheitsfolgeleistungen	111 074	16 488	17 339	22 142	6 127	2 058	46 920	-
Berufliche und Soziale Rehabilitation	18 152	15 514	654	1 456	528	-	-	-
Berufliche Rehabilitation	16 930	14 292	654	1 456	528	-	-	-
Soziale Rehabilitation	1 222	1 222	-	-	-	-	-	-
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invaldität	89 601	916	13 528	20 633	5 549	2 058	46 917	-
Entgeltfortzahlung	41 160	-	-	-	-	-	41 160	-
Sonstige Einkommensleistungen im Krankheitsfall	18 961	317	13 528	1 315	1 371	2 058	372	-
Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten	29 480	599	-	19 318	4 178	-	5 385	-
Sonstige Krankheitsfolgeleistungen	3 321	58	3 157	53	50	-	3	-
Ausbildung und Forschung	7 577	7 577	-	-	-	-	-	-
Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische Forschung an Hochschulen	6 992	6 992	-	-	-	-	-	-
Forschung außerhalb von Hochschulen	585	585	-	-	-	-	-	-
Nicht aufteilbare Ausgaben	21 411	-	12 885	978	2 751	4 797	-	-
Insgesamt	442 359	52 088	220 428	29 395	13 929	25 152	62 501	38 866

1) Ohne Arbeitgeberleistungen, abzüglich Pflegesatzentnahmen (funktionale Abgrenzung). - 2) Einschl. Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung. - 3) Gesetzliche Rentenversicherung, landwirtschaftliche Alterskassen, Ergänzungssysteme (Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und für einzelne Berufe), Versorgungswerke

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse				Erzeugnisse der Vorleistungsgüter- produzenten			Erzeugnisse der	
	insgesamt	ohne Mineralöl- erzeugnisse	ohne Energie und Wasser	ohne Energie	zusammen	Energie- produzenten	ohne Energie	Investitions- güterproduzenten	Konsum-
1996	98,8	98,5	99,5	99,5	96,6	94,2	98,0	101,1	100,9
1997	99,9	99,6	100,2	100,3	98,1	97,8	98,2	101,8	102,0
1998	99,5	99,5	100,0	100,1	96,6	94,4	97,9	102,7	102,4
1998 Juni	99,9	99,9	100,2	100,3	97,2	95,4	98,2	102,8	102,5
Juli	99,7	99,7	100,1	100,2	96,8	94,5	98,1	102,8	102,6
August	99,5	99,5	99,9	100,0	96,4	94,0	97,8	102,9	102,4
September	99,4	99,4	99,8	99,9	96,2	94,1	97,5	103,0	102,4
Oktober	98,9	98,9	99,5	99,6	95,3	92,4	97,1	103,0	102,2
November	98,5	98,5	99,3	99,4	94,8	91,1	96,9	103,0	101,9
Dezember	98,3	98,3	99,0	99,2	94,3	90,7	96,4	102,9	101,9
1999 Januar	97,8	97,9	98,8	99,0	93,5	89,1	96,1	102,9	101,8
Februar	97,7	97,8	98,7	98,8	93,3	88,9	95,9	102,9	101,6
März	97,7	97,7	98,7	98,9	93,4	89,5	95,8	102,9	101,5
April	98,3	97,9	99,2	99,4	94,5	92,1	95,9	103,0	101,5
Mai	98,3	98,0	99,1	99,3	94,6	92,3	96,0	103,0	101,4
Juni	98,4	98,0	99,2	99,4	94,7	92,7	95,9	103,0	101,6
Juli	98,7	98,1	99,7	99,8	95,2	93,5	96,2	103,0	101,6
August	98,8	98,1	99,9	100,0	95,4	93,9	96,3	103,0	101,6
September	98,9	98,0	100,1	100,3	95,6	93,9	96,6	103,0	101,6
Oktober	99,1	98,2	100,4	100,5	95,9	94,0	97,0	103,1	101,7

Jahr Monat	noch: Erzeugnisse der Konsumgüter- produzenten		Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes		Erzeugnisse des Ernährungs- gewerbes
	Gebrauchs- güterproduzenten	Verbrauchs- güterproduzenten	zusammen	Kohle und Torf ²⁾	Erdöl und Erdgas ³⁾	Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	zusammen	ohne Mineralöl- erzeugnisse	
1996	101,0	100,9	74,4	59,9	106,1	99,9	100,1	99,8	101,0
1997	101,4	102,1	78,3	63,2	125,6	99,4	100,8	100,4	103,0
1998	101,7	102,5	75,8	61,1	118,5	97,7	100,6	100,6	102,6
1998 Juni	101,9	102,7	76,6	60,8	128,7	97,9	100,8	100,9	103,0
Juli	101,7	102,7	75,0	60,4	115,6	97,3	100,8	100,8	102,9
August	101,7	102,6	74,8	60,1	115,7	97,6	100,5	100,6	102,5
September	101,7	102,5	74,9	60,1	115,7	97,9	100,4	100,5	102,2
Oktober	101,8	102,2	73,3	58,8	109,0	97,3	100,2	100,3	101,5
November	101,9	101,9	72,4	57,5	108,2	97,5	100,0	100,1	100,9
Dezember	101,8	101,9	72,5	57,8	107,8	97,4	99,7	99,9	100,9
1999 Januar	102,0	101,7	71,8	57,8	101,5	96,9	99,5	99,7	100,5
Februar	102,0	101,6	71,9	57,8	101,6	97,2	99,4	99,6	100,2
März	102,0	101,4	72,4	58,5	102,2	97,0	99,5	99,5	100,0
April	102,2	101,3	73,8	59,1	112,7	97,4	99,9	99,6	99,9
Mai	102,2	101,3	73,6	58,5	114,0	97,3	99,8	99,6	99,7
Juni	102,1	101,5	73,7	58,6	114,4	97,4	99,9	99,6	99,9
Juli	102,3	101,5	73,9	59,0	114,3	97,2	100,4	99,7	99,9
August	102,3	101,5	73,8	58,6	115,9	97,2	100,6	99,8	99,8
September	102,3	101,4	73,9	58,7	116,9	97,1	100,9	99,9	99,8
Oktober	102,3	101,6	74,6	58,4	125,0	97,5	101,1	100,1	99,7

1) Ohne Umsatzsteuer – 2) Ohne Preisrepräsentanten für Torf – 3) Ohne Erdgasversorgung

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Tabak- erzeug- nisse	Textilien	Bekleidung	Leder- und Lederwaren	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korb- macher- waren (ohne Möbel) ²⁾	Papier			Verlags- und Druck- erzeug- nisse, bespielte Ton-, Bild- und Daten- träger	Kokerei- erzeug- nisse, Mineralöl- erzeug- nisse, Spalt- und Brutstoffe ³⁾
						zu- sammen	Papier, Karton und Pappe	Papier-, Karton- und Pappe- waren		
1996	100,8	99,5	100,4	101,5	97,0	94,1	90,8	96,5	102,4	107,5
1997	103,0	100,2	100,7	102,4	97,8	91,9	87,0	95,1	102,0	110,4
1998	104,6	100,2	101,5	102,7	98,8	93,3	89,3	96,0	102,0	100,3
1998 Mai	105,1	100,4	101,5	102,6	99,3	93,7	89,9	96,2	101,9	100,9
1998 Juni	105,2	100,3	101,3	102,7	99,3	93,6	89,5	96,3	101,8	99,6
1998 Juli	105,1	100,3	101,3	102,7	99,5	93,6	89,5	96,4	102,2	100,0
1998 August	105,4	100,2	101,6	102,7	99,2	93,5	89,4	96,3	102,1	98,2
1998 September	105,7	100,0	101,8	102,8	98,9	93,3	88,9	96,3	102,0	98,7
1998 Oktober	105,8	99,8	101,8	102,9	98,8	93,0	88,7	96,0	102,2	98,3
1998 November	105,7	99,7	101,7	102,6	98,7	92,7	88,4	95,7	102,0	97,9
1998 Dezember	105,7	99,7	101,7	102,6	98,6	92,3	88,0	95,4	102,0	95,9
1999 Januar	105,8	99,4	101,6	102,7	98,4	91,9	87,3	95,1	102,1	95,2
1999 Februar	105,8	99,3	101,7	102,7	98,2	91,8	87,0	95,1	101,9	94,2
1999 März	105,8	99,2	101,8	102,8	97,9	91,5	86,0	95,2	101,5	98,1
1999 April	105,6	99,3	101,7	102,4	97,6	91,3	85,7	95,0	101,6	106,6
1999 Mai	105,7	99,2	101,7	102,4	97,7	91,3	85,6	94,9	101,7	105,2
1999 Juni	105,5	99,2	101,6	102,4	97,5	91,2	85,6	94,7	101,9	107,5
1999 Juli	105,9	99,2	101,7	102,4	97,3	91,4	85,6	95,0	102,0	113,0
1999 August	105,9	99,2	101,8	102,4	97,2	91,7	85,9	95,4	101,9	116,5
1999 September	105,7	99,1	102,1	102,4	97,3	92,7	87,5	96,0	101,7	120,7
1999 Oktober	107,3	99,0	102,0	102,5	97,1	93,3	88,0	96,6	102,0	121,2

Jahr Monat	noch: Kokerei- erzeugnisse usw.	Chemische Erzeugnisse	Gummi- und Kunststoffwaren			Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden			Eisen- und Stahl- erzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse
	Mineralöl- erzeugnisse		zusammen	Gummi- waren	Kunststoff- waren	zusammen	Glas und Glaswaren	Keramik (ohne Ziegel und Baukeramik)	
1996	107,6	96,6	99,2	99,7	99,1	99,4	97,5	101,5	95,0
1997	110,5	97,6	98,7	99,1	98,6	98,9	94,8	102,2	96,6
1998	100,3	97,0	98,5	99,4	98,2	98,2	94,1	102,6	98,0
1998 Juni	99,6	97,0	98,7	99,6	98,5	98,2	93,8	102,7	99,1
1998 Juli	100,1	96,9	98,7	99,7	98,4	98,3	94,3	102,8	99,0
1998 August	98,3	96,2	98,5	99,7	98,2	98,1	94,2	102,7	98,4
1998 September	98,7	96,0	98,5	99,7	98,3	98,1	94,1	102,8	97,4
1998 Oktober	98,4	95,8	98,3	99,6	98,0	98,0	94,6	102,7	96,0
1998 November	97,9	95,6	98,3	99,5	98,0	98,2	95,1	102,7	95,0
1998 Dezember	95,8	95,5	98,0	99,2	97,7	98,2	95,0	102,6	93,1
1999 Januar	95,4	95,1	97,8	98,9	97,6	98,1	95,0	102,7	92,0
1999 Februar	94,1	94,7	97,5	98,9	97,2	97,9	94,2	102,6	91,7
1999 März	98,1	94,5	97,7	99,4	97,3	97,7	93,3	102,6	91,6
1999 April	106,8	94,8	97,6	99,4	97,2	97,9	93,4	103,5	91,9
1999 Mai	105,5	94,8	97,6	99,0	97,3	97,9	93,7	103,8	92,0
1999 Juni	107,9	94,7	97,5	99,0	97,1	97,9	93,1	103,9	92,0
1999 Juli	113,6	95,3	97,7	99,3	97,3	97,9	93,0	103,7	92,9
1999 August	117,3	95,3	97,9	99,3	97,6	97,9	93,0	103,4	93,1
1999 September	121,4	95,5	98,1	99,1	97,9	98,0	92,8	104,3	94,2
1999 Oktober	121,9	96,6	98,5	99,4	98,3	97,8	92,8	104,2	94,7

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren. - 3) Ohne Preisrepräsentanten für Spalt- und Brutstoffe.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	noch: Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse			Metall- erzeugnisse	Maschinen	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen	Geräte der Elektrizitäts- erzeugung und -verteilung u. ä.	Nachrichten- technik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bau- elemente	Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse, Uhren
	Roheisen und Stahl	NE-Metalle und Halbzeug daraus	Erzeugnisse der Gießereien						
1996	91,1	93,6	100,5	100,9	101,6	96,5	100,5	99,1	101,5
1997	91,3	100,5	102,3	101,1	102,6	92,5	99,7	98,5	103,0
1998	95,1	97,6	103,4	101,8	103,3	87,8	99,7	97,7	103,8
1998 Juni	97,2	98,7	103,2	101,9	103,4	88,6	100,1	97,7	103,8
Juli	96,8	98,7	103,2	101,7	103,4	88,0	99,8	97,7	103,7
August	95,9	97,6	103,1	101,8	103,4	87,0	99,8	97,7	103,6
September	94,9	95,5	103,3	101,9	103,5	86,4	99,7	97,7	103,9
Oktober	92,7	93,6	103,6	101,8	103,5	86,6	99,4	97,3	104,1
November	90,2	93,6	103,2	101,9	103,5	85,5	99,4	97,2	104,1
Dezember	87,5	90,3	103,3	101,8	103,5	85,0	99,1	96,4	104,1
1999 Januar	85,4	89,7	102,9	101,8	103,7	84,2	98,9	96,0	104,2
Februar	84,3	90,7	102,4	101,9	103,8	83,8	99,5	95,5	104,3
März	84,5	90,4	102,5	101,8	103,9	83,7	99,3	95,3	104,4
April	84,1	92,2	102,2	101,8	104,1	84,1	99,4	94,7	104,3
Mai	83,9	93,0	102,5	101,9	104,1	82,5	99,8	94,8	104,6
Juni	84,3	93,0	102,4	102,1	104,1	81,8	99,2	94,6	104,6
Juli	84,8	95,7	102,3	102,3	104,2	80,5	99,6	94,6	104,8
August	85,3	95,9	102,1	102,6	104,2	79,8	99,6	94,4	104,8
September	86,4	98,5	101,7	102,8	104,2	79,5	99,4	93,7	104,8
Oktober	87,8	98,5	101,6	102,7	104,4	79,6	99,7	93,5	105,1

Jahr Monat	Kraftwagen und Kraftwagen- teile	Sonstige Fahrzeuge	Möbel, Schmuck, Musik- instrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser					
				zusammen	Energie			Wasser	
					zusammen	Elektrischer Strom	Erdgas ²⁾		Fernwärme mit Dampf und Warmwasser
1996	100,9	100,7	101,8	94,8	94,0	90,7	101,3	98,2	105,4
1997	101,6	100,5	102,7	98,4	97,7	90,4	114,4	100,0	109,5
1998	102,6	100,9	104,0	97,0	95,9	89,9	109,4	100,6	112,4
1998 Juni	102,8	100,9	104,2	98,4	97,4	90,1	113,9	101,0	112,2
Juli	102,8	100,9	104,2	97,4	96,3	90,1	110,1	101,0	112,4
August	102,9	101,0	104,2	97,2	96,1	90,1	109,5	100,7	112,8
September	102,9	101,0	104,2	97,2	96,1	90,1	109,6	100,8	112,8
Oktober	103,0	101,2	104,4	95,3	94,1	89,9	102,9	99,9	112,5
November	103,0	101,2	104,6	94,0	92,6	88,7	100,5	99,8	112,7
Dezember	103,0	101,2	104,6	93,9	92,5	88,7	100,4	99,8	112,7
1999 Januar	102,9	101,3	104,9	92,1	90,5	86,8	97,8	99,2	113,6
Februar	103,0	101,1	105,0	92,1	90,5	87,1	97,1	98,7	113,7
März	103,0	101,2	105,0	91,8	90,2	86,9	96,8	98,3	113,7
April	103,0	101,3	105,2	92,9	91,4	87,3	100,0	97,7	113,6
Mai	103,1	101,3	105,4	93,6	92,1	88,1	100,6	97,7	113,8
Juni	103,2	101,2	105,4	93,4	91,9	87,7	100,7	97,6	113,7
Juli	103,4	101,2	105,5	93,0	91,5	87,3	100,6	97,5	113,8
August	103,7	101,3	105,6	92,7	91,2	86,8	100,8	97,5	114,0
September	103,7	101,4	105,7	91,6	90,0	84,9	100,9	97,5	114,2
Oktober	103,6	101,2	105,7	91,5	89,9	82,7	105,7	97,6	114,0

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Erdgasförderung.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte ¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr/Monat ²⁾	Gesamtindex	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Alkoholsche Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Einrichtungsgegenstände u.ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	Bildungswesen	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen
1996 D	101,4	100,6	100,8	100,7	102,4	100,7	101,5	102,4	100,9	100,4	103,7	101,1	100,5
1997 D	103,3	102,0	102,7	101,1	105,1	101,1	108,7	104,3	97,9	102,5	107,8	102,1	102,3
1998 D	104,3	103,0	104,7	101,5	106,0	101,8	114,4	104,7	97,3	103,1	112,9	103,6	102,8
1995 Juni	100,1	101,2	100,1	99,9	99,8	100,1	100,1	100,6	99,8	99,5	99,3	100,6	99,9
Juli	100,3	100,5	100,2	99,9	99,8	100,1	100,1	100,1	100,2	101,9	99,7	102,2	100,0
August	100,3	99,3	100,2	99,9	100,6	100,1	99,8	100,0	99,9	101,0	100,2	102,1	100,1
September	100,3	99,0	100,2	100,2	100,8	100,1	100,0	100,4	99,9	100,5	101,1	100,5	100,3
Oktober	100,1	98,7	100,2	100,3	100,9	100,2	100,1	100,2	99,9	99,3	101,3	100,4	100,7
November	100,1	98,7	100,2	100,4	101,0	100,4	100,1	100,2	99,4	99,2	101,4	99,0	100,8
Dezember	100,4	98,9	100,2	100,4	101,2	100,4	100,1	100,7	99,4	100,7	101,4	99,1	100,8
1996 Januar	100,6	100,1	100,3	100,4	101,2	100,5	101,5	101,3	103,6	98,9	101,6	99,8	100,1
Februar	101,1	100,9	100,3	100,5	101,6	100,6	101,6	101,6	103,6	100,8	102,1	100,4	100,3
März	101,2	101,5	100,4	100,5	101,8	100,6	101,6	101,8	102,9	100,5	102,8	99,9	100,4
April	101,2	101,8	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,4	102,7	98,4	102,9	100,1	100,5
Mai	101,4	101,6	100,4	100,6	101,9	100,7	101,6	102,6	102,7	99,5	103,1	100,8	100,5
Juni	101,5	101,5	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,3	102,7	100,2	103,1	101,5	100,5
Juli	101,7	101,5	100,5	100,5	102,3	100,7	101,5	102,3	99,5	101,8	103,2	103,5	100,5
August	101,6	100,4	100,5	100,6	102,4	100,8	101,5	102,5	99,5	102,0	104,5	103,4	100,5
September	101,6	99,6	100,6	100,8	102,9	100,8	101,5	102,8	99,5	101,3	105,0	101,6	100,6
Oktober	101,6	99,3	100,6	101,0	103,4	100,8	101,5	102,9	98,6	100,0	105,0	101,7	100,7
November	101,5	99,2	102,5	101,1	103,4	100,9	101,5	102,9	97,8	99,7	105,1	100,3	100,7
Dezember	101,9	99,5	102,5	101,1	103,6	100,9	101,5	103,0	97,8	101,4	105,5	100,7	100,8
1997 Januar	102,6	101,4	102,5	101,0	104,6	101,0	103,5	103,2	97,8	101,6	106,1	100,8	102,0
Februar	102,9	101,6	102,5	101,0	104,7	101,0	103,4	103,3	97,8	103,6	106,4	101,6	102,1
März	102,8	101,1	102,6	101,0	104,6	101,0	103,4	103,6	97,7	103,4	106,5	101,2	102,1
April	102,6	101,8	102,6	101,1	104,7	101,1	103,5	103,5	97,7	100,3	106,8	101,1	102,2
Mai	103,0	102,7	102,6	101,1	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	101,7	107,1	101,9	102,3
Juni	103,1	103,1	102,8	101,0	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	102,1	107,1	102,4	102,3
Juli	103,9	102,7	102,8	100,8	105,1	101,1	114,0	104,7	97,5	103,7	107,4	104,5	102,3
August	104,0	101,9	102,8	100,9	105,4	101,1	114,0	105,8	97,4	104,1	107,9	104,2	102,4
September	103,8	101,7	102,9	101,2	105,3	101,1	114,0	105,5	98,4	103,0	109,4	102,4	102,5
Oktober	103,7	101,6	102,9	101,4	105,5	101,1	114,1	105,3	98,4	101,4	109,5	102,2	102,6
November	103,7	101,9	102,8	101,5	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	102,0	109,5	101,5	102,6
Dezember	103,9	102,4	102,9	101,4	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	103,2	109,7	101,9	102,6
1998 Januar	103,9	103,5	102,9	101,2	105,7	101,3	114,0	104,3	98,3	102,1	110,7	102,0	102,3
Februar	104,1	103,4	102,8	101,2	105,8	101,3	114,1	104,1	98,3	104,1	111,9	102,5	102,3
März	104,0	103,1	102,9	101,3	105,7	101,4	114,1	104,0	97,1	103,7	112,0	102,1	102,4
April	104,1	103,6	103,0	101,5	106,0	101,7	114,6	104,7	97,5	101,1	111,9	103,2	102,6
Mai	104,4	104,2	105,4	101,5	106,1	101,8	114,6	104,7	97,5	102,2	112,1	103,5	102,7
Juni	104,5	104,4	105,4	101,5	106,1	101,9	114,6	104,9	97,7	102,7	112,1	104,0	102,7
Juli	104,8	103,6	105,5	101,4	106,1	101,9	114,1	105,3	97,7	104,5	112,2	105,9	102,8
August	104,6	102,6	105,6	101,3	106,0	101,9	114,2	105,2	97,7	104,8	112,8	106,1	102,9
September	104,4	102,1	105,6	101,6	106,1	101,9	114,3	105,0	97,1	103,7	113,3	104,0	103,0
Oktober	104,2	101,6	105,6	101,7	106,0	101,9	114,4	104,9	96,4	102,6	113,5	103,9	103,2
November	104,2	101,9	105,7	102,0	106,0	102,0	114,6	104,8	96,4	102,8	116,1	103,0	103,2
Dezember	104,3	102,1	105,6	102,0	105,9	102,0	114,6	104,6	96,2	103,2	116,1	103,3	103,2
1999 Januar	104,1	103,0	105,5	101,7	106,1	102,0	110,6	104,4	89,5	102,8	116,4	103,2	103,6
Februar	104,3	103,0	105,5	101,6	106,1	102,0	110,4	104,6	89,0	104,4	117,2	103,9	104,0
März	104,4	102,9	105,5	101,8	106,4	102,0	110,4	104,9	90,0	104,1	117,3	103,7	104,0
April	104,8	103,2	105,5	101,8	107,4	102,1	110,5	107,0	88,7	101,7	117,2	104,3	104,3
Mai	104,8	103,2	105,6	101,9	107,4	102,2	110,5	106,4	88,5	102,1	117,2	104,9	104,5
Juni	104,9	102,6	105,5	101,8	107,5	102,2	110,6	107,4	87,6	102,6	117,2	105,4	104,5
Juli	105,4	101,7	105,5	101,6	107,8	102,2	110,6	108,2	87,6	105,5	117,4	107,2	104,5
August	105,3	100,7	105,5	101,5	107,9	102,1	110,7	109,2	87,5	104,8	117,3	107,7	104,5
September	105,1	100,2	105,5	101,9	108,0	102,1	110,7	109,3	87,5	103,5	117,8	105,2	104,5
Oktober	105,0	99,9	107,4	102,0	107,9	102,1	110,7	109,8	87,4	102,0	117,8	105,1	104,8
November	105,2	100,0	107,5	102,2	108,0	102,1	110,8	109,5	87,3	103,4	118,5	105,1	105,1

¹⁾ Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98. – ²⁾ Die Monatsergebnisse beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes

Veröffentlichungen¹⁾ vom 20. November 1999 bis 23. Dezember 1999

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Wirtschaft und Statistik November 1999	20,30
Statistischer Wochendienst, Heft 46/1999 bis Heft 50/1999	3,20
Konjunktur aktuell, November 1999	19,-
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, August 1999	25,60
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Juli 1999	12,60
August 1999	12,60
Tourismus in Zahlen 1999	33,90
Verkehr aktuell, November 1999	14,40
Band 31 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ Methoden zur Sicherung der statistischen Geheimhaltung	23,80
Band 34 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik – Praxis und Perspektiven	32,80

Fachserien

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 1 1	Gebiet und Bevölkerung 1997	33,90
" 4 3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt Oktober 1999	5,-
" 4 3	November 1999	5,-

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2 1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, September 1999	19,60
" 4 1 1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, August 1999	29,40
8 1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, erzschaftende Industrie, Eisen- Stahl- und Tempergießerei), 3. Vierteljahr 1999	22,70
" 8 1	Oktober 1999	8,20
" 8 1	November 1999 (Vorbericht)	3,10
" 8 2	Düngemittelversorgung, 3. Vierteljahr 1999	5,-

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 1	Bautätigkeit 1998	22,70
Heft 1	Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 – Wohnsituation der Haushalte Bestand und Struktur der Wohneinheiten	22,70

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 1 1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Meßzahlen) September 1999	10,30
" 3 1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Meßzahlen), September 1999	8,20
" 7 1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe September 1999	12,60

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, August 1999	12,60
" 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), August 1999	46,90

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 2	Eisenbahnverkehr, September 1999	8,20
" 4	Binnenschifffahrt, Juli 1999	10,30
" 4	August 1999	10,30
" 5	Seeschifffahrt, August 1999	10,30
" 6	Luftverkehr, September 1999	17,-
" 7	Verkehrsunfälle, Juni 1999	10,30

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4 4	Personal an Hochschulen 1998	33,90
-----------	------------------------------	-------

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 7 1	Lohn- und Einkommensteuer 1995	25,60
" 7 5 1	Einheitswerte der Gewerbebetriebe 1995 – Ergebnisse der Hauptfeststellung 1995 –	29,40
" 9 2 1	Absatz von Bier Oktober 1999	3,20
" 10 1	Realsteuervergleich – Realsteuern und kommunale Einkommensteuerbeteiligung – 1998	22,70

Fachserie 16 Löhne und Gehälter

Reihe 2 1	Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe Juli 1999 (Vorbericht)	3,10
" 2 1	Juli 1999	29,40
" 2 2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe Juli 1999 (Vorbericht)	3,10
" 2 2	Juli 1999	29,40
" 2 3	Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe Handel Kredit- und Versicherungsgewerbe, Juli 1999	12,60
" 4 3	Index der Tariflöhne und -gehälter Juli 1999	10,30

Fachserie 17 Preise

Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Oktober 1999	10,30
" 5	Kaufwerte für Bauland, 2. Vierteljahr 1999	10,30
" 6	Index der Großhandelsverkaufspreise, Oktober 1999	8,20
" 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, November 1999 (Eilbericht)	4,-
" 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Oktober 1999	8,20
" 11	Preise und Preisindizes im Ausland 1998	19,60
11	Oktober 1999	8,20

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 3	Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung, 3. Vierteljahr 1999	12,60
---------	--	-------

Klassifikationen

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2000	62,-
--	------

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

¹⁾ Angegebene Preise in DM – Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.

Neu erschienen



Statistisches Bundesamt

Tourismus in Zahlen 1999



309 Seiten mit 138 Tabellen und 13 Schaubildern,
broschiert DM 33,90 / EUR 17,33
Bestell-Nr. 1021500-99700, ISBN 3-8246-0609-7

8,3 Mill. Gästeübernachtungen wurden 1998 in Berlin gezählt; damit lag die deutsche Hauptstadt vor München (6,9 Mill.) und Hamburg (4,5 Mill.). Gäste aus dem Ausland übernachteten dagegen am häufigsten in München. Die höchste Fremdenverkehrsintensität aller Bundesländer hatte mit knapp 7 420 Übernachtungen je 1 000 Einwohner Schleswig-Holstein, dicht gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 7 364 Übernachtungen je 1 000 Einwohner.

Diese und viele andere Informationen sind der jährlich erscheinenden Veröffentlichung "Tourismus in Zahlen" zu entnehmen. Sie wendet sich an Fachleute in Wirtschaft, Verbänden, Politik, Wissenschaft und Hochschulen, aber auch an die allgemein am Tourismus interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Neben dem umfangreichen Tabellenteil enthält die Veröffentlichung textliche Analysen der Beherbergungs- und Gastgewerbestatistik sowie Empfehlungen der Welttourismusorganisation (WTO) zu Konzepten, Definitionen und Klassifikationen im Bereich der Tourismusstatistik. Die einzelnen Kapitel des Tabellenteils sind mit einem einleitenden Text versehen. Schaubilder ergänzen die Informationen.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag Metzler-Poeschel, Auslieferung SFG - Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 93 53 35, Internet: <http://www.s-f-g.com>, E-Mail: staba@s-f-g.com.

— METZLER
POESCHEL —